

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

FRAKTION HAMBURG-NORD



35 JAHRE

GRÜNE FRAKTION HAMBURG-NORD 2012-2017



Die GRÜNE Fraktion Hamburg-Nord bei ihrer Klausur in Kiel im April 2017 (von links nach rechts):
Tanja Schmedt auf der Günne, Christoph Reiffert, Sina Imhof, Thorsten Schmidt, Timo B. Kranz, Michael Werner-Boelz,
Michael Schilf, Dr. Anil Kaputanoğlu, Carmen Wilckens, Ingo Hemesath, Carmen Möller

INHALT



5 VORWORT

Michael Werner-Boelz,
Fraktionsvorsitzender




6 GRUSSWORT

Katharina Fegebank,
Zweite Bürgermeisterin
der Freien und Hansestadt Hamburg


7 ENGAGEMENT VOR ORT

- 7 Wahl 2014: „MEHR GRÜN FÜR HIER“
- 9 Wahlkampf zur Wahl 2014
- 10 Wahlergebnis
- 11 Nach der Wahl
- 12 Das Personalkarussell dreht sich
- 12  *Timo B. Kranz: Plötzlich Abgeordneter*
- 13 Demokratie leben: Gemeinsam ans Ziel
- 14 Das Leben im Stadtteil verbessern,
den Bezirk stärken: Die Bezirksversammlung
- 15  *Sina Imhof: Hat ihr „explosives Baby“ im Griff*
- 16 2012: GAL heißt jetzt GRÜNE
- 17 Besinnliche Momente –
In Klausur: Was war, was kommt
- 18 Liebeserklärung an den (Hamburger) Norden
- 20 Mit Schwung in die nächsten 30 Jahre


21 MOBILITÄT

- 21 Vorfahrt für umweltfreundliche Mobilität
- 22 Bürger*innen mobilisieren
- 23 24/7 das Tempo rausnehmen
- 25 Tempo 30: mit Sicherheit!
- 25 Hamburger*innen werden um den Schlaf gebracht
- 26 Nachts runter vom Gas – damit alle besser schlafen
- 27 Runter vom Gas vor Kitas und Schulen
- 28 Gesundheit vor Schnelligkeit setzen:
GRÜNE fordern Senkung der Luftbelastung
- 29 Langenhorner Chaussee:
Mit Durchhaltevermögen zum Ziel
- 30  *Carmen Wilckens: Über Ringkämpfe, Privilegien und
Wind aus Westen*
- 32 Senat bestätigt: Radwege an der
Langenhorner Chaussee „unsanierbar“
- 37 Fahrradstraßen an der Alster:
GRÜNE Konzepte setzen sich durch
- 39 Fix unterwegs per Fahrrad:
Politische Radtour durch den Bezirk
- 40 Bezirkliches Radverkehrskonzept
- 42  *Thorsten Schmidt:
Heute Prioritäten setzen für die Welt von morgen*
- 44 Durchstarten! Radschnellweg Alsterdorf-Norderstedt
rückt näher
- 46 Fußverkehr fördern: GRÜNE als Schrittmacher
- 50  *Carmen Möller: Kreativ, bewegt und offen für neue Wege*
- 51 Voller Einsatz für den Vorgezeige-Radweg am Wiesendamm
- 53 Einbahnstraßen öffnen:
GRÜNE räumen Hindernisse aus dem Weg
- 54 StadtRad: Erfolgsmodell auf zwei Rädern

55 STADTENTWICKLUNG



- 55 Bauen für morgen
- 56 Überm Pflaster liegt der Strand: Urbane Fata Morgana oder zukunftsweisende Stadtplanung?
- 58 Wachstum mit Weitblick
- 59 Stadt neu denken: GRÜNE stoßen Debatte über zukunftsfähige Stadtentwicklung an
- 60 Eppendorfs neue Mitte: Bürgerbeteiligung zeichnet klares Bild
- 61  *Ingo Hemesath: Bürgerbeteiligung? Übungssache!*
- 62 Pergolenviertel: GRÜNE stellen frühzeitig Weichen für soziales und grünes Großbauprojekt
- 65 Groß Borstel „Tarpenbek Ufer“: Chancen zum Gespräch nutzen

67 UMWELT


- 67 Lebensqualität in der Metropole: Stadtgrün erhalten und entwickeln
- 68 Straßenbäume gehören zum Stadtbild!
- 70  *Christoph Reiffert: Lust auf lokale Umwelt und Kultur*
- 71 Naturschönheiten sichtbar machen
- 72 Mehr Vielfalt wagen: GRÜNE setzen sich für mehr Natur und größeren Artenreichtum in Parks und Grünanlagen ein
- 73 Ein Ort für junge Naturforscher*innen
- 74 Projekt „Die Stadt im Klimawandel“
- 75 Urban Gardening: Junges Gemüse in der Stadt

77 SOZIALES

- 77 Barrieren abbauen – für Geflüchtete und für Menschen mit Handicap
- 78 Welcome to Hamburg-Nord!
- 79 Aktuelle Stunde: Recht auf Wohnen nicht zur Abstimmung stellen!

- 80  *Anıl Kaputanoğlu: Bei ihm stehen Deutsch und Diversity auf dem Stundenplan*
- 81 Soforthilfe, Begegnung und Integration: Vorbildliche Projekte fördern
- 83 Engagement zum Thema „Flüchtlingspolitik“ ist GRÜNE Tradition
- 85 Geflüchtet und queer?
- 85 Anschlag auf das mh: Keinen Raum für Homophobie lassen!
- 86  *Michael Schilf: Mit klarer Haltung zum Kompromiss*
- 87 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum: 10 cm weniger ist mehr
- 88 Bezirksamt geht mit gutem Beispiel voran

89 SPORT UND STADTTEILKULTUR

- 89 Vielfältig, kreativ, integrativ - zum Mitmachen!
- 90 GRÜNE stärken den Sport
- 92 Integration durch Sport
- 92  *Michael Werner-Boelz: Kulturelle Spiel-WIESE als Highlight*
- 94 Stadtteilkultur ist mehr wert
- 95 Kreative Entfaltung
- 97 Geschichte lebendig erhalten: Gute Neuigkeiten auch für die Geschichtswerkstätten im Bezirk
- 98 WIESE: Vorhang auf für Theatermeile am Wiesendamm
- 100 Die GRÜNEN lassen die Puppen tanzen
- 101 Kulturelle Vielfalt sichtbar machen – GRÜNE als Wegweiser
- 102 Straßenbenennungen: Namen mit Vorbildfunktion
- 103 Einmal Ehrenbürger, immer Ehrenbürger?
- 104 Weiblich, antifaschistisch, regional
- 104 Zukünftig frei von Nazis
- 106 Impressum

VORWORT

LIEBE LESER*INNEN,

vor 35 Jahren, im Juni 1982, zogen zum ersten Mal GRÜNE Abgeordnete in die Bezirksversammlung Hamburg-Nord ein. Seit 35 Jahren gestalten wir GRÜNE nun schon verantwortlich den schönsten Hamburger Bezirk mit.

Als wir uns vor 5 Jahren zum ersten Mal aufmachten, unsere politische Arbeit der letzten 30 Jahre zu dokumentieren, hatte die damals veröffentlichte Broschüre einen Umfang von 68 Seiten. Die Ihnen mit diesem Heft vorliegende Fortsetzung der Dokumentation unserer Arbeit hat einen etwas größeren Umfang - wohlgerne nur für die letzten fünf Jahre! Das zeigt, mit welchem hohem Engagement meine Fraktion in den letzten Jahren Politik in und für Hamburg-Nord gemacht hat.

Diese Broschüre ist sicherlich nicht nur für uns politisch nahestehende Personen interessant. Hier wird auch ein Stück weit die Geschichte unseres gesamten Bezirks festgehalten. Bei den letzten Bezirkswahlen 2014 erzielten wir mit 21,1 Prozent ein sehr gutes Ergebnis. 11 Abgeordnete setzen jetzt GRÜNE Politik in der Bezirksversammlung um. Waren wir zuvor in der Opposition im Bezirk, gestalten wir seit Mai 2014 nun gemeinsam mit der SPD die Geschehnisse in Hamburg-Nord. Unser Fokus liegt dabei natürlich auf der sozial-ökologischen Erneuerung unseres Bezirks. Wir werben für den Umstieg vom Auto auf den Umweltverbund (ÖPNV, Radverkehr, Fußverkehr). Mit den Fahrradstraßen an der Alster und vor allem am Leinpfad werden langjährige GRÜNE Forderungen endlich umgesetzt. Wir entwickeln die Quartiere nachhaltig weiter und wir fördern vor allem Sportvereine und Kulturschaffende. Diese sind integrative wie kreative Stützen unserer Gesellschaft! Die Schaffung eines Fonds für interkulturelle Kulturprojekte sowie eines Fonds für Sportprojekte mit Geflüchteten konnten wir nur umsetzen, weil wir uns mit der SPD auf eine Koalition verständigt haben.

Wir haben in den vergangenen Jahren aber auch lernen dürfen, dass es nicht reicht, in der Bezirksversammlung eine Mehrheit zu haben, um wirklich etwas zu verändern. Wir müssen nicht nur die Bürger*innen von Maßnahmen überzeugen, auch die Verwaltung müssen wir vereinzelt in ihrem alltäglichen Handeln motivieren, neue Wege zu gehen. Wir müssen Senatsbehörden überzeugen, dass Fragen zur Lösung verkehrlicher Probleme nicht nur aus dem Blick-



winkel des Wirtschaftsverkehrs zu beantworten sind. Und wir müssen auch an der einen oder anderen Stelle schlicht feststellen, dass manches wünschenswert, aber leider nicht finanzier- oder durchsetzbar ist.

Trotz dieser Rahmenbedingungen und der begrenzten Kompetenzen der Bezirksversammlungen ist es uns immer wieder gelungen, auch stadtweite Debatten anzustoßen: Sei es um die nicht mehr verantwortbare Ehrung des Steigbügelhalters Hitlers, Paul von Hindenburg, sei es um Tempo 30 oder um die Lärm- und Luftbelastung in unserer Stadt. Und so kann ich versprechen, dass wir auch in den kommenden Jahren mit großer Tatkraft und Leidenschaft, aber auch mit dem notwendigen Augenmaß für eine sozial-ökologische Reformpolitik streiten werden.

Ein ganz besonderer Dank gilt an dieser Stelle all jenen Menschen, die ehrenamtlich für uns GRÜNE in der Bezirksversammlung oder ihren Ausschüssen Politik machen oder gemacht haben. Gerade GRÜNE Politik lebt von diesem ehrenamtlichen Engagement.

Gerne ermuntere ich Sie, mit uns Kontakt aufzunehmen, wenn Sie Fragen, Wünsche oder Anregungen haben. Wir freuen uns immer über anregende Gespräche und neue Ideen.

Wir wollen auch die nächsten 35 Jahre Hamburg-Nord sozial und ökologisch voranbringen und freuen uns dabei auf Ihre Unterstützung!

**Herzlichst
Ihr
Michael Werner-Boelz
Fraktionsvorsitzender**

GRUSSWORT

GLÜCKWUNSCH ZU 35 JAHREN

FRISCHER IDEEN MIT DER GRÜNEN BEZIRKSFRAKTION HAMBURG-NORD

Bereits seit 1982 streitet unsere Bezirksfraktion für einen grünen und lebenswerten Norden in Hamburg. Der engagierte Einsatz für Mensch und Natur in der Bezirksversammlung währt damit bereits 35 Jahre. Ein stolzes Fraktionsjubiläum zu dem ich herzlich gratuliere!

Nicht unüblich für eine grüne Lebensgeschichte, der Blick auf die letzten Jahre ist bewegt. Denn sicherlich waren die ersten grün-alternativen Jahre politisch rasant. Einige Umweltskandale im Bezirk zeigten dabei früh, dass es eine starke grüne Fraktion braucht. Über die Jahre hinweg hat die Fraktion dann zentrale politische Themen bewegt. Sie alle haben gezeigt: Politik ist für den Menschen da. Von einer modernen Verkehrspolitik, der Förderung des Breitensports oder der Stadtteilkultur bis hin zum wichtigen Erhalt von Grünanlagen und Straßenbäumen. Auf GRÜN kommt es an.

Der jahrelange und beharrliche Einsatz wird von den Wählerinnen und Wählern im Bezirk hoch geschätzt. Aktuell steht die Fraktion mit einem Wahlergebnis von 21,1% in der Bezirksversammlung sehr gut da. Und in diesem Sinne wünsche ich den aktiven in und um die GRÜNE Bezirksfraktion Hamburg-Nord bei der Gestaltung und Entwicklung ihres Bezirkes weiterhin viel Erfolg und Motivation.



Eure
Katharina Fegebank
Zweite Bürgermeisterin der Freien
und Hansestadt Hamburg


ENGAGEMENT VOR ORT

WAHL 2014: MEHR GRÜN FÜR HIER

„Wir GRÜNE stehen auch nach der Wahl für drei Dinge: den Einsatz für eine bessere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in bezirkliche Entscheidungen, ein Vorantreiben des dringend notwendigen Wohnungsbaus auch für Menschen mit geringerem Einkommen und nicht zuletzt für die Förderung der Vielfalt – sowohl gesellschaftlich als auch ökologisch“, benennt Michael Werner-Boelz, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in Hamburg-Nord, die Ziele der GRÜNEN Fraktion für die anstehende Wahlperiode.

Am 25. Mai 2014 wird die Wahl zur Bezirksversammlung erstmals gemeinsam mit den Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten. Die Legislatur dauert jetzt fünf

statt wie bisher vier Jahre. Mit einem dezidierten Punkteplan gehen die GRÜNEN an den Start.

„Unser Wahlprogramm für den Bezirk Nord ist nicht am Reißbrett oder in irgendwelchen Hinterzimmern entstanden“, erläuterte Katharina Fegebank, Landesvorsitzende der Hamburger GRÜNEN im Vorfeld der Wahl. Vielmehr seien Bürger*innen ebenso wie Expert*innen wie der ADFC, Sportvereine, Architekt*innen und Stadtteilbüros im Rahmen dreier Foren einbezogen worden. Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre von 36 Seiten festgehalten. Die großen Themenschwerpunkte: Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Verkehrspolitik, Lebensqualität in den Quartieren sowie Bürgerbeteiligung. 



Warben 2014 für den Eppendorfer Strand (v.l.n.r.):
Dr. Toni Hofreiter (Vorsitzender GRÜNE Bundestagsfraktion), Katharina Fegebank (damals GRÜNE Bürgerschaftsabgeordnete), Carmen Wilckens und Michael Werner-Boelz (Stellvertretende Vorsitzende bzw. Vorsitzender GRÜNE Bezirksfraktion)



Die neugewählte
Fraktion am
Wahlabend



Wahlparty im
GRÜNEN Büro in
Winterhude

DAS HABEN SICH DIE GRÜNEN FÜR DIE LEGISLATUR 2014-2019 VORGENOMMEN:

In der bisher letzten Wahl zur Bezirksversammlung im Mai 2014 haben sich die GRÜNEN als diejenige Partei positioniert, die sich für lebenswerte Quartiere einsetzt: Sie wollen nicht nur die Voraussetzungen für bezahlbaren Wohnraum schaffen, sondern auch nachhaltige Bauweisen und zukunftsfähige Wohnkonzepte unterstützen.

Dazu zählt der Erlass von Vorkaufssatzungen, die der Stadt ein Vorkaufsrecht sichern und damit Bodenspekulation verhindern sollen. Die GRÜNEN betonten, dass bei allen Bauvorhaben eine gute Einbeziehung der Bürger*innen gewährleistet werden müsse. Dazu sollen gemeinsam mit Initiativen, Vereinen und Verbände, Quartiersbeiräten, Verwaltung und Politik sowie interessierten Bürger*innen „Leitlinien der guten Bürgerbeteiligung“ erarbeitet werden. Bestandteil der Stadtplanung sollen Grün- und Freiflächen sein: Perspektivisch sollen alle Bürger*innen innerhalb kurzer Zeit fußläufig eine öffentliche Grünanlage erreichen können.

Weitere Schwerpunkte GRÜNER Politik sind die Förderung des Rad- und Fußverkehrs sowie eine Rückeroberung des öffentlichen Raumes durch die Bürger*innen. Gute Bus- und Bahnverbindungen sowie barrierefreie Wege sollen Mobilität für alle ermöglichen. Die GRÜNEN wollen das Umsteigen

vom Auto auf den ÖPNV, das Fahrrad oder das Zu-Fuß-Gehen fördern. Der Stadtraum soll gerechter verteilt werden.

Außerdem sollen der Zusammenhalt und die Vielfalt in den Quartieren gestärkt werden. Die GRÜNEN forderten hier unter anderem einen bezirklichen Sonderfonds für interkulturelle Projekte in den Stadtteilen und eine „Woche der Vielfalt“. Auch die Beteiligung von Migrant*innen soll ausgebaut und verbessert werden. Im Hinblick auf gerechte Bildungschancen setzen sich die GRÜNEN für den Ausbau der Kitas, ganztägiges Lernen an Schulen, eine bessere Umsetzung von Inklusion und die stärkere Unterstützung von Stadtteilschulen ein. Die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort und soziale Einrichtungen sollen besser gefördert werden. Darüber hinaus wollen die GRÜNEN erreichen, dass Menschen, die nach Hamburg geflohen sind, menschenwürdig untergebracht werden.

Bei allen Vorhaben schauen die GRÜNEN über den eigenen Tellerrand. Sie wissen: Wer die hohe Lebensqualität in Hamburg-Nord sichern will, der muss mit Ressourcen schonend umgehen, eine faire und nachhaltige Wirtschaft fördern und öffentliche Einrichtungen, Stadt, Natur und Infrastruktur gerecht verteilen – im Bezirk, in Hamburg, in Deutschland, in Europa und weltweit.



Cover des Bezirks-Wahlprogramms 2014

Bewährtes Tandem der Grünen

Werner-Boelz und Wilckens Spitzenkandidaten für Bezirkswahlen in Nord



Die Spitzenkandidaten der Grünen im Bezirk Nord, Michael Werner-Boelz (l.) und Carmen Wilckens

reichend Grünflächen. „Hier könnte New York das Vorbild sein, dort sind Parks und Grünflächen zu Fuß innerhalb von zehn Minuten erreichbar“, ergänzte Werner-Boelz. Der Anteil des Radverkehrs in Hamburg liegt bei zwölf Prozent, Tendenz steigend. Diese Entwicklung wollen die Grünen in Nord fördern.

„Wir müssen mehr tun, als die Radwege zu sanieren, wir brauchen schnelle Verbindungen, um einen Anreiz zum Umstieg zu schaffen“, erklärte Carmen Wilckens und ergänzte: „Wir möchten mehr Radverkehr auf die Fahrbahn verlegen.“ Die Radstreifen schaffen auch mehr Platz für die Fußgänger auf dem Bürgersteig, etwa für Kinderwagen oder Rollatoren. Viele Fußwege seien derzeit zu schmal und in schlechtem Zustand, der Bezirk Nord brauche mehr Geld, um dies zu ändern. In den sieben Wahlkreisen in Nord treten die Grünen mit 25 Listenkandidaten an. Die Partei hofft auf ein gutes Ergebnis bei der Wahl am 25. Mai, gilt sie doch als Stimmungstest für die Bürgerschaftswahl 2015.

Von Rainer Glitz

BEZIRK NORD. „Wir ziehen mit bewährten Köpfen in den Wahlkampf“, lobte die grüne Landesvorsitzende Katharina Fegebank die beiden Spitzenkandidaten in Nord. Michael Werner-Boelz (48) aus Groß-Borstel, war bislang grüner Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung. Carmen Wilckens (51) aus Langenhorn seine Stellvertreterin. „Unser Wahlprogramm für den Bezirk Nord ist nicht am Reißbrett oder in irgendwelchen Hinterzimmern entstanden“, erläuterte Fegebank. Vielmehr seien die Bürger beteiligt worden, bei den drei Foren waren auch Experten wie der ADFC,

Sportvereine, Architekten oder Stadtteilbüros dabei. Herausgekommen ist eine handliche, 36-seitige Broschüre. Die großen Themenbereiche sind Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Verkehrspolitik, Lebensqualität in den Quartieren sowie Bürgerbeteiligung.

New York als Vorbild

„Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum im Bezirk Nord“, forderte Spitzenkandidat Werner-Boelz. Deshalb müsse die Stadt ein Vorkaufrecht für Grundstücke haben, diese müssten dann nicht an Investoren, sondern an Wohnungsgenossenschaften, SA-GA-GWG, Baugemeinschaften und Wohnprojekte ver-



Die Landesvorsitzende der Hamburger Grünen Katharina Fegebank

Fotos: rg

HAMBURGER WOCHENBLATT, AUSGABE BARMBEK, 26.3.2014

WAHLKAMPF ZUR WAHL 2014

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zur Bezirksversammlung debattierte der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Michael Werner-Boelz, mit Expert*innen über Schwerpunktthemen aus dem GRÜNEN Wahlprogramm für die kommende Legislatur. Zum Thema „Verkehr“ beispielsweise sind Interessierte im November 2013 in die Alte Küche am Alsterdorfer Markt eingeladen. Gäste auf dem Podium sind Andrea Kupke vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub

(ADFC), Sonja Tesch vom Fußverkehrsverband FUSS e.V., Ulrich Hoffmann von der IG Fuhle und Matthias Quaritsch vom Flughafen Hamburg. Im Dezember folgt im Kulturhaus Eppendorf eine Veranstaltung zum Thema „Stadtentwicklung“ mit Götz von Grone von der Initiative „Wir sind Eppendorf“, Christian Gerbich vom NABU Hamburg, Ulrich Walter von der Wichern Bau- und Betreuungsgesellschaft mbH und dem Architekten und Stadtplaner Andreas Pfadt.



Alexandra Blöcker (2. v.l., Bezirksabgeordnete 2014-2015) diskutierte mit Schüler*innen und Vertreter*innen anderer Parteien bei einer Veranstaltung am Gymnasium Eppendorf.



Diskutierten über Kultur und Sport: Michael Werner-Boelz (Vorsitzender GRÜNE Bezirksfraktion), Anke Amsink (Kulturpunkt im Bambek*Basch), Wolf Wieters (Kommunalverein Groß Borstel), Katharina Fegebank (damals GRÜNE Bürgerschaftsabgeordnete), Jürgen Fiedler (Stadtteilbüro Dulsberg), Frank Montag (USC Paloma).



Diskutierten über Stadtentwicklung: Dr. Andreas Pfadt (Architekt und Stadtplaner), Ulrich Walter (Wichern Bau- und Betreuungsgesellschaft), Martin Bill (GRÜNER Bürgerschaftsabgeordneter).

WAHLERGEBNIS

„Die Gewinner sind die Grünen mit Spitzenkandidatin Carmen Wilckens, die ihren Stimmanteil um 4,6 Prozentpunkte auf 21,1 Prozent steigern konnte“, berichtete das Hamburger Abendblatt am 27. Mai 2014. Das Wochenblatt ließ die Spitzenkandidat*innen zu Wort kommen.

GRÜNE ERGEBNISSE STADTTEIL IN %			
Alsterdorf	20,0	Hoheluft-Ost	27,1
Barmbek-Nord	22,8	Hohenfelde	22,7
Barmbek-Süd	23,3	Langenhorn	14,4
Dulsberg	19,1	Ohlsdorf	23,1
Eppendorf	25,6	Uhlenhorst	21,2
Fuhlsbüttel	17,7	Winterhude	25,2
Groß Borstel	22,1		
Bezirk gesamt 21,1			

LEGISLATUR 21	
Wahldatum 25.05.14, Ergebnis: 21,1%, Sitze: 11 von 51	
Yvonne Behla (bis 2015)	
Sabine Bill (bis 2015)	
Alexandra Blöcker (bis 2015)*	
Sina Imhof	
Jessica Kratt (bis 2016)	
Christoph Reiffert	
Michael Schilf	
Thorsten Schmidt	
Ulrike Sparr (bis 2015)*	
Michael Werner-Boelz	
Carmen Wilckens	
<i>Nachrücker*innen:</i>	
René Gögge (2015)*	
Ingo Hemesath (ab 2015)	
Timo B. Kranz (ab 2015)	
Dr. Anil Kaputanoğlu (ab 2015)	
Carmen Möller (ab 2015)	
Tanja Schmedt auf der Günne (ab 2016)	

* Mandatsniederlegung aufgrund der Regierungsbildung 2015

Neue Koalition in Nord gesucht

SPD stärkste Fraktion, aber mit großen Stimmverlusten

Partei	Stimmen		Sitze	
	Anteil	Veränderung	Anzahl	Veränderung
SPD	33,9%	-10,6	17	-7
CDU	23,7%	+2,4	12	0
Grüne/GAL	21,1%	+4,6	11	+2
Die Linke	9,5%	+3,1	5	+2
FDP	4,3%	-2,1	2	-1
AfD	3,7%	+3,7	2	+2
Piraten	3,5%	+0,8	2	+2

So sieht die Sitzverteilung nach der Wahl zur Bezirksversammlung aus

BEZIRK NORD Die bisherige Koalition aus SPD und FDP hat keine Mehrheit mehr in der Bezirksversammlung, sie verlor zusammen acht Mandate. Möglich wären nun eine Große Koalition oder Rot-Grün. Möglicherweise könnten aber auch wechselnde Mehrheiten gesucht werden. Die SPD ist mit einem Minus von 10,6 Prozentpunkten in Nord besonders gebeutelt. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielte sie im Wahlkreis Winterhude (29,4 Prozent), ihr bestes in Langenhorn mit 43,3 Prozent. „Wir sind natürlich enttäuscht und hatten auf mehr gehofft, aber die SPD ist immer noch die stärkste Fraktion. Das Ergebnis ist auch der geringen Wahlbeteiligung geschuldet. Wir werden jetzt mit CDU und

Grünen Sondierungsgespräche führen“, sagte Kerstin Bake-Völsch, Kreisgeschäftsführerin der SPD Hamburg-Nord. Vom Verlust der SPD konnte die CDU zumindest in Winterhude direkt profitieren, dort holte sie ihr bestes Resultat (27,0 Prozent). In Barmbek-Nord dagegen gab es für die CDU gerade einmal 17,5 Prozent – das ist das schlechteste Wahlkreisergebnis. Die Grünen holten im Wahlkreis 1 Hoheluft Ost/Eppendorf mit 24,1 Prozent ihr bestes Resultat, am wenigsten Stimmen gab es in Langenhorn (13,8 Prozent). Auch die Linke konnte insgesamt deutlich zulegen, ihre Hochburg ist Dulsberg mit 12,4 Prozent. Die Alternative für Deutschland kam erstmals in die Bezirksversammlung Nord,

am meisten Stimmen holte sie in Langenhorn (4,8 Prozent). Auch den Piraten gelang der zum ersten Mal der Einzug in das Parlament, in Barmbek-Nord holten sie ihr bestes Ergebnis (5,2 Prozent). Die FDP schaffte die Drei-Prozent-Hürde, in Hoheluft-Ost/Eppendorf waren es sogar 6,1 Prozent. „Ein bisschen mehr hätte ich mir gewünscht, aber die Tendenz ist klar: Die SPD hat ihre absolute Mehrheit in der Stadt verloren, die politischen Verhältnisse sind wieder offen“, sagte Dietrich Wersich, Kreisvorsitzender der CDU Nord. Carmen Wilckens, grüne Spitzenkandidatin, freut sich über das Ergebnis: „Mit diesem starken Team werden wir kraftvoll grüne Politik umsetzen. Mir liegt besonders die Verkehrspolitik am Herzen.“ Deniz Celik, Co-Sprecher des Bezirksvorstandes der Linken: „Die Steigerung unseres Stimmenanteils um fast 50 Prozent im Vergleich zur letzten Wahl ist eine tolle Bestätigung für unsere parlamentarische Arbeit.“ Er sei stolz auf das Ergebnis, sagte Jörn Kruse, Landesvorsitzender der AfD: „Wir werden uns jetzt in die Arbeit reinknien und lernen, Vieles wird die AfD mittragen.“ (rg/wb)

Rot-Grün fährt aufs Rad ab

Nord: Koalition propagiert Bürgerbeteiligung. FDP: Gewerbe nur Störfaktor?



Rot-Grün will im Bezirk Nord besonders viel für Radler tun – zum Beispiel den Ausbau von Fahrradstraßen forcieren
Visualisierung: wb

HAMBURG-NORD Nun ist es amtlich: SPD und Grüne bilden in der bereits angelaufenen Legislaturperiode auch in Hamburg-Nord eine Koalition. Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD und die Kreismitgliederversammlung der Grünen votierten einstimmig für den Koalitionsvertrag.

Beide Parteien hatten ihre künftige Zusammenarbeit in den letzten Wochen bei einigen umstrittenen Themen mit viel Bürgerbeteiligung bereits vollzogen. Dabei mussten sich die Grünen immer wieder anhören, nun ein Anhängsel der SPD geworden zu sein. „Dieser Vorwurf trifft uns nicht. Wir haben unsere wesentlichen Positionen

nicht verändert. Wir werden weiter grüne Politik machen“, erklärt dazu der Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, Michael Werner-Boelz. Grüne Positionen finden sich denn auch im Koalitionsvertrag mit der SPD.

Der Umwelt- und Naturschutz wird neben dem Wohnungsbau, der Förderung moderner Mobilitätskonzepte und der Förderung der Vielfalt als Schwerpunkt genannt. In der Verkehrspolitik bekennen sich beide Koalitionspartner zur „Vorfahrt für umweltfreundlichen Verkehr“. Das Umsteigen vom Auto auf den ÖPNV, das Fahrrad oder das Zu-Fuß-Ge-

hen soll gefördert werden: „Der Stadtraum soll gerechter verteilt werden.“

In Sachen Wohnungsbau wollen die neuen Koalitionspartner Vorkaufssatzungen vor der Aufstellung von Bebauungsplänen erlassen, die der Stadt ein Vorkaufsrecht sichern und Bodenspekulation verhindern soll. Eine „gute Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger“ bei neuen Bauvorhaben wird gewährleistet. Gemeinsam mit Initiativen, Vereinen und Verbänden, Quartiersbeiräten, Verwaltung und Politik sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern wollen die Koalitionäre „Leitlinien der guten Bürgerbeteiligung“ erarbeiten.

Das erscheint nach den Ereignissen der letzten Wochen auch bitter nötig. Schließlich sind die Einrichtung eines Fonds für Interkulturelle Projekte und die Organisation einer „Woche der Vielfalt“ geplant. In diesem Zusammenhang will Rot-Grün die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten verbessern.

Die FDP, bisheriger Koalitionspartner der SPD, vermisst in dem rot-grünen Papier die Erwähnung von Wirtschaft, Handwerk und Gewerbe, die „in erster Linie nur als Störfaktor benannt werden“. Die Liberalen befürchten, dass die mit der SPD erreichten Fortschritte „nun leichtfertig verspielt werden“. (ch/wb)

NACH DER WAHL

Die neue GRÜNE Fraktion der 21. Legislaturperiode trat erstmals am 19. Juni 2014 zusammen. Nunmehr elf Abgeordnete, sieben Frauen und vier Männer, gestalten jetzt GRÜNE Politik im Bezirkparlament. Das sind zwei Vertreter*innen mehr als in der vorangegangenen Amtszeit.

Michael Werner-Boelz wurde von den Fraktionsmitgliedern als Vorsitzender ebenso bestätigt wie Carmen Wilckens als stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Alexandra Blöcker wählte die Fraktion ebenfalls zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Ulrike Sparr wurde als stellvertretende Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Nord nominiert und komplettierte nach ihrer Wahl den Fraktionsvorstand.

Die SPD bot Koalitionsverhandlungen an. „Wir schauen diesen selbstbewusst entgegen. Für uns wird es darauf ankommen, im Bezirk GRÜNE Akzente zu setzen, indem die künftige Bezirkspolitik transparenter, umweltfreundlicher und sozialer wird“, so der GRÜNE Fraktionsvorsitzende.

„Koalitionsverhandlungen abgeschlossen!“, verkündeten die GRÜNEN dann im Oktober 2014. Die vereinbarten Grundlagen

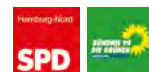
und Ziele wurden in einem 28-seitigen Papier festgehalten.

Die Schwerpunkte der politischen Arbeit von SPD und GRÜNEN im Bezirk Hamburg-Nord in den Jahren 2014-2019 sollten unter Einbeziehung der Bürger*innen in den Bereichen Wohnungsbau, Förderung moderner Mobilitätskonzepte, Umwelt- und Naturschutz sowie in der Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt liegen. 🌱

Koalitionsvereinbarung

zwischen der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
Unterbezirk Hamburg-Nord
und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)
Kreisverband Hamburg-Nord

über die Zusammenarbeit in der
Bezirksversammlung Hamburg-Nord 2014-2019



Der Koalitionsvertrag ist
online abrufbar unter
gruenlink.de/1bv0

DAS PERSONALKARUSSEL DREHT SICH

Infolge der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft Anfang 2015 kam es zu einigen Veränderungen in der Fraktionszusammensetzung der GRÜNEN. Aus der Bezirksfraktion Hamburg-Nord schied Ulrike Sparr aus, da sie für Katharina Fegebank, die Senatorin und Zweite Bürgermeisterin wurde, in die Bürgerschaft nachrückte. Sabine Bill und Alexandra Blöcker legten aus beruflichen Gründen ihre Mandate nieder. Als Nachrücker nahmen René Gögge, Ingo Hemesath und Dr. Anil Kaputanoğlu ihre Tätigkeit in

der Fraktion auf. Da René Gögge allerdings schon zwei Wochen später für Dr. Eva Gümbel in die Bürgerschaftsfraktion nachrückte, nahm schon bald Timo B. Kranz seinen Sitz in der Bezirksversammlung ein. Zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurde in der Nachfolge von Alexandra Blöcker Sina Imhof gewählt. Im August 2015 rückte Carmen Möller für Yvonne Behla nach. Auf Jessica Kratt, die Hamburg in Richtung Schleswig-Holstein verließ, folgte im Dezember 2016 schließlich Tanja Schmedt auf der Gününe. 🌱



TIMO B. KRANZ: PLÖTZLICH ABGEORDNETER

Viele Wege führen in die Lokalpolitik. Eine TV-Sendung brachte Timo Kranz dorthin. „Ich habe „Hart, aber fair“ im Fernsehen geguckt und mich wie üblich sehr über die Politiker aufgeregt“, erzählt der 35-Jährige.

Und was folgte? Er beschloss, eigene Erfahrung damit zu machen, wie Politik funktioniert. Noch am selben Abend schickte er online den Aufnahmeantrag für die GRÜNEN ab. „Im Affekt“, schmunzelt er rückblickend, „und die GRÜNEN waren mir einfach von allen Parteien am nächsten“. Nach 6 Jahren ist er weiterhin dabei – ein Beweis dafür, dass er seine spontane Aktion nicht bereut. Im Gegenteil: Seit 2014 ist er Abgeordneter der GRÜNEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Auch das allerdings eher unerwartet. Als neues Mitglied folgte er einer Einladung zum „Kennenlern-Abend“ im GRÜNEN Büro in der Bussestraße in Winterhude, er schnupperte in den Kreisverband hinein, nahm aus Interesse an den Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Wirtschaft und Finanzen teil und tauschte sich mit anderen GRÜNEN aus. Seinen ersten Schritt in die „angewandte Politik“ machte er im Jahr 2013 als zugewählter Bürger im Bauausschuss. „Als dann 2014 die Wahl zur Bezirksversammlung anstand, wurde ich gefragt, ob ich mich als Kandidat aufstellen lassen würde“, berichtet Timo Kranz. Er sagte zu. Auf einem der hinteren Listenplätze wäre die Wahr-

scheinlichkeit, in die Bezirksversammlung einzuziehen, ja sowieso gering, dachte er sich. So war es dann auch. Als aber neun Monate später die Wahlen zur Bürgerschaft stattfanden, rückte ein Teil der bisherigen GRÜNEN-Fraktionsmitglieder dorthin auf – und Timo Kranz in das Bezirksparlament nach.

„Das hat mein Engagement schlagartig verändert“, berichtet Kranz, der mit seiner Frau und den beiden kleinen Kindern in Langenhorn lebt. Plötzlich forderte das Ehrenamt größeren zeitlichen Einsatz – „ein politischer Termin pro Woche, so lautet unser Agreement zu Hause“, erzählt der selbstständige IT-Experte, der mit zwei Studienkollegen von der Fachhochschule Wedel ein eigenes Softwareunternehmen gegründet hat und kürzlich ins Plenum der Handelskammer gewählt wurde.

Bezirksversammlung, Bauausschuss, Regionalausschuss und Fraktionssitzung tagen jeweils einmal im Monat. Er bleibt also zeitlich im Limit. Besonders am Herzen liegt ihm die Gestaltung Langenhorns, das der gebürtige Norderstedter von Kind auf kennt, wo er zur Schule gegangen ist und wo er seit 2011 auch lebt. „Langenhorn ist ein unterschätzter, geerdeter Stadtteil mit guter sozialer Mischung und sehr guter Anbindung an die U-Bahn“, erläutert er die Vorzüge des hohen Nordens. Vor allem für die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs setzt er sich ein, inklusive Einrichtung von P+R-Parkplätzen – „die einzig sinnvolle Lösung für unsere Verkehrsprobleme“, so Kranz. Den Regionalausschuss versteht er als Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern, die hier ihre Anliegen einbringen können. „Leider ist es noch nicht ausreichend bekannt, dass die Sitzungen öffentlich sind, das höre ich auch im Freundeskreis“, erzählt Kranz, der an die Menschen im Stadtteil appelliert, sich möglichst frühzeitig an den Diskussionen zu beteiligen.

„Es wäre die Aufgabe der Schulen und der Parteien, ein größeres Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es diese Möglichkeit gibt“, meint der Bezirksabgeordnete. Denjenigen, die sich dafür interessierten, was um sie herum passiert, rät er beispielsweise den monatlichen Newsletter der GRÜNEN Bezirksfraktion, Blattgrün, zu abonnieren.* Er selbst hat in den vergangenen Jahren eine Menge dazu gelernt. „Ich kann jetzt eher nachvollziehen, warum sich Politiker im Fernsehen so ausdrücken. Auf lokaler Ebene gibt es viele Parallelen zur großen Bundespolitik“, stellt er fest. Seine Mission, Politik verstehen zu wollen, sieht er als erfüllt an. Aufhören will er deshalb aber noch lange nicht: „Ich will wieder kandidieren – auf Bezirksebene, das ist mein Ding!“

*gruene-nord.de/bezirksfraktion/blattgruen

FÜR DREI WOCHEN ABGEORDNETER

Anfang April 2015 rückte René Gögge, der zuvor schon von 2008-2014 Bezirksversammlungsmitglied gewesen war, für Sabine Bill in die Bezirksfraktion nach. Bereits zwanzig Tage später folgte er Dr. Eva Gümbel, die Staatsrätin wurde und daher ihr Mandat niederlegen musste, in die Bürgerschaft

nach. Die Sitzung der Bezirksversammlung am 10. April blieb somit seine erste und letzte in der Legislatur. In der Geschichte der GRÜNEN Fraktion war er damit allerdings nicht der am kürzesten amtierende Abgeordnete: 1993 war Volker Strantz für 16 Tage Bezirksabgeordneter.



JASPER EHRLICH

DEMOKRATIE LEBEN: GEMEINSAM ANS ZIEL

Was gebraucht wird, um das Leben in den Stadtteilen zu verbessern, wissen die Menschen vor Ort am besten. Deshalb ist es den GRÜNEN wichtig, die Entscheidungen der bezirklichen Arbeit auf Beteiligung aufzubauen. In Stadtteilgremien wie beispielsweise Regionalausschüssen und Stadtteilräten nutzen Bürger*innen die Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren und eigene Sichtweisen zu äußern. Die GRÜNEN legen großen Wert darauf, unterschiedliche Interessen klar zu benennen und Prozesse transparent zu machen. Sie verstehen Bürgerbeteiligung als Grundlage ihrer politischen Arbeit.

Wie SPD und GRÜNE schon in ihrer Koalitionsvereinbarung festgehalten haben, lebt Demokratie davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur an Wahlen beteiligen, sondern darüber hinaus auch ihre vielfältigen Erfahrungen und Kenntnisse in die Entscheidungsprozesse einbringen. Grundvoraussetzung für eine gelungene Beteiligung ist Transparenz. Daher sollen Transparenz und Beteiligung wesentliche Eckpfeiler der bezirklichen Politik der kommenden Jahre werden.

Im Februar 2015 debattierte die Bezirksversammlung über das Thema „Bürgerbeteiligung im Bezirk Hamburg-Nord“. Die Bezirkskoalition hatte einen Antrag vorgelegt, der vorsieht, einen öffentlichen Prozess zur Entwicklung von Leitlinien für eine bessere Bürgerbeteiligung zu starten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass zum Beispiel die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsschritte bei der Aufstellung von Bebauungsplänen vielen Betroffenen nicht ausreichen. Hinzu kommt, dass die Öffentlichkeit meist erst beteiligt wird, wenn die Träger öffentlicher Belange, also Bezirk, Feuerwehr, Polizei, Stadtentwässerung etc., sich bereits abgestimmt haben und es somit im Rahmen der öffentlichen Plandiskussion oder der Auslegung des fertigen Plans nur noch um Detailkorrekturen geht.

Michael Werner Boelz, Vorsitzender der GRÜNEN Fraktion, verdeutlicht, worum es den GRÜNEN geht: „Eines haben die vielen Diskussionen der letzten Jahre um Bauprojekte im Bezirk deutlich gezeigt: Bürgerinnen und Bürger wollen bei

der Gestaltung ihrer Stadt mitreden. Diese berechtigten Interessen haben Grüne und SPD aufgegriffen. Deshalb nimmt in der Koalitionsvereinbarung das Thema ‚Beteiligung‘ einen zentralen Platz ein.“

Konkret sollen nach dem Vorschlag von SPD und Grünen Initiativen, Vereine und Verbände, die interessierte Bevölkerung, Stadtteilräte und Bürgervereine sowie Verwaltung und Bezirkspolitik gemeinsam unter Beteiligung von Expertinnen und Experten „Leitlinien einer besseren Bürgerbeteiligung im Bezirk Hamburg-Nord“ aufstellen.

„Wir wünschen uns einen offenen Prozess, der von einem breiten Querschnitt der Bevölkerung begleitet und gestaltet wird. Dabei sollte auch geklärt werden, wie eine frühzeitige Beteiligung organisiert werden kann, damit auch dort erarbeitete Handlungsalternativen in die Planungen einfließen können.“

Für uns ist wichtig: Die Bürgerinnen und Bürger sollen echten Einfluss auf Entscheidungen haben! Die gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Auslegung beispielsweise von Bebauungsplänen kommt für die Diskussion von grundsätzlichen Änderungswünschen meist zu spät. Das wollen wir durch eine sehr frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung ändern“, so Michael Werner-Boelz.

In 2015 kam eine neue große Herausforderung auf die Bezirkspolitik zu: die Schaffung von Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete. Diese dringende Thematik hat viele Kapazitäten in der Verwaltung gebunden, so dass Themen wie das der verbesserten Bürgerbeteiligung vorübergehend zurückgestellt werden mussten. Doch gleichzeitig hat sich bereits eine neue Form der Einbeziehung von Anwohner*innen und zukünftigen Nutzer*innen etabliert, die an einem viel früheren Zeitpunkt als bisher üblich ansetzt. Erstmals wurde beim Neubauprojekt „Mesterkamp“ diese Art der Einbeziehung erfolgreich praktiziert. Der Stadtentwicklungsausschuss hat im Frühjahr 2017 mit der Verwaltung einen regelmäßig wiederkehrenden Austausch über das Thema Bürgerbeteiligung vereinbart.



DAS LEBEN IM STADTTEIL VERBESSERN, DEN BEZIRK STÄRKEN: DIE BEZIRKSVERSAMMLUNG

Die Bezirkspolitik trifft viele praktische Entscheidungen, die das persönliche Umfeld der Bürger*innen in Hamburg-Nord betreffen: Zum Beispiel wie in der Nachbarschaft gebaut wird, in welchem Zustand die Rad- und Gehwege sind und wie es im Park nebenan aussieht. Seit 35 Jahren setzen sich die GRÜNEN in Hamburg-Nord für die Menschen in ihrem Bezirk ein. Als gewählte Bezirksabgeordnete in der Bezirksversammlung (BV) nehmen sie Einfluss, sie wählen die Bezirksamtsleitung und sie formulieren die politischen Interessen des Bezirks gegenüber der Landespolitik, also dem Hamburger Senat. Die Entscheidungen in der BV und in den einzelnen Ausschüssen gestalten Leben und Wohnen, Umwelt, Mobilität und soziale Wirklichkeit.


Der Bezirk Hamburg-Nord hat rund 300.000 Einwohner*innen (Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Stand: 31.12.2015) in dreizehn Stadtteilen: Alsterdorf, Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Eppendorf, Fuhlsbüttel, Groß Borstel, Hoheluft-Ost, Hohenfelde, Langenhorn, Ohlsdorf, Uhlenhorst und Winterhude. Die Mitglieder der GRÜNEN Fraktion leben in den verschiedensten Stadtteilen des Bezirks und sind daher mitten im Geschehen. Weil aber jede*r Einwohner*in einen ganz persönlichen Blick auf ihr oder sein Umfeld hat, ist der Austausch mit den Bürger*innen vor Ort und ihre Mitwirkung wichtig, um das Leben in den Stadtteilen zu verbessern. Denn darum geht es in der Kommunalpolitik.

Die GRÜNEN setzen sich für einen starken Bezirk ein, der seinen wichtigen Aufgaben nachkommen kann: in der Kinder- und Jugendhilfe, bei den sozialen Diensten, in der Stadt- und Bauplanung, bei der Pflege von Grünanlagen. Der Senat hat den Bezirken in den vergangenen Jahren zusätzliche Aufgaben zugewiesen, aber nicht immer auch gleichzeitig Mittel für ausreichendes Personal. Deshalb können die Bezirke wichtige Aufgaben nicht mehr optimal wahrnehmen. Kürzungen in der Erziehungshilfe und für Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit verschärfen soziale Problemlagen eher und sind familienunfreundlich. Die GRÜNEN wollen den Bezirk wieder handlungsfähig machen.

Die 51 Abgeordneten in der Bezirksversammlung (BV), die alle ehrenamtlich tätig sind, verstehen sich als Mittler*innen zwischen den Bürger*innen und der Verwaltung auf Bezirks- und Landesebene. Sie sind Ansprechpersonen vor Ort für die vielfältigen Probleme und Wünsche der Menschen, die in Hamburg-Nord leben und arbeiten.

Einmal im Monat, außer in den Schulferien, findet eine BV-Sitzung statt. Zu Beginn jeder Sitzung gibt es eine „Bürgerfragestunde“, in der die Bürger*innen zu ihnen wichtigen Themen Fragen an die Fraktionen richten können. Darüber hinaus führen die BV oder der entsprechende Fachausschuss öffentliche Anhörungen zu einzelnen Themen und Fragestellungen durch. Im Bezirksamt in Eppen-

dorf hat auch die Bezirksversammlung Hamburg-Nord ihren Sitz.

In den Stadtteilgremien wie beispielsweise den Regionalausschüssen und Stadtteilräten sowie in Gesprächen vor Ort und in neuen Beteiligungsformaten können Anwohner*innen Probleme benennen. Gemeinsam soll die bestmögliche Lösung gefunden werden. Die GRÜNEN legen großen Wert darauf, Bürgerbeteiligung transparent zu organisieren und unterschiedliche Interessen klar zu benennen. Die Erfahrung zeigt, dass so gefundene Lösungen oft besser sind und vor Ort eher mitgetragen werden. Beteiligung ist für die GRÜNEN ein Gewinn und die Grundlage erfolgreicher Arbeit. 

REGIONALAUSSCHÜSSE DER BEZIRKSVERSAMMLUNG HAMBURG-NORD

- Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg
- Eppendorf-Winterhude (mit Hoheluft-Ost)
- Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Langenhorn-Alsterdorf-Groß Borstel

FACHAUSSCHÜSSE DER BEZIRKSVERSAMMLUNG HAMBURG-NORD

- Bildung, Kultur und Sport
- Haushalt
- Jugendhilfe
- Soziales, Gesundheit und Integration
- Stadtentwicklung
- Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz
- Wirtschaft und Arbeit
- Vergabe (nicht öffentlich)



SINA IMHOF: HAT IHR „EXPLOSIVES BABY“ IM GRIFF

Wenn die Emotionen hochkochen, dann heißt es „Tief durchatmen!“. Das gilt auch für die Sitzungen des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude, weiß Sina Imhof aus Erfahrung. Seit 2014 ist die Juristin, Jahrgang 1979, Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Nord und des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude, dessen monatliche Sitzungen sie als Vorsitzende leitet. Dabei diskutieren nicht nur die Abgeordneten der Parteien, auch die Bürger*innen haben im Rahmen der öffentlichen Sitzung die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern. Als es im Februar 2017 um die Vorstellung einer geplanten Flüchtlingsunterkunft ging, wurde der Vorsitz zur Herausforderung: „Dann ist es meine Aufgabe, darauf zu achten, dass die Regeln der Höflichkeit eingehalten werden und die Stimmung nicht explodiert“, so beschreibt es Imhof.

Dass Bürgernähe und breit aufgestellte Beteiligung in Stadtteil und Bezirk an Bedeutung gewinnen, sieht sie sehr positiv. Es gebe gute Verfahren, die noch mehr als bisher publik gemacht werden müssten. Gleichzeitig stellt sie fest: „Alle Beteiligten stehen am Anfang eines Lernprozesses.“ Das heißt: eine Verwaltung, die mehr Zeit für die Planungsphase einkalkulieren und verstärkt Präsentationskompetenz zeigen müsse. Eine Bezirkspolitik, die mehr erklären müsse: Welche Vorschriften gibt es? Was ist rechtlich möglich? Auch um Verständnis dafür zu wecken, dass sie in vielen Belangen zwar Anregung geben, aber keine verbindlichen Vorgaben machen könne. Und Bürger*innen, die verstehen müssten, dass ein Einzelinteresse kein Handlungsmaßstab sein könne. „Das

Ergebnis aus vielen verschiedenen Meinungen ist immer ein Kompromiss“, betont Imhof, die „streckenweise sehr konstruktive Diskussionen“ beobachtet. Sie sieht es auch als ihre eigene Aufgabe an, die Arbeit des Ausschusses noch bekannter zu machen und noch mehr Bürger*innen zur aktiven Beteiligung zu ermutigen.

„Der Regionalausschuss ist mein Baby!“, sagt Sina Imhof. Und weil die Themenvielfalt so groß ist und sie Wert darauf legt, jede Sitzung, jeden Beschluss nachzuverfolgen, damit ihr „nichts durch die Lappen geht“, sie darauf achtet, ob Dinge erledigt werden, wenn nötig auch wieder nachhakt, ist der Zeitaufwand, den sie als ehrenamtliche Bezirksabgeordnete hat, groß. „Die Sitzungen finden am frühen Abend statt und für mich als Mutter von zwei Kleinkindern ist das ein Jonglieren mit vielen Bällen“, gibt sie einen Einblick in ihren Alltag. Wenn am Jahresanfang der Sitzungsplan herausgegeben wird, setzen sie und ihr Mann sich zusammen und organisieren sich auf Monate im Voraus. „Es gibt wenig weibliche Abgeordnete mit kleinen Kindern“, stellt Imhof fest, auch die 15 Euro, die die Bezirksverwaltung pro Sitzung und Kind für die Kinderbetreuung zahlt, ändern daran nichts.

Ihr Weg dorthin ist aus ihrem Interesse an der Umwelt erwachsen: Die gebürtige Siegburgerin - „ich bin eine rheinische Frohnatur, kann gut quasseln“ - absolvierte nach der Schule ein Freiwilliges Ökologisches Jahr. Für das Jura-Studium mit Schwerpunkt Umweltrecht kam sie 2000 nach Hamburg, wo sie acht Jahre später Mitglied der GRÜNEN wurde. Als sie 2011 nach Hohe- luft-Ost zog, nahm sie das Angebot an, als zugewählte Bürgerin dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport anzugehören. Sie finde es spannend zu sehen, wie der große Verwaltungsapparat funktioniere, sagt sie. Außerdem mache es Spaß, selbst Akzente zu setzen. Ihre Devise: „Nicht meckern, sondern sich engagieren!“

Als Bereicherung empfindet sie die Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion. „Unser Klausurwochenende in Bremen zum Beispiel hat wieder gezeigt, dass wir eine gute Gruppe sind. Es gab viel Austausch und Inspiration, auch mit den Bremer Kollegen und dem ADFC, und man sitzt über die Arbeitsebene hinaus zusammen.“

Wo sie sich in Zukunft sieht? Politisch weitermachen wolle sie auf jeden Fall, ist sie sich sicher. Aber wo der Weg genau hinführe, das sei nicht planbar. „Ich lasse es einfach auf mich zukommen“, meint Sina Imhof, die nicht zuletzt als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni tätig ist, ihre Promotion auf den Weg bringt und sich eine Laufbahn im öffentlichen Dienst vorstellen kann. Einen Einblick hat sie ja bereits.

2012: GAL HEISST JETZT GRÜNE

EINE PARTEI, EIN NAME

GAL - diese drei Buchstaben stehen für Grün-Alternative Liste. Die Bezeichnung stammt aus der Gründerzeit der GRÜNEN in Hamburg und wurde seit Anfang der 1980er Jahre verwendet. Doch im April 2012 beschließen die GALier*innen auf Landesebene nach intensiven Debatten als letzter Landesverband in Deutschland die Änderung ihres Namens – um sich künftig bundesweit einheitlich zu präsentieren und um zu verdeutlichen, dass aus der ehemaligen Liste, innerhalb derer sich verschiedene Gruppen zur Kandidatur vereinigt hatten, längst eine Partei geworden war. Die Bürgerschaftsfraktion fasste den selben

Beschluss und auch die Bezirksabgeordneten in Hamburg-Nord beschließen, ab September 2012 „Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, abgekürzt: GRÜNE Fraktion Nord“ heißen zu wollen. Dazu der Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz: „Nachdem die GRÜNE Partei und Fraktion auf Landesebene auf den Namenszusatz „GAL“ verzichten, ist es nur folgerichtig, dass auch die GRÜNE Fraktion im Bezirk nachzieht. Wir werden unsere konstruktive sozial-ökologische Reformpolitik im Bezirk Nord fortsetzen – nun eben unter dem bundesweit gängigen Namen „GRÜNE“.“

„Momente des Chaos‘ sind vorbei“

Noch sind sie „GALier“: Aber auch im Bezirk heißt es bald Bündnis 90/Die Grünen

Interview: Daniela Barth

30 Jahre GAL-Nord: Interview mit dem Bezirksfraktionsvorsitzenden Michael Werner-Boelz

WB: Darf ich Sie denn überhaupt noch „GALier“ nennen?

MICHAEL WERNER-BOELZ: Ja, noch dürfen Sie „GAL-Nord“ sagen. Auf Landesebene haben wir uns schon in Bündnis 90/Die Grünen umbenannt, jetzt sind wir gerade dabei, uns auf Kreisebene umzubenennen. Die Bezirksfraktion wird das im August nach der Mitgliederversammlung in Angriff nehmen.

WB: Weshalb hat sich denn die Hamburger Grüne Alternative Liste (GAL) jetzt nach 30 Jahren überhaupt umbenannt?

Werner-Boelz: Auf Landesebene gab es schon seit Jahren Debatten um den Namen. Viele meinten, dass der Wiedererkennungswert der Hamburger Grünen mit dem Namen GAL nicht so hoch wäre – insbesondere für zugezogene Neuhamburger. Ich habe für die Umbenennung gestimmt. Ich kann gut damit leben.

WB: Weshalb agierten denn historisch betrachtet die Hamburger Grünen als „Grüne Alternative Liste“ anstatt wie sonst in der Bundesrepublik als die „Grünen“?

WERNER-BOELZ: In der Gründungsphase fanden sich politikkinteressierte Menschen zusammen, die aus unterschiedlichen Richtungen kamen. Da gab es diejenigen, die mehr in der Ökologie verankert waren – eben grün – und dann die Alternativen aus Studentenbewegungen kommend und eher links orientiert. Zur Wahl 1982 gab es den Zusammenschluss zur Grünen Alternativen Liste, um gemeinsam zu kandidieren.

WB: Sie sind jetzt seit 16 Jahren bei der GAL aktiv. Hat sich nach Ihrer Wahrnehmung die GAL in dieser Zeit sehr gewandelt?



Bezirksfraktionsvorsitzender Michael Werner-Boelz (GAL-Nord) vor dem Fraktionsbüro der Partei in der Bussestraße 1 in Winterhude. Foto: Barth

WERNER-BOELZ: Ja, da hat sich schon einiges im Laufe der Zeit geändert. Zum Beispiel finden Flügelkämpfe innerhalb der Grünen hier in Hamburg praktisch nicht mehr statt. Zum Teil ist das durchaus positiv zu bewerten, weil so ein entspanntes Klima vorherrscht, um Politik zu machen. Andererseits fehlen so auch ein bisschen die zugespitzten innerparteilichen Auseinandersetzungen. Und wir haben uns dahingehend gewandelt, dass die Momente des Chaos', wie wir sie in den Anfangsjahren hatten, gegen Null zurückgegangen ist. Wir arbeiten mittlerweile sehr strukturiert und verlässlich und das kriegen die Leute auch mit, wenn Sie ein Anliegen haben. Ich finde es wichtig, dass das, was wir machen, Hand und Fuß hat.

WB: Sind Sie – auch durch

die mehrjährige Regierungsbeteiligung – angepasster geworden?

WERNER-BOELZ: Naja, zurzeit regieren wir ja nicht. (lacht). Ich sehe überhaupt nicht, dass wir angepasster sind. Wir sind die kraftvollste Oppositionsfraktion im Bezirk – das sehe ich! Wir vertreten unsere Politik und unsere Werte, und das durchaus hin und wieder auch unkonventionell.

WB: Apropos unkonventionell: Wie stehen Sie als Gründer denn zu den Piraten, die ja gerade dabei sind, sich in der Politik zu etablieren. Erkennen Sie da Parallelen zu den Anfangsjahren der GAL?

WERNER-BOELZ: Nein. Ich wage zu behaupten, dass dem nicht so ist: Bei den Piraten fehlen mir ehrlich gesagt die politischen

Inhalte, die stehen eher für ein modernes Lebensgefühl...

WB: Das hat man den Grünen doch auch lange nachgesagt...

WERNER-BOELZ: Ja, das mag sein, aber die Grünen stammen aus der Umweltbewegung mit konkret formulierten politischen Zielen.

WB: Wie ist Ihre Mitgliederstruktur? Sind viele mit der GAL alt geworden oder verjüngt sie sich auch durch Nachwuchs?

WERNER-BOELZ: Wir haben tatsächlich nach wie vor guten Zuspruch und Zuwachs. Es gibt immer wieder neue junge Leute, die Lust haben, grüne Politik zu machen. Da können wir uns nicht beklagen.

WB: Worauf liegt der politische Fokus der GAL-Nord derzeit? Was möchten Sie

verändern respektive auf den Weg bringen?

WERNER-BOELZ: Wir beschreiben unser politisches Anliegen immer als sozial-ökologisch: Soziale Gerechtigkeit und der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen sind uns wichtig. Da spielt insbesondere das Thema Verkehrspolitik eine große Rolle. Das ist bei uns im Bezirk ein Schwerpunktthema – angefangen bei der Langenhorner Chaussee über die Tempo-30-Reduzierung auf Hauptverkehrsstraßen bis hin zur Verhinderung von gesundheitsgefährdendem Verkehrslärm. Kulturpolitik ist für uns wichtig unter dem Fokus Stadtentwicklung durch Kultur: Das Musikzentrum in Barmbek-Süd oder die ehemalige Theaterfabrik am Barmbeker Wiesendamm liegen uns da sehr am Herzen. Wir stehen auch sehr hinter den Integrationsleitlinien des Bezirks, die kürzlich beschlossen wurden. Da muss noch einiges passieren.

WB: Was haben Sie da im Sinn?


WERNER-BOELZ: Naja, es ist auffällig, dass wir zum Beispiel in der Bezirksversammlung kaum Migranten haben. Das ist ein Thema, bei dem man sich an die Nase fassen muss und sich fragen: Wie kann man Politik so gestalten, dass sich auch Migranten angesprochen fühlen. Da sind die runden Tische, an denen sich die Migranten-Communitys zusammensuchen können, um ihre Forderungen zu formulieren, ein Schritt in die richtige Richtung. Wir hoffen, dass es so eine Rückkopplung gibt mit den politischen Gremien im Bezirk.

WB: Vielen Dank für das Gespräch.

BESINNLICHE MOMENTE

IN KLAUSUR: WAS WAR, WAS KOMMT

Einmal im Jahr zieht sich die Bezirksfraktion für ein Wochenende zurück: Die Klausurtagung steht an. Gemeinsam mit dem Kreisvorstand und den Bürgerschaftsabgeordneten aus dem Bezirk werden dann über drei Tage insbesondere die programmatischen Schwerpunkte für die Zukunft erarbeitet. Dabei werden zentrale Ziele wie zum Beispiel die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der Ausbau des Radverkehrs, die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs oder die Förderung von Kultur konkretisiert und auf Einzelprojekte heruntergebrochen. Ebenso wird die Rolle der Fraktion innerhalb der Bezirksversammlung besprochen – ob als Regierungspartei oder in der Opposition.

Im niedersächsischen Gülstorf/Amt Neuhaus fand im Jahr 2013 die Klausurtagung mit Blick auf die im Jahr darauf folgende Wahl zur Bezirksversammlung statt. „Wir haben ein arbeitsintensives und erfolgreiches Wochenende hinter uns. Als Ergebnis halten wir fest: Wir wollen den Bezirk sozial und ökologisch erneuern. Sowohl personell als auch inhaltlich gut aufgestellt gehen wir in die kommenden 13 Monate bis zur Wahl“, zog der Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz Bilanz. Zielsetzung für die Wahl 2014 sei die soziale und ökologische Erneuerung des Bezirks. Gleichzeitig blickt die GRÜNE Fraktion im Rahmen ihrer Klausur auch auf ein politisch erfolgreiches Jahr zurück. 



Fraktions-Gruppenbild bei den Klausuren (v.l.n.r) 2013 (Amt Neuhaus), 2014 (Rostock), 2015 (Berlin) und 2017 (Kiel)



Bei GRÜNEN Klausuren wird immer hart gearbeitet – aber auch mal Fußball-WM geschaut und viel gelacht

FRAKTIONSCLAUSUR 2015 IN BERLIN

Die GRÜNE Fraktion verbrachte Ende September ein intensives Wochenende in der Hauptstadt. Im Rahmen der Klausur beschäftigten sich die 11 Abgeordneten unter anderem mit Verkehrsthemen und besuchten das soziale und Urban Gardening-Projekt „Prinzessinnengärten“. Auch diente das Wochenende zum besseren Kennenlernen, denn der Fraktion gehören aufgrund verschiedener Wechsel vier Abgeordnete erst seit kurzem an. Spannend war auch der Austausch mit Kolleginnen der Bezirksfraktionen von Berlin-Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg, der viele neue Ideen für politische Initiativen hervorbrachte.



Besuch in den Prinzessinnengärten, Berlin

Umdenken bei der Wohnungspolitik?

Grüne fordern „Gemeinwohlorientierung“

Hamburg-Nord (bt). Städtische Grundstücke sollen nach dem Willen der Grünen in Nord nur noch an Unternehmen veräußert werden, die gemeinwohlorientiert wirtschaften. Dazu zählen Baugemeinschaften, Wohnungsbaugenossenschaften oder städtische Wohnungsbaunehmen. Ihren Jahresempfang nahm die grüne Fraktion in der Bezirksversammlung Nord zum Anlass, eine Forderung an den Senat in Sachen Wohnungspolitik zu stellen.

„Der Senat hat auf die freie Wohnungswirtschaft und deren Mieten nur begrenzt Einfluss. Bei der Neubebauung von städtischen Grundstücken dagegen kann er entscheiden, ob er zugunsten einer Gewinnmaximierung die Grundstücke möglichst teuer an Großinvestoren verkauft oder die Grundbedingung für sozialen und günstigen Wohnungsbau liefert: günstige Bodenpreise und Bauträgerrinnen, die für angemessene Mieten und die Berücksichtigung sozialer Belange stehen“, sagte Fraktionschef Michael Werner-Boelz.

Der Einladung waren 130 Gäste aus Politik, Kultur, Sport, Vereinen, Medien und Verwaltung gefolgt. Sie nutzten den Jahresempfang im „Barmbek-Basch“ zum regen Gedankenaustausch. Unter den Gästen waren Bezirksamtsleiter Harald Rösler, die Bezirksversammlungsvorsitzende Dagmar Wiedemann (SPD), die Vizechefin der Hamburger SPD, Inka Dame-
rau, die Bürgerschaftsabgeordnete Anja Hajduk und Katharina Fegebank (beide Grüne) sowie Abgeordnete der anderen Fraktionen.

Die grüne Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl und Direktkandidatin für den Wahlkreis



Schenkte den Gästen reinen Wein ein und keinen kalten Kaffee... Für den sorgte – akustisch gesehen – das Trio Macchiato, das jedoch mit heißen Rhythmen begeisterte. Foto: hlr

Nord, Anja Hajduk, sowie die grüne Landeschefin Katharina Fegebank unterhielten das Publikum mit einer Spielszene am Infostand. Launig nahmen sie typische Erlebnisse aus Wahlkampfzeiten aufs Korn und erläuterten ganz nebenbei die Schwerpunkte grüner Politik für die Bundestagswahl am 22. September. Insbesondere soziale und Generationengerechtigkeit gehören zu den Kernthemen des

Wahlprogramms. „Besondere Bedeutung kommt der geplanten Steuerreform zu, die bei 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für eine Entlastung sorgen und gleichzeitig Mittel für mehr Bildungsangebote erzielen wird“, sind sich die Grünen sicher.

Musikalisch begleitet wurde der Abend vom Trio Macchiato, das mit Akkordeon, Bass, Violine und Gesang das Publikum begeisterte.

MARKT, AUSGABE FUHLSBÜTTEL/LANGENHORN, 15.6.2013



Einladungskarte zum Jahresempfang 2016

LIEBESERKLÄRUNG AN DEN (HAMBURGER) NORDEN

REGER AUSTAUSCH UND GUTE STIMMUNG: IM GESPRÄCH MIT 150 GÄSTEN

Die Tradition der Jahresempfänge wird von den GRÜNEN in Hamburg-Nord gepflegt: Einmal im Jahr lädt die Fraktion Vertreter*innen aus verschiedensten Bereichen im Bezirk zum Austausch ein. An wechselnden Veranstaltungsorten wie zum Beispiel dem Community-Center Barmbek-Basch oder dem Winterhuder Stadtteilzentrum Goldbekhaus kommt man ungezwungen bei Sekt und Selters ins Gespräch. „Wichtig für die Entwicklung unserer Politik ist die

gute Vernetzung mit den unterschiedlichsten Akteuren aus Kultur, Sport, Kirchen und auch mit Kolleg*innen aus anderen Parteien im Bezirk“, sagt dazu Michael Werner-Boelz.

Immer dabei: Prominente Redner*innen wie die GRÜNE Landesvorsitzende Katharina Fegebank oder der Fraktionschef der GRÜNEN im Bundestag, Dr. Toni Hofreiter. In den Beiträgen wird stets der Zusammenhang zwischen „großer“ Politik und lokaler Ebene deutlich, der Bogen von Europa



Michael Werner-Boelz, Fraktionsvorsitzender, mit Dr. Toni Hofreiter (Vorsitzender GRÜNE Bundestagsfraktion) und Slam-Poetin Mona Harry beim Jahresempfang 2016




**„WICHTIG FÜR DIE ENTWICKLUNG
UNSERER POLITIK IST DIE GUTE VERNETZUNG
MIT DEN UNTERSCHIEDLICHSTEN AKTEUREN
AUS KULTUR, SPORT, KIRCHEN IM BEZIRK.“**

Michael Werner-Boelz,
Fraktionsvorsitzender

bis in den Bezirk gespannt. Hofreiter nutzte im Jahr 2016 die Gelegenheit, in seiner bewegten und bewegenden Rede eine große Brücke zu schlagen: von der hohen Zahl der nach Europa und besonders nach Deutschland Geflüchteten, über den Klimaschutz bis hin zu fairem Handel. Natürlich wird auch ein Überblick über die GRÜNE Politik im Bezirk gegeben – in der Rückschau auf das vergangene Jahr und im Ausblick auf die wichtigsten Themen der kommenden Monate. Zum Beispiel stellt die GRÜNE Fraktion jedes Jahr wieder einen großen Teil der inhaltlichen Anträge und stieß breit wahrgenommene Debatten wie zur Umgestaltung der Langenhorner Chaussee oder zur Person Hindenburgs, nach dem in Hamburg immer noch eine Straße benannt ist, an.

„Wir freuen uns sehr, dass unser GRÜNER Jahresempfang für viele gesellschaftliche Akteure aus den Bereichen Sport,

Kultur, Soziales und Politik zu einem wichtigen Termin im Kalender geworden ist. Der rege Besuch ist ein Zeichen dafür, dass wir GRÜNE fest im gesellschaftlichen Leben des Bezirks Nord verankert sind. Unser Ansatz des intensiven Austauschs mit den Vereinen ist der richtige Weg für eine bürgernahe Politik“, freut sich Michael Werner-Boelz über die positive Resonanz auf die Veranstaltungen.

Weitere von den Gästen mit Vorfreude erwarteter Programmpunkte: Die kulturellen Beiträge wie Slampoetry, Kabarett, Comedy und Live-Musik-Performances. So begeisterte beispielsweise Bühnenpoetin Mona Harry das Publikum mit ihren Texten über das Radfahren und ihrer Liebeserklärung an den Norden. Das Duo Anne Wiemann und Ulrich Kodjo Wendt entlockte Akkordeon, Saxophon und Luftpumpe bis zum spätabendlichen Ausklang ungewohnte Melodien. 



Broschüre zum 30. Jubiläum der Fraktion.

Download unter gruenlink.de/1bv1



GAL-Nord feierte Geburtstag

30 Jahre Grüne Politik im Bezirk



Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch (SPD, links) und Rachid Messaoui (Die Linke) stießen gemeinsam auf das Jubiläum der GAL an.

BARMBEK. Leidenschaftlich, etwas unbeholfen, in vielen Dingen inkompetent: So beschrieb Willfried Maier auf dem Jubiläums-Empfang der GAL-Fraktion Hamburg-Nord die Anfänge der Grünen-Partei 1982. „Das erinnert an die Piraten heute. Der Unterschied ist: Die Grünen hatten deswegen ein schlechtes Gewissen, die Piraten machen damit Werbung.“ Willfried Maier, ehemaliger Senator für Stadtentwicklung, GAL-Fraktionsmitglied und das „intellektuelle Gewissen“ der Grünen in Hamburg, sorgte in seiner Ansprache zum 30-jährigen Jubiläum der GAL-Nord mit seinen Anekdoten für gute Stimmung und viele Lacher. Etwa 120 Gäste kamen zum Jahresempfang der Grünen ins Barmbek Basch,

um zu gratulieren, gemeinsam zu feiern und in Erinnerungen zu schwelgen. Von diesen habe Polizeipräsident und ehemaliger Bezirksamtsleiter Wolfgang Kopitzsch (SPD) überwiegend gute: „Während der Rot-Grünen-Koalition haben wir uns immer gut verstanden. Ich kenne und schätze viele Fraktionsmitglieder der GAL.“ Auch Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) kam, um zu gratulieren: „Ich wünsche den Grünen, dass sie an ihrer Tradition festhalten und weiter so gut arbeiten.“ Nach Michael Werner-Boelz' Begrüßungsrede, in der er sich bei allen GALiern für die gute Zusammenarbeit bedankte, und Willfried Maiers Erinnerungen gab es ein kleines kulturelles Programm mit einer

Performance über die Arbeitsweise der GAL und viel Gesang. Bekannte Lieder wurden umgedichtet und luden beispielsweise die CDU zur Koalition ein: „Dass Rot-Grün die Mehrheit hat, ist nun vorbei. Komm (sl)

CDU, wir sind jetzt frei“, sorgte für viel Heiterkeit bei den Gästen. „Die musikalische Einladung war mutig“, sagte Dr. Andreas Schott, Fraktionsvorsitzender der CDU Hamburg Nord später: „Die GAL ist reifer und älter geworden. Sie sollen aber aufpassen, dass sie nicht zur Rentner-Partei werden“, scherzte er.

Im Juni 1982 zogen zum ersten Mal grüne Abgeordnete in die Bezirksversammlung Hamburg-Nord ein.

In den 30 Jahren haben wir unseren Bezirk nachhaltig mitgeprägt“, sagt GAL-Fraktionsvorsitzender Hamburg-Nord, Michael Werner-Boelz.

Stärkung der Stadteilkultur, die Verbesserung des Radverkehrs und Bürgerbeteiligung sind nur einige Punkte der Grünen-Themenliste.

Erfolge gab es viele – und Entwicklung auch: „Wir haben uns von einer jungen, studentischen Protestpartei in eine sozialverantwortliche, ökologisch denkende Partei gewandelt“, so Werner-Boelz, der seit zwei Jahren der Fraktion vorsitzt.



Michael Werner-Boelz ist seit 16 Jahren in der GAL-Nord aktiv.

Fotos: Lublow

MIT SCHWUNG IN DIE NÄCHSTEN 30 JAHRE

Ein besonderes Jubiläum galt es im Jahr 2012 zu feiern: Die GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord (BV) feierte ihr 30-jähriges Bestehen – seit 1982 ist sie durchgehend in der BV vertreten. Zu den Gästen, die der Bezirksfraktion gratulierten, gehörten unter anderem Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher, Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch, Bezirksamtsleiter a.D. Mathias Frommann, die Bürgerschaftsabgeordneten Jens Kerstan, Dr. Eva Gümbel, Katharina Fegebank, Olaf Duge, Dr. Till Steffen, Dr. Anjes Tjarks (alle GRÜNE) und Anja Domres (SPD) sowie viele Mitglieder und die Vorsitzenden der Bezirksfraktionen von SPD (Thomas Domres), CDU (Dr. Andreas Schott) und FDP (Claus-Joachim Dickow). Auch viele ehemalige Mitglieder einer der bisher insgesamt elf GRÜNEN Bezirksfraktionen waren zum Empfang im Barmbek°Basch erschienen. Dr. Willfried Maier, GRÜNER Stadtentwicklungssenator a.D., warf im Wechsel mit Gesangeinlagen des eigens ge-

gründeten GRÜNE-Nord-A-capella-Quartetts einen launigen Blick in die Geschichte – inklusive kritischer Reflexion und der Hervorhebung grüner Erfolge. Der langjährige frühere BV-Abgeordnete Rainer Scheppelmann rundete das Programm mit einer Klavierdarbietung des Beatles-Songs „With a little help from my friends“ ab. Zur Feier des Jubiläums wurde auch eine umfangreiche Broschüre unter dem Titel „30 Jahre GAL-Fraktion Hamburg-Nord präsentiert“.


Michael Werner-Boelz fasste zusammen: „Ich freue mich, dass an diesem Abend trotz der starken Konkurrenz durch die Fußball-EM-Eröffnung so viele Kolleginnen und Kollegen aus Bezirk und Land, aber auch viele gesellschaftliche Akteure mit uns gefeiert haben. Wir werden – wie sicher nicht nur von Willfried Maier gewünscht – auch weiterhin für eine sachorientierte und verlässliche Politik für die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk stehen.“

VORFAHRT FÜR UMWELTFREUNDLICHE MOBILITÄT

Die Verkehrspolitik ist ein wesentliches Handlungsfeld der Bezirkspolitik, denn jede Bürgerin, jeder Bürger ist täglich unterwegs: zu Fuß zur Bushaltestelle, mit dem Rad zum Einkaufen, mit der U-Bahn zum Sport oder mit dem Auto zu Kunden. Die GRÜNEN behalten die alltäglichen Probleme aller Verkehrsteilnehmer*innen im Auge. Sie setzen sich unter anderem ein für mehr Verkehrssicherheit, Tempo 30, Fahrradstellplätze, barrierefreie Gehwege und die Verringerung der Lärm- und Luftbelastung durch den motorisierten Verkehr.

Die Verkehrspolitik der GRÜNEN Fraktion Nord findet in der ganzen Stadt Beachtung: Das gilt sowohl für die

Umwandlung von Straßen entlang der Außenalster in Fahrradstraßen als auch für die Entwicklung der Idee eines Radschnellwegs von Alsterdorf nach Norderstedt oder für die Diskussion um Klagemöglichkeiten von Anwohner*innen auf Tempo 30 an durch Lärm und Luftverschmutzung belasteten Straßen. Mit Veranstaltungen und Aktionen laden die GRÜNEN dazu ein, sich zu informieren, mitzureden und Mobilität einmal anders zu denken.

Nachfolgend findet sich eine kleine Auswahl der GRÜNEN Aktivitäten der letzten fünf Jahre, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. 

BÜRGER*INNEN MOBILISIEREN

Extrem gut besucht war im Oktober 2016 die Informationsveranstaltung zum Thema „Luft- und Lärmbelastung: Hilft nur Klagen?“, zu der die GRÜNE Bezirksfraktion ins Museum der Arbeit eingeladen hatte. Rund 140 Bürger*innen nutzten die Gelegenheit, sich bei Expert*innen über die Auswirkungen von Verkehr, die Möglichkeiten zur Reduzierung und über Antrags- und Klagemöglichkeiten zu informieren. Deutlich wurde, dass Anwohner*innen die zuständige Verkehrs- und die Innenbehörde konkret auffordern können, etwas gegen die Lärm- und Luftbelastung an ihrer Straße zu tun: Sie kön-

nen verkehrsbeschränkende Maßnahmen wie etwa Tempo 30 einfordern, um den Straßenlärm zu verringern.

Michael Werner-Boelz empfahl ein Online-Tool des ADFC, das Bürger*innen bei der Antragstellung unterstützt: „Je mehr Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, desto größer wird die Außenwirkung und desto eher gibt es die Chance, dass zur Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte bei der Lärm- und Luftbelastung auch verkehrsbeschränkende Maßnahmen wie Tempo 30 ergriffen werden.“



Diskutierten mit den Bürger*innen: Manfred Braasch (BUND Hamburg), Dr. Philine Gaffron (TUHH, Institut für Verkehrsplanung und Logistik), Jens Deye (ADFC Hamburg), Rainer Schneider (VCD Hamburg), Christoph Reiffert (GRÜNE Bezirksfraktion)

DURCHATMEN!

TEMPO 30: SCHLUSS MIT DICKER LUFT UND OHRENSTÖPSELN

Die Anwohner*innen vieler Straßen in Hamburg-Nord leiden gesundheitlich unter zu hoher Luftschadstoff- und Lärmbelastung. Das haben mehrere Anfragen der GRÜNEN Fraktion an den Senat ergeben. Bessere Luft und weniger Lärm kann man effektiv und mit wenig Aufwand erzielen, wenn man die Geschwindigkeit im Straßenverkehr entsprechend anpasst. Deshalb fordern die GRÜNEN die Einführung von Tempo 30 auf Hamburgs Straßen. „Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit mindert



Die damaligen Bezirkspolitikerinnen Alexandra Blöcker, Carmen Wilckens und Ulrike Sparr (v.l.) 2014 mit dem damaligen verkehrspolitischen Sprecher der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion, Dr. Till Steffen, an der Kreuzung Dehnhaiide/Barmbeker Markt.

den Lärm, fördert die Luftqualität und dient der Verkehrssicherheit. Dazu ist eine Gesetzesänderung auf Bundesebene nötig. Auf wenigen zentralen Verkehrsachsen könnte dann immer noch 50 gefahren werden“, führt der GRÜNE Fraktionsvorsitzender Michael Werner-Boelz aus. Damit unterstützen die GRÜNEN ausdrücklich die Kampagne „Läuft“ des Hamburger ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V), der sich damit ebenfalls für ein lebenswertes Hamburg einsetzt.

24/7 DAS TEMPO RAUSNEHMEN

Der Informationsveranstaltung vorausgegangen waren zwei Anfragen der GRÜNEN an den Hamburger Senat. Im Oktober 2015 hatte eine erste Anfrage ergeben, dass allein im Bezirk Nord 92 Straßenzüge nachts zu laut sind (s. Kasten). Wo dies auch tagsüber der Fall ist und welche Maßnahmen Abhilfe schaffen könnten, sollte im April 2016 eine weitere Anfrage klären. Heraus kam: An 73 Straßenabschnitten sind die Anwohner*innen im Bezirk Nord am Tage gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt. Zu den am stärksten verlärmten Straßen im Bezirk Nord gehören die Hamburger Straße mit bis zu 78 dB(A), die Habichtstraße und der Braamkamp mit bis zu 76 dB(A), die Barmbeker Straße, die Dennerstraße, der Mühlendamm, die Nordschleswiger Straße und die Tarpbekstraße mit jeweils bis zu 75 dB(A).

Obwohl diese enorme Belastung spätestens seit der Lärmkartierung 2012 bekannt ist, hat es bislang nur Pilotversuche für nächtliches Tempo 30 in Hamburg gegeben, ergab die GRÜNE Anfrage an den Senat. Diese betrafen nur drei Straßenabschnitte mit einer Gesamtlänge von 1,55 km Länge. Bei 1.126 Kilometern Hauptverkehrsstraßen in der Stadt sind das nicht einmal 0,14 Prozent.


Michael Werner-Boelz, Vorsitzender der GRÜNEN Bezirksfraktion Hamburg-Nord, kommentierte die Antworten des Senats: „Alle wissen es: Die durch den motorisierten Verkehr verursachten Lärm- und Luftbelastungen haben erhebliche gesundheitliche Auswirkungen auf die Bevölkerung. Sie können unter anderem Ursache sein für Atemwegsbeschwerden, Asthma sowie Herz- und Kreislauferkrankungen. Die zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung vorgegebenen Grenzwerte werden in Hamburg permanent überschritten. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.“

Aus GRÜNER Sicht ist Tempo 30 die einfachste und kostengünstigste Maßnahme, um eine Reduzierung der Lärm- und Luftbelastung durch den Verkehr zu erzielen und damit die



Tempo 30 sollte Regelgeschwindigkeit vor allen Schulen sein!

Gesundheit der städtischen Bevölkerung zu schützen. Darüber hinaus erhöht Tempo 30 nachweislich die Verkehrssicherheit und führt zu einer Verstärkung des Kraftverkehrs. In Berlin wurde durch Gerichtsentscheidungen Tempo 30 nachts angeordnet. Dort hat Anfang 2016 auch erstmals ein Verwaltungsgericht tagsüber Tempo 30 auf einer Hauptverkehrsstraße, der Berliner Allee (B2), angeordnet. Die Verkehrs- und Innenbehörde müssen nun endlich ihre Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wahrnehmen und verkehrsbeschränkende Maßnahmen anordnen. Gesundheit geht eindeutig vor Schnelligkeit des Autoverkehrs. Andernfalls bleibt den Betroffenen wohl nur die Klage! Berlin zeigt, dass dies ein wirksamer Weg ist!“

Die Hamburger Morgenpost nahm die GRÜNE Anfrage und einen Ratsbeschluss in Schleswig zum Anlass, über Tempo 30 in der gesamten Stadt zu berichten. 

Grüne streiten über zu hohe Luftbelastung

Parteifreunde aus Nord fordern von Umweltsenator Kerstan wirksame Maßnahmen – etwa **Tempolimits**. FDP präsentiert eigene Vorschläge

JENS MEYER-WELLMANN

HAMBURG :: Nun erhöhen auch die eigenen Parteifreunde den Druck auf den grünen Umweltsenator Jens Kerstan. Der Senat müsse endlich wirksame Maßnahmen gegen die zu hohe Belastung der Luft mit giftigem Stickoxid (NO_x) ergreifen, fordern führende Grüne aus dem Bezirk Hamburg-Nord. Hintergrund: Eine der vier großen Messstationen, an der EU-Grenzwerte seit Jahren durchgehend und zum Teil deutlich überschritten werden, liegt in der Habichtstraße im Bezirk Nord.

Seit Jahren verweise der Senat auf eine Überarbeitung des Luftreinhalteplans, kritisiert Christoph Reiffert, Umweltpolitiker der Nord-Grünen. Dass diese Ankündigungen nicht aus-

reichen, zeigten aber die Messwerte des Jahres 2015, in dem der Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft permanent überschritten wurde. „Kein Monatsdurchschnittswert lag 2015 unter 56 Mikrogramm“, so Reiffert. „Wer in der Habichtstraße wohnt, ist weiterhin giftiger Luft ausgesetzt.“

Auch der Grünen-Fraktionschef der Bezirksversammlung Nord, Michael Werner-Boelz, verliert offenbar die Geduld mit dem eigenen Umweltsenator. „Einen bloßen Verweis auf ein Paket von Dutzenden Einzelmaßnahmen, deren mögliche Wirkung erst weit in der Zukunft liegt, können wir nicht akzeptieren“, so Werner-Boelz. „Der Senat weiß seit Jahren, dass die Grenzwerte einzuhalten sind und eine Wende eingeleitet werden muss.“

Die schnellste und einfachste Form der Schadstoffminimierung sei eine Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit, so Bolz. In Berlin habe das Verwaltungsgericht gerade der Klage eines Anwohners stattgegeben und aufgrund der hohen Lärm- und Luftbelastung auch tagsüber Tempo 30 an einer Hauptverkehrsstraße angeordnet. „Gesundheit geht vor Schnelligkeit“, so



Der grüne Umweltsenator Jens Kerstan bekommt es jetzt auch mit den eigenen Parteifreunden zu tun
Antreas Latble

Werner-Boelz. Die Nord-Grünen haben zum Thema einen umfassenden Anfragekatalog an den Senat gerichtet.

FDP-Verkehrspolitiker Wieland Schinnenburg hat für seine Fraktion derweil einen Antrag zur Verringerung der Luftbelastung in die Bürgerschaft eingebracht. Demnach solle die Stadt bis Jahresende 700 Ladestationen für E-Autos u.a. durch den Umbau von Laternen errichten. Weitere Forderungen: Bessere Ampelschaltungen zur Optimierung des Verkehrsflusses, Wiedereinführung des Stellplatzpflicht bei Wohnungsbau, Abschaffung der P+R-Gebühren und zweijähriger Verzicht auf HVV-Preiserhöhungen. Außerdem soll Verkehr vermieden werden, indem die Stadt 2000 Bediensteten Telearbeitsplätze anbietet.

BUND und Grüne fordern mehr Tempo 30

Geschwindigkeitsbegrenzung soll **Lärmbelastung** für Anwohner senken. Grenzwerte vielfach überschritten

JENS MEYER-WELLMANN

HAMBURG :: Nicht nur Grünen und Naturschützern geht es mit der Einrichtung neuer Tempo-30-Zonen in Hamburg nicht schnell genug. Auch der ADAC monierte die „nicht sonderlich ambitionierte Umsetzung“ des 2011 verkündeten Ausbauprogramms. Vor allem Umweltschützern gelten Tempolimits als einfachste und effektivste Maßnahme zur Reduzierung der Lärm- und Luftbelastung für die Anwohner.

„In Hamburg leben über 140.000 Menschen in Stadtteilen, die gerade nachts gesundheitsschädlich verlärm sind“, sagte der Landesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND), Manfred Braasch. „Schuld daran ist vor allem der Verkehr, ganz vorn dabei der Straßenverkehr und zunehmend der Luftverkehr. Die bezirklichen Lärmaktionspläne kommen nicht schnell genug voran. So passiert an den 40 lautesten Straßen immer noch viel zu wenig, bislang gab es erst an drei Straßen

Geschwindigkeitsbegrenzungen. Um die Betroffenen zu schützen, brauchen wir mehr Tempo-30-Zonen, die Güterbahn muss leiser werden, und Hamburg kommt um ein konsequentes Nachtflugverbot nicht herum“, so Braasch.

Wie hoch die Belastung noch immer ist, hat jetzt auch die aktuelle Antwort des Senats auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion aus der Bezirksversammlung Nord gezeigt, die dem Abendblatt vorliegt. Demnach sind im Bezirk 92 Straßenabschnitte nachts von gesundheitsgefährdendem Lärm betroffen. Besonders laut ist es nachts an der Hamburger Straße, am Braamkamp und an der Dennerstraße. Zu den tagsüber am stärksten belasteten Straßen gehören ebenfalls die Hamburger Straße mit bis zu 78 Dezibel, die Habichtstraße und der Braamkamp mit bis zu 76 Dezibel, außerdem die Barmbeker Straße, die Dennerstraße, der Mühlendamm, die Nordschleswiger Straße und die Tarpenbekstraße mit jeweils bis zu 75 Dezibel. Der Grünen-Fraktionschef im Bezirk, Michael Werner-Boelz, kritisiert in diesem Zusammenhang die Tatenlosigkeit der Behörden. „Obwohl diese enorme Belastung spätestens seit der Lärmkartierung 2012 bekannt ist, gab es bislang nur Pilotversuche für nächtliches Tempo 30 in

ner-Boelz, kritisiert in diesem Zusammenhang die Tatenlosigkeit der Behörden. „Obwohl diese enorme Belastung spätestens seit der Lärmkartierung 2012 bekannt ist, gab es bislang nur Pilotversuche für nächtliches Tempo 30 in

cherheit und führt zu einer Verstärkung des Kraftverkehrs.“

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen hatte 55 Dezibel in der Nacht und 65 Dezibel am Tag als Grenzwerte für die Lärmbelastung festgelegt. Bei Überschreitungen empfiehlt er Maßnahmen zur Lärminderung. Neben passivem Lärmschutz wie dem Einbau besserer Fenster (siehe Seite 1) gehört dazu aktiver Lärmschutz, also etwa Verkehrsbeschränkungen, Tempolimits oder die Nutzung von Flusterasphalt. Da die Grenzwerte in Städten flächendeckend überschritten werden, hat man sie im Hamburger Lärmaktionsplan höher angesetzt: auf 70 Dezibel tagsüber und 60 Dezibel nachts. Überschritten werden sie dennoch vielfach.

Neben der Lärmbelastung hat Hamburg mit einer deutlich zu hohen Luftbelastung durch giftige Stickoxide aus Dieselselbstgasen zu kämpfen. Umweltsenator hat deswegen Fahrverbote für alte Diesel ins Gespräch gebracht. Bürgermeister Olaf Scholz lehnt diese als unsozial ab.

Darüber hinaus erhöht Tempo 30 nachweislich die Verkehrssicherheit

Michael Werner-Boelz, Grüne

Hamburg“, so Werner-Boelz. „Dabei ist Tempo 30 die einfachste und kostengünstigste Maßnahme, um eine Reduzierung der Lärm- und Luftbelastung durch den Verkehr zu erzielen und damit die Gesundheit der städtischen Bevölkerung zu schützen. Darüber hinaus erhöht Tempo 30 nachweislich die Verkehrs-

Montag, 4. April 2016



Schnecken-tempo in Schleswig



Politiker machen Kreisstadt zur Tempo-30-Zone. Grüne fordern das Gleiche für Hamburg

Von NINA GESSNER

In Schleswig gilt künftig: Fuß vom Gas! Der Bauausschuss der schleswig-holsteinischen Stadt hat die Einführung einer flächendeckenden Tempo-30-Zone beschlossen. Nur einige Hauptverkehrsachsen sollen ausgenommen werden. Ein Modell auch für Hamburg?

Es war eine einstimmige Entscheidung in Schleswig, zu der die Stadt quasi gezwungen war. „Wir haben Bereiche, in denen es zwar Radwege gibt, aber die sind nach Bundesrecht zu schmal. Wenn wir

die Radfahrer dann auf die Straße leiten, müssen wir auch die Geschwindigkeitsbegrenzung senken“, so eine Sprecherin der Stadt. Nach dem neuen Verkehrskonzept soll nur auf Hauptverkehrsstraßen weiter Tempo 50 gelten.

Der ADFC begrüßte die Entscheidung und forderte eine Ausweitung. „In engen Innenstädten ist das die einfachste Lösung und oft auch die beste, um die Situation für Radfahrende zu verbessern“, so der Landesvorsitzende in Schleswig-

Holstein, Thomas Möller.

Auch bei den Hamburger Grünen, die schon lange für mehr Tempo-30-Zonen kämpfen, kam der Schritt gut an. „Wir wünschen uns ein

„Von einem Tempo-30-Limit in Hamburg hätten alle etwas.“

Michael Werner-Boelz, Grüne

Tempolimit von 30 km/h für den kompletten Hamburger Stadtverkehr“, sagt Michael Werner-Boelz, Fraktionsvorsitzender der Grünen Nord. „Davon hätten alle etwas!“ Denn: Die Geschwindigkeitsbegrenzung sorgt für eine Luftverbesserung, für eine Lärmverringerung und für eine höhere Verkehrssicher-

heit. Auch der Verkehrsfluss sei bei Tempo 30 nachweislich besser. „Wenn das Tempo konstant bleibt, ständiges Anfahren und Abbremsen wegfällen, dann kommt man auch zügiger durch die Stadt“, so Werner-Boelz. Ähnlich wie in Schleswig könne man Hauptverkehrsachsen von dem Limit ausnehmen.

Werner-Boelz verweist auf ein Papier des Bundesumweltministeriums „Neues Zusammenleben in der Stadt“, in dem ebenfalls eine Temporeduzierung empfohlen wird. „Der Zug geht langfristig in diese Richtung“, ist Werner-Boelz sicher.

HAMBURGER*INNEN WERDEN UM DEN SCHLAF GEBRACHT

Insgesamt 92 Straßenzüge im Bezirk Hamburg-Nord sind nachts so verlärm, dass die dort wohnenden Menschen gesundheitliche Beeinträchtigungen befürchten müssen. Spitzenreiter ist die Hamburger Straße in Barmbek, an der bis zu 69 dB(A) ermittelt wurden. Das ergab im Jahr 2015 eine Anfrage der GRÜNEN Bezirksfraktion an den Senat.

Die GRÜNEN wollten wissen, an welchen Straßen nachts ein Wert von 60 dB(A) überschritten wird. Dies ist der von Hamburg festgelegte Wert, ab dem Maßnahmen zur Lärminderung ergriffen werden sollen. Christoph Reiffert, umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN, erläuterte: „Hamburg hat ein Lärmproblem, das zum größten Teil auf dem Straßenverkehr beruht. Aufgrund von EU-Vorgaben wird schon seit langem im Rahmen der Lärmaktionsplanung nach Lösungen gesucht. Doch mehr als einige wenige Pilotprojekte sind bislang nicht daraus entstanden. Unsere Anfrage zeigt: Hier muss nun endlich schneller gehandelt werden! Denn besonders nächtlicher Lärm macht krank: Menschen, die dadurch an Schlafstörungen leiden, haben ein höheres Risiko zu erkranken. Nach dem Rauchen ist Lärm der



Tag und Nacht besonders laut:
Die Hamburger Straße

der zweitgrößte Risikofaktor für einen Herzinfarkt!“

Die Lage ist in der Praxis noch dramatischer als die Zahlen der Anfrage zeigen, da Hamburg von dem offiziell vom Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen vorgeschlagenen Grenzwert für Maßnahmen von 55 dB (A) nachts abweicht – denn sonst wären praktisch alle Hauptverkehrsstraßen betroffen. Thorsten Schmidt, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN, forderte deshalb: „Hamburg darf nicht länger nur prüfen, sondern muss end-

lich handeln! Das Beispiel Berlin zeigt, dass es ganz einfach sein kann: Dort gilt an immer mehr großen Straßen nachts ein Tempolimit von 30 km/h – übrigens ohne, dass der Wirtschaftsverkehr zusammenbricht. Nicht nur bei den Anwohnerinnen und Anwohnern, sondern insgesamt haben diese Maßnahmen eine hohe Akzeptanz und bringen tatsächlich messbare Erleichterungen.“

Die EU-Umgebungsrichtlinie fordert die Aufstellung von Lärmaktionsplänen zur „Regelung der Lärmprobleme“ (§47d Bundes-Immissionschutzgesetz). Zu diesem Zweck wurden in allen Hamburger Bezirken im Jahr 2009 Lärmforen veranstaltet. Eine gutachterliche Bewertung der Ergebnisse des Lärmforums im Bezirk HH-Nord wurde im November 2009 vorgestellt. Die Ergebnisse der Lärmforen sind im Strategischen Lärmaktionsplan (LAP) zusammengefasst. Inzwischen liegt der LAP Stufe 3 vor, der einzelne Pilotmaßnahmen vorsieht. Beide für Hamburg-Nord vorgesehenen Maßnahmen (Fuhsbüttler Straße und Braamkamp) konnten wegen des Busbeschleunigungsprogramms des Senats bzw. wegen Schwierigkeiten mit dem Denkmalschutz letztlich nicht in die Praxis umgesetzt werden.

TEMPO 30: MIT SICHERHEIT!

Zahlreiche Unfälle in der durch den Stadtpark führenden Otto-Wels-Straße, zuletzt im April 2015, hatten die GRÜNEN dazu veranlasst, den Senat zur Verkehrssituation vor Ort zu befragen. Als Ergebnis dieser Anfrage hat die Straßenverkehrsbehörde dort inzwischen Tempo 30 angeordnet sowie zur Verbesserung der Sicht die Beleuchtung prüfen lassen. Stellplätze, die zu nahe an den Zebrastreifen liegen, sollen entfernt werden.

Thorsten Schmidt, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN, freut sich: „Die Straßenverkehrsbehörde hat unsere Anfrage zum Anlass genommen, den Unfallschwerpunkt Otto-Wels-Straße zu entschärfen. Wir begrüßen sehr, dass durch die Anordnung von Tempo 30 zwischen 6 und 22 Uhr und



Die Otto-Wels-Straße im Stadtpark


begleitende Maßnahmen künftig mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden herrschen wird. Positiver Nebeneffekt ist, dass die Verringerung der Geschwindigkeit, die auch weniger Lärm bedeutet, der Erholung der Bürgerinnen und Bürger dienen wird.“

NACHTS RUNTER VOM GAS – DAMIT ALLE BESSER SCHLAFEN

Das Thema „Belastung durch Verkehrslärm“ steht bei den GRÜNEN von jeher ganz oben an auf der Agenda. So setzten sich die GRÜNEN beispielsweise für Tempo 30 in der Nacht am Krohnstieg ein. Dass es dort laut sehr laut ist, war schon im Jahr 2009 ein Ergebnis des Lärmforums des Bezirks Hamburg-Nord. Der Regionalausschuss Fuhlsbüttel-Langenhorn hatte im Dezember 2011 mehrheitlich einen Antrag der GRÜNEN beschlossen, der die Prüfung der Machbarkeit einer nächtlichen Temporeduzierung auf 30 km/h am Krohnstieg vorsah. Ziel dieser Maßnahme war die Entlastung der dort wohnenden Menschen von gesundheitsschädlichem Verkehrslärm. „Endlich gehen wir einen Schritt in die richtige Richtung“, freute sich die GRÜNE Bezirksabgeordnete Carmen Wilckens. „Nun liegt die Entscheidung, ob zügig die Grundlage für eine schnelle Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner geschaffen wird, bei der Verkehrs- und der Innenbehörde.“



Der damalige Bezirksabgeordnete Kai Elmendorf am Winterhuder Marktplatz

Obwohl ein Gutachter der Umweltbehörde darlegte, dass der Krohnstieg zu den acht lautesten Straßen in Hamburg-Nord gehört, weigerte sich der Senat aber, dort nachts Tempo 30 anzuordnen. Auch am Winterhuder Marktplatz und in der Saarlandstraße wurde im Sommer 2012 ähnliche Anträge auf Tempo 30 nachts abgelehnt. Stattdessen wurde in einem aufwändigen, mehrjährigen Lärmsanierungsplan geprüft, wie sich Maßnahmen wie beispielsweise Austausch des Straßenbelags, Lärmschutzwände oder Temporeduzierung auswirken. 

Tempo 30 nachts? GAL und CDU: Ein Schritt in die richtige Richtung

BARMBEK. Herzinfarkt, Depressionen, Hörschäden – Lärm, besonders nachts, wirkt sich schädigend aus und beeinflusst das Wohlbefinden des Menschen immens.

Aus diesem Grund hat die GAL-Fraktion auf der jüngsten Regionalausschusssitzung Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg einen Prüfungsantrag gestellt. Geprüft werden soll, ob auf dem vierspurigen Straßenzug Saarlandstraße/Schleidenstraße/Biedermannplatz/Adolph-Schönfelder-Straße Tempo 30 nachts zu einer Verbesserung der Lärmsituation führen würde. Der Regionalausschuss stimmte dem Antrag einstimmig zu. „Wir freuen uns über diese Entscheidung und hoffen, dass noch im späten Frühjahr eine Antwort der zuständigen Behörden vorliegt“, sagte Michael Schilf, GAL-Sprecher im Regionalausschuss.

Die GAL erhoffe sich durch diesen Vorstoß, wieder Bewegung in die seit 2009 hamburgweit laufenden Planungen zur Verminderung der innerstädtischen Lärmbelastung zu bringen. „Deshalb haben wir auch beschlossen, dass die zuständige Umweltbehörde im Ausschuss berichten soll, was der Stand der Dinge ist und bis wann denn nun etwas geschehen soll, um den Anwoh-



Wer hier wohnt, kann auch nachts die Fenster nicht öffnen, ohne vom Verkehrslärm beeinträchtigt zu werden. Michael Schilf (links) von der GAL und Jens Grapengeter (CDU) machen sich vor Ort in der Saarlandstraße ein Bild von der Situation.

Foto: Lublow

ninnen und Anwohnern Erleichterung zu verschaffen“, so Michael Schilf. Wörtlich heißt es im Antrag unter Punkt 1: „Das vorsitzende Mitglied setzt sich dafür ein, dass die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) für den Straßenzug

die Umsetzung einer solchen Maßnahme verbunden wäre.“ Schilf: „Für uns macht es Sinn, einfach mal etwas auszuprobieren. Dieser Straßenzug ist sehr befahren. Unser Antrag ist ein Schritt in die richtige Richtung.“

Adolph-Schönfelder-Straße/ Biedermannplatz/ Schleidenstraße/ Saarlandstraße prüft, welche Minderung der Lärmbelastung durch die Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 Kilometer pro Stunde in der Zeit von 22 bis 6 Uhr zu erwarten ist und mit welchen Kosten

die Umsetzung einer solchen Maßnahme verbunden wäre.“ Schilf: „Für uns macht es Sinn, einfach mal etwas auszuprobieren. Dieser Straßenzug ist sehr befahren. Unser Antrag ist ein Schritt in die richtige Richtung.“

Lärm-Braamkamp: Nachts Tempo 30?

Verkehrsbehörde hat hamburgweit Laut-Straßen im Visier



Die Straße Braamkamp in Winterhude zählt zu den lautesten im Bezirk Hamburg-Nord. Die Grünen fordern 30 km/h nachts, Verkehrsbehörde prüft die Eignung Foto: Barth

HAMBURG-NORD 92 Straßenzüge im Bezirk sind nachts zu laut. Das ergab eine Anfrage der Grünen Hamburg-Nord an den Senat, die von der Innen- und der Umweltbehörde beantwortet wurde. Hamburgweit hat die Verkehrsbehörde 40 Straßen im Visier, bei denen nachts der Lärm durch Tempo 30 gedrosselt werden soll.

In den 92 Straßen in Nord liegt der Dezibelwert über 60 dB(A), dem von Hamburg festgelegten Wert, dessen Überschreitung Lärminderungsmaßnahmen zur Folge haben müssen. Die Grünen fordern eine nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h. Christoph Reiffert, umweltpolitischer Sprecher der Nord-Grünen: „Hamburg hat ein Lärmproblem, das zum größten Teil auf dem Straßenverkehr beruht. Hier muss schneller gehandelt werden. Denn besonders nächtlicher Lärm macht krank. Menschen, die dadurch an Schlafstörungen leiden, haben ein höheres Risiko zu erkranken.“ Das Beispiel Berlin zeige, dass es ganz einfach sein kann, so der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Norden, Thorsten Schmidt. Dort gelte an immer mehr großen Stra-

ßen nachts ein Tempolimit von 30 km/h. Nach einer sogenannten EU-Umgebungsrichtlinie sind Lärmaktionspläne gefordert, die 2009 zur Einrichtung von Lärmforen führten. Derzeit werden Pilotmaßnahmen durchgeführt. Keine davon liegt in Hamburg-Nord. Eine vorgesehene Maßnahme Braamkamp wurde nicht umgesetzt. Dabei ist der Braamkamp nachts die lauteste Straße in Winterhude und Eppendorf. Die Werte schwanken zwischen 61 und 67 dB(A).

24 Lärm-Straßen in Winterhude

24 der 92 Straßen aus Hamburg-Nord mit Werten von bis über 61 dB(A) liegen in Winterhude, Alsterdorf, Groß Borstel und Eppendorf. Hohe Werte wurden auch in der Barmbeker Straße, der Tarpenbekstraße (bis 66) und der Hudtwalckerstraße (bis 65) gemessen. Die weiteren Straßen: Borgweg, Borsteler Chaussee, Deelböge, Eppendorfer Baum, Eppendorfer Landstraße (Ludolf- bis Martinstraße), Eppendorfer Marktplatz, Heinickestraße, Hoheluftchaussee (Neumünstersche Straße bis Eppendorfer Weg), Lenhartstraße, Lokstedter Weg, Maienweg, Martinstraße, Mühlentkamp,

Nedderfeld, Ohlsdorfer Straße (Winterhuder Marktplatz bis Himmelstraße), Rosenbrook, Sengelmannstraße (Brabandstraße bis Alsterdorfer Markt), Spreenende und Winterhuder Marktplatz.

CDU fürchtet mehr Verkehr in Wohnstraßen

Christoph Ploß von der CDU Hamburg-Nord ist gegen den Vorschlag der Grünen: „Wer Hauptverkehrsstraßen zu Tempo-30-Zonen macht, sorgt dafür, dass sich der Verkehr in die Wohnstraßen verlagert. Das ist der völlig falsche Weg.“ Die Verkehrsbehörde prüft schon die Möglichkeit nächtlicher Tempolimits, wie Sprecher Richard Lemloh dem Wochenblatt bestätigt. Allerdings nicht alle Straßen, bei denen eine erhöhte Lärmbelastung vorliegt.

Zunächst werden die 40 nach den Berechnungen am stärksten belasteten Straßen in Hamburg bearbeitet – dazu gehören im Bezirk Nord auch der Braamkamp, Hudtwalcker Straße und Ohlsdorfer Straße, Tarpenbekstraße, Wartenau, Mühlendamm, Nordschleswiger Straße und Am Schulwald. „Diese Straßen werden derzeit auf die Eignung zur Absenkung der nächtlichen Höchstgeschwindigkeit untersucht“, so Lemloh. (ch/ba)

RUNTER VOM GAS VOR KITAS UND SCHULEN

Sichere Wege zu Kita und Schule sind ein häufig wiederkehrendes Thema in der Bezirkspolitik. Bis Ende 2016 lehnte der Senat allerdings die Einrichtung von geschwindigkeitsbegrenzten Abschnitten fast immer als aus seiner Sicht nicht umsetzbar ab. Zum Beispiel als Rot-Grün im Sommer 2016 einen Antrag auf Tempo 30 vor der Grundschule Alsterdorfer Straße 39 stellte: Schon damals wurde aber signalisiert, dass nach einer Gesetzesänderung hohe Bereitschaft bestehe, die Maßnahme anzuordnen. Seit Ende 2016 erleichtert tatsächlich eine Änderung der Straßenverkehrsordnung die Einrichtung von Tempo 30-Abschnitten vor Schulen, Kitas, Senioren- und Pflegeheimen. Im Februar 2017 packten die GRÜNEN das Thema erneut an: Die rot-grüne Bezirkskoalition beantragte, auf drei Teilstrecken vor Schulen, Kitas und Einrichtungen der Behindertenhilfe in Groß Borstel Tempo 30 einzuführen. Dazu sagte Michael Werner-Boelz, GRÜNER Fraktionsvorsitzender: „Wir unterstützen sehr gerne die Forderung des Kommunalvereins Groß Borstel, vor diversen Einrichtungen im Stadtteil die Fahrgeschwindigkeit zu verringern. Wir werden nun erstmals erfahren, wie die zuständigen Behörden die neuen Rechtsvorschriften in der Praxis handhaben werden.“



Michael Werner-Boelz und Sina Imhof vor der Schule Alsterdorfer Straße

GESUNDHEIT VOR SCHNELLIGKEIT SETZEN:

GRÜNE FORDERN SENKUNG DER LUFTBELASTUNG

Die Luftreinhaltung ist ebenfalls ein Thema, das die GRÜNEN im Bezirk Hamburg-Nord kontinuierlich verfolgen. Vor allem die Ergebnisse der städtischen Luftmessstation an der Habichtstraße in Barmbek bieten immer wieder Angriffsfläche.

Anfang 2016 forderte die GRÜNE Fraktion Hamburg-Nord in einer Anfrage den Senat erneut zu einer Stellungnahme auf. Hintergrund war die nach wie vor andauernd hohe Belastung der Luft an der Habichtstraße insbesondere mit Feinstaub und Stickstoffdioxid (NO₂). Christoph Reiffert, Sprecher für Umweltpolitik der GRÜNEN Fraktion Nord, wies darauf hin: „Schon 2012 hat meine Fraktion beantragt, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Belastungssituation an der Habichtstraße zu ergreifen. Der Senat zog sich damals darauf zurück, dass der städtische Luftreinhalteplan überarbeitet werde. Wir fragten 2014 erneut nach, doch obwohl bis dahin keine wirkliche Verbesserung eingetreten war, blieben die Behörden bei ihrer Ansicht. Dass das nicht reicht, zeigen die Messwerte des Jahres 2015 ganz eindeutig!“ Die Ergebnisse der Messstation legten offen, dass der Grenzwert von durchschnittlich 40 µg Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft nach wie vor deutlich überschritten wurde. „Der Jahresmittelwert für Stickstoff lag im Jahr 2015 bei 63 µg, kein Monatsdurchschnitt unter 56 µg. Wer in der Habichtstraße wohnt, ist weiterhin giftiger Luft ausgesetzt“, so Reiffert.

In ihrer neuen Anfrage wollten die GRÜNEN nicht nur detailliert wissen, wie sich die Schadstoffbelastung innerhalb der letzten zehn Jahre entwickelt hatte, sondern auch, welche konkreten Maßnahmen seitdem unternommen wurden, um die Belastung zu reduzieren.


Im April 2016 stellte Reiffert nach Antwort des Senats fest: „Eine nachhaltige Verringerung der Konzentration dieses Schadstoffs hat es seit 2006 nicht gegeben, der Grenzwert wird um mehr als 50 % überschritten. Die Habichtstraße hustet weiter!“

Der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz kommentierte: „Es gibt nicht die eine Lösung für das Schadstoffproblem. Aber das was bislang passiert, ist zu wenig! Dass es auch anders geht, zeigt die Initiative des Umweltsenators in der Konferenz der Landes-Umweltminister: Diese beschloss, die Bundesregierung aufzufordern, künftig eine blaue Plakette einzuführen. Damit würden Fahrzeuge gekennzeichnet, die strenge Normen bezüglich des Stickoxidausstoßes einhalten. Wir unterstützen diesen Vorstoß des Umweltsenators ausdrücklich.“

Als schnellste und einfachste Form der Schadstoffminimierung setzen die GRÜNEN zudem ebenso wie in der Lärmthematik auf die Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit des Kraftverkehrs auf Tempo 30. Werner-Boelz nannte als Vorbild Berlin: „Dort hat zu Jahresbeginn das Verwaltungsgericht einem Kläger Recht gegeben, der aufgrund von Lärm- und Luftbelastung an der Hauptverkehrsstraße, an der er wohnt, Tempo 30 auch tagsüber durchsetzen wollte. Das Gericht hat eindeutig klargestellt, dass Tempo 30 auf diesem 900 Meter langen Straßenabschnitt den Kraftverkehr nicht unzulässig beeinträchtigt und es auch nicht reicht, nur auf langfristig wirksame Maßnahmen zu setzen. Gesundheit geht eindeutig vor Schnelligkeit des Autoverkehrs.“

Das sollte auch für den Hamburger Senat die Handlungsmaxime in der Verkehrspolitik sein!“

Mit Spannung wird auch in Hamburg-Nord nun die Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Stadt Hamburg erwartet. Der Senat muss diese bis zum 30.6.2017 vorlegen und darin detailliert auflisten, welche Maßnahmen welche Verminderung der Luftverschmutzung bewirken. Diesen Gerichtsbeschluss hatte der Umweltverband BUND mit einer Klage gegen den Senat bewirkt.

Auch in den früheren Jahren hatte die GRÜNE Fraktion Hamburg-Nord mehrfach die Initiative ergriffen, um die Gefährdungen durch Verkehr, Lärm und Luftverschmutzung an Hauptverkehrsstraßen zu reduzieren. So wurde ein Antrag auf Fernhalten von Lkw-Durchgangsverkehr auf der Langenhorner Chaussee von der Bezirksversammlung angenommen. Ein Antrag auf Tempo 30 auf besonders belasteten Abschnitten der Habichtstraße wurde von den Mehrheitsfraktionen im Bezirk umgehend abgelehnt, die Bitte um Prüfung, wie die Anwohner*innen auf andere Weise von den Schadstoffen entlastet werden können, wurde von der Fachbehörde nicht beantwortet. 

GRÜNE UNTERSTÜTZTEN BUND-AKTION FÜR SAUBERE LUFT

In Sommer 2012 begrüßten die GRÜNEN ausdrücklich die BUND-Kampagne „Hamburg atmet auf“. Mit der Volkspetition für saubere Luft sollte die Hamburger Bürgerschaft aufgefordert werden, sich mit dem Thema zu befassen und etwas zu unternehmen. Die GRÜNEN beteiligten sich aktiv an der Unterschriftensammlung.



Luftmessstation an der Barmbeker Habichtstraße



An der Alsterkrugchaussee gibt es inzwischen Radfahrstreifen



Die alten Radwege wurden genutzt, um den Gehweg zu verbreitern



„Radweg“ an der Langenhorner Chaussee

LANGENHORNER CHAUSSEE

MIT DURCHHALTEVERMÖGEN ZUM ZIEL

Wie engagierte Lokalpolitik aussehen kann, zeigt der Umbau der Langenhorner Chaussee. Die rund fünf Kilometer lange Hauptverkehrsachse stellt einen langjährigen thematischen Schwerpunkt in der Arbeit der GRÜNEN Fraktion dar.

Fakt ist, dass die Langenhorner Chaussee zu den unfallträchtigsten Straßen ganz Hamburgs zählt und sich die Radwege lange Zeit in einem erbärmlichen Zustand befanden. Vertreter des örtlichen Polizeikommissariats hatten seit Jahren wiederholt auf die gefahrenträchtige Lage aufmerksam gemacht. Die GRÜNEN haben die dringend zu verbessernde Situation erfolgreich auf die politische Tagesordnung gesetzt sowie eine intensive öffentliche Diskussion angestoßen und geprägt. Diese Debatte, die über einen langen Zeitraum mit der für Hauptverkehrsstraßen zuständigen Verkehrsbehörde und in der Bezirkspolitik kontrovers geführt wurde, die Einbeziehung von Bürger*innen und Vertreter*innen von Verbänden und zahlreich gestellte Anträge in den Jahren von 2011 bis 2016 zeigen ihre Wirkung. Der gesamte Prozess fand auch in den Medien großen Widerhall.

Nach der Fertigstellung der Ortsumgehung Fuhlsbüttel entlang des Flughafens im Jahr 2006 sollte die dadurch entlastete Langenhorner Chaussee zurückgebaut und damit die Situation für die Anwohner und Nutzer verbessert werden. Dies ist jedoch nicht passiert. Stattdessen wird die Straße nach wie vor zweispurig befahren, obwohl sie ursprünglich nur für jeweils eine Spur angelegt worden war. Darüber hinaus befindet sich die Fahrbahn in einem maroden Zustand.

Dies führt zu hohen Unfallzahlen. Hinzu kommt, dass den Radfahrenden nur unzureichende und unsichere Wege zur Verfügung stehen.

Bereits zur Bezirkswahl 2011 hatten die GRÜNEN die Umgestaltung der Langenhorner Chaussee in ihr Programm aufgenommen. Sie setzten sich für den Rückbau der Fahrbahn auf eine Spur je Richtung und Radfahrstreifen ein. Dementsprechend gingen die GRÜNEN im Jahr 2012 in die Offensive: Im Februar stellte der GRÜNE Bezirksabgeordnete Thorsten Schmidt an das Bezirksamt eine Anfrage zum Zustand der Radwege. Die Antwort: 80 Prozent der Radwege an der Langenhorner Chaussee seien in schlechtem Zustand. Eine bloße Instandsetzung des kaputten Radwegs sei nicht möglich, weil dieser in der Breite nicht mehr den heutigen Normen entspräche. Eine Beurteilung, die die Verkehrsbehörde bestätigte. Außerdem wurde kritisch angemerkt, dass darüber hinaus parkende Kfz einen Großteil der schmalen Radwege blockierten. Ein Vertreter des zuständigen Polizeikommissariats hielt es sogar für möglich, dass die Radwege aus Sicherheitsgründen gesperrt werden müssten, falls nicht bald Gegenmaßnahmen ergriffen würden. Dazu meinte Schmidt: „Laut Bezirksamt hieße dies, dass alle Radfahrerinnen und Radfahrer die Fahrbahn nutzen müssten – gemeinsam mit den in zwei Reihen dicht an dicht fahrenden Pkw und Lkw. Bei der gegenwärtigen Verkehrssituation auf der Langenhorner Chaussee hätten sicher nicht nur Kinder und ältere Menschen Angst, dort unter die Räder zu kommen.“



CARMEN WILCKENS: ÜBER RINGKÄMPFE, PRIVILEGIEN UND WIND AUS WESTEN

Carmen Wilckens, Jahrgang 1963, ist seit 2011 Mitglied der GRÜNEN Bezirksfraktion. Die Wirtschaftsfachwirtin ist in einem Logistikunternehmen tätig und lebt in Langenhorn. Sie hat zwei erwachsene Kinder und einen jungen Verein.

Carmen, eigentlich bist Du in der Lokalpolitik in Langenhorn aktiv. Die hat Dich in letzter Zeit aber immer mal wieder nach Griechenland geführt. Wie kommt denn sowas?

Durch meine Abgeordnetentätigkeit habe ich die Situation von Geflüchteten hier im Bezirk hautnah mitbekommen. Im November 2015 wurde die Fluchtroute der Menschen durch Schließung der Grenze in Griechenland unterbrochen. Über Monate saßen Zigtausende von Menschen an der griechisch-mazedonischen Grenze rund um das Dorf Idomeni bei katastrophalen humanitären Bedingungen fest. Die prekäre und hilflose Situation der Menschen mitten in Europa empörte mich so sehr, dass ich beschloss, dort Hilfe vor Ort zu leisten. Mit meinem Freund gründete ich den „Hamburger Hilfskonvoi“: ein Bündnis von zunächst fünf Hamburger Initiativen der Flüchtlingshilfe. So kam es, dass ich im Juni, August und Oktober 2016 jeweils für einige Tage in Griechenland war und Hilfsgüter an die NGOs zur Verteilung in den Camps übergeben habe. Im November haben wir einen weiteren 15-Tonner runtergeschickt: Der Winter stand vor der Tür und es wurden Decken, Winterkleidung, Wärmflaschen und Thermoskannen gebraucht.

Gleichzeitig kümmerst Du Dich auch noch um Deinen eigenen Verein Westwind Hamburg. Ihr repariert gespendete Fahrräder und stellt sie Geflüchteten zur Verfügung. Wie kam es dazu?

Mein Freund und ich sind beide begeisterte Radaktivisten. Als wir sahen, dass viele Geflüchtete in Unterkünten in abgelegenen Gebieten sitzen, kam uns die Idee, ihnen mit Fahrrädern ein Stück Unabhängigkeit und Mobilität zu geben. Im Sommer 2015 haben wir Westwind Hamburg e.V. gegründet, Standort ist ein Container an der Rindermarkthalle auf St. Pauli. Außerdem haben wir inzwischen eine große Werkstatt und Lagerräume in Stellingen. Wir haben bereits gut 800 Fahrräder übergeben und die Nachfrage ist nach wie vor riesig.

Wie bringst Du diese vielen Aktivitäten – neben Deinem Broterwerb – unter einen Hut?

Der Zeitaspekt ist schon krass, und es kostet auch Kraft. An erster Stelle steht zurzeit Westwind, die Politik kommt „on top“.

Was da so bei Dir „obendrauf“ kommt, ist ja auch eine ganze Menge: die Bezirksversammlung, in der Du stellvertretende Vorsitzende der GRÜNEN Fraktion bist, Regionalausschuss und Stadtentwicklungsausschuss... Was reizt Dich daran?

Es ist eine spannende Sache, meinen eigenen Stadtteil mitzugestalten. Ich bin in Langenhorn geboren und aufgewachsen. Ich kenne den Stadtteil, den ich vertrete. Da wo früher eine Kuhwiese war, wohnen jetzt Leute. Wenn diese sich über geplante Neubauten beschweren, kann ich denen genau das sagen. Natürlich ist es auch zwiespältig zu sehen, wie sich die Stadt verändert, aber Hamburg ist halt eine Metropole und Langenhorn hat großes Potenzial zur Nachverdichtung. Ich versuche, Möglichkeiten zu nutzen und das Beste dabei rauszuholen, so dass der Charme des grünen Stadtteils erhalten bleibt, mit neu gepflanzten Bäumen, Spielplätzen und Parkanlagen. Im Stadtentwicklungsausschuss bekommen wir nicht-öffentliche Unterlagen zu lesen und ich verstehe es als Privileg und Herausforderung, dort mitzuwirken.

Wie sah denn Dein Einstieg in die Politik konkret aus?

Ich stand den GRÜNEN immer nahe, bin aber relativ spät zur Politik gekommen. Über eine Freundin, die in der Bezirksversammlung saß, bin ich reingerutscht: Als zugewählte Bürgerin habe ich mich zuerst 2008 im Regionalausschuss nützlich gemacht und konnte es kaum glauben, dass ich mit Stimmrecht da saß. Es war hochspannend zu sehen, wie dort gesprochen wird und wie Entscheidungen getroffen werden. Schritt für Schritt habe ich gelernt, wie Verwaltung funktioniert. Ich bin neugierig und lerne gerne Neues dazu. 2011 habe ich mich für die Wahl der Bürgerschaft und Bezirksversammlung aufstellen lassen und erstmals ein Mandat im Bezirk gewonnen.

Zum Teil müsst Ihr ganz schön dicke Bretter bohren, manchmal weiß man gar nicht, ob ein Durchkommen überhaupt möglich ist, Beispiel Langenhorner Chaussee...

Ja, wir GRÜNEN setzen uns seit Langem für Radstreifen und die Abschaffung der unechten Zweispurigkeit auf der Fahrbahn ein. Die Verkehrsbehörde lehnt das ab, der Dialog ist da sehr schwierig und stockend. Aber wir konnten die SPD-Fraktion im Bezirk von unserer Position überzeugen und haben gemeinsam beschlossen, dass wir die jetzigen Pläne der Verkehrsbehörde nicht akzeptieren. An dieser Stelle führen wir den Ringkampf um den Radverkehr seit Jahren. Mal verlieren wir eine Runde, das ist die Realität, auch wenn wir uns auf den Kopf stellen, und mal gibt es kleine Erfolge. Für mich persönlich steht auf jeden Fall fest: Aufgeben ist nicht vorgesehen.

Das Thema „Luft- und Lärmbelastung“ verfolgt Ihr ebenfalls seit langer Zeit, in den vergangenen Monaten ist es allgemein stärker beachtet worden. Was ist dazu von Euch zu erwarten?

Wir nehmen das wahr, was auch die Anwohnerinnen und Anwohner sehen: Es muss endlich etwas passieren. Dazu bleiben wir auch zukünftig bissig und kämpfen für diese Ziele, auch mit Entscheidungsträgern auf Landesebene.



Carmen Wilckens und Christian Großholz haben mit Kooperationspartnern Hilfskonvois nach Griechenland organisiert.
FOTO KP FLÜGEL



Ausharren unter schlechten Bedingungen: Kinder in einer Lagerhalle mit Wohnzelten in Sindos.
FOTOS: HAMBURGER HILFSKONVOI

Handeln statt wegschauen

Carmen Wilckens und Christian Großholz engagieren sich für Geflüchtete - in Hamburg und in Griechenland

KP, FLÜGEL, STELLINGEN/ST. PAULI

Nicht wegschauen, wenn auf der Welt Menschen leiden, nicht hilflos bleiben, etwas tun und helfen. So handeln viele Hamburger – Carmen Wilckens und Christian Großholz sind zwei von ihnen. Die beiden haben den Verein Westwind – Fahrräder für Flüchtlinge gegründet. In einer Werkstatt an der Rindermarkthalle und neuerdings in Stellingen schrauben Ehrenamtliche Fahrräder zusammen, die an Kinder und Erwachsene in Flüchtlingsunterkünften ausgeliefert werden (siehe Kasten rechts). Die beiden Gründer helfen aber nicht nur in Hamburg, sondern führen schon mehrmals nach Griechenland in die Flüchtlingscamps.

Idomeni: Dieses Dorf an der Grenze zu Mazedonien ist im vorigen Winter zum Inbegriff für die prekäre Lage von Flüchtlingen geworden, als Europa seine Grenzen geschlossen hat. „Dort lebten tausende Menschen unter katastrophalen Bedingungen. Es war kalt und nass, es gab kaum Möglichkeiten zu duschen, sich aufzuwärmen – und immer weniger Hoffnung“, erzählt Christian Großholz. Ihn und Carmen Wilckens ließen diese Nachrichten nicht los. Eigentlich stand der Urlaub in Frankreich an. Doch sie strichen ihre Urlaubspläne und beschlossen, Hilfsgüter nach Griechenland zu bringen.

Gemeinsam mit den Initiativen Refugees Welcome-Karoviertel, Kids Welcome und dem Verein Hanseatic Help wurden Spenden gesammelt und Laster beladen. „Das war die Geburtsstunde des Hamburger Hilfskonvois“, sagt Carmen Wilckens. Im Juni 2016

führten sie mit zwei Lastwagen beladen mit großen Gemeinschaftszelten, Kleidung, Schuhen, Decken und Schlafsäcken sowie Isomatten nach Nordgriechenland. Zwei weitere Transporte starteten im Herbst von Hamburg aus.

Was treibt die beiden Mitbegründer an? Christian Großholz lebt das Prinzip der Solidarität und ist tief enttäuscht, dass Europa nicht in der Lage ist, die Menschen in Griechenland und anderswo, die unter prekären Bedingungen leben müssen, vernünftig zu versorgen. „Unser Handeln geht über den schlichten Protest hinaus. Wir zeigen, dass wir nicht einverstanden sind und fordern eine Änderung der europäischen Flüchtlingspolitik. Gerade in diesen Tagen, in denen das Morden in Syrien ununterbrochen weitergeht, zeigt sich doch, dass die Geflüchteten nicht das Problem sind, sondern die kriegsführenden Parteien.“

Carmen Wilckens ist mit den Kriegstraumata ihrer Eltern und Großeltern aufgewachsen, die sie nie vollkommen haben abschütteln können. „Meine Oma flüchtete mit meiner damals sechsjährigen Mutter und weiteren Geschwistern aus Pommern. Mein



Herbst 2016, in Sindos bei Thessaloniki: Die Hamburger mit Mitstreitern vor Ort.

Vater musste ebenfalls mit sechs Jahren aus dem bombardierten Hamburg flüchten.“ Daher ist für Carmen Wilckens Krieg immer ein Verbrechen, da er den Verlust von Heimat, Gesundheit, Leben, Familienangehörigen und Freunden bedeutet und unendlich viel Schmerz und Trauer für unzählige viele Menschen bringt. „Ich kann da nicht wegschauen und bin froh, dass ich zusammen mit Christian einen Weg gefunden habe und etwas bewegen kann.“



„
Unser Handeln geht über den schlichten Protest hinaus
Christian Großholz

Persönlich

Carmen Wilckens (53) ist Wirtschaftsfachwirtin und arbeitet in einem Hamburger Schienenlogistikunternehmen. Seit 2011 sitzt sie für die Grünen in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Christian Großholz (49) ist Fahrradmechaniker und arbeitet aktuell in einem Fahrradladen in Schenefeld. Er arbeitete zuvor auch als Taxifahrer und hatte einen Bioladen.

Wer die Initiative unterstützen möchte, findet Informationen auf der Homepage www.hamburgerhilfskonvoide.de



„Radweg“ an der Langenhorner Chaussee (links) vor der Einrichtung gemeinsamer Geh- und Radwege (Mitte). Auf der Fahrbahn wird versetzt zweispurig gefahren, obwohl es nur eine Fahrspur je Richtung gibt (rechts).

SENAT BESTÄTIGT: RADWEGE AN DER LANGENHORNER CHAUSSEE „UNSANIERBAR“

„Wenn die vorhandenen Radwege nicht sanierbar sind, bleibt nur die Möglichkeit, den Radverkehr per Fahrradstreifen auf die ohnehin überbreite Fahrbahn zu verlagern. Untersuchungen zeigen, dass dies auf Grund der verbesserten Sichtbarkeit der Radlerinnen und Radler für den Kfz-Verkehr insbesondere beim Abbiegen ohnehin für beide Seiten sicherer ist“, stellte Schmidt fest.

Der Forderung der GAL, die gesamte Langenhorner Chaussee neu zu planen, schloss sich die Polizei in Form der Verkehrsdirektion 51 an: „Diesbezüglich wird von hiesiger Seite eine Überplanung des gesamten Straßenzuges [...] dringend empfohlen“, lautet deren Stellungnahme auf Anfrage der GRÜNEN.

Als einen ersten Schritt in die richtige Richtung wertete der Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz im Sommer 2012 das Vorhaben des Bezirksamts – nach einer Einteilung der Langenhorner Chaussee in drei Abschnitte – den ersten Teilbereich in der Alsterkrugchaussee zwischen Sengelmannstraße und Erdkampsweg wie von den GRÜNEN gefordert und in Abstimmung mit Verkehrsbehörde und örtlicher Polizei einspurig zurückzubauen und einen Fahrradstreifen auf der Fahrbahn abzumarkieren. Aus Sicht des Bezirksamts könnte diese Maßnahme dazu führen, dass in einem zweiten Schritt der Abschnitt von der Langenhorner Chaussee bis zur Landesgrenze ebenso umgestaltet wird. Nur für den Teil zwischen Krohnstieg und Erdkampsweg müssten auf Grund des zu hohen Verkehrsaufkommens andere Maßnahmen geprüft werden. „Ein toller Erfolg für uns GRÜNE. Wir haben hartnäckig unsere Forderung weiterverfolgt und sind nun belohnt worden. Diesen Weg werden wir weitergehen und auch für die anderen Teilabschnitte den

einspurigen Rückbau einfordern“, freute sich Werner-Boelz über diese Planung. Inzwischen wurde dieser erste Teilabschnitt umgebaut. Die Radfahrstreifen werden rege genutzt und die Gehwege sind endlich in voller Breite nutzbar.

Außerdem beantragten die GRÜNEN in 2012, den Durchgangs-Lastverkehr über die nahezu anwohnerfreie Zepelinstraße umzulenken und damit die Situation für Anwohner*innen und Nutzer*innen der Langenhorner Chaussee erträglicher zu machen. Die Polizei prüfte das Vorhaben und lehnte die Umsetzung ab.

Für die Übergangszeit bis zu einem Umbau stellten die GRÜNEN im Oktober 2013 in der Bezirksversammlung einen bewusst provozierenden Antrag, um die Dringlichkeit des Problems mit den Radwegen herauszustellen: Die Radwegebenutzungspflicht an der Langenhorner Chaussee soll aufgehoben werden! Der Grund: Die Radwege sind viel zu schmal, holperig, überwuchert und damit praktisch unbenutzbar. Eine Pflicht zur Benutzung eines Radwegs kann aber nur dann angeordnet werden, wenn dieser Radweg auch befahrbar ist. Andernfalls haben Radfahrer*innen die Wahl, ob sie die Straße oder den -schlechten- Radweg benutzen wollen. Der Antrag fand erwartungsgemäß keine Mehrheit – deutlich wurde aber erneut, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Auch das Wahlprogramm 2014 enthielt klare Aussagen zur Langenhorner Chaussee, die nach der Wahl Eingang in den rot-grünen Koalitionsvertrag fanden. In diesem Zusammenhang bekräftigte Michael Werner-Boelz, GRÜNER Fraktionsvorsitzender: „In der Verkehrspolitik hat für uns die Gestaltung der Langenhorner Chaussee eine große Bedeutung. Hier muss es zu einer deutlichen Verbesserung des Radverkehrs

kommen – und das kann nur geschehen, wenn der Radverkehr auf die Fahrbahn kommt, also Radfahrstreifen errichtet werden und somit auch mehr Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger geschaffen wird. Vorbild für die Umgestaltung (...) ist der Fuhlsbüttler Abschnitt der Alsterkrugchaussee mit breiten Radfahrstreifen und sanierten Gehwegen. Was hier sehr gut gelungen ist, soll endlich auch auf der Langenhorner Chaussee umgesetzt werden.“

Im April 2015 ging die Debatte in die nächste große Runde: Die bereits fertiggestellten Pläne des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG), die vorsahen, zunächst nur die maroden Geh- und Radwege zwischen Erdkampsweg und U-Bahn Ochsenzoll zu erneuern und dabei aus den getrennten Geh- und Radwegen einen gemeinsam zu nutzenden Weg zu machen, lehnten neben dem Bezirk auch der Bezirks-Seniorenbeirat, der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) und der Verband Fuß e.V. strikt ab. Michael Werner-Boelz begründete den Antrag: „Hauptziel jedes Umbauvorhabens an der Langenhorner Chaussee muss aus Sicht der Bezirkskoalition eine Verbesserung der Sicherheit für alle am Verkehr Teilnehmenden, also auch für Radfahrer und Fußgänger, sein. Ohne Verbesserungen für den Rad- und Fußverkehr kann das vom neuen Senat vorgegebene Ziel von 25 Prozent Radverkehrsanteil in Hamburg nicht erreicht werden. (...) Die Pläne sollten schnellstmöglich zurückgezogen und so überarbeitet werden, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer einen Nutzen von den Umbauten haben.“

Daraufhin ging die Verkehrsbehörde auf den Bezirk zu. Sie versprach zu prüfen, „ob entlang der gesamten Strecke oder zumindest auf Teilstrecken Radfahrstreifen auf die Fahrbahn angeordnet werden können.“ Die rot-grüne Bezirkskoalition wertet dies als Erfolg ihrer Politik. „Wir setzen uns seit Jahren für eine Überplanung der Langenhorner Chaussee ein. Die Radwege sind in einem desolaten Zustand und nicht benutzungsfähig. Die unechte Vierspurigkeit der Langenhorner Chaussee führt zu einem hohen Unfallaufkommen. Über Jahre wurde das Problem ignoriert. Jetzt besteht endlich die Möglichkeit, auf Basis einer verkehrstechnischen Simulation diesen Zustand zu verändern. Uns ist dabei wichtig, dass die Belange des Rad- und Fußverkehrs dabei angemessen berücksichtigt werden“, betonte nochmals Werner-Boelz.

2016 wurden dennoch die alten, getrennten Rad- und Gehwege zu einem gemeinsamen Geh- und Radweg zusammengelegt. Damit wurde zwar kurzfristig eine Vollsperrung der Radwege, die aufgrund einer Klage drohte, abgewendet. Eine endgültige Lösung steht aber immer noch aus. Der gemeinsame Weg bietet viel Gefahren- und Konfliktpotenzial zwischen schnellen Radler*innen und langsameren Fußgänger*innen und stellt daher keine für alle Beteiligten wirklich zufriedenstellende Lösung dar.

In ihrer Stellungnahme zum Beschluss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord hat die Verkehrsbehörde 2016 erstmals zugestanden, dass mithilfe einer verkehrstechnischen Simulation ermittelt werden soll, wie man bei der Überplanung der Langenhorner Chaussee „den Belangen des Radverkehrs gleichberechtigt mit anderen Verkehrs-



Gemeinsame Geh- und Radwege wie hier Höhe Flughafenstraße führen zu Konflikten zwischen Rad- und Fußverkehr und sollten daher vermieden werden

arten gerecht“ werden könne. Dabei solle geprüft werden, „ob entlang der gesamten Strecke oder zumindest auf Teilstrecken Radfahrstreifen auf der Fahrbahn angeordnet werden können.“

Die Verkehrsbehörde machte deutlich, dass sie mit einer Bauausführung in den Jahren 2017/18 rechne. Das ist das Ergebnis zahlreicher Sitzungen und Debatten, bei denen Bürger*innen, Behördenvertreter*innen und Bezirkspolitiker*innen miteinander diskutiert haben, einer Vielzahl von Anträgen, mittels derer die GRÜNE Fraktion das Thema in der politischen Diskussion gehalten hat und intensiver Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um die Bürger*innen aktuell zu informieren.

Doch 2016 zeigte sich auch wider Erwarten, dass die Behörde an ihren bisherigen Plänen mit einem dreispurigen Ausbau des nördlichsten Teils der Langenhorner Chaussee zwischen Stockflethweg und der Landesgrenze festhalten will – auf Kosten des Radverkehrs und des Baumschutzes. Der zuständige Regionalausschuss lehnt die Planungsentwürfe der Verkehrsbehörde ab. Auf Antrag von SPD und GRÜNEN wurde darüber hinaus beschlossen, dass die Verkehrsbehörde endlich ein Verkehrskonzept für die gesamten Langenhorner Chaussee vorlegen solle. „Die bisher vorgelegten Varianten weisen allesamt Schwachstellen auf. Was alle eint: Nur dem motorisierten Verkehr wird durch einen dreispurigen Ausbau der Chaussee großzügig Platz gewährt“, fasste Carmen Wilckens, Sprecherin der GRÜNEN im Regionalausschuss, das Vorhaben für den Abschnitt an der Landesgrenze zusammen. Die vorgestellte Planung war nach wie vor nicht zukunftsweisend: Sie würde den Radverkehr neben dem Gehweg belassen – das erhöht die Unfallgefahr für Radfahrende und für den Fußverkehr bleibt weiter zu wenig Platz. Außerdem würden zugunsten einer dritten Autospur zwei alte Linden gefällt werden. „Der einzige Lichtblick ist, dass aufgrund unseres Engagements alle Bäume an der Ostseite und zumindest die Hälfte an der Westseite bestehen bleiben können“, so Wilckens. 🌿

Radweg-Streit: Bezirk gegen Senat

Langenhorn Rot-Grün in Nord will Langenhorner Chaussee für Autos schmaler und für Radler breiter machen

Von SANDRA SCHÄFER

Rot-Grüner Familien-Streit um den Radweg an der Langenhorner Chaussee. Während der Senat dort einen kombinierten Geh- und Radweg bauen will, fordern die beiden Parteien auf Bezirksebene in Nord einen Stopp der Pläne. Sie wollen stattdessen die Fahrbahn für Autos schmaler machen.

Er ist fast auf ganzer Länge viel zu schmal, wird von Baumwurzeln aufgerissen und von Parkplätzen und Bushaltestellen bedrängt. Der Radweg an der Langenhorner Chaussee ist auch aus Sicht der obersten Straßen-

behörde „teilweise nicht benutzbar“. So steht es in einem Planungspapier. Vorgelesen ist daher, dass dort ab Sommer auf kompletter Länge Rad- und Gehweg zusammengelegt werden.

Allerdings ist das nur eine Zwischenlösung. Sie soll verhindern, dass ein Radfahrer Recht bekommt, der vor Gericht die Abschaffung der Radweg-Benutzungspflicht durchsetzen will. Denn die Verkehrsbehörde möchte nicht, dass Radler dort schon jetzt einfach so auf der Straße fahren.

Die Bezirkspolitiker von SPD und Grünen halten vom Kombi-Weg gar nichts. „Das führt zu Konflikten und die

Fußgänger werden am Ende die Unterlegenen bei dieser Fehlplanung sein“, heißt es im rot-grünen Antrag an die Bezirksversammlung. Kritisiert wird auch, dass eine solche Planung in zwei Schritten sehr teuer ist. Wenn am Ende dann der Radweg doch auf die Straße komme, werde die Planung zu Recht als Steuerver-schwendung kritisiert.

Rot-Grün fordert stattdessen, die Fahrbahn für Autos ab Kronstiege nördlich auf eine Spur zu verschmälern. Dort soll der Radweg dann auf die Straße. Südlich davon sollte die Straße auf drei Spuren für beide Richtungen reduziert werden.



Der Radweg an der Langenhorner Chaussee ist in so schlechtem Zustand, dass viele Radfahrer (unerlaubt) auf die Straße ausweichen.

Große Mehrheit für Radfahrstreifen auf der Langenhorner Chaussee

Die „unechte“ Mehrspurigkeit soll künftig wegfallen – CDU will davon nichts wissen

LANGENHORN (ers). Wohl kaum ein Thema wird im Norden der Hansestadt so kontrovers diskutiert wie die Einführung so genannter Radfahrstreifen auf Hauptverkehrsstraßen. Denn geht es um das Verhältnis von Radlern und Autofahrern, scheiden sich besonders bei der Langenhorner Chaussee die Geister.

Die kürzlich bekannt gewordene Planung des Landesverkehrsministeriums, Straßen, Brücken und Gewässer, kurz LSBG, als Notmaßnahme gegen den seit Jahren desolaten Zustand der Fuß- und Radwege entlang der Hauptverkehrsstraße diese lediglich – abweichend von den geltenden Bauvorschriften – lediglich zu erneuern, stößt nicht nur auf den Widerstand von Seniorenbeirat und des Radfahrerverbandes ADFC (der LOKAL-ANZEIGER berichtete), sondern auch der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Der kombinierte Fuß- und Radweg erfülle noch nicht einmal die Mindestanforderungen, Konflikte zwischen Radfahrern, Fußgängern, Senioren mit Rollatoren und Müttern mit Kinderwagen seien vorprogrammiert und berge ein hohes Unfallrisiko, sagte Carmen Wilkens (Grüne).

Gegen die Vorstellungen von SPD und Grünen, auf der Langenhorner Chaussee zwischen Kronstiege und Langenhorner Chaussee eine „echte“ Einspurigkeit zu reduzieren und dort Radfahrstreifen vorzusehen, laufen vor allem die Christdemokraten Sturm. „Was Sie vorhaben ist Ideologie und nicht im Interesse der Bürger“, wettete ihr Abgeordneter Nizar Müller. „Die Fahrbahnverengung



Nach den verbindlichen Hamburger „Planungshinweisen für Stadtstraßen“ (PLAST 9) müssen Radfahrer vorrangig auf Radfahrstreifen geführt werden, und nicht auf Radwegen. Foto: Archiv

ist ein Unding.“ Er verlangte stattdessen eine Sanierung des Fuß- und Radweges, der nicht zu Lasten der Autofahrer gehen solle. „Ihnen geht es doch nur darum, den Verkehr zu bringen.“

Müller erriet für seine Äußerungen bei den Koalitionären nur Kopfschütteln. Jörg Lewin (SPD) erinnerte an die guten Erfahrungen, die man mit den Radfahrstreifen auf

der Alsterkrugchaussee gemacht habe: „Dort ist die KraftfahrzeugsWelt noch nicht untergegangen, das funktioniert gut.“

Nach den Vorstellungen von SPD und Grünen sollte im sehr stark befahrenen südlichen Bereich der Langenhorner Chaussee zwischen Kronstiege und Erdkampsweg für den Autoverkehr künftig drei Spuren zur Verfügung ste-

hen, wobei die mittlere Spur morgens und vormittags in Richtung Innenstadt, nachmittags und abends in Richtung stadtauswärts befahren werden könnte.

Mit dieser Lösung könnte sich die FDP spontan nicht anfreunden, sie möchte erstmal genauere Daten zur Verkehrsentwicklung auf der Langenhorner Chaussee haben. **Fortsetzung auf Seite 3**

Fortsetzung von Seite 1

Die Linke unterstützte den rot-grünen Antrag, nach dem die geplante Wegeerneuerung zugunsten von Radfahrstreifen und einer Neuplanung der Langenhorner Chaussee abgelehnt wird. Dieser Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit gegen die Stimmen von CDU und AfD beschlossen.

„Langenhorn wird davon profitieren, dass nicht mehr Wildwest gefahren wird“, prophezeite Thomas Kegat (SPD) und gab zu bedenken, dass die Zahl der Radfahrer in den vergangenen Jahren in Hamburg stark zugenommen habe und überdies Radfahrer angesichts der steigenden Zahl von E-Bi-

kes und Pedelecs heutzutage unterwegs seien als früher.

Die jetzt gefällte Entscheidung hat im übrigen auch einen historischen Hintergrund: Die Umgehung Fuhlsbüttel wurde in den 90er-Jahren gebaut, um die Anwohner des viel befahrenen Straßenzuges Langenhorner Chaussee/Alsterkrugchaussee spürbar von Lärm und Abgasen zu entlasten. Der den Bürgern seinerzeit im Planfeststellungsverfahren zugesagte Rückbau – sprich die Verengung – des Straßenzuges war zunächst aus Kostengründen verschoben und von späteren CDU-Senatoren schlichtweg verhindert worden.

Vorfahrt für die Radfahrer?

Alsterkrugchaussee soll verengt werden, Langenhorner Chaussee könnte folgen

LANGENHORN :: Was wird aus der Langenhorner Chaussee? Auf Hamburgs gefährlichster Straße ereignen sich pro Jahr laut Polizei rund 400 Unfälle. Da 80 Prozent der Radwege in einem maroden Zustand sind, besteht dringender Handlungsbedarf (das Abendblatt berichtete). Die zuständige Wirtschaftsbehörde betonte gestern, man sei sich der Problematik bewusst. „Wir bewegen das Thema intensiv. In der nächsten Sitzung der Projektgruppe Radfahrstreifen wird die Langenhorner Chaussee besprochen.“

Die GAL schlägt vor, die Hauptverkehrsstraße mit zwei überbreiten Fahrspuren, die oft vierspurig und von bis zu 38 000 Autos pro Tag genutzt wird, auf zwei Spuren zurückzubauen und die Radwege auf die Straße zu verlegen.

Bezirksamtschef Harald Rösler will der Behörde vorschlagen, noch in diesem Jahr die Radwege im Süden, zwischen Sengelmannstraße und Erdkampsweg, auf die Fahrbahn zu verlegen. Thomas Domres, SPD-Chef im Bezirk Nord, hält den Vorschlag für vernünftig: „Eine Verlegung der Radwege in der Alsterkrugchaussee auf die Fahrbahn hat den Vorteil, dass dort das Verkehrsaufkommen geringer ist als weiter im Norden auf der Langenhorner Chaussee.“ Dort müsse man abwarten, wie sich das Verkehrsaufkommen nach der Fertigstellung des neuen Knotenpunktes an der Segeberger Chaussee Anfang 2013 mit einem Tunnel in Nord-Süd-Richtung und einem Kreis für den Ost-West-Verkehr verändert.

Die Grünen wollen die Bürger vor Ort in die Verkehrsplanung einbeziehen

Auch die CDU weiß um die Problematik. „Wir haben in unserer Regierungszeit durch die Schaffung der Ortsumgehung Fuhlsbüttel die Langenhorner Chaussee schon deutlich entlasten können“, sagt Christoph Ploß, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Nord. „Um die Zahl der Unfälle dort weiter zu reduzieren, werden wir in Kürze ein Maßnahmenpaket vorlegen. Ein Rückbau zur Einspurigkeit wäre aber der völlig falsche Ansatz, da sich

dadurch der Verkehr in die Nebenstraßen verlagern und die Wohngebende belasten würde.“

Die Grünen wollen die Bürger vor Ort zukünftig stärker in die Verkehrsplanungen einbinden – und starten in Langenhorn. Am 11. April findet dort die erste von insgesamt 14 sogenannten querDENKfabriken statt. Titel: „Rennstrecke Langenhorner Chaussee – was läuft verkehrt?“

Auf einem interaktiven Stadtplan auf der Website www.beweg-die-stadt.de kann jeder die Verkehrsprobleme vor seiner Haustür oder im Stadtteil eintragen. „Kluge Ideen sollen zu konkreter Politik werden“, sagt Till Steffen, verkehrspolitischer Sprecher der GAL, zu dem neuen Mitmachprojekt. „Verkehr ist wie das Wetter. Jeder ist betroffen und kann mitreden. Denn jeder ist ein Experte vor Ort. Wir wollen unser verkehrspolitisches Programm komplett neu aufstellen. Wir wollen zuhören, wo die Probleme liegen, und den Bürgern nicht einfach fertige Lösungen präsentieren.“ (haa)

HAMBURG

Zwei Straßen, zwei Radkonzepte

Anwohner können sich widersprechende Pläne für **Bebelallee** und **Langenhorner Chaussee** nicht nachvollziehen

FRIEDERIKE ULRICH

LANGENHORN :: Im Bezirk Hamburg-Nord regt sich Unmut über die Pläne des Senat für zwei Hauptverkehrsstraßen. Die Bebelallee soll Radfahrstreifen erhalten und pro Richtung nur noch einspurig befahrbar sein, was viele Anwohner und die CDU im Bezirk kritisieren. Der Langenhorner Chaussee aber soll diese von Anwohnern und Bezirkspolitik gewünschte Maßnahme vorenthalten bleiben: Dort ist ein gemeinsamer Fuß- und Radweg geplant.

Beide Straßen gelten als „unecht zweispurig“, weil offiziell nur eine Spur pro Richtung vorgesehen ist, aber die Fahrbahn in beiden Richtungen zweispurig genutzt wird. Die Radwege sind in schlechtem Zustand. Darüber hinaus gehört die Langenhorner Chaussee zu den unfallträchtigsten Straßen Hamburgs. Doch die Hoffnung, dass sie im Zuge der Radverkehrsstrategie saniert und die Verkehrsführung überarbeitet wird, hat sich jetzt zerschlagen.

Stattdessen will der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) dort einen gemeinsamen Geh- und Radweg anlegen. Das jedenfalls wird als erster Schritt eines zweistufigen Verfahrens vorgestellt. Erst später soll eine endgültige Lösung für die gesamte Straße gefunden werden.

Schon jetzt bilden sich im morgendlichen Berufsverkehr lange Staus vor der Kreuzung Hudtwalckerstraße.
Dieter Haury, Anwohner

Die rot-grüne Bezirkskoalition kritisiert das Vorhaben scharf und stellt sich damit gegen die Landesregierung. „Die Pläne des LSBG bringen weder für die Radfahrer noch für die Fußgänger ein Plus an Sicherheit, sondern produzieren eher Konflikte zwischen diesen beiden Gruppen“, sagt Michael Werner-Boelz von den Grünen.

Thomas Domres (SPD) fügt hinzu: „Wir wollen, dass vom Krohnstieg bis zur Landesgrenze die Langenhorner Chaussee auf nur eine Spur je Fahrtrichtung zurückgebaut wird und beidseitig separate Radfahrstreifen auf der Fahrbahn erhält.“ Das habe sich im Fußläuferabschnitt der Alsterkrugchausee – der Verlängerung der Langenhorner Chaussee – bewährt. Dass das für die Langenhorner Chaussee nicht vorgesehen ist, hat der Senat jetzt indirekt zugegeben: In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU heißt es, ein Rückbau der Straße sei nicht vorgesehen.

Grund für die Kehrtwende der Stadt, die ja eigentlich die Strategie „Radwege auf die Fahrbahn“ verfolgt, ist eine vor dem Verwaltungsgericht anhängige Klage mit dem Ziel, die Benutzungspflicht für die Radwege an der Langenhorner Chaussee aufzuheben.



Möchten einen Radweg an der Langenhorner Chaussee: Thomas Kegat (SPD, l.) und Michael Werner-Boelz (Die Grünen) Raube

Das will die Verkehrsbehörde wegen des starken Verkehrsaufkommens dort verhindern.

Auch der Fachverband Fußverkehr lehnt die Pläne ab. „An der Langenhorner Chaussee sind die Nebenräume nur 2,50 bis vier Meter breit. Das bedeutet, dass bei der geplanten gemeinsamen Nutzung die Zielvorgabe von 2,50 Meter für den Fußweg oft gar nicht eingehalten werden kann“, sagt Sprecherin Sonja Tesch.

Die Bebelallee soll zwischen Deelböge und Hudtwalckerstraße Radfahrstreifen auf der Fahrbahn erhalten. Ähnlich wie beim Busbeschleunigungsprogramm ist dieses Vorhaben jedoch Anlass für weitreichende Sanierungsarbeiten. So soll die Fahrbahn saniert und teilweise verbreitert werden, das Entwässerungssystem erneuert, Längsparkplätze eingerichtet und die alten Radwege zurückgebaut werden. Kosten: rund 2,5 Millionen Euro.

Die Arbeiten sollen Anfang August beginnen und etwa ein Dreivierteljahr dauern. In dieser Zeit wird die Bebelallee zwischen Hudtwalckerstraße und Meenkweise in Abschnitten voll gesperrt oder zur Einbahnstraße. Zugleich wird auch die Kreuzung Bebelallee/Deelböge/Braamkamp umgebaut. Diese Arbeiten beginnen bereits Mitte Juni. Viele Anwohner stehen der Ein-

richtung von Radwegen auf der Straße skeptisch gegenüber. „Das ist viel zu gefährlich und würde gerade im Berufsverkehr zu massiven Behinderungen führen“, sagt Anwohnerin Margrit Fahrenkamp. Darüber hinaus würde die bislang vierspurig genutzte Straße durch die Fahrradstreifen zweispurig werden, was zu langfristigen Verkehrsbehinderungen führen würde.

„Schon jetzt bilden sich im morgendlichen Berufsverkehr lange Staus vor der Kreuzung Hudtwalckerstraße, die bis über die Deelböge hinaus reichen“, sagt Anwohner Dieter Haury. Fünf bis sieben Ampelphasen bräuchten Autofahrer morgens, um die knapp einen Kilometer lange Strecke zu bewältigen. Das bedeute nicht zuletzt eine erhebliche Schadstoffemission.

Anwohner und CDU schlagen als Lösung eine andere Strecke vor

Zumindest für die Hälfte der Strecke, so Fahrenkamp und Haury, gebe es eine Alternativlösung. Ein etwa ein- bis zwei Meter breiter unbefestigter und oft matschiger Weg, der auf der unbefestigten Seite der Bebelallee an einer Grünanlage entlang führe, könne verbreitert und dadurch sogar als Fahrradstrecke in beide Richtungen genutzt werden. Den Planungen der Stadt zufolge solle der Radweg stadtauswärts

ohnehin ab der Kreuzung Hudtwalckerstraße zunächst im Fußgängerbereich geführt und erst nach 50 Metern auf die Fahrbahn geleitet werden – da wäre es naheliegender, den Radweg auf der Alternativstrecke fortzusetzen.

Auch den Sinn der geplanten Fußwegführung zweifeln die Anwohner an. So können Fußgänger entlang der Bebelallee drei Gehwege benutzen: den an der bebauten Straßenseite, einen weiteren gegenüber – zwischen Straße und Grünanlage – und einen dritten innerhalb der Grünfläche, parallel zum U-Bahn-Damm der Linie U1. „Diese verschwenderische Nutzung von Flächen für Fußgänger an einer Straße, die keine Laufgegend ist, bleibt völlig unverständlich“, sagen die Anwohner.

Unterstützung für die Alternativlösung bekommen die Anwohner von der CDU Hamburg-Nord. „Bis heute konnte der Senat nicht erklären, warum eine Radwegführung auf dem bestehenden Matschweg zwischen Hudtwalckerstraße und Bebelallee gegenüber der geplanten Variante nachteiliger wäre“, sagt der verkehrspolitische Sprecher Christoph Ploß. Das will er nun mit einem Antrag auf der heutigen Regionalausschusssitzung fordern. Außerdem soll es eine Planungswerkstatt geben, an der sich die Anwohner beteiligen können.

Hamburgs gefährlichste Straße

Auf der **Langenhorner Chaussee** ereignen sich die meisten Unfälle. GAL fordert Radstreifen und Rückbau auf zwei Spuren

JAN HAARMMEYER

LANGENHORN :: Die Situation ist buchstäblich völlig verfahren. Mal bricht der Radweg plötzlich ab und geht in eine 20 Meter lange Sandwüste über, mal machen aufstrebende Baumwurzeln die Fahrradroute zu einer gefährlichen Holperstrecke. Rund 80 Prozent der Radwege an der Langenhorner Chaussee sind nach Angaben des Bezirksamts Nord in einem maroden Zustand. Sie müssten auf einer Länge von vier Kilometern saniert werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Frage, die zurzeit auf höchster Behördenebene verhandelt wird: Werden die Radwege an der Langenhorner Chaussee auf die Straße verlegt? Und wird diese - bisher häufig vierspurig genutzte Straße - dadurch zu einer eindeutig zweispurigen Straße zurückgebaut?

Die 5,2 Kilometer lange Hauptverkehrsachse im Bezirk Nord, die werktags zwischen 25 000 und 38 000 Autos verkraften muss, ist Hamburgs gefährlichste Straße. Zu diesem Ergebnis kommt die vom Senat eingesetzte Unfallkommission: Von Ende September 2010 bis Anfang November 2011 wurden auf der Langenhorner Chaussee 251 Unfälle offiziell erfasst - so viele wie auf keiner anderen Straße in Hamburg.

Der letzte schwere Unfall ereignete sich am 12. Januar. Beim Versuch, die Straße zu überqueren, wurde eine Frau von einem Wagen erfasst, durch die Luft geschleudert und blieb auf der Straße liegen. Dort überfahren drei weitere Autos die Frau. Die 28-Jährige wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Weil die beiden Fahrspuren mit rund fünf anstelle der üblichen 3,25 Meter Überbreite haben, halten viele die Langenhorner Chaussee für eine vier-

Aus urheberrechtlichen Gründen ist es leider nicht möglich, dieses Bild zu zeigen

spurige Straße. Die Folge: Riskante Überholmanöver, ständig versetztes Fahren und permanentes Einfädeln nach den Kreuzungsbereichen. Und anscheinend lädt die breite Fahrbahn viele zum Rasen ein. Bei einer Messung am 28. Februar in ganz Hamburg wurde der schlimmste Raser mit 108 km/h erwischt - auf der Langenhorner Chaussee. Erlaubt sind dort 50 km/h.

„Viele Menschen haben Angst, die Langenhorner Chaussee und ihre Radwege zu benutzen - egal ob sie mit dem Rad oder dem Auto unterwegs sind“,

Segeberger Ch. B432
OCHSENZOLL

LANGENHORN

Langenhorner Chaussee



Hier wird schon gebaut: Am nördlichen Ende der Langenhorner Chaussee entsteht ein Nord-Süd-Tunnel mit einem Deckel für den Ost-West-Verkehr. Fotos: A. Laible, M. Hernandez



Langenhorner Chaussee, Höhe Oehleckerring: GAL-Politiker Thorsten Schmidt testet den Zustand der Radwege

sagt Carmen Wilkens von der GAL. „Fußgänger haben Angst, an den Ampeln zu warten, wenn die Laster vorbeidonnern. Sie haben Angst um ihre Kinder, wenn diese auf dem Schulweg sind.“ Ihre Fraktion im Bezirk Nord will zum einen den Durchgangsverkehr von der Langenhorner Chaussee auf die Zeppelinstraße (B 433) umlenken. Und ihr Parteikollege Thorsten Schmidt sieht nur eine Lösung in dieser heiklen Frage: Da man nicht sämtliche Bäume fällen könne, um die Radwege zu sanieren und der Kauf von Privatgrundstücken kaum finanzierbar sei, müsse der Radweg auf die Fahrbahn verlegt werden. „Radfahrstreifen sind eine kostengünstige und sowohl für Rad- als auch Autofahrer eine wesentlich sicherere Lösung“, sagt er.

Um die Sicherheit geht es auch der Polizei. Burkhard Rüländ, 56, ist Erster Polizeihauptkommissar vom PK 34 im Wördenmoorweg. Im Regionalausschuss der Bezirksversammlung hat er bereits darauf hingewiesen, dass die Radwege wegen des schlechten Zustandes irgendwann gesperrt werden könnten. Für diesen Fall, teilte das Bezirksamt als Antwort auf eine Kleine Anfrage mit, müsse der Radverkehr auf die Fahrbahn verlegt werden. Ausnahme: Kinder bis zu zehn Jahren dürften auf dem Fußweg fahren. „Wir müssen immer wieder neu abwägen“, sagt Rüländ, „von welchem Zeitpunkt an die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist.“ Neben den maroden Radwegen ist für ihn die hohe Zahl der Unfälle auf der Langenhorner Chaussee das größte Problem. „Wir verzeichnen hier jedes Jahr im Schnitt rund 400 Unfälle“, sagt Rüländ.

Die Entscheidung über den Umbau liegt aber nicht beim Bezirk, sondern bei der für Hauptverkehrsstraßen zuständigen Wirtschaftsbehörde. Dort hat man das Problem erkannt. „Die Si-

tuation für den Radverkehr an der Langenhorner Chaussee ist unbefriedigend. Der Grund liegt in erster Linie in den unzureichenden Platzverhältnissen. Dass grundsätzlich Handlungsbedarf besteht, ist der Behörde bewusst. Zu gegebener Zeit werden Lösungsvorschläge mit dem Bezirksamt Nord und der Polizei abgestimmt“, sagt Behördensprecherin Helma Krstanoski. Schließlich hat der SPD-Senat sich auf die Forderungen geschrieben, den Anteil der Radfahrer als Verkehrsteilnehmer in der Umwelthaupstadt auf 18 Prozent zu erhöhen. Er liegt laut Mobilitätsstudie aus dem Jahr 2008 bei 12,2 Prozent.

Das Bezirksamt schlägt vor, als Erstes den Radweg im Süden zu verlegen

Da hilft vielleicht der Vorschlag, mit dem Harald Rösler, 62, kommissarischer Leiter des Bezirksamts Nord, jetzt auf die Wirtschaftsbehörde zugehen will. „Wir könnten erst einmal den Radweg im Süden zwischen Sengelmannstraße und Erdkampsweg auf die Fahrbahn verlegen“, sagt er. Diese Maßnahme beträfe noch die Alsterkrugchaussee und hätte den Vorteil, dass sie noch in diesem Jahr relativ problemlos umgesetzt werden könnte - und Daten liefern würde, welche Auswirkungen das auf den laufenden Verkehr hätte.

Denn vieles hängt von dem Bauwerk ab, das derzeit am nördlichen Ende der Langenhorner Chaussee entsteht und Anfang 2013 fertiggestellt werden soll: ein rund 80 Meter langer Tunnel in Nord-Süd-Richtung mit einem Kreisels als Deckel, der den Ost-West-Verkehr in Fluss halten soll. Der Kreisels wird zweispurig gebaut und einen Durchmesser von mehr als 40 Metern haben. Die Frage, die niemand seriös beantworten kann: Wird dieser neue Knotenpunkt im Norden den Verkehr auf der Langenhorner Chaussee bedrücken oder entlasten? „Nach Fertigstellung müssten per Gutachten die Auswirkungen erfasst werden“, sagt Rösler. Um dann eventuell den Radweg auf der gesamten Länge der Langenhorner Chaussee auf die Straße zu verlegen.

Vorteile der Radstreifen

Im Jahr 2008 haben sich auf der Langenhorner Chaussee 461 Unfälle ereignet. Um diese hohe Zahl zu senken, plädiert auch Merja Spott vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) für eine Verlegung der Radwege auf die Straße. „Auf Radfahrstreifen sind Radfahrer sicher, da sie von den Autofahrern gesehen werden. Die meisten Unfälle zwischen Radfahrern und Autos passieren beim Abbiegen, da die Autofahrer die Radfahrer nicht sehen, wenn sie 'versteckt' auf einem Radweg fahren.“ Auch der Kfz-Verkehr würde durch eine eindeutige Fahrspur und einen Radfahrstreifen flüssiger und geregelter auf der Langenhorner Chaussee fließen, sagt Merja Spott vom ADFC. Sie glaubt: „Es würde auch zu weniger riskanten Überholvorgängen kommen, sodass auch für die Fahrzeuge die Sicherheit steigen würde. Durch den flüssigeren Verkehr können außerdem Staus verhindert werden“, sagt Spott. (haa)



FAHRRADSTRASSE?

Bei einer Fahrradstraße wird die komplette Fahrbahn wie ein Radweg ausgewiesen, so dass Radfahrende beispielsweise auch nebeneinander fahren dürfen. Es gilt automatisch Tempo 30, Vorfahrtszeichen und Ampeln gibt es nicht, es gilt generell rechts vor links. Autofahrende können per Beschilderung sozusagen als „Gäste“ zugelassen werden – das gilt zum Beispiel für Anlieger*innen. Fahrradstraßen werden eingerichtet, wo besonders viele Radfahrende unterwegs sind. Sie dienen der Förderung des Radverkehrs.



Am Leinpfad drängten sich bisher Radverkehr und Pkw. Künftig hat das Rad Vorrang!

FAHRRADSTRASSEN AN DER ALSTER

GRÜNE KONZEPTE SETZEN SICH DURCH

„Schöne Aussicht für Radfahrer“ titelte das Hamburger Abendblatt, „Vorfahrt für Fahrräder“ schrieb das Wochenblatt, „Grüne wollen Autos aussperren!“ und „Autos raus!“ die Bild-Zeitung und die Mopo. Die Initiative der GRÜNEN Fraktion in Hamburg-Nord, Straßen entlang der Alster wie die Schöne Aussicht und den Leinpfad zu Fahrradstraßen zu machen, erhitze in den Jahren 2015 und 2016 die Gemüter in ganz Hamburg.

Schon seit 2012 verfolgen die GRÜNEN die Idee, den Leinpfad umzuwandeln. Die bereits damals von vielen Radfahrer*innen genutzte Tempo-30-Zone sei als Teil der Veloroute 4 perfekt geeignet für eine Fahrradstraße, meinten die GRÜNEN und beantragten die Umsetzung in der BV. Als gutes Beispiel wurde die jüngst als Fahrradstraße eingerichtete Lortzingstraße in Barmbek angeführt, die als Teil der Veloroute 6 sehr gut angenommen werde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Im November 2013 forderte die GRÜNEN dann, dass die Straßen Bellevue und Schöne Aussicht zu Fahrradstraßen umgestaltet werden sollten. Dabei beriefen sie sich auf einen kurz zuvor erfolgten Beschluss der Bürgerschaft, der eben dies sowie prinzipiell mehr Platz für Rad- und Fußverkehr vorschlug. Der Antrag wurde im Verkehrsausschuss Hamburg-Nord beraten, dabei berichtete das Bezirksamt, dass es federführend für die drei Alster-Bezirke Nord, Eimsbüttel und Mitte ein „Fahrradachsen-Konzept“ für das Fahren rund um die Alster erarbeiten werde. Die Mittel hierfür seien bereits vom Senat bereitgestellt worden, mit dem fertigen Konzept rechne man bis Mitte 2014.

„Den sinnvollen Ansatz, nicht einen Bezirk allein zu betrachten, sondern alle drei Alster-Bezirke einzubinden, unterstützen wir nachdrücklich. Ziel sollte sein, den Radverkehr weiter zu fördern – was sowohl Alltagsverkehr als auch Freizeit- und touristische Fahrten umfasst. Aus unserer Sicht >

wären unsere Fahrradstraßen-Vorschläge ein sinnvoller und guter Bestandteil des Konzepts“, meinte dazu Thorsten Schmidt, GRÜNER Sprecher für Verkehrspolitik. „Spannend wird allerdings, wie das fertige Konzept umgesetzt werden soll – leider hat der Senat bisher nicht ausreichend Mittel für Radverkehrsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Wir hoffen, dass die Finanzierung des nun geplanten Konzepts als Hinweis verstanden werden kann, dass das Radfahren in den anstehenden Haushaltsberatungen der Bürgerschaft mehr Gewicht bekommt.“ Der GRÜNE Antrag auf Fahrradstraßen wurde bis zum Vorliegen des Konzepts vertagt und sollte dann weiter diskutiert werden.

Im Juli 2014 gab die Verkehrsbehörde bekannt, dass im Rahmen eines Achsenkonzepts für den Rad- und Fußverkehr an der Außenalster auch Fahrradstraßen geplant sind. Im Bezirk Hamburg-Nord betrifft dies die Straßen Bellevue sowie den Straßenzug Fährhausstraße, Schöne Aussicht und Eduard-Rhein-Ufer. „Wir freuen uns, dass unser Vorschlag aus dem vergangenen Jahr, Fahrradstraßen an der Außenalster einzurichten, nun bereits in ein Gesamtkonzept eingebunden wurde. Es ist gut, dass sowohl dem Rad- als auch dem Fußverkehr in absehbarer Zeit endlich mehr Platz zur Verfügung steht“, sagte dazu Michael Werner-Boelz, Vorsitzen-

der der GRÜNEN Fraktion Hamburg-Nord. Die ermittelten Nutzungszahlen von Menschen mit Rad, zu Fuß oder mit Pkw in den einzelnen Abschnitten würden deutlich zeigen, dass eine Neuaufteilung des Straßenraumes zugunsten von Rad- und Fußverkehr gerechtfertigt und geboten sei. Den Vorschlag des Bezirksamtsleiters Hamburg-Nord, Harald Rösler, in einem nächsten Schritt auch den Leinpfad in eine Fahrradstraße umzuwandeln, kommentiert Michael Werner-Boelz wie folgt: „Auch diese Idee ist nicht neu – einen entsprechenden Antrag hatten die GRÜNEN bereits Ende 2012 gestellt, aber keine Mehrheit gefunden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Bezirksamtsleiter unsere Idee nun öffentlich vorantreibt.“

Im Februar 2016 wurden dann die Pläne für den fahrdfreundlichen Ausbau des Leinpfads im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude vorgestellt. Neben der Ausweisung als Fahrradstraße werden die Parkplätze geordnet und zu beiden Seiten der Fahrbahn befestigte Gehwege neu geschaffen oder saniert. Aus GRÜNER Sicht waren die Pläne weitgehend gelungen, es waren aber noch einige Details zu prüfen. Die Planung wurde aufgrund von Anregungen aus der Sitzung noch einmal überarbeitet. Im Oktober 2016 starteten die Umbauarbeiten auf der 1,4 Kilometer langen Strecke. 🌱



Hamburger Abendblatt

Das Kennedy-Rätsel Heute vor 50 Jahren wurde der US-Präsident in Dallas erschossen Seite 6

FREITAG, 22. NOVEMBER 2013 / NR. 273 / 47. WOCHE / 66. JAHRGANG / 1,40 EURO UNABHÄNGIG, ÖBB



„Schöne Aussicht“ soll Radfahrstraße werden

Idee der Grünen stößt auf Zustimmung. Die CDU signalisiert Bereitschaft, verlangt aber eine Bürgerbeteiligung. Auch die SPD in der Bürgerschaft will die Bedingungen für Radfahrer an der Alster verbessern.

» Seite 2 Leitartikel Seite 7 Bericht



Abbiegen auf der Langenhorner Chaussee



Unterwegs auf der umgestalteten Bebelallee

FIX UNTERWEGS PER FAHRRAD: POLITISCHE RADTOUR DURCH DEN BEZIRK

Wie lässt sich besser übers Radfahren sprechen als unterwegs auf dem Rad? Das dachte sich die GRÜNE Fraktion und lud alle Interessierten an einem Sonntagnachmittag im September 2016 zur gemeinsamen Radtour ein. Bei bestem Wetter ging es vom U-Bahnhof Lattenkamp aus Richtung Alster. Entlang der Strecke konnten bereits umgesetzte, gelungene Umgestaltungen von Straßen wie an der Bebelallee und an der Maria-Louisen-Straße vorgestellt werden. Die Tour informierte auch vor Ort über die zweite Fahrradstraße des Bezirks, den inzwischen fast vollständig umgebauten Leinpfad. Abgerundet wurde die Tour mit Informationen zu den Straßen Bellevue und Schöne Aussicht, die als östliche Alster-Fahrradachse ebenfalls umgestaltet werden sollen. Erste Pläne hierfür wurden im

Frühjahr 2017 präsentiert. Unterwegs hatten die rund 70 Mitradelnden die Gelegenheit, mit Martin Bill und Thorsten Schmidt, den verkehrspolitischen Sprechern der GRÜNEN Bürgerschafts- und der Bezirksfraktion, sowie mit Michael Werner-Boelz, dem Bezirks-Fraktionsvorsitzenden, darüber zu diskutieren, wo Hamburg-Nord noch Fortschritte auf dem Weg zur Fahrradstadt machen kann. Fix durch Fuhlsbüttel ging es auch ein Jahr zuvor: Das GRÜNE Trio fuhr mit weiteren Fahrradbegeisterten eine mögliche Variante für die Veloroute 4 ab. Diese Strecke, die einen schnellen Weg mit dem Rad von der City in Richtung Norderstedt bieten soll, verläuft derzeit entlang des westlichen Alsterufers und nahe dem Alsterlauf durch Fuhlsbüttel und Langenhorn. Die Tour bot auf zwei Stunden die Gelegenheit zum

Austausch darüber, wie die Zukunft von Hamburg als Fahrradstadt aussehen könnte und brachte viele Anregungen für einen optimierten Verlauf der Veloroute 4 mit, die in einen Antrag mündeten. Thorsten Schmidt erklärte dazu: „Der alte Verlauf der Veloroute 4 bringt derzeit größere Umwege mit sich, die kaum jemand in Kauf nehmen möchte. Geschuldet ist diese Route unter anderem der Vermeidung von Erdkampsweg und südlicher Hummelsbütteler Landstraße. Da inzwischen beide Abschnitte radfahrfreundlich umgebaut wurden, gibt es keinen Grund mehr, an der alten Route festzuhalten.“ Die guten Argumente der GRÜNEN, die auf dem Wissen der Alltagsradfahrer*innen basierten, verfehlten ihre Wirkung nicht: Die Verkehrsbehörde folgte fast allen Vorschlägen bis ins Detail.



Die Bellevue an der Außenalster in Winterhude. Diese Straße könnte künftig nur für Radfahrer zugänglich sein.

Macht der Bezirk Straßen zu Radstrecken?

Autos raus!

Nord Für sieben Straßen gibt es Umwandlungs-Pläne. Nur Anwohner dürften dann noch im Pkw dort fahren

Von SIMONE PAULS

Freie Fahrt für Radfahrer! Der Bezirk Nord erwägt, sieben Straßen zu Fahrradstraßen umzuwandeln – darunter die feinsten Adressen der Stadt. Was Radler freut, wird von Bezirkspolitikern kritisch beäugt. Denn was wird aus den Autos?

Der rot-gelb regierte Bezirk Nord hat ein Radverkehrskonzept in Auftrag gegeben, um die Situation der Radfahrer im Bezirk zu verbessern. Ein Gutachter hat untersucht, welche Straßen im Bezirk sich zum Ausbau für Radler eignen würden.

Sieben Straßen wären demnach geeignet, zu Fahrradstraßen umgebaut zu werden. Radler hätten dort dann Vorrang, nur Anwohner dürften dort noch mit ih-

ren Wagen fahren. Andere Autofahrer dürften höchstens noch eine Richtung benutzen – oder müssten ganz draußen bleiben.

Wenn es nach den Gutachtern geht, könnten Cabriofahrer am Wochenende bald nicht mehr stolz um die Außenalster kutschieren. Die Bellevue gehört zu sieben möglichen Fahrradstraßen. Genau wie Leinpfad (Winterhude), Frickestraße (Eppendorf), Anita-Sellenschloß-Ring (Langenhorn), Fritz-Schumacher-Allee (Langenhorn), Woermannsweg (Ohlsdorf) sowie der Heilholtkamp (Alstedorf).

Bezirksamtsleiter Harald Rösler (SPD): „Noch sind die Vorschläge Zukunftsmusik. Wir prüfen, ob sie umsetzbar wären.“ Es ist auch möglich, dass an den Straßen nur Fahrradstreifen entstehen.

Die CDU in Nord sieht vor allem den Vorschlag für die Bellevue kritisch. Sie befürchtet, dass dann nur noch Anwohner durch die Straße fahren dürften und Parkplätze vernichtet würden.

SPD-Fraktionschef Thomas Domres: „Eine nette Idee, die wert ist, überprüft zu werden. Aber ich glaube nicht, dass es notwendig ist, weil es auf den Straßen keine Nutzungskonflikte gibt.“ Die Grünen hatten bereits in der Vergangenheit Leinpfad und Bellevue als Fahrradstraßen vorgeschlagen.

Bislang gibt es in Hamburg nur eine Handvoll Fahrradstraßen. Im Bezirk Nord die Uferstraße entlang des Eilbekkanals (Barmbek), in Rotherbaum die Rutschbahn zwischen Grindelallee und Heinrich-Barth-Straße (Rotherbaum) und in Rissen das

Falkensteiner Ufer. In Altona ist außerdem geplant, die Thadenstraße mit ihrer Verlängerung Chemnitzstraße

nur für Fahrräder passierbar zu machen. Und in Harburg will die FDP die Hastedstraße mit Göhlbachtal umbauen.

MEINE MEINUNG

Eine gute Idee!

Immer mehr Hamburger steigen aufs Fahrrad um. Für junge Großstädter spielt das Auto kaum noch eine Rolle. Das weiß die Politik genau. Deshalb darf das Thema auch in keiner Sonntagsrede fehlen. In der Praxis aber tut sich weiter zu wenig. Noch immer kämpfen Radfahrer mit schlechten Wegen, noch immer sind Radfahrerstreifen raritäten. Im Bezirk Nord empfehlen nun sogar Gutachter die Sperrung von sieben Straßen für Autofahrer. Eine gute Idee! Wenn das jetzt nicht umgesetzt wird, frage ich mich: Was soll noch alles passieren, bis die Versprechen der Politiker endlich Realität werden?

ERIK TRÜMPLER
erik.truempler@mopo.de



Schutzstreifen (oben) dürfen vom Auto befahren werden, wenn dies unbedingt notwendig ist. Hier gilt ein Parkverbot. Radfahrstreifen (unten) dürfen höchstens überfahren werden, um zu danebenliegenden Parkplätzen zu gelangen. Hier gilt ein absolutes Halteverbot.



HAMBURGER MORGENPOST, 23.4.2014

BEZIRKLICHES RADVERKEHRSKONZEPT

Schon im Jahr 2012 hatte der Bezirk Hamburg-Nord auf Antrag der GRÜNEN hin ein eigenes Radverkehrskonzept beschlossen. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord hatte sich einstimmig dafür ausgesprochen. Ziel des Konzepts sollte es sein, schon geplante und beabsichtigte Maßnahmen der Radverkehrsförderung zu erfassen, zu kombinieren und mit Prioritäten zu versehen. Auf diese Art und Weise sollte ein „Fahrplan“ für die einzelnen Maßnahmen erstellt werden. Die Gelder für die Konzepterstellung sollten bei der Verkehrsbehörde eingeworben werden. Dieses wurde zuvor in einer Sitzung des Verkehrsausschusses bereits in Aussicht gestellt. „Mittlerweile wollen alle im Parlament vertretenen Parteien den Radverkehr in Hamburg stärken!“, stellte Martin Bill, damaliger verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion Hamburg-Nord, fest. „Dieses Ziel muss aber auch in

konkrete Taten umgesetzt werden. Dafür ist es wichtig zu wissen, welche Projekte den größten Nutzen haben.“ Das fertige Konzept beinhaltet nun eine ganze Reihe von Bezirksrouten, die wichtige Quell- und Zielorte des Radverkehrs miteinander verbinden.

Die ersten beiden Maßnahmen zur Umsetzung des bezirklichen Radverkehrskonzepts beschloss die Bezirksversammlung im September 2015: Für die Martinistraße (Eppendorf) und die Straße Spreenende (Groß Borstel) sollte die Einrichtung von Radfahr- oder Schutzstreifen genauer geprüft werden.

Beim Spreenende stellte sich heraus, dass aufgrund sehr hoher Kosten und Schwierigkeiten beim Umbau eine schnelle Realisierung nicht sinnvoll wäre. Bei der Martinistraße sah dies allerdings anders aus: Entlang der Martinistraße gibt es bis dato keine eigene Verkehrsfläche für die vielen Radfahren-

den, die dort also im Mischverkehr oder unerlaubt auf den schmalen Gehwegen fahren. Das bezirkliche Radverkehrskonzept empfiehlt, auf dieser Straße Schutzstreifen einzurichten. „Mit dem UKE liegt ein großer Arbeitgeber, der viel Pendelverkehr anzieht, an der Straße. Für viele Kinder, die in der Löwenstraße zur Schule gehen, ist die Martinistraße Teil ihres täglichen Schulwegs. Das Bezirksamt soll nun Planungen für Schutzstreifen aufnehmen und auch prüfen, ob nicht sogar Radfahrstreifen möglich sind. Damit machen wir dem Radverkehr hier ein deutlich besseres Angebot als bisher“, führte der GRÜNE Verkehrsexperte Thorsten Schmidt aus.

Eine ähnliche Chance sahen die GRÜNEN Anfang 2014 an der Fuhlsbüttler Straße im Stadtteil Ohlsdorf. Anknüpfungspunkt für die Forderung nach Radfahrstreifen waren Neuplanungen der Straße zwischen der Beisserstraße im Süden und der Bushaltestelle am U/S-Bahnhof Ohlsdorf im Norden. Überwiegend sollte es eine Fahrspur je Fahrtrichtung geben, dazu Radfahrstreifen auf beiden Straßenseiten. Nördlich der Straße Redderplatz sollten die Radfahrstreifen aber in einen separaten Radweg überführt werden, der durch Parkplätze und eine Reihe Bäume von der Fahrbahn getrennt

sein sollte. Streckenweise waren zwei Kfz-Fahrspuren je Richtung geplant. Sicherheit solle vor Schnelligkeit gehen, forderten daraufhin die GRÜNEN: Anstatt zusätzliche Kfz-Fahrstreifen einzurichten, solle erst einmal für alle anderen Verkehrsteilnehmer*innen eine sichere Verkehrsfläche geschaffen werden. Dazu gehöre ein durchgehender Radfahrstreifen, weil die geplanten separaten Radwege die Gefahr erhöhen würden, dass Radfahrende von Autofahrer*innen beim Abbiegen übersehen werden würden.

Weitere Straßenumbauten zugunsten der Verkehrssicherheit sind in der Alten Wöhr, in der Hellbrookstraße und im Rübenkamp vorgenommen worden. Alte, schmale Radwege wurden zurückgebaut und dem Gehweg zugeschlagen, der Radverkehr wird nun auf der Fahrbahn auf Radfahrstreifen oder Schutzstreifen geführt. Die Maßnahmen gehen zurück auf eine Prioritätenliste, die die Bezirksversammlung 2010 auf Antrag der GRÜNEN beschlossen hatte. Auch in der Alsterkrugchaussee sind die alten Radwege Vergangenheit: Zwischen Zeppelinstraße und Erdkampsweg wurden Radfahrstreifen auf der Fahrbahn gebaut. Für den Autoverkehr steht seither je Richtung ein Fahrstreifen zur Verfügung. 🌱

Hamburg

Schöne Aussicht
Die Schöne Aussicht an der Alster ist eine der beliebtesten Straßen im Bezirk Nord

Verkehrshammer in Nord

Grüne wollen Autos aussperren!

Von M. KLAUER und A. COSTANZO (Fotos)

City - Achtung, Autofahrer, hier kommt der nächste Verkehrs-Hammer!
Während Dutzende Großbaustellen Hamburgs Verkehr ausbremsen, könnten Autos auf vielen Straßen bald komplett ausgesperrt werden!
Die neue rot-grüne Koalition in der Bezirksversammlung Nord (seit Freitag fix) hat jede Menge grünen Auto-Hass im Vortrag.
Beispiel: „Beliebte Straßen“ sollen im Sommer sechs Wochen lang für Autos gesperrt werden. Danach soll ein Konzept geschrieben werden – dauerhafte Sperrung nicht ausgeschlossen!
Im Koalitionsvertrag liest sich das so: „Öffentlicher Raum soll wieder stärker den Menschen zur Verfügung stehen. Es darf nicht länger selbstverständlich sein, dass große Flächen unserer Straßen für fahrende und parkende Autos reserviert sind.“ Die Straßen sollen „Erholungs- und Erlebnisraum“ werden.
Mit der Eppendorfer Landstraße haben es die Grünen schon mal versucht, sie sollte zum Beach-Club werden. Jetzt könnte das alles Wirklichkeit werden.
CDU-Verkehrsexperte Christoph Ploß (29): „Dass SPD und Grüne bei dem derzeitigen Verkehrschaos auch noch ohne Grund Straßen für Autos sperren wollen, ist mehr als Schickel!“
Und damit nicht genug: Hauptstraßen wie z. B. der Wiesendamm sollen Tempo-30-Zonen werden, dazu viele Straßen nachts temporeduziert werden.

Michael Unterfahl (45): „Für Hundebesitzer oder Zuhilfenrufer müssen die Straßen trotzdem offen bleiben. Sonst ist das Verbot totaler Blödsinn.“

Tabea Seifert (27): „So ein Verbot wäre Quatsch. Man müsste riesige Umwege fahren. An der Alster zum Beispiel wären die Autos doch gar nicht.“

CDU-Verkehrsexperte Christoph Ploß (29)

Die Otto-Wels-Straße durchkreuzt als einzige Straße den Stadtpark. Beliebte Parkstraße bei Joggen und Parkbesuchern

Otto-Wels-Straße



THORSTEN SCHMIDT: HEUTE PRIORITÄTEN SETZEN FÜR DIE WELT VON MORGEN

Thorsten Schmidt, Jahrgang 1983, ist Sprecher für Verkehr der GRÜNEN Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Der gebürtige Münsterländer hat in Karlsruhe und Stockholm Maschinenbau studiert. 2009 kam er für einen Job als Windenergieingenieur nach Hamburg. Den GRÜNEN ist er 2010 beigetreten, ein Jahr später wurde er Bezirksabgeordneter. Er lebt mit seiner Partnerin und der gemeinsamen einjährigen Tochter in Fuhlsbüttel.

Hallo Thorsten, Dein Gesicht und vor allem Dein Name finden sich oft in den Medien, wenn es ums Radfahren geht. Was interessiert Dich an dem Thema so sehr, dass Du Dich so stark dafür einsetzt?

Dahinter steckt eine Menge, nicht zuletzt meine Tochter. Sie wird im Jahr 2100 84 Jahre alt und vom Klimawandel hart betroffen sein. Wir müssen heute viel dafür tun, um die Folgen für die Umwelt in der Zukunft einzudämmen. Als Einzelner nutze ich die Chance, mich auf Bezirksebene dafür einzusetzen. Besonders am Herzen liegt mir die Verkehrswende hin zu umweltverträglicheren, emissionsarmen Verkehrsmitteln. Die Stadt bietet im Gegensatz zu ländlichen Regionen zum Beispiel gute Voraussetzungen für einen wirtschaftlich geführten, engmaschigen ÖPNV. Der Radverkehr braucht bessere Voraussetzungen, damit das Radfahren attraktiver wird. Mir geht es letztendlich um das große Ganze: besseres Klima für die Menschheit.

Wie sieht Deine Mitarbeit in der Bezirkspolitik ganz praktisch aus? Welche Möglichkeiten hat man, um Einfluss zu nehmen?

Rund 2,5 Millionen Euro stehen uns im Jahr im Bereich Verkehr zur Verfügung. Das ist der größte Topf, über den der Bezirk entscheiden kann. Ich nehme im Durchschnitt an zwei Terminen pro Woche teil – meist am Abend. Das reicht von regelmäßigen Sitzungsterminen über wichtige „Vor Ort“-Besichtigungen, um sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen, bis zu Diskussionsrunden, zu denen wir als GRÜNE die Öffentlichkeit einladen. Dazu kommt natürlich, sich inhaltlich in die Themen einzuarbeiten, E-Mails zu lesen, sie zu verstehen und zu beantworten...

Wir Bezirkspolitiker sind „qualifizierte Laien“ und besprechen mit dem Bezirksamt, ob das, was wir wollen, sinnvoll ist. Wir tauschen uns mit dem ADFC aus. Wir müssen unsere Koalitionspartner informieren, überzeugen, eventuell einen Kompromiss finden. Zusammen mit dem Tiefbauamt entwickeln wir einen Plan, führen die Ideen dann weiter. Das Ganze mündet darin, Anträge zu schreiben, wenn man eine aktive Fraktion sein und Dinge bewegen will.

Einer Deiner Schwerpunkte ist das bezirkliche Radverkehrskonzept. Wie läuft es da ab?

Vor allem geht es dabei um die sinnvolle Ergänzung der Velorouten, die vom Senat bezahlt und vom Bezirk geplant werden. Dazu müssen in der Koalition Lösungen gefunden und die technische Umsetzbarkeit geprüft werden. Einer der ersten Abschnitte des Veloroutenausbaus, der realisiert wird, ist im Pergolenviertel. Ein Neubaugebiet macht die Planung einfach, kritisch wird es da, wo vorhandene Straßen eingebunden werden müssen. Wir wollen zusammenhängende, gute Verbindungen schaffen, die bereits umgebaute Straßen wie den Wiesendamm integrieren. Ich fahre selbst Straßen mit dem Rad ab und gehe mit dem Bezirksamt verschiedene Möglichkeiten durch. Dabei spielt auch die Fahrbahnsanierung eine Rolle, für die eine Gewichtung vorgenommen werden muss: Welche Straßen werden stark genutzt? So haben wir GRÜNEN uns eine Meinung gebildet und Anträge formuliert. Das Ergebnis waren zum Beispiel die anstehenden Sanierungen am Maïenweg und am Alten Teichweg.

Du sprichst den Wiesendamm an, nicht alle Nutzer sind mit der Umgestaltung glücklich...

Ich sehe den Wiesendamm als großen Erfolg an, weil die Umsetzung Sinn macht: Priorität haben der barrierearme, breite Fußweg, für Radler ein Streifen auf der Fahrbahn, die Autos können fahren. Die oft lautstark vorgetragene Erwartung zu erfüllen, sein Auto kostenfrei im öffentlichen Raum parken zu können, steht für uns nicht an erster Stelle. Das ist ein Konflikt, den wir in Zukunft an weiteren Stellen sehen werden. Als Resultat der Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte haben einige Bürger leider den Eindruck bekom-

men, es gäbe ein generelles Recht sein Fahrzeug gratis im öffentlichen Raum abzustellen.

Und wo stößt die Bezirkspolitik Deiner Erfahrung nach an Grenzen?

Bei Hauptverkehrsstraßen ist unsere Meinung nicht verbindlich. Hier ist der Senat zuständig, aber das Interesse der Landespolitik zum Beispiel an der Langenhorner Chaussee ist sehr gering. Da wird dann eine Planung im Regionalausschuss Langenhorn vorgestellt, obwohl dieser keinerlei verbindliche Entscheidungsmöglichkeiten zu dieser Straße hat. Die Mitglieder des Verkehrsausschusses der Bürgerschaft, der tatsächlich verbindlich zum Thema entscheiden könnte, bekommen von der Planung aber kaum etwas mit. Die Planungen an Hauptverkehrsstraßen fliegen sozusagen unter dem Radar der politisch Verantwortlichen. Ich denke, dass hier öffentliche Aufmerksamkeit – eher lokal – und politische Verantwortung – auf Landesebene – besser zusammengeführt werden sollten. Woran wir aktiv arbeiten, ist die stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit – zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, zu dem man noch Ein-

fluss nehmen kann. Wenn schon die Bagger anrücken, ist es dazu zu spät. Ein weiterer Punkt ist, dass Bürgerbeteiligung sich nicht nur auf jetzige Anwohner beziehen darf. Auch zukünftige Nutzer sind Betroffene, aber diese nehmen meist an der Diskussion im laufenden Prozess nicht teil. Wir als Politiker vertreten im Entscheidungsprozess auch die Interessen dieser Bürger. Bürgerbeteiligung darf nicht nur Anwohnerbeteiligung sein!

Seit sechs Jahren gestaltest Du den Bezirk mit. Wie haben sich Deine Erwartungen bisher erfüllt?

Als ich 2010 bei den GRÜNEN aktiv wurde, hatte ich den Radschnellweg Richtung Norderstedt als Vision vor Augen. Das wollte ich vorantreiben, weil ich überzeugt davon bin, dass bessere und schnellere Verbindungen mehr Radverkehr nach sich ziehen. Heute sind wir über viele kleinere Teilschritte schon ein gutes Stück weitergekommen. Das Thema wird inzwischen auch auf Landesebene bewegt, es gibt einen Passus dazu im Koalitionsvertrag. Kurzfristige Erfolge und langfristige Ziele – beides will ich auch zukünftig im Blick behalten.



Thorsten Schmidt auf der Martinstraße

Rad-Schnellweg geplant

Norderstedter Verwaltung und Bezirksamt beraten Nord-Süd-Trasse



Auf einer Fahrradstraße dürften Rolf Jungbluth, ADFC Norderstedt (links), und Heinz Zienert vom ADFC Hamburg, so wie hier im Hempberg auch nebeneinander fahren. Fotos: Nowatzky

Von Stefanie Nowatzky

LANGENHORN/NORDERSTEDT. Ein Fahrradschnellweg von Hamburg-Nord nach Norderstedt wäre gerade für Pendler, die täglich nach Schleswig-Holstein zur Arbeit fahren, vorteilhaft. In den nächsten Tagen wollen Mitarbeiter der Norderstedter Verwaltung und des Bezirksamtes-Nord weitere Details klären. Dazu gehört unter anderem der Streckenverlauf. Den Vorschlag hatten Mitglieder der Grünen aus Norderstedt und Langenhorn in den jeweiligen Verkehrsausschüssen ins Gespräch gebracht. Einstimmig hat der Norderstedter Ausschuss mit allen 14 Stimmen das weitere Vorgehen beschlossen. Detlev Grube (Grüne Norderstedt) sagt: „Wir haben in der AG Radwege bis 2018 jedes Jahr 900.000 Euro zur Verfügung, das ist jetzt ein konkreter Nutzungsvorschlag.“

bekommen. „Wir können uns im Hempberg eine Einbahnstraßenregelung vorstellen, mit Fahrradverkehr in beiden Richtungen“, erklärt er. „Auf so einer Fahrradstraße hätten die Radler dann Vorrang vor den Pkw.“

ADFC begrüßt Entwicklung

Die Strecke soll von Alsterdorf hinter der Lärmschutzwand am Flughafen vorbei durch die Kleingärten bis Krohnstieg und von dort weiter bis zum Tarpen gehen. In der Grünanlage wechselt der Weg dann auf Norderstedter Gebiet und könnte über Belwisch zum Hempberg und von dort zum Herold Center führen. Eine gute Anbindung des Gewerbegebietes Garstedt mit der neuen Tesa-Zentrale ist ebenfalls vorgesehen. „Wir haben sehr viele Radfahrer“, bestätigt Tesa-Sprecher Reinhart Martin. „Etwa ein Drittel der 900 Mitarbeiter für Norderstedt haben Interesse, mindestens teilweise mit dem Rad zur Arbeit zu fahren.“ Auch der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club ADFC begrüßt die Entwicklung ausdrücklich. „Schon vor zwei Jahren war die Umwandlung des Hempberg in eine Fahrradstraße im Gespräch“, erzählt Rolf Jungbluth. „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man so einen Radschnellweg gestalten kann“, so Jungbluth weiter. Er weist auf Beispiele in Hamburg und Ahrensburg, wo bereits Fahrradstraßen eingerichtet wurden. Entscheidend für die organisierten Norderstedter Radler ist die Möglichkeit, das Radfahren auf so einer Strecke Vorfahrt



Rolf Jungbluth fährt seit zehn Jahren nur noch Rad. Der Norderstedter ist in der AG Radwege aktiv und unterstützt die Planung zum Radschnellweg

DURCHSTARTEN!

RADSCHNELLWEG

ALSTERDORF-

NORDERSTEDT

RÜCKT NAHER

Das rot-grüne Hamburger Regierungsbündnis hat in seinem Koalitionsvertrag festgelegt, dass je Bezirk die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Radschnellwegs geschaffen werden. Ziel soll ein attraktives Angebot für Berufspendler*innen sein. Der Bezirk Hamburg-Nord verfolgt auf GRÜNE Initiative bereits seit dem Jahr 2014 die Idee eines Radschnellwegs zwischen Alsterdorf und Norderstedt.

Thorsten Schmidt, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion im Bezirk Hamburg-Nord stellt fest: „Die Förderung des Radverkehrs hört nicht beim Bau von Radfahrstreifen oder Abstellbügeln auf: Um das Fahrrad auch als Transportmittel im Berufsverkehr attraktiver zu machen, müssen wir weiter denken. Für Pendlerinnen und Pendler ist wichtig, zügig, sicher und auf möglichst direktem Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück zu gelangen. Ein Fahrradschnellweg ist hier eine Alternative zum bestehenden Straßennetz.“

Eine detaillierte Anfrage der GRÜNEN Bezirksfraktion an den Senat unter dem Motto „Wer macht was? Wie ist der Stand der Dinge?“ ergab im Januar 2017, dass die Metropolregion Hamburg (MRH) eine vorbereitende Analyse für mögliche Radschnellweg-Korridore erstellt. Darauf basierend können Machbarkeitsstudien für konkrete Streckenabschnitte erstellt werden. Dafür stehen im Haushalt 2017/2018 des Landes Hamburg 150.000 Euro jährlich zur Verfügung. Thorsten Schmidt kommentierte die Antwort des Senats: „Wir GRÜNE begrüßen das Engagement der Metropolregion Hamburg für zukunftsweisende Mobilität! Die fertigen Analysen werden für uns in der weiteren Planung sehr hilfreich sein, denn ein Radschnellweg innerhalb der dicht bebauten Stadt ist eine Herausforderung! Unser Ziel ist, dass nach dem Abschlussbericht der Metropolregion zügig eine Machbarkeitsstudie für einen Radschnellweg Alsterdorf-Norderstedt folgt. Gut ist, dass dafür Gelder vom Land Hamburg bereitgestellt werden. Denn eines ist klar: Je mehr Menschen das Fahrrad statt des Autos wählen, desto besser ist die Luft für uns alle und desto weniger Pendlerstau haben wir auf der Straße!“

„Die Nachbarn in Norderstedt werden übrigens gerne hören, dass es voran geht“, ist sich Schmidt sicher. Bereits drei Jahre zuvor hatten die GRÜNEN in Hamburg-Nord und Norderstedt gemeinsam an einem Strang gezogen: Die Hamburger beantragten in der Bezirksversammlung, dass der Bezirk sich beim Se- >

nat für die Schaffung des Fahrradschnellwegs, der am Flughafen entlang von Alsterdorf nach Norderstedt führt, einsetzen sollte. Nach intensiver Debatte stimmten alle Fraktionen dem Antrag im Februar 2014 zu. Die Norderstedter ihrerseits wollten einen Antrag stellen, der in die gleiche Richtung zielte.

Die GRÜNEN betrachten die Einrichtung eines Radschnellweges als sinnvolle Ergänzung zum Netz der Velorouten. Diese verbinden die Stadtteile mit dem Zentrum und nutzen im Wesentlichen bestehende Strecken, die auch für den Kfz-Verkehr freigegeben sind. Ein Radschnellweg hingegen verbindet weiter voneinander entfernt liegende Ziele und Verkehrsquellen möglichst geradlinig miteinander. Kombiniert mit einer hohen Geschwindigkeit können so kurze Fahrtzeiten erreicht werden. Diese kann längst nicht mehr nur von jungen und sportlichen Menschen erreicht werden, da immer breitere Bevölkerungsschichten Räder mit elektrischer Antriebsunterstützung für sich entdecken.

Thorsten Schmidt: „Nicht alle Velorouten sind für Radlerinnen und Radler, die schnell zu ihrem Arbeitsplatz gelangen wollen, optimal gelegen. Hinzu kommt: Norderstedt ist mit 16.000 Pendelnden täglich die Stadt mit den meisten Auspendelnden nach Hamburg. Diese legen auf dem Weg zu ihrem Arbeitsplatz in Hamburg besonders lange Strecken zurück und profitieren daher besonders von schnellen Verbindungen.“

Ein möglicher Verlauf für den Radschnellweg nach Norderstedt deckt sich in großen Teilen mit der sogenannten „Freizeitroute 12“ entlang des Flughafen Geländes. Da sich abzeichnete, dass die Einrichtung eines Radschnellweges sich noch über einige Zeit hinziehen würde, wurden die GRÜNEN schon jetzt aktiv. Im Mai 2016 beschloss die Bezirksversammlung auf Antrag von Rot-Grün insgesamt 13 Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrradrouten. Der GRÜNE Radfahr-Experte Thorsten Schmidt erläuterte: „Der Flughafen Hamburg stellt mit seinen eingezäunten 570 Hektar Fläche ein Hindernis für den Durchgangsverkehr dar, weshalb das Verkehrsaufkommen an seinem Rand besonders groß ist. Für den Kfz-Verkehr gibt es die Ortsumgehung Fuhsbüttel – für den Radverkehr gibt es keine ausgebaute Strecke. De facto hat sich inzwischen die Freizeitroute 12 auf dem Abschnitt zwischen der Sengelmannstraße in Alsterdorf und der Tarpenbekstraße in Norderstedt als Hauptroute vor allem für den berufsbedingten Radverkehr von und nach Norderstedt etabliert. Doch auf den knapp 7 Kilometern der Strecke gibt es eine ganze Reihe von Hindernissen, die ein zügiges Vorankommen erschweren. Auch ist der Verlauf der beliebten Strecke mancherorts nur schwer zu erkennen. Mit unserem Antrag wollen wir hier Abhilfe schaffen. Denn jeder Radfahrende auf dieser Route bedeutet weniger Kfz-belastete Straßen andernorts. Das wiederum hat weniger Lärm- und Luftbelastung für die Anwohnenden zur Folge.“



Solche Radwege wollen die GRÜNEN abschaffen



Die potenzielle Route des Radschnellweges verläuft auch durch Grünanlagen

FÜR DIE ERFOLGREICHE EINRICHTUNG EINES RADSCHNELLWEGES GIBT ES EINIGE FAKTOREN

- Um den Radschnellweg auch für unsicherere Radfahrende attraktiv zu machen, sollte die Strecke weitestgehend abseits des Kfz-Verkehrs liegen.
- Um regelmäßig eine hohe Geschwindigkeit erzielen zu können, darf es nur wenige Kreuzungen geben, die gut einsehbar sein und dem Schnellweg Vorrang einräumen sollen.
- Allgemeine Hauptverkehrsstraßen stellen für Schnellwege ein Hindernis dar, da zur Querung möglicherweise teure Ingenieursbauwerke wie Brücken oder Unterführungen erforderlich sein können. Daher können Radschnellwege dort besonders preiswert gebaut werden, wo nur wenige Hauptverkehrsstraßen zu queren sind.



Große Pflastersteine sind für Menschen mit Rollator oft nur schwer zu überqueren. Deshalb werden sie mehr und mehr ausgetauscht.

FUSSVERKEHR FÖRDERN

GRÜNE ALS SCHRITTMACHER

Der Weg ist frei: Zum ersten Mal wird in Hamburg ein Konzept für optimalen Fußverkehr im Stadtteil erarbeitet. Das ist das Ergebnis eines erfolgreichen Antrags von GRÜNEN und SPD im Bezirk Nord im Februar 2017. Die Bürger*innen werden dabei von Anfang an beteiligt.

Dieser wegweisenden Entscheidung ist ein jahrelanger Prozess vorausgegangen: Für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik – weg von der Fokussierung auf die „autogerechte Stadt“ – ist aus Sicht der GRÜNEN neben dem Umbau Hamburgs zur „Fahrradstadt“ auch der Ausbau des Fußverkehrs maßgeblich. Bereits im Wahlprogramm stellte man fest: „(...)auch die Bedingungen für Menschen, die zu Fuß gehen, müssen in Hamburg deutlich besser werden. Gehwege sind häufig zu schmal und schlecht gepflegt, ‚Bettelampeln‘

und Barrieren behindern das Zu-Fuß-Gehen.“ Im Koalitionsvertrag wurde dann die Erstellung eines Fußverkehrskonzepts vereinbart. Auch im Bündnis für den Radverkehr legten die GRÜNEN großen Wert darauf, dass der Fußverkehr nicht zugunsten der Förderung des Radverkehrs vernachlässigt wird. Der im Jahr 2016 beschlossene Bündnistext, der auf Forderung der rot-grünen Bezirksfraktionen vom Senat überarbeitet und ergänzt wurde, stellt klar, dass mit der Schaffung eines attraktiven, sicheren Angebots für den Radverkehr regelmäßig auch mehr Komfort, Sicherheit und oft mehr Platz für den Fußverkehr verbunden sind.

Dazu erläutert der GRÜNE Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz: „Die meisten Wege beginnen zu Fuß, auch wenn es dann mit dem Fahrrad, Bus und Bahn oder dem Auto



Die Frickestraße in Eppendorf: Zugeparkter Gehweg (oben); kaum Platz für einen entgegenkommenden Kinderwagen (unten)



Diese Schule wirbt dafür, den Schulweg zu Fuß zu bewältigen

Geplant: Erstes Fußwegekonzept für Hamburg-Nord

ALSTERDORF :: Nach den vielen Maßnahmen zur Optimierung des Nah-, Rad- und Autoverkehrs sollen in Hamburg-Nord jetzt auch die Bedingungen für Fußgänger verbessert werden. Auf Initiative der Grünen im Bezirk soll ein Planungsbüro zunächst für Alsterdorf und Hoheluft-Ost eine „Fußverkehrsstrategie“ entwickeln. Gemeinsam mit lokalen Akteuren soll es grundlegend untersuchen, welche Wegeverbindungen besonders wichtig sind, wo Verbindungen fehlen, wie die Aufenthaltsqualität verbessert werden kann und wie es um die Barrierefreiheit bestellt ist. Einen entsprechenden Antrag wollen Grüne

und SPD bei der Bezirksversammlung am 16. Februar beschließen.

„Wir wollen grundlegend an die Probleme herangehen“, so der Grünen-Vorsitzende Michael Werner-Boelz. Dazu gehöre, Mängel zu beseitigen sowie Standards und Perspektiven für den Fußverkehr in den Quartieren zu entwickeln. Diese könnten dann später im ganzen Bezirk angewendet werden. Für die Entwicklung seines Konzepts werde das Planungsbüro Anwohner, Gewerbetreibende, Schulen, Kitas, Umwelt- und Mobilitätsverbände hinzuziehen.

Die Quartiere wurden wegen ihrer unterschiedlichen Siedlungsstruktur gewählt. So stellen in Alsterdorf eher die längeren Fußwege eine Herausforderung dar, im hochverdichteten Hoheluft-Ost dagegen die starke Nutzung des öffentlichen Raums (etwa zugeparkte Gehwege). Für die Finanzierung des Konzepts soll das Bezirksamt bei der Verkehrsbehörde Mittel einwerben. (fru)

HAMBURGER ABENDBLATT, 9.2.2017

weitergeht. Von gut ausgebauten Wegen profitieren nicht nur Kinder, Seniorinnen und Senioren sowie Personen mit eingeschränkter Mobilität. Sie kommen allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugute.“ Fußverkehrskonzepte beinhalteten unter anderem eine Mängelanalyse und Vorstellungen davon, wie die Entwicklung eines Fußverkehrsnetzes aussehen sollte. Während für den Fahrradverkehr und den motorisierten Verkehr Zahlen zum Beispiel über Aufkommen und Investitionen erhoben werden, fehlen diese für den Fußverkehr. Wie viele Mitbürger*innen nutzen Fußwege? Wie hoch ist die Zahl der Unfälle mit Fußgänger*innen? Welche Summe wird in den Ausbau der Fußwege investiert? Mit einer Anfrage an den Senat nach dessen Fußverkehrskonzept, forderte die GRÜNE Fraktion im Sommer 2016 Antworten auf diese und weitere Fragen. Es zeigte sich, dass Hamburg den Fußverkehr bisher kaum strukturiert betrachtet und fördert.

Der im Februar 2017 durch die Bezirksversammlung beschlossenen Antrag bedeutet daher eine Premiere für Hamburg. Das geplante Fußwegekonzept geht in den Stadt-

teilen Alsterdorf und Hoheluft-Ost an den Start. Dazu Michael Werner-Boelz: „Wir stehen für eine Verkehrspolitik, die unmittelbar die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt. Unser Ziel ist es vor allem, den in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Fuß- und Radverkehr zu stärken. Für den Radverkehr haben wir bereits viele Verbesserungen auf Basis durchdachter Konzepte erreicht. Mit dem Fußwegekonzept werden wir nun die Grundlage dafür legen, auch den Fußverkehr systematisch zu stärken.“

Der Antrag sieht vor, dass erstmals unter Einbeziehung von lokalen Akteuren grundlegend untersucht wird, welche Wegeverbindungen besonders wichtig sind, wo Verbindungen fehlen, wie die Aufenthaltsqualität verbessert werden kann und welche Defizite vorhanden sind. Ein externes Planungsbüro soll eine Fußverkehrsstrategie für das weniger stark verdichtete Alsterdorf und das hochverdichtete Hoheluft-Ost entwickeln. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend auf weitere Stadtteile übertragen werden. „Wir sind der Meinung, dass man zunächst einmal >

Ohne Bus, Auto und Rad gut unterwegs

Erstes Fußwegekonzept für Hamburger Stadtteile soll starten

HOHELUF Der Fraktion Hamburg-Nord der Grünen liegt der Fußverkehr besonders am Herzen: Deshalb stellt sie gemeinsam mit der SPD-Fraktion jetzt in der Bezirksversammlung einen Antrag, ein Fußwegekonzept für zwei exemplarische Stadtteile im Bezirk zu beauftragen.

In Alsterdorf und Hoheluft-Ost soll nun erstmals in Hamburg gemeinsam mit lokalen Akteuren grundlegend untersucht werden, welche Wegeverbindungen wichtig sind, wo Verbindungen fehlen, wie die Aufenthaltsqualität verbessert werden kann und welche Defi-

zite – auch im Bereich Barrierefreiheit – vorhanden sind.

Michael Werner-Boelz, Vorsitzender der Grünen-Fraktion: „Jeder Weg der zurückgelegt wird, beginnt und endet immer zu Fuß. Die Förderung des Fußverkehrs ist damit essenziell dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt wohlfühlen. Unser Ziel ist ein für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen gut ‚begehbare‘ Bezirk. Wir wissen, dass viele Gehwege in keinem guten Zustand sind und dass es vielerlei Barrieren auf dem Weg durch die Stadt gibt, wenn man zu Fuß unter-



Ein ausgebauter Gehweg an der Friedrichsberger Straße
Foto: Reiffert/Grüne-Fraktion Nord gruenlink.de/1bkt

wegs ist. Wir wollen grundlegend an diese Probleme heran gehen und Standards, Mängel und Perspektiven für den Fußverkehr im Quartier entwickeln, die dann auf die anderen Bereiche im Bezirk übertragen werden können.“ Der Antrag sieht vor, dass für Alsterdorf und Hoheluft-Ost ein externes Planungsbüro eine Fußverkehrsstrategie entwickelt. Es soll dazu ein Beteiligungsprozess starten, der die Betroffenen einbezieht. Diese Stadtteile wurden ausgewählt, weil sie verschiedene Siedlungsstrukturen des Bezirks repräsentieren

HAMBURGER WOCHENBLATT, AUSGABEN EPPENDORF UND WINTERHUDE, 15.2.2017



Gehweg in der Friedrichsberger Straße vor (links) und nach (rechts) der von den GRÜNEN beantragten Sanierung

die Grundlagen erheben muss, um die richtigen Schritte für eine moderne Stadtinfrastruktur umzusetzen. Wie oft werden bestimmte Gehwege benutzt? Wie können Menschen schneller und sicherer ihre Wege zu Fuß erledigen? Was muss getan werden, damit Wegeverbindungen barrierefrei sind? Wie kann die Aufenthaltsqualität gesteigert und damit der Fußverkehr attraktiver werden?“, erläutert Werner-Boelz das Vorgehen. „Gut durchdachte und barrierefreie Fußwege sind ein Gewinn für alle Bürgerinnen und Bürger in der Stadt. Ein Fußwegekonzept macht genau dies – es analysiert Bedarfe und Hindernisse. So erreichen wir unser Ziel: Ein für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen gut und bequem ‚begehbare‘ Bezirk zu werden.“

Darüber hinaus haben die GRÜNEN im Rahmen des Ausbaus der Barrierefreiheit in den vergangenen Jahren immer unterstützt, dass große Summen bezirklicher Mittel zur Verfügung gestellt wurden (siehe Abschnitt „Bessere Wege und einfache Orientierung“). Mit diesem Geld wurden im

gesamten Bezirk Maßnahmen umgesetzt, die das Zu-Fuß-Gehen sicherer und attraktiver gestalten. Dazu gehören breitere Fußwege, der Abbau von Stolperfallen wie zu hohe Bordsteinkanten und taktile Leitsysteme für sehbehinderte Verkehrsteilnehmer*innen.

Auf Hinweis von Bürger*innen und aus eigener Erfahrung sind einzelne Maßnahmen regelmäßig Thema in den Regionalausschüssen. Dabei benennen die GRÜNEN nicht nur das Probleme, sondern zeigen konkrete Lösungsvorschläge auf. So wurde beispielsweise beschlossen, Fußgänger*innen in der Barmbeker Stückenstraße wieder ausreichend Platz einzuräumen, nachdem im Juni 2016 auf Antrag von Rot-GRÜN die Situation vor Ort analysiert worden war: Die Parkflächen sind neben den Gehwegen ausgewiesen, inzwischen aber für moderne Fahrzeuge zu schmal. Selbst korrekt abgestellte Autos engten den Gehweg daher dermaßen ein, dass Menschen mit gefüllten Einkaufstaschen, die den anliegenden Lebensmittelmarkt zum Einkaufen nutzten, und erst recht Personen

Der Pkw parkt zwar korrekt – es bleibt aber trotzdem zu wenig Platz. Die GRÜNEN haben beantragt, dass künftig auf der Straße geparkt werden soll.



BEBELALLEE - KLARE VERHÄLT- NISSE GESCHAFFEN

Die runderneuerte Bebelallee in Winterhude, die auch Teil der Veloroute 4 ist, wurde im Dezember 2015 wieder für den Verkehr freigegeben. Im Rahmen monatelanger Arbeiten war die gesamte Straße grundsaniert worden. Bei dieser Gelegenheit wurden die kaputten Radwege durch bequeme Schutzstreifen ersetzt. Breite, ebene Gehwege wurden geschaffen und die Parkflächen neu geordnet.

Alle Verkehrsteilnehmer*innen haben an Sicherheit gewonnen, denn vorher herrschte großes Durcheinander auf Fahrbahn und Fußwegen und es kam ständig zu Konflikten.



Vor dem Umbau: Eine breite, ungeordnete Fahrbahn lädt Autofahrer*innen zu zweispurigem Fahren ein und verunsichert Radfahrer*innen. Schräg oder senkrecht parkende Autos gefährden beim Ausparken den Radverkehr.



Nach dem Umbau: Martin Bill, GRÜNER Bürgerschaftsabgeordneter, mit dem Fahrrad auf dem Schutzstreifen Bebelallee. Die Linien markieren klar, welches Fahrzeug welchen Bereich nutzen soll. Geparkt wird nun nur noch in Längsrichtung.

mit Rollatoren oder Kinderwagen nicht mehr einander passieren konnten. „Unser Vorschlag lautet: Parken halb auf der Straße und halb auf dem vorhandenen Parkstreifen. So wäre für den Fußverkehr wieder genug Platz. Wir hoffen, dass die Polizei unserer Anregung folgt und man künftig wieder ohne Behinderungen in der Stückenstraße zu Fuß unterwegs sein kann“, so Christoph Reiffert, GRÜNER Fraktionssprecher für Barmbek. Um den Beschluss umsetzen zu können müssen noch Vermessungsarbeiten durchgeführt werden.

Auch an der Dehnhaid sollen auf Anregung des Stadtteilrats Umbauten für mehr Sicherheit sorgen. Im Dezember 2015 hatte der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg auf Antrag von GRÜNEN und SPD beschlossen, dass entlang der Dehnhaid eine Reihe von gefährlichen Stellen entschärft werden sollte. Im Februar 2016 gab die zuständige Verkehrsbehörde bekannt, dass für die Dehnhaid und weitere Straßen im Umfeld Voruntersuchungen für eine „Verbesserung des Gesamttraumes“ laufen

würden. Dazu Christoph Reiffert: „Es ist erfreulich, dass die Verkehrsbehörde unsere Einschätzung teilt, dass die Einmündungen an der Dehnhaid gefährlich sind und die Situation verbessert werden muss.“

Echte Verbesserungen für den Fußverkehr wird auch eine Reihe von Maßnahmen bringen, die der Verkehrsausschuss auf Antrag von Rot-GRÜN im Dezember 2015 beschlossen hatte. Unter anderem werden im Rahmen von Straßensanierungen Gehwege am nördlichen Maienweg, an der Alten Wöhr und am Alten Teichweg erneuert. Bei weiteren neun Einzelmaßnahmen, die im Jahr 2016 umgesetzt wurden, standen besonders Senior*innen und Schulkinder im Fokus, für deren Sicherheit an wichtigen Punkten sogenannte Querungshilfen, also „Verkehrinseln“, gebaut und Einmündungsbereiche umgestaltet werden. Das betrifft unter anderem die Alsterdorfer Straße, den Elligersweg und die Martinistraße.



CARMEN MÖLLER: KREATIV, BEWEGT UND OFFEN FÜR NEUE WEGE



Ihre morgendliche Laufrunde um die Alster hat Carmen Möller heute bereits hinter sich. Fast täglich zieht sie ihr Fitnessprogramm durch – beinahe ein Spaziergang für jemanden, der wie sie schon 26 Mal den Marathon bewältigt hat. Bewegung in den Alltag bringen, dafür setzt sich die Uhlenhorsterin auch politisch ein. Vor allem die Bedürfnisse von Fußgängern will sie stärker in den Vordergrund rücken. Schließlich sei Zu-Fuß-Gehen das umweltfreundlichste Fortbewegungsmittel überhaupt, meint sie. Und: „Fußgänger brauchen keinen Parkplatz – höchstens eine Parkbank!“

Seit 2015 ist Carmen Möller GRÜNES Mitglied in der Bezirksversammlung. Im Regionalausschuss vertritt sie die Belange der Stadtteile Hohenfelde und Uhlenhorst. Schon drei Jahre zuvor wurde sie Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz und im Wirtschaftsausschuss, als sogenannte „zugewählte Bürgerin“. Ein naheliegendes Fach für die ausgebildete Bankkauffrau, die später noch Informatik studierte – und damit in den 80er Jahren eine ausgesprochene Exotin unter lauter Männern war. Als selbstständige Unternehmerin mit bis zu 40 Mitarbeiter*innen und mit Familie fehlte ihr in den folgenden Jahren zwar die Zeit für politisches Engagement, „aber ich hatte immer ein sehr großes Interesse an einer intakten Umwelt und damit an den GRÜNEN, meiner Lieblingspartei“, erzählt sie. Als 2009 in Hamburg die Schulreform* die politische Debatte bestimmte, packte sie das Thema so sehr, dass sie aktiv wurde. „Wär’ ja schlimm, wenn wir das nicht durchkriegen“, war damals ihre Motivation, die

durch eigene Schulerfahrungen – sie musste ihr Abi auf der Abendschule machen – befeuert wurde.

„Um als Neuling aktiv in die Partei reinzukommen habe ich an verschiedenen Interessierten-Treffen und an Veranstaltungen zur Schulreform teilgenommen sowie die Info-Stände der GRÜNEN unterstützt“, berichtet sie. 2010 kandidierte sie „sehr spontan“ für Bürgerschaft und Bezirk. Aus einem Abgeordnetenplatz wurde zwar vorerst noch nichts, „aber ich weiß, dass es noch weitere Wege gibt“, betont Möller, die in Studium und Beruf auch gelernt hat, sich durchzusetzen. Heute ist die gebürtige Hamburgerin, die ihre Kindheit am Schulterblatt verbracht hat und nach weiteren Stationen in Barmbek und Bramfeld seit 1983 auf der Uhlenhorst lebt, mit ihren politischen Ämtern „gut ausgelastet“.

Neben Lobbyarbeit für den Fußverkehr steht die lokale Wirtschaft

ganz oben auf ihrer Agenda. Und diese durchaus in einem größeren Zusammenhang. „Durch die Digitalisierung erleichtert, lassen sich tolle neue Ideen zur nachhaltigen und sozialen Unternehmensführung wie zum Beispiel Gemeinwohlorientierung umsetzen“, erläutert die Fachfrau, die sich auch auf Bundesebene austauscht und von dort neue Anregungen mitbringt. Dass Wirtschaft und Umwelt sich positiv ergänzen können, steht für sie außer Frage. „Wenn sich Unternehmen in meinem Stadtteil ansiedeln, verkürzt das meine Wege“, gibt sie ein Beispiel dafür, wie sich die beiden Themen, für die sie sich im Bezirk stark macht, gegenseitig beeinflussen. Kreative Lösungen suchen und finden, das macht ihr auch außerhalb der Politik Spaß: Seit über vier Jahren malt sie in ihrer Freizeit, nimmt sogar Unterricht. Und wenn der Kopf dann frei ist, kommen ja bekanntlich oft die besten Ideen.

HANDELSKAMMER HAMBURG/BÜNGERT



**Hauptaspekt des Projektes der schwarz-grünen Koalitionsregierung des Hamburger Senat war die Ablösung von Haupt- und Realschule durch die Stadtteilschule, an der alle Schulabschlüsse bis zum Abitur in 13 Jahren möglich sind, als Alternative zum zwölfjährigen Gymnasium.*

Carmen Möller mit Martina Klode, Leiterin des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) im Bezirksamt Hamburg Nord und Dr. Gabriele Rose, Geschäftsführerin der Handelskammer Hamburg, am Rande einer gemeinsam organisierten Veranstaltung für die lokale Wirtschaft

VOLLER EINSATZ FÜR DEN VORZEIGE- RADWEG AM WIESENDAMM

Nach mehrjähriger Diskussion und immer wieder verbesserten Planungen konnte im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude im Februar 2015 endgültig der Umbau des Wiesendamms auf den Weg gebracht werden. Hauptziel war, im Abschnitt zwischen Goldbekufer und Saarlandstraße die Verbesserung der Sicherheit insbesondere für Kinder auf dem Weg zur angrenzenden Schule Meerweinstraße. Im Frühjahr 2016 wurde die umfangreiche Maßnahme erfolgreich umgesetzt.

Vorausgegangen war ein intensiver Prozess unter Beteiligung des Elternrats der Grund- und Stadtteilschule Winterhuder Reformschule: Schon 2013 hatten die GRÜNEN eine Verbesserung der Situation für Schulkinder beantragt. „Unvorsichtige Pkw-Nutzerinnen und -nutzer parken vielfach illegal und sogar vor den Radwegfurten. Besonders für die jüngeren Kinder entstehen so gefährliche Situationen, wenn sie die Straße auf dem Weg zur nahen Stadtteilschule Winterhude überqueren wollen – denn wegen der falsch parkenden Fahrzeuge sind sie kaum zu sehen, wenn sie die Straße betreten“, schilderte der damalige GRÜNE Bezirksabgeordnete Martin Bill das Problem. Der Antrag der GRÜNEN griff Forderungen sowohl des ADFC als auch des Elternrats auf. Unter anderem sollten die Kinder sicher und besser sichtbar mit dem Rad unterwegs sein können.

Im Mai 2014 beschloss der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude auf GRÜNE Initiative einen Radfahrstreifen auf dem Wiesendamm und damit eine verbesserte Situation für den Rad- und Fußverkehr. Nachdem das Thema über Mo-

nate diskutiert und die Planungen durch Anträge unter anderem der GRÜNEN weiter deutlich optimiert worden waren, wurden im September 2014 erneut Pläne zur Umgestaltung des Wiesendamms vorgestellt. So sollten nun in der Mitte der Straße zusätzlich Überquerungshilfen eingebaut werden. Ein Zuparken der Fahrradfurten auf der Nordseite der Straße sollte effektiver verhindert werden. Thorsten Schmidt, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN, zeigte sich hinsichtlich der Realisierung zuversichtlich: „Das einstimmige Votum des Ausschusses zeigt, dass der Politik hier an einer echten Verbesserung der Sicherheit gelegen ist. Wir erwarten nun, dass der Bezirk zusammen mit der Polizei gute Möglichkeiten der Umsetzung unserer Beschlüsse findet.“

Im Februar 2015 wurden die geplanten Maßnahmen in Einzelnen vorgestellt:

- Anlage von Radfahrstreifen auf der Südseite
- Poller trennen Gehweg und Parkstände, dadurch Sicherung des Gehwegs vor Einengung
- Drei Fußgängerquerungen, davon zwei im Bereich der Schule Meerweinstraße
- Anlage sogenannter „Nasen“ zwischen dem Radfahrstreifen und der Fahrbahn an den Fußgängerquerungen, um die die Fahrbahn zu verengen und den Kfz-Verkehr so zu verlangsamen
- Markierung einer „Y-Weiche“ mit freier Wahl zwischen Hochbordradweg und Fahrbahn an der Kreuzung Saarlandstraße



VORHER

Falschparker blockierten offizielle Parkplätze



Indiskutable Radwege führen dazu, dass auf dem Gehweg gefahren wird



Falschparker auf der grünen Mittelinsel



NACHHER

Viel Platz auf dem Radfahrstreifen. Die breiten Gehwege sind mit Pollern vor Falschparken geschützt.



Thorsten Schmidt betonte, dass zukünftig alle Menschen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad am Wiesendamm unterwegs sein würden, von den Umbauten profitieren würden: „Durch die Anlage von Radfahrstreifen auf der Südseite gibt es künftig eine bequeme, aber vor allem auch sichere Radverkehrsführung. Denn ältere Kinder, die mit den Rad die Straße benutzen müssen, sind ständig im Blickfeld von Autofahrerinnen und Autofahrern. Sie können so nicht mehr so leicht bei Abbiegevorgängen übersehen werden. Bisher wurde die eigentlich ausreichend breite Fahrbahn durch sehr viele falsch parkende Fahrzeuge eingeengt, so dass das Rad fahren dort wegen drängelnder Autos oft unangenehm und gefährlich war. Uns freut auch, dass an der Kreuzung Saarlandstraße in Zukunft durch Markierungen und Fahrradsymbole verdeutlicht wird, dass die bequeme und sichere Weiterfahrt mit dem Rad auf der Fahrbahn erlaubt ist.“

Michael Schilf, GRÜNER Sprecher für Winterhude, ergänzte: „Gleichzeitig wird es bald auch zwei Meter breite Gehwege geben. Bislang sind diese ja eher schmal und sehr uneben. Damit sie nicht zugesperrt werden, sollen Fahrradbügel und Poller gesetzt werden. Wer den Wiesendamm überqueren möchte, hat künftig drei sichere Fußgängerquerungen zur Auswahl, davon zwei im Bereich der Schule Meerweinstraße.“

Nach der Freigabe der neuangelegten Wege lehnte der Regionalausschuss im Juni 2016 einen Prüfantrag der CDU ab, der zum Ziel hatte, die Grünfläche in der Mitte des Wie-

Neues vom Wiesendamm

Ab Sommer soll es fünf Übergänge für Passanten geben

BARMBEK/WINTERHUDE Erleichterung am Wiesendamm. Nach monatelanger, teilweise kontroverser Diskussion besteht unter Kommunalpolitikern und Betroffenen weitgehend Einigkeit über Verbesserungsmaßnahmen in punkto Sicherheit im Abschnitt zwischen Goldbekufer und Saarlandstraße. Entsprechende

Umgestaltungen des Wiesendamm sollen noch im Sommer realisiert werden. Kosten: 350.000 Euro. Einstimmig beschlossen wurde im Regionalausschuss Eppendorf / Winterhude ein um eine CDU-Forderung ergänzter Antrag der Grünen. Die wichtigsten Punkte: der Ausschuss fordert einen markierten Fahr-

radstreifen auf der Fahrbahn. Einstimmig wurde die vom Bezirksamt Hamburg-Nord favorisierte Service-Lösung, nach der die Radler „einfach so“ auf die Fahrbahn geschickt werden, abgelehnt. An der Einmündung Meerweinstraße wird eine so genannte Querungshilfe eingerichtet. Heißt: Um die Autos vor den Fußgängerüberwegen zur Reduzierung der Geschwindigkeit zu zwingen, wird die Fahrbahn dort jeweils auf 3,50 Meter verengt. Die Bordkanten werden an den Übergängen auf Fahrbahnniveau abgesenkt. Damit wurden auch Forderungen des Radclubs ADFC und des Elternrats der Reformschule Winterhude in der Meerweinstraße erfüllt.



Lars Rother vom Elternrat zeigt es an: Hier muss eine Querungshilfe eingerichtet werden.

Foto: Hanke

Insgesamt werden fünf Querungshilfen angelegt (vor Semperstraße, nahe Neckelmannstraße, nahe Stammannstraße, nahe Meerweinstraße und nahe Hauersweg). Der alte Radweg verschwindet. Es werden 56 Fahrradbügel entlang des Wiesendamm aufgestellt. Schrägparken wird geprüft. Lars Rother vom Elternrat der Reformschule Winterhude ist zufrieden. „Das Wichtigste ist eine vernünftige Querung.“ Keine Unterstützung in der Politik hat ein Vorschlag der Initiative „Unser Winterhude“: Sie wollte die südlichen Fahrbahnen des Wiesendamm ganz sperren lassen und hier nur Radler, Fußgänger und parkende Autos am nördlichen Fahrbahnrand zulassen. (ch)

sendamms zu vernichten und an der Stelle Parkplätze zu schaffen. Gleichzeitig wurde auf Antrag von Rot-Grün beschlossen, dass sich der Bezirk um den Baumschutz am Wiesendamm kümmern solle. Dazu erklärte Michael Schilf: „Für uns haben der Baumschutz und der Erhalt von Grünflächen eindeutig Vorrang vor dem Parken von Privat-Pkw. Deshalb initiierten wir den nun beschlossenen Antrag, der dafür sorgen wird, dass der grüne Mittelstreifen im Wiesendamm nicht länger für illegales Parken genutzt werden kann. Als „absurd“ bezeichnete er die Idee der CDU, unter den Bäumen in der Mitte des Wiesendamm zu parken. „Wohin das führt, sieht hat man eine Ecke weiter am Borgweg: Die von parkenden Autos bedrängten Eichen der historischen Mittelallee sehen krank aus, bekommen später Blätter und sind insgesamt in einem schlechteren Zustand als die Straßenbäume rechts und links davon. Erneut zeigt sich: In Sonntagsreden ist die Union der größte Naturschützer. In der Praxis ist es dann herzlich egal, ob Grün vernichtet wird, um ein paar Autofahrer glücklich zu machen.“

Ein Jahr nach Fertigstellung sind immer mehr Radfahrer*innen auf dem neuen, breiten Radfahrstreifen unterwegs. Der Umbau war damit ein voller Erfolg für die Sicherheit sowie den Rad- und Fußverkehr.

Platz da für Radfahrer!

Wiesendamm: Poller oder Parkplatzverlegung im Gespräch



Der Wiesendamm soll umgestaltet werden. Kritiker befürchten, dass dadurch mehr als 100 Parkplätze wegfallen
Foto: Kuchenbecker

Von Nicole Kuchenbecker

BARMBEK/WINTERHUDE. Ihr Schulweg soll sicherer werden. Damit die Schulkinder der Meerweinschule, der Stadtteilschule Winterhude, es leichter haben, den Wiesendamm zu überqueren, soll dieser umgestaltet werden. Die Ideen reichen von einer Schließung einer Fahrspur bis hin zum Fahrradstreifen auf der Fahrbahn. Eines ist schon jetzt klar: Egal welche Möglichkeit auch für die Aktion Sicherer Schulweg ausgewählt wird, es gehen dabei Parkmöglichkeiten für Anwohner verloren.

Abends stehen in der Jarrestadt die Autos dicht an dicht. Die Parkplätze sind hier knapp, da wird das Fahrzeug auch schon mal illegal am Wiesendamm abgestellt. Dass ein anderes Auto dann eingeparkt wird, wird dabei billigend in Kauf genommen. Doch damit könnte bald Schluss sein. Immerhin stehen 41 legale Parkplätze und 80 sogenannte illegale Parkplätze auf dem Spiel.

Mittel-Insel als Lösung?

Der Radweg am Wiesendamm sei nur knapp einen Meter breit, schlängelt sich zudem um die Bäume. Das sei kein zumutbarer Zustand, weder für Fußgänger noch Radfahrer, sagt Martin Bill, Bürgerschaftsabgeordneter der Grünen. Auch die Oberfläche des Fußweges ist an vielen Stellen defekt: Platten stünden hoch, fehlen oder es ragen Baumwurzeln hoch. Jetzt soll gehandelt werden: Damit die Kinder sicherer auf ihrem Schulweg sind, könnte eine Mittelinsel an den Durchgängen des Wiesendamm entstehen. „Wenn wir hier einen Mittelbe-

reich schaffen, dann könnten die Kinder hier stehen, ohne, dass sie von Autofahrern umgefahren werden“, so Bill weiter. Auch die Einrichtung eines Fahrradstreifens an der südlichen Fahrbahn ist im Gespräch. Doch der könnte den Wegfall von einigen legalen und den illegalen Straßenparkplätzen bedeuten. Allen könne man es nicht recht machen, so Bill. Will man den Radverkehr fördern, so würde man das illegale Parken aufheben müssen, sagt der Politiker weiter. Er gibt zu bedenken, dass bereits 30 Prozent aller Haushalte in Winterhude, Eppendorf, Barmbek ohne Auto seien. Bill: „Der Trend geht weg vom Auto, zurück zu öffentlichen Verkehrsmitteln.“

Doch eine rasche, einvernehmliche Lösung für den Wiesendamm wird es wohl nicht geben. Die Interessen der Beteiligten klaffen zu weit auseinander. Sven-C. Bergmann, CDU, Kreisvorsitzender der Mittelstandsvereinigung in Hamburg-Nord und Mitglied im Regionalausschuss: „Wir werden die Parkplätze nicht einfach wegfallen lassen.“ Jetzt werden



Martin Bill setzt sich für einen sicheren Schulweg ein

verschiedene Vorschläge geprüft: Zum Beispiel Poller am südlichen Fahrbahnrandes, damit Parkplatzsuchende nicht die Zufahrt über den Gehweg nutzen oder Übergangshilfen oder -flächen an den Durchstichen des Wiesendamm für Fußgänger und Radfahrer (Schulweg). Es wird auch untersucht, ob im nördlichen Bereich, derzeit Längsparkbuchten, auch ein Schrägparken möglich sei sowie die Schaffung von Parkraum in den Durchstichen, so wie sie schon in der Saarlandstraße realisiert sind.

Neue Bürgerinitiative

In der Jarrestadt hat sich kürzlich eine neue Bürgerinitiative gegründet. Sie ist aus der Initiative „Unser Mühlenkamp“ hervorgegangen und will sich allgemeinen Themen widmen. Ihr Vorschlag für eine Lösung am Wiesendamm: Beide Fahrspuren werden im Abschnitt zwischen Goldbekkanal und Barmbeker Stichkanal auf die nördliche Fahrbahn verschwenkt beziehungsweise verlegt, so dass die südliche Fahrbahn zum Parken am nördlichen Fahrbahnrand genutzt wird, Fahrradfahren wäre dann auf der südlichen Fahrbahn möglich. Derzeit erarbeiten die Fachbehörden verschiedene Lösungsansätze, die Polizei nimmt Verkehrsmessungen vor. Auf der Sitzung des Regionalausschusses im November oder Dezember könnte dann schon eine endgültige Lösung für den Wiesendamm, die Schüler sowie für die Anwohner gefunden werden. Voraussetzung: Alle Parteien sind sich einig. Bill: „Dann könnten wir mit der Umsetzung bereits im Frühjahr 2014 beginnen.“



EINBAHN-STRASSEN ÖFFNEN

GRÜNE RÄUMEN HINDERNISSE FÜR RADLER AUS DEM WEG

Um das Vorankommen mit dem Fahrrad zu erleichtern, setzen sich die GRÜNEN für die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr ein. So hat die Straßenverkehrsbehörde beispielsweise als Reaktion auf eine Anfrage der GRÜNEN Fraktion im September 2016 insgesamt elf Straßen für das Radeln in beiden Fahrtrichtungen freigegeben. Dazu gehören Einbahnstraßen oder auch reine Anliegerstraßen mit „Durchfahrt verboten“-Schild. Die Freigaben wurden durch die jeweils zuständigen Polizeikommissariate angeordnet. „Mit der vollen Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr wird Radfahren noch attraktiver. Unnötige Umwege fallen so weg und die Fahrzeit verkürzt sich. Neben dem weiteren rad- und fußgerechten Ausbau von Straßen ist der Abbau von Hindernissen ein wichtiger Baustein auf dem Weg Hamburgs zur Fahrradstadt“, sagt Thorsten Schmidt, GRÜNER Sprecher für Verkehrspolitik.

STADTRAD

ERFOLGSMODELL AUF ZWEI RADERN

Radfahren in der Stadt ist das umweltfreundlichste, kostengünstigste und oft auch das schnellste Fortbewegungsmittel – klare Sache, dass die GRÜNEN das Fahrradleihsystem StadtRad, das die damalige GRÜNE Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk, eingeführt hatte, von Anbeginn an unterstützen. Möglichst viele Menschen sollen die Gelegenheit haben, von der praktischen Einrichtung Gebrauch zu machen und sich ohne große Umstände in den Sattel schwingen können.

Im Jahr 2013 zählten unter anderem fünf StadtRad-Stationen in Hamburg-Nord zu den am meisten frequentierten Standorten. An erster Stelle stand der Goldbekplatz, gefolgt von Mundsburg, Jarrestraße/Kampnagel, Schwanenwik und Gobenstraße/Eppendorfer Weg. Die GRÜNEN plädierten dafür, das StadtRad-Netz in Nord weiter auszubauen. 2015 verkündete der neue rot-grüne Senat dann den Ausbau des StadtRad-Systems um 70 neue Standorte. Die Bezirksversammlung in Nord machte einen erneuten Vorstoß und beschloss auf rot-grüne Initiative hin, dass der Senat weitere StadtRad-Stationen prüfen solle. Konkret wurden zwei Standorte in Groß Borstel, einer an der U-Bahn-Station in Alsterdorf und einer am Südausgang des S-Bahnhofs Rübenkamp (Barmbek) gewünscht. Weiterhin beschloss die Bezirksversammlung, dass der Senat für den wei-



StadtRAD-Station am Standort Röntgenstraße der Firma Philips

teren Ausbau des StadtRad-Netzes auch Kooperationen mit Unternehmen prüfen möge. So sollten unter anderem Philips, Shell, Lufthansa Technik und der Flughafen Hamburg angefragt werden, ob sie sich an der Finanzierung neuer Stationen in der Nähe ihrer jeweiligen Standorte beteiligen wollten. Mittlerweile ist am Standort des Unternehmens Philips in Alsterdorf eine in Kooperation entstandene Station eingeweiht worden. 🌱

Kommt das Fahrrad-Leihsystem endlich auch in den Norden?

Thorsten Schmidt (Grüne): Senat soll Kooperation mit Fuhrsbütteler Unternehmen prüfen

HAMBURG-NORD (ers). Radfahren ist im Trend. Auch in Deutschlands großen Metropolen. Auch Hamburg ist mittlerweile ein veritables Fahrradparadies: Denn auf dem Rad kann man flexibel und schnell kürzere Wege zurücklegen, ist nicht vom ÖPNV abhängig und kennt keine Parkplatzprobleme.

Bei Strecken im Umkreis von fünf Kilometern ist das Fahrrad erwiesenermaßen das schnellste und flexibelste Verkehrsmittel. Im Hamburgs Nachbarstadt Norderstedt hat man das bereits erkannt. Seit vier Jahren ist hier das Fahrradverleihsystem „nextbike“ flächendeckend eingeführt.

In Hamburg tut sich die Bahn-Tochter „StadtRAD“ damit noch schwer, obwohl die Nachfrage groß ist. Fahrräder kann man hier nur zwischen Wandsbek Markt und Otten- sen, zwischen Stadtpark und Harburg leihen. Der Norden des Hansestadt blieb bisher weitgehend ausgespart – aus Kostengründen, wie es heißt. Immerhin kostet jede neue Station bis zu 20 000 Euro.

Das wesentliche Problem

für StadtRAD: Die erste halbe Stunde ist für den Nutzer kostenlos, jede weitere Minute kostet acht (für Bahn- und HVV-Kunden sechs) Cent, der Tagesmietpreis beträgt zwölf Euro – Konkurrent Nextbike ist deutlich günstiger. Bitter für StadtRAD: 80 Prozent der Fahrten sind kürzer als 30 Minuten – das bedeutet: null Einnahmen...

Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord möchte trotzdem, dass der Senat weitere Leihfahrrad-Stationen im Bezirk prüfen möge. Konkret wünscht man sich zwei Standorte in Groß Borstel, einen an der U-Bahn-Station in Alsterdorf und einen am Südausgang des S-Bahnhofs Rübenkamp.

Thorsten Schmidt, Sprecher der Grünen-Bezirksfraktion für Verkehrspolitik, begründet die jetzt beschlossene Initiative der rot-grünen Koalition: „Wir freuen uns, dass der Senat den Ausbau des StadtRAD-Systems um 40 Standorte, einige davon auch im Bezirk Nord, angekündigt hat. In Barmbek sind bereits die ersten Baumaßnahmen erfolgt.“



Foto: Marlies Schwarzin, pixelio.de

Da nun noch einmal 30 weitere Stationen geplant sind, hoffen wir, dass unsere Vorschläge unter anderem für die erstmalige Erschließung des Stadtteils Groß Borstel und für Alsterdorf berücksichtigt werden. „Das Regionalparlament beschloss, dass der Senat für den weiteren Ausbau des Leihfahrrad-Netzes auch Kooperationen mit Unternehmen prüfen möge. So soll unter anderem bei Philips, Shell, der Lufthansa Technik und beim Flughafen Hamburg angefragt werden, ob sie sich an der Finanzierung neuer Stationen in der Nähe ihrer jeweiligen Standorte beteiligen wollen – womit zumindest Fuhrsbüttel leihradtechnisch erschlossen wäre.“


Schmidt: „Für viele Unternehmen spielen der Service für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Förderung ihrer Gesundheit eine immer größere Rolle. Wir können uns gut vorstellen, dass zum Beispiel auch Philips am neuen Standort Röntgenstraße Interesse an einer Anbindung des Unternehmens ans StadtRAD-Netz hat.“

BAUEN FÜR MORGEN

Neben der lokalen Verkehrspolitik gehört die Stadtentwicklung zu den wichtigen Kompetenzen der Bezirke. In Zeiten starken Zuzugs, wie sie Hamburg derzeit erlebt, stellt sich die Frage, wie und wo Wohnraum neu geschaffen werden kann. Die GRÜNE Fraktion Nord beantwortet diese Fragen vor allem mit dem Blick auf gute Möglichkeiten der privaten Mobilität, eine effiziente Nutzung der zur Verfügung stehenden Flächen und die Lebensqualität in den Quartieren. Denn „einfach nur dicht bebauen“ ist kein zukunftsfähiges Konzept für eine Großstadt. Für

das Entstehen lebendiger, urbaner Quartiere muss auch die Aufenthaltsqualität stimmen. Besonders im direkten Umfeld von U- und S-Bahnhaltestellen soll zudem höher gebaut werden. Gerade hier, wo kaum jemand einen privaten Pkw benötigt, lohnt es, besonders viele neue Wohnungen zu schaffen.

Und gleich wo und wie gebaut wird – eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit gehört für GRÜNE mit dazu.

Dieser Ansatz hat sich inzwischen durchgesetzt. 

Strand in Eppendorf, Sandburg in Winterhude

Grüne im Bezirk Nord schlagen vor, Hauptverkehrsstraßen während der Sommerferien zu sperren. Vorschlag stößt auf große Ablehnung

JULIANE KMECIAK
DANIEL HERDER

EPPENDORF/WINTERHUDE :: Eine Runde Volleyball spielen auf der Eppendorfer Landstraße? Sandburgen am Mühlentempel? Was eher nach einer urbanen Fata Morgana klingt, soll nach Ansicht der Grünen im Bezirk Nord schon bald Realität werden. Die Fraktion fordert, dass zentrale und viel befahrene Straßen vom kommenden Sommer an zur Beach-Zone umgewandelt werden können. Am liebsten gleich mehrere Wochen lang, während der Sommerferien. Als Beispiel werden die Eppendorfer Landstraße und der Mühlentempel genannt, auch der Eppendorfer Markt oder die Alsterdorfer Straße seien denkbar.

Das geht aus dem Antrag „Eppendorfer Strand“ hervor, den die Grünen auf der kommenden Sitzung der Bezirksversammlung einreichen wollen. Michael Werner-Boelz, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bezirk Nord, erläutert die Idee, die aus Frankreich kommt: „Paris hat es vorgemacht: Dort werden jeden Sonntag Straßen für den Autoverkehr gesperrt, um Platz für alle anderen zu schaffen.“ „Paris respire“ – Paris atmet auf heißt es in der französischen Hauptstadt. „Und in den Sommerferien sperrt die Stadt unter dem Motto ‚Paris-Plages‘, Strand von Paris,

schon seit 2002 mehrere Kilometer Straßen entlang der Seine.“

Nach Willen der Grünen soll der Bezirk nun beschließen, eine „Paris-Plages“-ähnliche Aktion in Hamburg zu ermöglichen. Und Werner-Boelz hat auch schon ein paar konkrete Vorschläge. Denkbar wäre beispielsweise, dass Teile der Fläche mit Sand aufgeschüttet und Liegestühle aufgestellt werden. Für ein Wasserbassin, viel Bewegungsraum und Spielmöglichkeiten für Kinder wäre Platz; Essen und Getränke könnten angeboten werden.“

Zuletzt forderten Grüne, die Schöne Aussicht zur Radstraße zu machen

Wichtig sei, dass nicht das kommerzielle Angebot im Vordergrund stehe, sondern die Rückgewinnung des öffentlichen Raums durch die Bewohner der inneren Stadt. „In Hamburg ist es allzu selbstverständlich, dass der knapp bemessene öffentliche Raum überwiegend fahrenden oder parkenden Pkw überlassen wird. Dabei gehören diese Flächen doch allen Menschen“, sagt Werner-Boelz.

Laut Antrag soll die Verwaltung prüfen, auf welchen zentralen Straßen im Regionalbereich Eppendorf – Winterhude eine solche Aktion in den Sommerferien 2014 durchgeführt werden könnte. „Alternative Routen für den Straßenverkehr müssen sorgfältig geplant werden, Anlieger und Gewerbetreibende einbezogen und gemeinsam ein attraktives Angebot entwickelt werden“, so Werner-Boelz.

Es ist gerade drei Wochen her, da haben die Grünen im Bezirk Nord mit ihrem Antrag, die Prachtstraßen Bellevue und Schöne Aussicht entlang des Alster-Ostufers in Radfahrstraßen umzuwandeln, für Zündstoff gesorgt. Der unorthodoxe Vorschlag, viel befahrene Straßen im städtischen Kerngebiet in weitläufige Erholungszone umzuwandeln, stößt bei den politischen Gegnern auf heftige Kritik. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Klaus-Peter Hesse, weiß gar nicht, womit er anfangen soll. „Das ist totaler Unfug oder anders ausgedrückt:



Strandspaß statt Autoverkehr: So stellen sich die Grünen im Bezirk Nord die Eppendorfer Landstraße im kommenden Sommer vor

völlig realitätsfern“, sagt Hesse. Die Hamburger Autofahrer seien durch Straßenfeste stark belastet und hätten mit Baustellen im gesamten Stadtgebiet zu kämpfen. „Es kann nicht im Interesse der Politik sein, durch solche Sperren im Sommer den Verkehr total zum Erliegen zu bringen.“

Thomas Domes, der Fraktionsvorsitzende der SPD, hält den Antrag für „nicht mutig“ und „populistisch“. „Wenn die Grünen es ehrlich meinen würden, dann sollen sie konkret werden und die Prüfung der Straßen nicht der Verwaltung überlassen“, so Domes. „Die Grünen müssten erst mal selber mit Anwohnern und Gewerbetreibenden sprechen, damit man so einen Vor-

schlag ernst nehmen kann.“ Darüber hinaus hält er die vorübergehende Sperrung einer Straße für eine Strandlandschaft oder eine Spielfläche nicht für denkbar. „Man kann doch Anwohner nicht ernsthaft für mehrere Wochen lang den Zugang zu ihren Häusern versperren“, so Domes weiter.

Unterstützung erhalten die Grünen für ihren Vorschlag von Landeschefin Katharina Fegebank. Der Trend gehe dahin, dass immer weniger Menschen ein eigenes Auto besitzen. Deshalb sei es legitim, darüber nachzudenken, ob es richtig ist, dass Straßen vorrangig von Autofahrern genutzt werden. Vor allem sei der Antrag als Denkankstoß zu verstehen. „Natürlich muss man genau prü-

fen, an welchen Straßen eine solche Sperrung möglich wäre. Und wenn bei der Prüfung herauskommt, dass Nebenstraßen sinnvoller sind als Hauptverkehrsstraßen oder dass eine kürzere Zeitspanne geeigneter wäre, wäre das doch schon ein Erfolg.“

Auch bei der CDU im Bezirk Nord stößt das Vorhaben erwartungsgemäß auf Ablehnung. „Wir haben durch das SPD-Busbeschleunigungsprogramm schon genug Stau und Verkehrschaos auf Hamburg Straßen“, sagte der verkehrspolitische Sprecher Christoph Floß. „Jetzt noch aus symbolischen Gründen wichtige Hauptverkehrsachsen in Hamburg für den Autoverkehr zu sperren wäre wirklich abstrus.“



Denkbar wäre, dass Teile der Fläche mit Sand aufgeschüttet und Liegestühle aufgestellt werden.
Michael Werner-Boelz, Grüne

ÜBERM PFLASTER LIEGT DER STRAND

URBANE FATA MORGANA ODER ZUKUNFTSWEISENDE STADTPLANUNG?

Mitten auf der Eppendorfer Landstraße eine Runde Beachvolleyball spielen oder auf dem Mühlentempel im Liegestuhl relaxen? Lust auf ein Quartiersleben, das nicht bestimmt ist von Verkehrslärm, Abgasen, aggressivem Gegeneinander und Blechwüste wollten die GRÜNEN mit der Idee des „Strand von Eppendorf“ machen.

„Der öffentliche Raum kann und muss weit mehr sein als ein privater Parkplatz!“, forderten die GRÜNEN im Wahlprogramm 2014. „Darum wollen wir ihn wieder stärker den Menschen, statt den Autos zur Verfügung stellen.“ Um den Stadtteilbewohner*innen ganz praktisch und anschaulich vor Augen zu führen, wie im öffentlichen Raum ein Flair von Sommer, Entspannung und Erholung entstehen kann, wollten die GRÜNEN ein Versuchsprojekt starten: Während der Sommerferien sollte ein Abschnitt einer stark genutzten Straße in den Sommerferien sechs Wochen lang für den Autoverkehr gesperrt werden. Stattdessen sollten Menschen hier flanieren und den neugewonnenen Raum als Ort der Kommunikation und Begegnung nutzen können. Nicht nur Kinder sollten sich hier frei bewegen und spielen können.

Im Dezember 2013 stellte die GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung den Antrag „Strand von Eppendorf: Den öffentlichen Raum geschickt und alternativ nutzen, die urbane Lebensqualität steigern“. „Vielfach wird die Dominanz des Pkw hingenommen, weil es an der Phantasie mangelt,

sich auszumalen, was man sonst mit den nicht-privaten Flächen tun könnte“, hieß es darin. Nach einem Vorbild in Paris, wo in den Sommerferien eine 3,5 Kilometer lange Schnellstraße an der Seine gesperrt und in eine attraktive Fußgängerzone verwandelt wird, könne, so die Idee, beispielsweise die Eppendorfer Landstraße zwischen Eppendorfer Markt und Kümmellstraße in den Sommerferien 2014 zum Ferienparadies werden. Dazu könnten Teile der Fläche mit Sand aufgeschüttet, Liegestühle und ein Wasserbassin aufgestellt, Spielmöglichkeiten, Essen und Trinken angeboten werden.



Die gleiche Stelle an der Eppendorfer Landstraße ohne Strand

„Im Vordergrund sollte dabei nicht der kommerzielle Charakter stehen, sondern die Rückeroberung des öffentlichen Raumes durch die Bewohnerinnen und Bewohner der inneren Stadt“, wurde im Antrag ausgeführt. Die GRÜNEN forderten das Bezirksamt Hamburg-Nord auf zu prüfen, auf welcher großen Straße im Herzen des Bezirks eine solche Aktion durchgeführt werden könnte. „Dabei geht es nicht einfach darum, den Autoverkehr zu verdrängen“, erklärte Michael Werner-Boelz. „In Hamburg ist es allzu selbstverständlich, dass der knapp bemessene öffentliche Raum überwiegend fahrenden oder parkenden Pkws überlassen wird. Dabei gehören diese Flächen doch allen Menschen! Wir wollen mit dieser Aktion den Blick dafür öffnen, dass man Straßen auch anders nutzen kann. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich ihren Raum wieder zurückerobern und den Aufenthalt im Freien genießen.“

Die Bedürfnisse der Anwohner*innen sowie der Gewerbetreibenden sollten dabei ebenfalls nicht aus dem Blick geraten: Der GRÜNE Antrag forderte, alle Überlegungen,

auch die alternative Autoverkehrsführung in der Projektzeit, mit diesen abzustimmen. Neben einem Aha-Effekt für alle Bürger*innen erwarteten die GRÜNEN auch positive Auswirkungen für alle, die am ausgewählten Straßenabschnitt wohnen, denn durch den Wegfall des Kraftverkehrs während der Aktionsphase sollten Lärm und Luftverschmutzung reduziert werden, die Wohn- und Lebensqualität steigen.

In der Sitzung der Bezirksversammlung fand der Antrag für das mit 50.000 Euro aus bezirklichen Mitteln veranschlagte Projekt keine Mehrheit, aber die Resonanz in der Presse war riesig, die Hamburger Tageszeitungen griffen das Thema groß auf. „Die City soll zum Strand werden“, so die Mopo. „Strand in Eppendorf. Sandburg in Winterhude“, schrieb das Hamburger Abendblatt und setzte das Thema auf die Titelseite. Nach der Ablehnung des Projektes bedauert die Mopo: „Keine Beach-Party auf der Hauptstraße“ und das Eppendorfer Wochenblatt befand, dass die Idee „zumindest etwas Sand in den ritualisierten Politik-Betrieb streute...“.

Freitag, 6. Dezember 2013

Die City soll zum Strand werden

Grüne Vision: Eine Straße ist mit Sand aufgeschüttet, Kinder spielen darauf.

Die Eppendorfer Landstraße – ein feiner Sandstrand. Der Mühlenkamp – ein Tummelplatz für Inline-Skater. Die Grünen im Bezirk Nord wollen im kommenden Sommer einige Straße sperren und daraus Erholungsflächen für die Bürger machen. In der kommenden Sitzung der Bezirksversammlung wird ein entsprechender Antrag eingebracht. Vorbild ist Paris. Dort sind in den Sommerferien ganze Straßen gesperrt. Sandstrände werden dort aufgeschüttet und Platz für Inline-Skater, Sportler und Familien gemacht. Und Autos haben Pause. Nach Willen der Nord-Grünen soll es so etwas auch in Hamburg geben. „Damit wollen wir den Blick dafür öffnen, dass man Straßen auch anders nutzen kann“, sagt Fraktionschef Michael Werner-Boelz.

PAUL

HAMBURGER MORGENPOST, 6.12.2013



Mesterkamp - wo heute noch Busse parken, werden in wenigen Jahren fast 1000 neue Barmbeker*innen leben

WACHSTUM MIT WEITBLICK

GRÜNE Stadtentwicklung bedeutet Schaffung von Wohnraum genauso wie mehr öffentliches Grün, mehr Barrierefreiheit und gute Anbindung an Bus und Bahn.

Im Wahlprogramm 2014 heißt es dazu: „Stadtentwicklung mit Augenmaß. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen. Wir wollen mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau und Baugemeinschaften fördern. Wichtig ist uns nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität. Gebaut werden soll sozial und ökologisch verträglich. Drastische Mietsteigerungen oder die massive Umwandlung bezahlbarer Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen wollen wir durch soziale Erhaltensverordnungen aufhalten (...) Um den Charakter der Stadtteile zu erhalten, wollen wir den Denkmalschutz stärken und die Vielfalt von kleinen Gewerbebetrieben vor Ort fördern. Auch in Sachen Energiewende wollen wir Projekte in den Bezirken umsetzen.“

Eine der größten Gestaltungsmöglichkeiten der Bezirksversammlung und der Bürger vor Ort liegt in der Stadtplanung. Maßgeblich für die Entwicklung und Gestaltung der Stadtteile sind die Bebauungspläne. Sie schreiben fest, in welcher Art und Weise gebaut werden darf: zum Beispiel wie Flächen genutzt werden sollen, wie hoch und wie dicht Gebäude entstehen dürfen, wie viel Grünfläche es geben und wie die Verkehrsanbindung aussehen soll.

Weil Hamburg-Nord mit seiner kulturellen Vielfalt, seinem urbanen Leben und seiner attraktiven Lage viele neue

Menschen anzieht, ist die Nachfrage nach Wohnraum groß. Diese Situation bringt Konflikte mit sich: Zum Beispiel wenn alter Wohnungsbestand zugunsten des Baus von Luxuswohnungen entmietet werden soll. Bei solchen Versuchen, wie in der Eppendorfer Hegestraße, beziehen die GRÜNEN eindeutig Position auf Seiten der Bestandsmieter*innen. Auch der soziale Wohnungsbau ist ein Thema, das an Brisanz zunimmt. Allein auf dem Dulsberg läuft bis 2017 für jede vierte Sozialwohnung die Bindung aus. Die enorme Nachfrage führt insgesamt im Bezirk dazu, dass die Mieten immer teurer werden und Eigentumswohnungen für Normalverdienende kaum noch erschwinglich sind.

„Wir brauchen mehr Wohnraum auch im Bezirk Nord. Dieser muss aber bezahlbar sein. Deshalb fordern wir, dass städtische Grundstücke nicht mehr an Investoren veräußert werden, sondern an Wohnungsbauunternehmen, deren erstes Ziel eben nicht die Profitmaximierung ist: SAGA-GWG, Wohnungsbaugenossenschaften, Baugemeinschaften und Wohnprojekte“, betonte der Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz im Wahlkampf.

Gleichzeitig führt die Planung von Neubauten auf immer stärker verdichteter Fläche zu Kontroversen. Die GRÜNEN setzten darauf, dass Konflikte klug moderiert und im Gesamtinteresse der Menschen, die im Bezirk und in der Stadt leben, gelöst werden.

„Wir wollen vor allem dafür sorgen, dass Bürgerbeteiligung ernst genommen wird. Das heißt für uns auch, dass auf Grund des Beteiligungsverfahrens auch grundlegende Änderungen an Planentwürfen vorgenommen werden können. Das ist bisher die Ausnahme. Wer Beteiligung ernst meint, informiert aber nicht nur, sondern setzt auf den Sachverstand und die Lebenserfahrung der Bürgerinnen und Bürger“, so Werner-Boelz. Wie Partizipation in diesem Sinne aussehen kann, zeigt das Beispiel „Mesterkamp“. Bei der Planung des Neubaugebietes auf dem Gelände des ehemaligen Busbetriebshofes wurde die Bürgerbeteiligung im Ablauf an die erste Stelle gesetzt. Das „weiße Papier“ bildet sozusagen den Ausgangspunkt für das gemeinsame weitere Vorgehen in Zusammenarbeit mit den Bürger*innen.



Geförderte Neubauten der SAGA GWG Am Weißenberge in Ohlsdorf



STADT NEU DENKEN

GRÜNE STOSSEN DEBATTE ÜBER ZUKUNFTSFÄHIGE STADTENTWICKLUNG AN

Die Flächen sind begrenzt, doch die Zuzugszahlen nach Hamburg steigen rapide an. Was heißt das für die Stadtentwicklung? Muss Hamburg bereit sein, künftig verdichteter und vor allem höher zu bauen als bisher? Zusammen mit der SPD haben die GRÜNEN eine Debatte mit den Akteuren des Wohnungsbaus initiiert.

Das Wohnungsbauprogramm des Senats „Vertrag für Hamburg“ zeigt erste Wirkung. Dieser Weg soll gemeinsam weiter verfolgt werden. Gerade in einem relativ stark verdichteten Bezirk wie Hamburg-Nord bedeutet ein Plus an Wohnungsneubauten aber auch, dass über eine größere Dichte der Bebauung und eine größere Anzahl von Etagen diskutiert werden muss.

„Die zunehmende Versiegelung immer neuer städtischer Flächen ist sowohl ökologisch als auch kleinklimatisch nicht vertretbar. Vor dem Hintergrund der deutlich gestiegenen Zuwanderung ist es aber notwendig, darüber zu diskutieren, wie eine große Zahl neuer Wohnungen bei begrenztem Platz geschaffen werden kann“, erläutert Michael Werner-Boelz den Antrag, den die Regierungskoalition im Oktober 2015 in die BV eingebracht hat. „Die Debatte über Dichte und Höhe von Bebauung wird dabei nicht leicht zu führen sein. Unseren Anspruch, nachhaltige, sozial ausgewogene und auf lange Sicht attraktive, urbane Quartiere zu entwickeln, wollen wir allerdings auch weiterhin verwirklichen“, führt der Fraktionsvorsitzende aus.

Selbstverständlich müssen die erforderliche Infrastruktur und urbane Freiräume die Neubauten ergänzen. Dabei soll auch weiterhin großer Wert auf die Einhaltung gesetzlich vorgegebener Standards zum ökologischen Bauen gelegt werden. Ebenso sollte die Qualität des Grüns rund um Neu-




Stadtpark-Quartier in Winterhude

bauten gesteigert werden: Der pflegeleichte Scherrasen und die immergrünen Sträucher sollen nicht die einzigen Optionen für wohnungsnaher Grünräume sein.

Ein guter Maßstab für eine zukunftsfähige Bebauung könnten die gründerzeitlichen Bauten in Eppendorf und Eimsbüttel sein – gerade diese urbanen Zentren haben auf eine Vielzahl von Menschen eine hohe Anziehungskraft. Dort wurden schon früher regelhaft sechs bis sieben Geschosse realisiert.

Hamburg-Nord verfügt mit seiner Tradition der bezirklichen Wohnungsbaukonferenzen über ein erprobtes Instrument, solche und ähnliche Fragestellungen zusammen mit den Akteuren des Wohnungsbaus zu erörtern.

In einem gemeinsamen Antrag im Oktober 2015 forderten deshalb die GRÜNEN und die SPD den Bezirksamtsleiter dazu auf, an die in der Vergangenheit erfolgreichen Wohnungsbaukonferenzen anzuknüpfen und nach diesem Vorbild den Diskurs über gebotene Rahmenbedingungen einer künftigen verdichteten, urbanen Metropole aufzunehmen. Dabei sollen insbesondere die Themen Nachverdichtung, flächensparendes Bauen (z.B. durch mehr Geschosse), Anpassung der städtischen Infrastruktur, ausreichende Berücksichtigung stadt- und kleinklimatischer Aspekte sowie die Gewährleistung genügend innerstädtischer Freiräume diskutiert werden. 



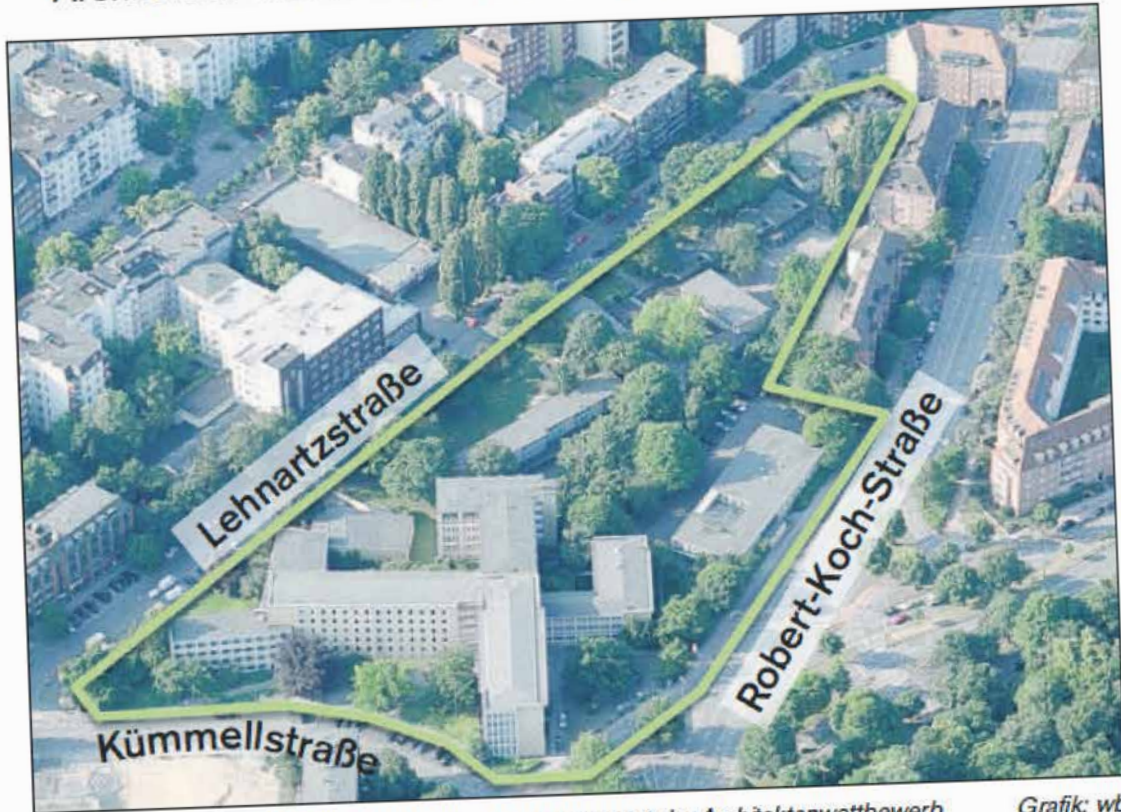
Neubau in Barmbek an der Mirowstraße

Die GRÜNE Fraktion Hamburg-Nord hat dem „Vertrag für Hamburg“ im Juni 2011 zugestimmt. Als Verwaltungsvereinbarung zwischen den sieben Hamburger Bezirken und dem Senat hat er das Ziel, die Voraussetzungen für den jährlichen Bau von 6.000 neuen Wohnungen zu schaffen. Die Bezirke wollen dazu die notwendigen Bebauungspläne und Baugenehmigungen erarbeiten, der Senat stellt Flächen, Geld und Personal zur Verfügung.

Konkrete Projekte und deren Ausgestaltung regelt der Vertrag nicht. Dies bleibt weiterhin der Bezirksversammlung und dem Stadtentwicklungsausschuss vorbehalten.

Eppendorfs neue Mitte

Architekten-Wettbewerb startet. Bezirksamt vor (Teil-)Abriss?



Dieses Areal soll ab 2016 umgestaltet werden. Jetzt startet der Architektenwettbewerb

Grafik: wb

HAMBURGER WOCHENBLATT, AUSGABE EPPENDORF, 22.1.2014

EPENDORFS NEUE MITTE: BÜRGERBETEILIGUNG ZEICHNET KLARES BILD

Schon lange schwelten Gerüchte um den möglichen Abriss des Bezirksamts Hamburg-Nord in der Kümmellstraße. Die GRÜNEN zeigten sich von Anfang an offen für eine breite öffentliche Diskussion des Themas.

Im Jahr 2012 hatte die Bezirksversammlung Hamburg-Nord dann die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs für zwei Grundstücke im Herzen von Eppendorf beschlossen: Unter dem Bebauungsplan „Eppendorf 17“ – besser bekannt als „Neue Mitte Eppendorf“ – standen neben der Fläche des alten Bezirksamtes auch die der benachbarten Grundschule St. Nikolai an der Kümmellstraße zur Debatte. Ursprünglich war angedacht worden, die beiden denkmalgeschützten Gebäude abzureißen und beide Einrichtungen


auf der dann freien Fläche unter Schaffung von zusätzlichem Wohnraum neu zu errichten.

Die GRÜNEN setzten durch, dass die Bürger*innen bei den Planungen einbezogen wurden. Gemeinsam mit der SPD initiierten sie ein intensives Beteiligungsverfahren. Im Rahmen eines öffentlichen, sich über mehrere Sitzungen erstreckenden Faktenchecks mit den Vertretern des Planungsbeirates, der beteiligten Behörden, des Investors, der Schule sowie dem Denkmalschutzamt wurden die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Planungsvarianten umfassend diskutiert.

Ergebnis war die klare Ablehnung von Abriss und Neubau, was anschließend auch von der Bezirksversammlung bestätigt wurde: „Eine Mehrheit der Mitglieder des Planungsbei-

rats Robert-Koch-Straße empfiehlt der Bezirksversammlung Hamburg-Nord und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg daher die denkmalgerechte Sanierung und Erweiterung der Schule umzusetzen sowie den Denkmalschutz für Schule und Bezirksamt aufrecht zu erhalten.“ Darüber hinaus wurde auf Initiative von SPD und GRÜNEN auch beschlossen, dass die Pläne zur Sanierung und Erweiterung der Grundschule St. Nikolai im zuständigen Ausschuss öffentlich vorgestellt werden sollten.

„Erstmals haben wir im Bezirk solch ein umfassendes Beteiligungsverfahren gestartet. Das Ergebnis ist eindeutig und

wird von der Politik mitgetragen. Das Verfahren kann beispielgebend nicht nur für den Bezirk Nord sein. Wir finden es wichtig, dass bei Planungsvorhaben, die von zentraler Bedeutung für ganze Stadtteile sind, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger umfassend an einer Entscheidungsfindung beteiligt werden“, zeigte sich der GRÜNE Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz im Dezember 2014 zufrieden mit dem intensiv geführten Diskussionsprozess. „Wir meinen es ernst mit besserer Bürgerbeteiligung“, zieht er eine Zwischenbilanz in Hinblick auf stärkere Verankerung von Bürgerbeteiligung in Bezirkspolitik und -verwaltung. 



INGO HEMESATH: BÜRGERBETEILIGUNG? ÜBUNGSSACHE!

„Partizipation und speziell Bürgerbeteiligung ist einer der Gründe, weshalb ich bei den GRÜNEN bin“, betont Ingo Hemesath. Seine Erfahrung der letzten Jahre: „Jeder versteht etwas anderes darunter.“ Ob die Umgestaltung am Klosterstern, am Leinpfad oder in Verfahren wie aktuell beim Meesterkamp – wenn die unterschiedlichsten Interessen aufeinanderträfen, brauche man Geduld, um zu guten Entscheidungen zu kommen, das sei eine der wichtigsten Voraussetzungen, meint der Bezirksabgeordnete. „Wir stehen noch ganz am Anfang. Es muss einfach ausprobiert werden, wie man die Lösungsfindung am besten angeht.“

Gebäude und Mobilität, die nahezu unabhängig sind von fossilen Energien, die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs und von Carsharing-Angeboten sowie die Stärkung von Rad- und Fußverkehr, um der enormen Beeinträchtigung durch Lärm, Gestank, Feinstaub sowie Flächenverbrauch durch den motorisierten Verkehr Einhalt zu gebieten – das sind Handlungsfelder, die er ganz vorne sieht, global genauso wie direkt vor seiner Haustür. Er findet: „Man muss sich engagieren!“ Auch, oder gerade, wenn der ökologische Umbau unglaublich zäh vorangehe. „Ich wundere mich, wie lange Veränderungen in diesem Bereich dauern,

obwohl das Bewusstsein vorhanden ist“, sagt der Wahl-Hamburger, der sich selbst als Idealist bezeichnet – in politischer genauso wie in beruflicher Hinsicht.

Seine Ausbildung führte den gebürtigen Niedersachsen, Jahrgang 1971, bald nach der Wende in die neuen Bundesländer. An der Bauhaus-Universität in Weimar studierte er ab 1993 Architektur und trat dort Mitte der 90er-Jahre den GRÜNEN bei. Nach Studienabschluss führte ihn sein beruflicher Weg über Berlin, München und Bremen im Jahr 2008 nach Hamburg. Überall schnuppert er ins politische Geschehen hinein. „Auch in Hamburg bin ich in die Bussestraße gegangen, gleich nachdem ich eine Wohnung gefunden hatte“, erzählt der Winterhuder. Sein erster Eindruck: Eine eingeschworene Gemeinschaft, die weiß, was sie will – hanseatisch, offen, gleichzeitig zurückhaltend. Er fühlte sich wohl, traf auf „robuste Strukturen und aktive Leute“ – gute Bedingungen für erfolgreiche Arbeit, sagt er. Nachdem er anfangs im Bau- sowie auch im Stadtentwicklungsausschuss mitgearbeitet hatte und seit mittlerweile einigen Jahren auch im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude sitzt, rückte er im Mai 2015 in die Bezirksversammlung nach.

Dort wurde kurz darauf und für viele Monate die Situation von Geflüchteten zum beherrschenden Thema. „Es ist bemerkenswert, wie viel für Flüchtlinge passiert ist. Viele Leute sind aufgestanden und haben Flagge gezeigt, quer durch die Gesellschaft und politische Ansichten. Ich bewundere das persönliche Engagement, das viele neben ihrem Beruf zeigen“, sagt Hemesath. Der selbstständige Architekt ist sich sicher, dass das, was daraus für die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau resultiert, die Stadt über einen langen Zeitraum hinweg beschäftigen wird.

Nicht nur in Hamburg – „Meine Stadt!“ – auch bei den GRÜNEN sieht er sich weiterhin an genau der richtigen Stelle: „Wer inhaltlich arbeiten will, braucht internen Widerspruch und Dynamik“, beides sieht er gegeben. Ebenso wie die Meinungsvielfalt, die in Entscheidungen einfließe. „Der Einfluss lässt sich oft nicht unmittelbar erkennen, aber als Leistung von vielen über einen längeren Zeitraum hinweg bringt es etwas.“ Er ist überzeugt, dass der aktuelle Prozess sich weiterhin positiv entwickeln wird: „Bürgerbeteiligung ist eine demokratische Übungssache!“



Im Zentrum des Baugebietes bleiben alte Bäume bestehen. Dazwischen wird die künftige Anliegerstraße gebaut.

PERGOLENVIERTEL

GRÜNE STELLEN FRÜHZEITIG WEICHEN FÜR SOZIALES UND GRÜNES GROSSBAUPROJEKT

Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord hat im März 2015 den Bebauungsplan für das Pergolenviertel beschlossen. Zwischen den S-Bahnstationen Alte Wöhr und Rübenkamp in Barmbek-Nord entstehen auf rund 30 ha Fläche insgesamt 1.400 Wohnungen, zwei Drittel davon öffentlich gefördert.

Das Vorhaben ist bereits im Jahr 2009 von der damaligen grünen Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk angestoßen worden. Auf dem Gelände, das einst für den Straßenbau vorgesehen und von Kleingärten belegt war, sollten die in Hamburg dringend benötigten Wohnungen entstehen: nicht auf der „grünen Wiese“, sondern in der inneren Stadt, wo die benötigte Infrastruktur bereits vorhanden war. Die GRÜNEN



Ursprünglich war vorgesehen, dass die Kleingärten samt Bewuchs im Zuge der Kampfmittelsondierung und -räumung komplett entfernt werden. Auf Initiative der GRÜNEN konnten viele der Bäume dort stehen bleiben, wo auch künftig wieder Kleingärten sein werden.

in Hamburg-Nord haben sich seit 2011 für eine verantwortungsvolle Flächenpolitik und für ein soziales und grünes Hebebrandquartier eingesetzt.

Wesentliche Punkte der Anträge an das Bezirksamt als Planungsbehörde und an die Finanzbehörde als Grundeigentümer waren Vorgaben für den Ausschreibungstext des Wettbewerbs: Bei dem Areal zwischen Hebebrandstraße und Alte Wöhr handelte es sich um eine der letzten großen zusammenhängenden Flächen, die der Stadt Hamburg gehörten. Die GRÜNEN forderten die Finanzbehörde auf, bei der Vergabe besonders verantwortungsvoll vorzugehen. Auf 60 Prozent der Fläche sollte geförderter Wohnungsbau (1. und 2. Förderweg) entstehen. Zudem sollten insbesondere Genossenschaften und Baugemeinschaften die Möglichkeit erhalten, hier Grundstücke zu erwerben.

Die GRÜNEN beantragten außerdem, dass die zu errichtenden Häuser den höchstmöglichen energetischen Standards folgen und beim Bau auch innovative Formen der Fassadenbegrünung, wie zum Beispiel „Hängende Gärten“, und Dachgärten berücksichtigt werden sollten. Außerdem wurden Bewegungsflächen für Jugendliche und große Flächen öffentlichen Grüns gefordert. Dabei wurde nicht nur an einen Park gedacht, sondern auch an innovative und gemeinschaftliche Formen des Gärtnerns wie Urban Gardening.

„Wir haben hier die einmalige Chance, sowohl sozial wie ökologisch Zeichen zu setzen für eine Siedlung, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts Genüge tragen muss“, sagte Ulrike Sparr, damals stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Fraktion Hamburg-Nord.

In der weiteren Planung stellten sich zwei Probleme als besonders schwierig heraus: Die Suche nach einem Ausweichquartier für die langjährig am Rande des Geländes siedelnde Bauwagengruppe Borribles und das Bemühen um eine möglichst schonende Kampfmittelsondierung in den Bereichen, die weiterhin kleingärtnerisch genutzt werden sollen.

Die GRÜNEN haben sich in 2014 mit Erfolg dafür stark gemacht, dass sich das Bezirksamt um einen adäquaten Ausweichplatz für die Bauwagen-Gruppe bemühte. Im November 2016 sind Borribles an ihren neuen Standort in Klein Borstel umgesiedelt.

Auch die Diskussion um den Umfang der notwendigen Kampfmittelsondierung und damit verbundene Baumrodungen konnten die GRÜNEN zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen. Sie erreichten die Zusicherung, dass die Maßnahmen auf das absolute Mindestmaß beschränkt werden sollen. Der Stadtentwicklungsausschuss hat im November 2014 auf Antrag von Rot-Grün beschlossen, dass bei den Kampfmittelsondierungen des Pergolenviertels auf die bisher übliche Komplettrodung verzichtet werden soll. Im September 2015 informierte das Bezirksamt, dass das Entfernen aller Bäume und Sträucher, auch dort, wo später wieder Kleingärten sein werden, nicht länger notwendig ist. Stattdessen werden nur diejenigen Bereiche intensiv geprüft, in denen ein konkreter Verdacht auf Kampfmittel vorliegt oder wo tief in den Boden eingegriffen werden muss.

„Das ist eine gute Nachricht für die Kleingärten! Bisher sah es so aus, als würden auch auf den künftigen Kleingartenflächen alle Gehölze entfernt werden müssen, um flächendeckend auf Kampfmittel zu sondieren. Wir GRÜNEN haben uns schon in den letzten Jahren dafür eingesetzt, dass die künftigen Kleingartenflächen nicht erst gerodet und dann wieder neu bepflanzt werden. Ein solches Vorgehen wäre niemandem zu vermitteln gewesen“, freute sich Michael Werner-Boelz, Vorsitzender der GRÜNEN Fraktion und deren stadtentwicklungspolitischer Sprecher.



So wird der Nordteil des Pergolenviertels künftig aussehen: Neben den Wohnblöcken gibt es Raum für Kleingartenareale.

Christoph Reiffert, GRÜNER Sprecher für Umweltpolitik, betonte: „Durch Änderungen in der Kampfmittelverordnung ist es nun möglich, die Sondierung und damit die Eingriffe in den Gehölzbestand auf das absolut notwendige Maß zu reduzieren. Das bedeutet, dass die künftig dort ansässigen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner gute Chancen haben, auch alten Baumbestand übernehmen zu können.“ Knapp die Hälfte der auf dem Gelände bisher beheimateten Kleingärten wird auch in Zukunft dort Platz haben. Für weitere 150 Schrebergärten wurden andernorts Ersatzstandorte geschaffen, unter anderem auf einer Teilfläche des ehemaligen Anzuchtgartens am Stadtpark. 🌱



Zum Ausgleich für durch die Baumaßnahmen potenziell verloren gegangene Fledermausquartiere wurden schon im Vorfeld an nahegelegenen Brücken Fledermauskästen angebracht.



Visualisierung: E2A Architekten

Das Pergolenviertel bekommt ein Gesicht: Architekt Wim Eckert plant mit Backstein-Fassaden

Mega-Bauprojekt startet

Pläne und Konzepte für Pergolenviertel mit 1.400 Wohnungen vorgestellt

BARMBEK / CITY NORD Die Stühle wurden im großen Sitzungssaal am vergangenen Dienstag knapp. Das Bezirksamt Nord hatte zum Fachgespräch Wohnungsbau mit dem Titel „Das Pergolenviertel: Jetzt geht's los!“ eingeladen. Zur Vorbereitung der Ausschreibungen stellten Stadt- und Landschaftsplaner, Architekten und Verkehrsexperten ihre Arbeitsergebnisse vor und eröffneten die Diskussion mit Vertretern der Wohnungswirtschaft.

Hintergrund: Seit 2010 wird an der Entwicklung des Mega-Bauprojekts im Bezirk Nord gearbeitet. Anfang 2015 beginnt die Realisierungsphase für das Pergolenviertel. Südlich der Hebebrandstraße sollen bis 2016 rund 1.400 Wohnungen entstehen, 60 Prozent davon mit öffentlicher Förderung. Hans-Peter Boltres vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirks Nord favorisiert den Plan einer Blockrandbebauung auf dem nördlichen und dem südlichen

Teil des Areals. Diese schaffe mehr Freiraum und ermögliche die Entstehung von 150 Kleingärten. „Wieso Herr Boltres bloß immer noch von deren Entstehung spricht?“, fragte sich Kleingärtnerin Hilde Dräger. Nach dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in Nord sollen die nicht zur Bebauung vorgesehenen Gartenflächen erhalten bleiben. Doch die seit Jahren geäußerte Sorge der Kleingärtner, diese Gärten werden plattgemacht, „steht wieder nicht zur Debatte.“

Rahmen abstecken

Nach der Erläuterung des städtebaulichen Rahmens stellte der Schweizer Architekt Wim Eckert (E2A) seine Entwürfe von Backsteinfassaden vor, „farblich differenziert von rot nach grau“. Er folge damit dem Stadtbild prägenden Baustil. Auch ein Verkehrskonzept wurde vorgestellt, das kurze Wege und Barrierefreiheit garantieren soll. Dann präsentierte die ehrenamtlich im Planungsbeirat tätige Arbeitsgruppe „Le-

ben im Pergolenviertel“ ihren Katalog an Ideen: zur Einplanung von mehrfach nutzbaren „Sozialräumen“, zur Mischung von Wohnen und Gewerbe, von Kita und Produktionsküche, die ja auch die Versorgung in der Umgebung, etwa für Schulen und Anwohner, übernehmen könne.

„1.400 Wohneinheiten – das wird ein großes Dorf. Die Grundlagen dafür müssen wir jetzt schaffen“, ermahnten Sabine Brahm und Jochen Blauel die anwesenden Investoren. Ihre Arbeitsgruppe befürwortete „weniger Funktionstrennung von Arbeit und Leben, die Schaffung von Arbeitsplätzen auch für behinderte Menschen sowie Ankerpunkte der Nachbarschaftsförderung“.

Probleme und Chancen

Oberbaudirektor Professor Jörn Walter sprach bei der nachfolgenden Podiumsdiskussion von Problemen und Chancen: Das Pergolenviertel habe durchaus „Chancen auf Einzigartigkeit“, erfordere aber

„sehr große Sorgfalt auf das architektonische Detail“. Demgegenüber blieb Saga-Vertreter Willi Hoppenstedt skeptisch. Er sehe Schwierigkeiten in der Finanzierbarkeit auf dem ersten Förderweg. In Sachen Finanzierung gab es aber auch viele positive Signale: „Unser Sprung über die Alster ist durchaus vorstellbar“, erklärte Burkhard Pawlis vom Altonaer Spar- und Bauverein. Das Pergolenviertel werde sicherlich eines Tages „städtebaulich beeindrucken“, bemerkte Sönke Struck vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen. Etliche Mitglieder würden gewiss an den Ausschreibungen teilnehmen, auch Zusammenkünfte mit sozialen Trägern seien vorstellbar. Die öffentlichen Ausschreibungen für den nördlichen Teil starten im März 2015, für den südlichen Teil im Herbst 2015. Die nächste öffentliche Sitzung des Planungsausschusses findet am 12. November, 17-19 Uhr, Technisches Rathaus, Raum 246, Kümmellstraße 6, statt. (wh/wb)



1.400 Wohnungen sollen an der Hebebrandstraße gebaut werden

Anwohner klagen: Zu viele neue Nachbarn

Streit über Größe des geplanten Neubaugebiets mit 750 Wohnungen in **Groß Borstel**. Autobrücke über die Tarpenbek einhellig abgelehnt

ELISABETH JESSEN

GROSS BORSTEL :: Wolf Wieters bringt es gleich eingangs auf den Punkt: „Es geht darum herauszufinden, was das Beste für Groß Borstel, das Beste für das Gemeinwohl ist“, so der Vorsitzende des Kommunal-Vereins Groß Borstel, der in die Aula der Carl-Götze-Schule eingeladen hat, um mit Bezirkspolitikern und Bürgern über die Anbindung des geplanten Neubaugebiets Tarpenbek Greens an den Stadtteil zu diskutieren. Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs sollen 750 Wohnungen gebaut werden. Derzeit ist das zwölf Hektar große Gebiet, das im Norden von der Tarpenbek begrenzt wird, im Osten von den Kleingärten der Bahn-Landwirtschaft und im Süden von Bahngleisen, nur von der Straße Kellerbleek aus zu befahren.

Auch Nord-Bezirksamtsleiter Harald Rösler ist gekommen, „um die Meinungsbildung mitzubekommen“, an diesem Abend um die viel diskutierte Brücke und die künftige Verkehrssituation. Angedacht war von Anfang an eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den kleinen Bach, auf Betreiben des Kommunal-Vereins und der Fraktionen werden aber auch die Möglichkeit einer Brücke für den Autoverkehr geprüft. Als Stadtplaner Torben Sell diese bis zu

2,9 Millionen Euro teure Variante vorstellt, herrscht blankes Entsetzen im Saal. Dafür müssten zahlreiche Bäume gefällt werden, ein Sportler-Vereinsheim weichen, und durch den verkehrsberuhigten Brödermannsweg, an dem mehrere Schulen und Kitas liegen, würden künftig bis zu 600 Autos zusätzlich fahren. Das lehnen nicht nur die Anwohner ab, sondern auch SPD, FDP, CDU und Grüne. Thomas Domres (SPD), Fraktionsvorsitzender im Stadtentwicklungsausschuss, nennt die zehn „städtischbaulich verheerend“, auch CDU-Nord-Chef Andreas Schott lehnt eine Straße ab, „die Autobahncharakter hat“. Nun soll die etwa 600 000 Euro teure kleine Radbrücke kommen.

Jede neue Wohnung ist in dieser Stadt ein Glücksfall.

Michael Werner-Boelz,
Fraktionsvorsitzender
der Nord-Grünen

Den neuen Wohnraum braucht Groß Borstel, darin sind sich die Bezirkspolitiker einig. „Jede neue Wohnung ist in dieser Stadt ein Glücksfall“,

sagt Michael Werner-Boelz, Fraktionschef der Grünen im Bezirk Nord. Im Neubaugebiet sollen irgendwann 2000 Menschen wohnen. Derzeit leben 7800 in Groß Borstel. „Der Stadtteil ist deutlich überaltert“, sagt Schott, was im Saal mit Murren quittiert wird. „Wir brauchen Familien mit Kindern.“

Deutlich machen alle Fraktionen, dass die Zahl von 750 Wohnungen nicht verhandelbar ist. Das wünschen sich viele Anwohner, um den Verkehr in Grenzen zu halten. „Wenn wir auf 350 Wohnungen zurückfallen würden – für netto 24 Kleingärten“, dann sei das keine Antwort auf die Wohnungsnot der Stadt. „Das sind Partikularinteressen“, sagt Domres und löst damit einen Proteststurm der Kleingärtner aus.

Bezirkschef Rösler weist den Vorwurf mehrerer Anwohner zurück, der Bezirk Nord wolle sich als Müsterschüler im Wohnungsbauprogramm Hamburg, das 6000 Baugenehmigungen pro Jahr verbindlich vorsieht, profilieren. „Wenn wir die Situation verbessern wollen, müssen wir jedes Jahr Wohnungen in dieser Größenordnung an den Markt bringen“, so Rösler.

Laut einem Verkehrsgutachten wird das Neubaugebiet 3100 zusätzliche Autofahrten mit sich bringen. „Bei dieser Größe wäre es wünschenswert, eine zweite Anbindung zu haben. Wir sind aber überzeugt, dass es auch mit einer Anbindung gut funktioniert“, sagt Verkehrsgutachter Thorsten Buch. Klar sei, dass sich dafür am Nedderfeld etwas ändern muss, damit sich nicht noch größere Rückstaus bilden. Eine separate Rechtsabbiegerspur zum Kellerbleek soll eingerichtet, die Linksabbiegerspur verlängert und eine „intelligente“ Ampelanlage installiert werden, die die Grünphasen für abbiegende Fahrzeuge verlängert, so der Verkehrsexperte. Doch die Zuhörer bleiben skeptisch.

Im Vorstand des Kommunal-Vereins gibt es noch keine einheitliche Position zur Größe der Bauten. „Wir werden bei unserer Sitzung am 6. November ein Fazit ziehen“, sagt Wolf Wieters. Das Gemeinwohl zu suchen ist keine Sache, die an einem Abend erledigt ist.



An der Tarpenbek soll eine Radbrücke gebaut werden. Die Mitglieder des Kommunal-Vereins sind mit dieser Entscheidung einverstanden. Foto: Hernandez; Grafik: Frank Hense



GROSS BORSTEL „TARPENBEK UFER“

CHANCEN ZUM GESPRÄCH NUTZEN

Einen großen Bedarf an Beteiligung und Mitsprache belegt das Beispiel des Wohnungsbauprojekts „Tarpenbek Greens“ in Groß Borstel. Der Bebauungsplan „Groß Borstel 25“, der 750 Wohnungen auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Lokstedt und angrenzenden Schrebergartenflächen vorsieht, stieß seit 2013 bei den angestammten Anwohner*innen auf sehr großen Widerstand.

Allen voran sorgte der Kommunal-Verein Groß Borstel für verstärkten Informationsfluss über das Neubauvorhaben innerhalb des Quartiers: „Der Kommunal-Verein hielt es für notwendig, dass sich die Borsteler Bürger intensiv mit dem geplanten Vorhaben und dessen Konsequenzen für den Stadtteil auseinandersetzen“, hieß es rückblickend im Groß-Borsteler Boten im Februar 2015. Während die Bezirksverwaltung das Projekt vorantrieb, entwickelte sich auf Anregung des Kommunal-Vereins eine Anwohnerinitiative, die

im Januar 2014 eine geballte Flut von über 600 Stellungnahmen gegen den Bebauungsplan an den Bezirk veranlasste. Die Bedenken bezogen sich auf eine erwartete Verschlechterung der Wohnqualität. Probleme mit der Integration der erwarteten 2.000 neuen Bewohner*innen in den Stadtteil wurden dabei ebenso ins Feld geführt wie eine drohende zusätzliche Verkehrsbelastung.

Eine Kleine Anfrage von Michael Werner-Boelz, dem Vorsitzenden der GRÜNEN Fraktion Hamburg-Nord, an das Bezirksamt Hamburg-Nord hatte ergeben, dass der Bebauungsplan dessen ungeachtet kurzfristig beschlossen werden sollte. Die Einwendungen der Bürger*innen prüfen und darüber hinaus ein aus dem Stadtteil eingefordertes Verkehrsgutachten erstellen – ein Anliegen, das die GRÜNEN unterstützten – , all das konnte in dieser kurzen Frist gar nicht stattfinden. „Uns drängt sich der Verdacht auf, dass die Bedenken der >

Bürgerinnen und Bürger möglichst schnell vom Tisch gefegt werden sollen, damit bald gebaut werden kann. Dem Bezirk scheint nur daran gelegen zu sein, das Bebauungsplanverfahren noch vor Ende der Legislatur im Frühsommer abzuschließen, nicht aber, das Bestmögliche für den Stadtteil Groß Borstel zu erzielen. Wir GRÜNEN lehnen dieses überhastete Vorgehen entschieden ab“, betonte Werner-Boelz.


Die GRÜNEN forderten ihrerseits einen „Runden Tisch“ einzurichten, an dem alle Beteiligten nach gemeinsam getragenen Lösungen suchen sollten. Über den entsprechenden Antrag wurde in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im März 2014 abgestimmt. Dieser tagte wegen des erwarteten großen Interesses in der Alsterdorfer Sporthalle.

„625 Bürgerinnen und Bürger haben durch ihre Einwendung gegenüber dem Bebauungsplan Groß Borstel 25 klargemacht, dass sie dem Vorhaben in der vorliegenden Form kritisch gegenüberstehen. Wir GRÜNE wollen, dass diese Bedenken ernst genommen werden. Deshalb beantragen wir, dass der Stadtentwicklungsausschuss erst dann einen Beschluss über den Bebauungsplan fassen soll, wenn zuvor Gespräche mit den Beteiligten geführt, Kompromisse ausgetestet und dies im Ausschuss diskutiert wurde“, erläuterte Michael Werner-Boelz.

Die GRÜNEN lehnten es strikt ab, dass im Hauruck-Verfahren über hunderte von Einwendungen entschieden werden sollte. „Bürgerbeteiligung muss mehr sein als das einfache Abarbeiten gesetzlicher Vorgaben. Wir erwarten eine lösungsorientierte Gesprächsbereitschaft der politisch Verantwortlichen. Die Bürgerinnen und Bürger haben, insbesondere vertreten durch den Kommunalverein Groß Borstel, die Anwohnerinitiative und die Kleingärtner der Bahn-Land-

wirtschaft, stets Verantwortungs- und Gesprächsbereitschaft gezeigt. So ist klar, dass nicht das Bauvorhaben insgesamt, sondern vor allem dessen enorme Größenordnung und die nicht ausreichend berücksichtigten Folgen für das örtliche Verkehrsaufkommen und die soziale Infrastruktur Kritik auf sich zogen. Wir fordern, dass der Bezirk die kompromissbereite Haltung des Stadtteils anerkennt und sich gesprächsbereit zeigt. Alles andere verdient die Bezeichnung ‚Bürgerbeteiligung‘ nicht“, verdeutlichte Michael Werner-Boelz die Position der GRÜNEN.

Doch die Mehrheit der Abgeordneten in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord votierte im April 2014 mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP gegen den Antrag der GRÜNEN an einem „Runden Tisch“ nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Sie beschloss endgültig den im Stadtteil Groß Borstel heftig umstrittenen Bebauungsplan Groß Borstel 25.

„Wir GRÜNE bedauern, dass die Bedenken der Bevölkerung nicht angemessen berücksichtigt wurden. Einmal mehr wurde ein Stadtentwicklungsprojekt gegen den erklärten Willen eines relevanten Teiles der Bevölkerung (...) durchgesetzt“, kommentierte Michael Werner-Boelz. „Wir halten dieses rücksichtslose Verfahren für falsch. Natürlich müssen neben den Wünschen der angestammten Bewohnerschaft auch die Bedürfnisse von Wohnungssuchenden und über das lokale Umfeld hinausgehende Ansprüche berücksichtigt werden. Doch sollten Politik und Verwaltung in jedem Fall ernsthaft nach einem Ausgleich suchen. So riskiert man die Akzeptanz für den Bau neuer Wohnungen und schafft Politikverdrossenheit. Damit ist niemandem gedient“, so der GRÜNE Fraktionsvorsitzende weiter. 

AUSZUG AUS DEM ANTRAG, DEN DIE GRÜNEN IM MÄRZ 2014 IM STADTENTWICKLUNGSAUSSCHUSS DER BV HAMBURG-NORD STELLTEN:

„Aus GRÜNER Sicht erscheint es im Sinne einer effektiven und glaubhaften Bürgerbeteiligung notwendig, vor Beschlussfassung über den Bebauungsplan mit den handelnden Akteuren des Stadtteils ins Gespräch zu kommen, um auszuloten, welche Kompromissmöglichkeiten für eine einvernehmliche Lösung vorhanden sind. Diese Chance, zu dokumentieren, dass Bürgerbeteiligung ernst gemeint ist, sollte nicht verspielt werden und im Sinne des Erhalts des sozialen Friedens im Stadtteil

genutzt werden. Vor diesem Hintergrund möge der Stadtentwicklungsausschuss beschließen:

Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, zeitnah Gespräche im Sinne eines Runden Tisches aufzunehmen. Zielsetzung ist, einen Kompromiss hinsichtlich des Umfangs der geplanten Bebauung zu finden. Teilnehmen sollen Vertreterinnen und Vertreter (jeweils maximal zwei) des Kommunalvereins Groß Borstel, der Anwohner*inneninitiative sowie der Bahn-Landwirtschaft.

Über das Ergebnis dieser Gespräche ist durch den Bezirksamtsleiter unter Einladung der Vertreterinnen und Vertreter des Kommunalvereins Groß Borstel, der Anwohner*inneninitiative sowie der Bahn-Landwirtschaft in der ersten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses nach der Sommerpause zu berichten.


Bis zum Abschluss dieser Gespräche und einer entsprechenden Bewertung durch den Stadtentwicklungsausschuss erfolgt keine Beschlussfassung zum Bebauungsplan Groß Borstel 25.“

LEBENS - QUALITÄT IN DER METROPOLE

STADTGRÜN ERHALTEN UND ENTWICKELN

„Stadtplanung und Naturschutz gehören zusammen!“, heißt es im GRÜNEN Wahlprogramm 2014. „Menschen in Hamburg brauchen Grün- und Freiflächen. Die Stadt gehört ihren Bewohner*innen. Öffentliche Räume sind mehr als bloße Verkaufsflächen oder Verkehrsschneisen. Sie sind Begegnungsstätten. Sie bieten Raum für Sport und Freizeit. Sie gilt es zu erhalten, zu erweitern und zu gestalten. Lebensqualität in der Großstadt erfordert auch unversiegelte Flächen. Grünflächen und Natur haben einen hohen Erholungswert, nützen dem Stadtklima und lassen Raum für Artenvielfalt.“

Die GRÜNEN wollen Natur und Umwelt in Hamburg so schützen, dass Hamburg lebenswert bleibt. Die wichtige Funktion von Grünflächen und Bäumen in der Stadt, vom großen Stadtpark bis hin zum kleinen Grünstreifen, soll anerkannt werden: Sie reinigen die Atemluft von Giften und Stäuben, halten das klimaschädliche CO₂ zurück, helfen bei Starkregen Überschwemmungen zu verhindern, halten die Luft während der sommerlichen Hitze kühl, spenden Schatten und dämpfen den Verkehrslärm.

Naturnahe Flächen bieten Tieren und Pflanzen Lebensraum. Und der Mensch braucht Grünbereiche für die Erholung. Kinder können in Wohnortnähe an die Natur herangeführt werden. Bei der Entwicklung von neuen Wohnquartieren soll verstärkt auf die Verbindung von Naturschutz und Stadtentwicklung geachtet werden. Grünflächen sollen – nach New Yorker Vorbild – möglichst für alle in zehn Minuten fußläufig zu erreichen sein. Die GRÜNEN haben sich in den vergangenen Jahren engagiert – im Bereich der Naturschutzgebiete genauso wie in Hinblick auf Straßenbäume, Parks und Grünflächen. Im Bestand genauso wie bei der Planung von neuen Wohngebieten, wie zum Beispiel dem „Tarpener Ufer“ (ehemals „Tarpener Greens“) in Groß Borstel. „Zu viele Eingriffe in die Natur gehen gerade für die Grünen gar nicht“, resümiert dazu ein Artikel im Eppendorfer Wochenblatt. Gleichzeitig setzen sie sich laufend dafür ein, dass die Natur im Bezirk und auf Landesebene einen höheren Stellenwert erhält und zukünftig mehr Geld für Anlage und Pflege bereitgestellt wird. 



Bäume am Südring, Allee am Wiesendamm in Barmbek, neu gepflanzter Straßenbaum an der Elsastraße

STRASSENBÄUME GEHÖREN ZUM STADTBILD!

Eine erfolgreiche Initiative zu Schutz, Pflege und Nachpflanzen von Straßenbäumen haben die GRÜNEN im Mai 2015 gestartet. Auf Grundlage eines umfangreichen Antrags von GRÜNEN und SPD hat die Bezirksversammlung Hamburg-Nord beschlossen, bessere Wachstumsbedingungen für Bäume zu schaffen, für mehr Transparenz bei nötigen Fällungen und konsequentes Nachpflanzen zu sorgen.

Christoph Reiffert, Sprecher der GRÜNEN Fraktion für Umwelt, erläuterte: „Mit unseren Stadtbäumen sind viele Emotionen verbunden. Deshalb wird der Umgang mit ihnen sowohl im öffentlichen Raum als auch auf privatem Grund sehr genau beobachtet. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass besonders die bereits vorhandenen Straßenbäume im für sie ohnehin stressigen Stadtraum bessere Lebensbedingungen haben und so möglichst lange von Krankheiten verschont bleiben.“

Kein Baum wird vom Bezirk ohne guten Grund gefällt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass noch transparenter als bisher darüber aufgeklärt wird, warum eine Fällung notwendig wird und wo stattdessen welcher neue Baum gepflanzt wird.

Um hier einen besseren Überblick zu haben, wird ab sofort jährlich aufgelistet, wie viele Bäume vom Bezirk gefällt und wie viele nachgepflanzt wurden. Damit ist dann auch nachvollziehbar, ob unser Bezirksbeschluss aus dem letzten Jahr, für jeden gefälltten Straßenbaum einen nachzupflanzen, eingehalten wird.“

Die wichtigsten Punkte, die beschlossen wurden:

- eine jährliche Bilanz der Baumfällungen und Neupflanzungen zum 1. Juni
- übersichtlichere und informativere Listen über Baumfällungen auf öffentlichem Grund
- vollständige Nachpflanzung von Straßenbäumen, sofern

eine Bilanz über den Bestand der Jahre 2010-2015 negativ ausfällt

- besserer Schutz der Straßenbäume vor Beschädigungen, zum Beispiel durch parkende Autos
- Vergrößerung von Baumscheiben am Straßenrand

Gleich im folgenden Monat legten die GRÜNEN gemeinsam mit der SPD einen ersten Antrag für Maßnahmen zum Baumschutz vor. „Bürger machten uns darauf aufmerksam, dass im Winterhuder Kaempsweg eine ganze Baumreihe dadurch gefährdet ist, dass dort zwischen den Stämmen ohne jeden Schutz geparkt wird. Das birgt große Gefahren für die Bäume durch Anfahrschäden. Außerdem wird so fast jeder Quadratzentimeter des Bodens um die Bäume herum verdichtet. Das nimmt ihren Wurzeln nicht nur sprichwörtlich die Luft zum Atmen“, so Michael Schilf, GRÜNEN-Sprecher im Regionalausschuss für Winterhude.

Die Bezirksverwaltung wurde aufgefordert zu prüfen, wie die Bäume am besten geschützt werden können.

Im Oktober 2016 haben die GRÜNEN noch einmal nachgesetzt: Die im Jahr zuvor geforderte Bilanz der zwischen 2010 und 2015 gefälltten und nachgepflanzten Straßenbäume hatte ans Licht gebracht, dass die Zahl der Straßenbäume in diesem Zeitraum um 675 Bäume abgenommen habe. Da bereits 2014 beschlossen worden war, dass jeder gefälltte Baum ersetzt werden sollte, galt es nun, einiges nachzuholen.

Der Bezirk solle seine Bemühungen zur Nachpflanzung von Straßenbäumen noch einmal verstärken, forderte die Fraktion deshalb in einem rot-grünen Antrag, der in der Bezirksversammlung diskutiert wurde. Zunächst sollten nach dem Vorschlag der Koalition sämtliche noch freien Standorte, die im Rahmen der Aktion „Mein Baum. Meine Stadt“ für Pflanzungen vorgesehen sind, mit Bäumen bestückt werden.



Viele Bürger*innen sorgen selbst dafür, dass es an den Straßen grüner und bunter wird:
Improvisiertes Beet an der Hudtwalckerstraße und bepflanzte Baumscheibe an der Fuhlsbüttler Straße

Dabei muss bedacht werden, dass manch alter Baumstandort wegen der beengten Straßensituation, wegen konkurrierender Nachbarbäume oder der Vielzahl von Leitungen im Boden nicht mehr zur Verfügung steht. Eine sofortige Nachpflanzung aller fehlenden Bäume ist daher nicht leistbar. Mit dem beschlossenen Antrag ist der Bezirk aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie binnen weni-

ger Jahre das Minus ausgeglichen werden kann. Dabei sollen die Regionalausschüsse einbezogen werden und konkrete Vorschläge für neue Baumstandorte machen.

„Unser Ziel: In fünf Jahren soll das Defizit an Straßenbäumen, das seit 2010 entstanden ist, ausgeglichen sein“, fasst Christoph Reiffert zusammen. 🌱

STRASSENBÄUME IN HAMBURG-NORD



So zugeparkt fehlt den Baumwurzeln die Luft zum Atmen



Durch drei Bügel wird dieser noch junge Baum vor Schäden durch Autos geschützt



Wird auf dem Grünstreifen geparkt, führt das Rangieren zu Schäden an oberflächennahen Wurzeln



Bei der Entfernung des alten Radwegs an der Eppendorfer Landstraße wurde diese Baumscheibe vergrößert. Der Grasbewuchs markiert die alten Abmessungen der Freifläche.



CHRISTOPH REIFFERT: LUST AUF LOKALE UMWELT UND KULTUR

Vom Ruhrpott an die Elbe: Die Natur als roter Faden immer dabei. Christoph Reiffert, Jahrgang 1977, stammt aus Moers am Niederrhein und war schon dort als Jugendlicher im Naturschutzverband BUND aktiv. Sein Engagement setzte er fort, als er 1997 zum Studium der Landschaftsökologie ins niedersächsische Oldenburg kam. „Ich habe genau das studiert, worauf ich richtig Lust hatte“, sagt Reiffert, „und schon damals habe ich mich für bessere Bedingungen für Radfahrer eingesetzt – also ähnlich wie heute.“ Sein Interesse an Ökologie und Lokalpolitik ließen seine Sympathie für die GRÜNEN wachsen. „Die Einzigen, die sich damals umweltschutzpolitisch engagiert haben“, blickt Reiffert zurück. Als er 2006 seinen Lebensmittelpunkt der Liebe wegen nach Hamburg verlegte, trat er den GRÜNEN bei und mischte in der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Natur und Umwelt mit. „Mein erster Termin war eine Hafenumrundfahrt“, erinnert er sich. „Es ging um Problematiken rund um die Hafenumwelt, ein dröges Thema, das auf diese Art und Weise ein Gesicht bekam.“ Beruflich macht er in der Hansestadt erst einmal vier Jahre lang den Spagat zwischen seinen beiden Leidenschaften, der Natur und dem Kino. In der Umweltbildung und bei den Lesbisch Schwulen Filmtagen Hamburg war er tätig, bevor er 2010 den Posten des Geschäftsführers der GRÜNEN Fraktion Hamburg-Nord antrat. Ein Jahr zuvor hatte er einen Sitz im

Umweltausschuss der Fraktion eingenommen. Und schon seit 2008 arbeitet er im Regionalausschuss mit, in dem er die Interessen von Barmbek und Dulsberg vertritt. „Ich hatte Lust, lokale Politik in meinem Stadtteil zu machen“, erläutert Reiffert, der in Barmbek-Süd lebt. „Mobilität“ sei eines der prägendsten Themen, vom Bürgersteig vor der Haustür über Bushaltestellenverlegung bis Straßensanierung. Es mache Spaß zu sehen, was sich da alles bewegen ließe. „Am Rübenkamp haben wir gemeinsam als Regionalausschuss am Zugang zum S-Bahnhof eine Fußgängerampel gefordert“, gibt er ein Beispiel, „es hat zwei Jahre gedauert, aber heute haben wir per Ampel eine sichere Querung – solche Erfolge motivieren.“

Im Bereich Umwelt liege ihm daran, „aus dem, was möglich ist, das Beste zu machen“, sagt er in Hinblick auf die eingeschränkte Zuständigkeit des Bezirks, der darüber hinaus mit „chronischer Unterfinanzierung“ zu kämpfen habe. Straßenbäume, Grünanlagen und Naturschutzgebiete sind Themen, auf die er als Abgeordneter Einfluss nehmen kann. „Mit Straßenbäumen geht man zum Beispiel im Bezirk sehr sensibel um. Da kann ich auf die Verwaltung vertrauen“, weiß er nach bald zehnjähriger Zusammenarbeit. Auch die Gelder für Maßnahmen in den drei Naturschutzgebieten im Bezirk können auf dem Erfolgskonto der GRÜNEN verbucht werden.

Darüber hinaus versteht Reiffert sich als Vermittler zwischen Bürger*innen und Behörde: „Eine unserer wichtigsten Rollen ist es, Ideen aus der Bevölkerung aufzugreifen und an die Verwaltung heranzutragen – und andersherum.“ Beispiel Urban Gardening: „Wir als rot-grüne Koalition unterstützen diese moderne Form des Gärtnerns in der Stadt. Die Vernetzung von Aktiven ist spannend zu erleben und wir tragen das Ganze politisch mit, helfen auch bei der Suche nach geeigneten Flächen“, erläutert der Diplom-Landschaftsökologe, der seinerseits durch Mitgliedschaften im BUND, NABU und Botanischem Verein Hamburg und als Sprecher der LAG Natur und Umwelt zahlreiche Kontakte hat. Gleichzeitig brauche die Verwaltung Rückendeckung durch die Politik. „Wilde Ecken in Parks sind uns herzlich willkommen. Wir stehen hinter dem Ansatz, auch in der Großstadt Verständnis der Bevölkerung für eine nur auf den ersten Blick „ungeordnete“ Natur zu schaffen“, gibt er ein Beispiel. Fest steht für ihn: „Die Bandbreite an kommunalen Themen ist riesig, da wird es nicht langweilig. Die Spielräume, die der Bezirk hier hat, möchte ich optimal nutzen!“



Erholung und Naturschutz lassen sich gut kombinieren: Im Barmbeker Johannes-Prassek-Park gibt es nicht nur Bänke und Kinderspielplätze, sondern auch eine bunte Wildblumenwiese, Obstbäume und Nistkästen.



NATURSCHÖNHEITEN SICHTBARER MACHEN

Drei Naturschutzgebiete werden vom Bezirk Hamburg-Nord betreut: das Raakmoor, das an Langenhorn angrenzt, geografisch aber im Bezirk Wandsbek liegt, das Rothsteinsmoor in Langenhorn und das Eppendorfer Moor in Groß Borstel. Sie zeichnen sich durch eine vielgestaltige Pflanzen- und Tierwelt aus, sie sind zum Beispiel Lebensraum für Brutvögel, seltene Schmetterlingsarten, Insekten und Fledermäuse. Gleichzeitig bieten sie den Hamburger*innen mitten in der Stadt Naturerleben und Erholung.

Die GRÜNEN haben 2013 angeregt, die Naturoasen mittels informativer Hinweistafeln für Besucher*innen attraktiver zu machen. Außerdem sollten die baufälligen Beobachtungskanzeln ersetzt werden, die einen guten Blick auf die oft von Wasservögeln besuchten Teiche ermöglichen.

Die damalige umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN, Ulrike Sparr, erläuterte: „Uns ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger, die diese Gebiete aufsuchen, einen Eindruck von deren Vielfalt und Schönheit bekommen. Leider nimmt der Senat seine Verantwortung dafür nicht ausreichend wahr, so dass wir bezirkliche Gelder verwenden müssen.“ Die GRÜNEN beantragte 40.000 Euro aus dem bezirklichen Gestaltungsfonds für die Konzeptionierung und Anschaffung von Infotafeln, Online-Informationen und Flyern sowie für die Reparaturen vor Ort.

Eine Große Anfrage der GRÜNEN deckte 2014 auf, dass laut Bezirksamt eine generelle Unterversorgung mit finanziellen Mitteln zur Pflege und Entwicklung der Naturschutzgebiete bestand. Ein Einhalten der jeweiligen Erhaltungsziele und damit die Bewahrung des Naturerbes des Bezirks war damit akut gefährdet. Die Bezirksversammlung beschloss einstimmig einen Antrag der GRÜNEN, in dem die Umweltbehörde gebeten wurde, dem Bezirk für die Umsetzung der Pflegekonzepte der Schutzgebiete die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

In ihrer Antwort, die keine Aussicht auf weitere Gelder machte, wies die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf ein aktuelles Verfahren zur Erweiterung der Flächen des NSG Eppendorfer Moor hin. Im Januar 2015 gab der Senat Entsprechendes bekannt. Die Ausdehnung ging auf einen

Beschluss der Bezirksversammlung von 2012 zurück.

Christoph Reiffert, umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, sagte dazu: „Wir freuen uns sehr, dass der Senat dem Wunsch des Bezirks nachkommt, diese wichtigen Moorflächen in das Schutzgebietsnetz aufzunehmen. Damit nimmt die Fläche der Naturschutzgebiete, die unser Bezirk verwaltet, auf einen Schlag um fast 20 % zu.“ Gleichzeitig kritisierte er, dass der Bezirk trotz der größeren Fläche nicht mehr Geld vom Senat für den Unterhalt des Gebietes erhalten sollte. Mit nur 11.000 Euro im Jahr stünden weniger als zwei Cent je Quadratmeter Schutzgebiet zur Verfügung, machte Reiffert deutlich.

Ein Erfolg vor Ort konnte dann im Mai 2015 verbucht werden: Auf Antrag der GRÜNEN beschloss die Bezirksversammlung einstimmig, die drei bezirklichen Naturschutzgebiete attraktiver für die Öffentlichkeit zu machen und die beantragten 40.000 Euro für die Erstellung und Umsetzung eines umfangreichen Konzepts zur Naturinformation mit Hilfe von Flyern und Schildern bereitzustellen. Vier Beobachtungskanzeln sollten erneuert bzw. neu erstellt werden, wobei die Umweltbehörde zwei Kanzeln aus ihrem Etat finanzieren wollte. Für zwei weitere Kanzeln und Reparaturen wurden weitere 34.500 Euro zur Verfügung gestellt.

„Die neuen Beobachtungskanzeln im Eppendorfer Moor werden dazu beitragen, die Schönheit der dortigen Teiche genießen zu können. Und wenn künftig dort und auch in den anderen Schutzgebieten Raakmoor und Rothsteinsmoor noch eine Reihe von informativen, schön gestalteten Tafeln auf die Besonderheiten der Moorlandschaften hinweist, wird ganz nebenbei auch noch etwas Wissen über unsere Natur vermittelt. Die geplanten Flyer runden das Angebot zur Naturinformation ab“, freute sich Christoph Reiffert über die erfolgreiche Initiative der GRÜNEN. „Gerade in so dicht besiedelten Bezirken wie Hamburg-Nord sind Naturschutzgebiete nicht nur wichtig für die Ökologie, sondern dienen auch als wichtiger Ruheort für die Bevölkerung. Letztlich gilt immer: Was der Mensch kennt, das ist er eher bereit zu schützen. Deshalb ist es gut und sinnvoll, Gelder in Naturinformation zu investieren.“



MEHR VIelfALT WAGEN

GRÜNE SETZEN SICH FÜR MEHR NATUR UND GRÖßEREN ARTENREICHTUM IN PARKS UND GRÜNANLAGEN EIN

„Spielräume für mehr Naturnähe nutzen!“, lautete das Motto eines Antrags, den die GRÜNEN gemeinsam mit der SPD im Dezember 2014 in die BV einbrachten. Der Bezirk solle in Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden Flächen in Parks und Grünanlagen benennen, die für eine naturnähere Pflege geeignet sein könnten.

„Bislang ist der Naturschutzwert der Parks und Grünanlagen leider oft nicht besonders hoch. Durch eine angepasste Pflege könnte er deutlich gesteigert werden. Eine naturnähere Pflege kostet aber meist mehr Geld, da sie aufwändiger durchzuführen ist. Hier wollen wir, dass mit der angekündigten Erhöhung der Senatszuweisung für die Grünflächen ein Einstieg in mehr Naturnähe gelingt. Die Spielräume, die sich für die Stadtnatur jetzt bieten, sollten unbedingt genutzt werden“, erläuterte Christoph Reiffert, umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion, die Hintergründe. Naturnahe Pflege bedeutet zum Beispiel, dass geeignete Teilbereiche seltener gemäht werden, so dass mehr wildlebende Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum finden können. Gleichzeitig kann so das Biotopnetz der Stadt gestärkt werden. Als positive Beispiele für solche vielfältigen Areale gelten der kleine Park am Wendebecken Langenfort in Barmbek-Nord, in dem sich Trockenrasen, Obstbäume und eine blühende Wiese am Lauf der Seebek finden. Auch im Johannes-Prassek-Park in Barmbek-Süd gibt es einen Wildwiesenhang und Obstbäume sowie Nistkästen im alten Baumbestand.

„Durch eine größere Vielfalt in den Parks steigt auch deren Wert für die Naturerfahrung und die Erholung. Denn für viele Menschen ist es sicher spannender, eine bunte Blumwiese voller Bienen und Schmetterlinge zu betrachten,

als ausschließlich kahlgeschorene Rasen“, meint Reiffert. Mit dem Antrag unterstützten die GRÜNEN auch die Forderung des Hamburger Naturschutzverbandes NABU, der die Bezirke im Mai 2014 in Anbetracht der bevorstehenden Wahl zu den Bezirksversammlungen dazu aufrief, ihrer Verantwortung für den Erhalt der Artenvielfalt besser nachzukommen. Durch zunehmende Flächenversiegelung und fehlenden politischen Willen zur ökologischen Pflege der Grünanlagen sei diese bedroht.

„Der Bezirk Hamburg-Nord zeigt bereits vielfach guten Willen. Auf unseren Antrag hin werden zum Beispiel vermehrt Obstgehölze gepflanzt, die sowohl für die Umweltbildung nutzbar sind als auch einer Vielzahl von Insekten und Vögeln nützen. Leider ist die Mittelausstattung des Bezirks im Umweltbereich aber generell viel zu gering. (...) Deshalb wollen wir in der kommenden Legislatur alles daran setzen, die Fachbehörde zu überzeugen, dass die wichtigen Ziele des Erhalts unseres Naturerbes ohne eine bessere Mittelausstattung nicht erreicht werden können“, hatte dazu die damalige GRÜNE Sprecherin für Umwelt, Ulrike Sparr, Stellung genommen.

Die insgesamt viel zu knappen Finanzmittel für die Grünanlagen und die daraus resultierende dauerhafte dramatische Unterfinanzierung führe dazu, dass nur die notwendigsten Maßnahmen der Verkehrssicherung erledigt werden könnten, kritisierten die GRÜNEN. Ökologische Belange in der Pflege würden in dieser Situation hintenüberfallen. Ab 2018 soll sich die Situation ändern: Bestimmte Aufgaben werden dann von der Zuständigkeit des Bezirks in die Hände der Stadt übergehen, die dadurch freigesetzten bezirklichen Gelder sollen unter anderem für die Pflege der Grünanlagen eingesetzt werden. 🌱



Im Frühjahr bedecken zehntausende Blüten der Buschwindröschen den Boden im Sierichschen Gehölz, dem westlichen Teil des Stadtparks am Planetarium



Tafeln informieren über ein ökologisches Projekt des Nabu im Stadtpark



Auch mitten im Stadtpark gibt es naturnahe Bereiche mit Teichen und Sumpfpflanzen, in denen Iris und Rohrkolben wachsen



Die zerstörte Kate bot ein trauriges Bild. Seit Sommer 2016 erforschen nun aber wieder Kinder den nahen Teich.

EIN ORT FÜR JUNGE NATURFORSCHER*INNEN

Umweltbildung und Naturpädagogik für Kinder werden von den GRÜNEN unterstützt. Nachdem im September 2014 die reetgedeckte Kate im Kellinghusenpark, die der Umweltverband BUND seit fast zwanzig Jahren als „Haus der BUNDten Natur“ zu Umweltbildungszwecken genutzt hatte, bis auf die Grundmauern niedergebrannt war, initiierten die GRÜNEN einen Antrag, der den Wunsch nach Wiederaufbau der Einrichtung betonte und dem BUND beim geplanten Wiederaufbau politisch den Rücken stärkte. Die Bezirksversammlung nahm den Antrag einstimmig an. Gleichzeitig lud sie Vertreter*innen des BUND zum Umweltausschuss ein, um über den Stand der Dinge und Möglichkeiten zur Fortsetzung der BUND-Aktivitäten im Quartier zu diskutieren.

Christoph Reiffert, GRÜNER Sprecher für Umweltpolitik: „Hier wurde mitten in der Stadt das Konzept ‚Bildung für

nachhaltige Entwicklung‘ in die Praxis umgesetzt! Unzählige Kinder, viele Kitagruppen und so manche Schulklasse keicherten im Teich oder untersuchten die nähere Umgebung, um mehr über die Natur zu erfahren. Für uns GRÜNE ist klar, dass wieder ein Ort der Umweltbildung im Kellinghusenpark geschaffen werden sollte. Im Umweltausschuss wollen wir gemeinsam mit dem BUND schauen, was wir als Bezirk dazu beitragen können, dass auch künftig Umweltbildung im grünen Herzen Eppendorfs ihren Platz hat.“

Im Mai 2016 konnte der Betrieb in der neu errichteten Kate starten. Fast jeden Nachmittag treffen sich Kinder- und Jugendgruppen im neuen Haus. Hier können die jungen Forscher*innen auf spielerische und erlebnisorientierte Weise bei Streifzügen durch den Park über altersgerecht aufbereitete Umwelt-Projekte und Mitmach-Werkstätten eigene Naturerfahrungen machen.



Das „Haus der BUNDten Natur“ gehört dem Bezirk Hamburg-Nord und wird vom BUND angemietet. Für viele Schulklassen, besonders aus Eppendorf, ist ein Besuch der Reetdachkate fester Bestandteil des Lehrplans.

PROJEKT „DIE STADT IM KLIMAWANDEL“

„Was ist, unter besonderer Berücksichtigung des Klimawandels und demographischen Entwicklungen, gesamtstädtisch und -gesellschaftlich von größerer Bedeutung: die Schaffung neuen Wohnraums oder der Erhalt bzw. die Ausweitung urbaner Grünflächen?“ – eine spannende Frage, die die GRÜNEN zusammen mit angehenden Stadtplaner*innen und Stadtgeograph*innen diskutierten.

Einen für die Politik ungewöhnlichen Weg gingen die GRÜNEN im Jahr 2012: Die Fraktion suchte aktiv den Dialog mit der Wissenschaft, um die Auswirkungen des Klimawandels auf Stadtentwicklungsprozesse zu beleuchten und entsprechende Handlungsoptionen zu erlangen. Dazu tauschte sich der Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz an der HafenCity Universität (HCU) mit Studierenden des Studiengangs Stadtplanung aus. Konkret ging es um aktuelle Konflikte zwischen Wohnungsbebauung und Grünflächenerhalt bei Planungsprozessen in Hamburg-Nord. Auch ein Vertreter eines in Groß Borstel von Wohnungsbauplanungen betroffenen Kleingartenvereins schilderte den Studierenden die Problemlage innerstädtischer Nachverdichtung aus



Ausnahmsweise im Einsatz gegen Grün: Christoph Reiffert (links) und Carmen Wilckens von der GRÜNEN Fraktion Nord und Martin Bill (Bürgerschaftsabgeordneter) nahmen an einer Aktion teil, bei der alles überwuchernde Neophyten im Stadtpark entfernt wurden.

Sicht der Kleingärtner*innen.

„Wir haben uns als GRÜNE klar für eine innerstädtische Nachverdichtung ausgesprochen und unterstützen die Wohnungsbauvorhaben im Bezirk. Wir sind aber auch der Meinung, dass der Konflikt zwischen Nachverdichtungswünschen und innerstädtischen Grünflächen zu den wichtigsten bezirklichen Themen gehört. Meist gibt es dabei Konflikte um die Bebauung von Kleingärten und Grünflächen. Diese haben auch eine

wichtige Bedeutung für das Stadtklima – ein Thema, das auch die Hamburger Hochschulen beschäftigt. Deshalb sind wir auf die HCU und die Uni Hamburg zugegangen“, erläuterte Werner-Boelz.

Im darauf folgenden Semester fand im Großen Sitzungssaal des Bezirksamts Hamburg-Nord zudem ein öffentliches Planspiel statt, bei dem Studierende des Geographischen Instituts der Universität Hamburg, die sich vorher intensiv mit dem Thema „Nachverdichtung“ auseinandergesetzt hatten, Lösungsmöglichkeiten anhand der beiden größten und auch umstrittensten Bauvorhaben im Bezirk Nord aufzeigten: dem Hebebrandquartier und dem ehemaligen Güterbahnhof Lokstedt. Die Studierenden schlüpften dabei in die Rollen von Naturschützer*innen, Investor*innen, Wohnungssuchenden, Klimaexpert*innen, Vertreter*innen von Anwohner*innen-Initiativen, Stadtplaner*innen, Politiker*innen etc. Als „Expert*innengremium“ diskutierten sie aktuelle Entwicklungen im Bezirk und versuchten gemeinsam, innovative Lösungsansätze für den Flächennutzungsdruck in einer wachsenden Metropole zu finden.



Carmen Wilckens, Thorsten Schmidt und Christoph Reiffert unterstützten 2012 den Naturschutzbund (Nabu) bei seinem Gewässernachbarschaftstag am Bornbach in Langenhorn. Mehrere Tonnen Findlinge, Kies und Holz wurden in das Bachbett eingebracht. Durch diese Pflege- und Aufwertungsmaßnahmen wird die Qualität der Bäche verbessert, indem vielfältige Strukturen im Bachbett entstehen, die Tieren und Pflanzen als Siedlungsraum dienen können.



Kartoffeln im Hochbeet



Topinambur-Ernte aus dem Hochbeet



Reiche Ernte im Herbst



Kapuzinerkresse und Mangold

URBAN GARDENING

JUNGES GEMÜSE IN DER STADT

„Alle Hamburger sollen in der Stadt gärtnern und ernten“, titelte das Hamburger Abendblatt im Sommer 2014. Aufhänger war eine Pflanzaktion der GRÜNEN im Kellinghusenpark in Eppendorf, mit der für öffentliches Gärtnern in der Stadt und Artenvielfalt geworben wurde. Dafür haben Bezirks- und Bürgerschaftsabgeordnete entlang des Bahndamms Himbeer- und Brombeersträucher gepflanzt.

„Auch bei uns soll es bald heißen: 'Pflücken erlaubt' statt 'Betreten verboten'. Parks und Grünanlagen sind für alle da“, zitierte das Abendblatt Jens Kerstan, damals GRÜNEN-Fraktionschef in der Bürgerschaft und heute Umweltsenator. „Wir wollen, dass die Hamburger in ihrer Nachbarschaft gärtnern und ernten können.“ Als Vorbild dienen Projekte wie in Berlin, wo bereits Flächen für die ökologische Landwirtschaft ausgeschrieben sind, oder Obstbaumwiesen in Parks.

Auch private Initiativen werden von den GRÜNEN unterstützt: Auf Antrag von GRÜNEN und SPD beschloss der Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord im Sommer 2016 finanzielle Unterstützung für zwei Urban Gardening-Projekte. Die Initiative FuhsGarden und der Verein DAGO Kinderlobby e.V. wurden mit insgesamt gut 2.000 Euro bedacht.

FuhsGarden baut seit 2015 in Barmbek-Nord sowohl in Hochbeeten als auch auf einem Areal am Wendebecken Langenfort nach ökologischen Kriterien Gemüse an. An der Meenkweise pflanzt und pflegt der Verein DAGO Kinderlobby e.V. bereits seit einigen Jahren gemeinsam mit Kindern in der dortigen Grünanlage verschiedenste Blumen und weitere Pflanzen.

„Mit den beschlossenen Mitteln unterstützen wir tolles bürgerschaftliches Engagement. Urban Gardening vermittelt in Zeiten von industrialisierter Nahrungsmittelproduktion Wissen über den natürlichen Anbau von Nahrungsmitteln. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird in der Stadt die Natur nähergebracht“, freute sich Christoph Reiffert, GRÜNEN-Sprecher für Umwelt. „Wir wünschen uns noch viele ähnliche Projekte und haben immer ein offenes Ohr für Initiativen, die die Stadt gerade auch im Kleinen wieder ein Stück grüner machen wollen.“

Vorläufer dieser Initiativen ist das Urban Gardening Projekt InPeLA in Langenhorn, das bereits 2012 von der GRÜNEN Abgeordneten Carmen Wilckens im Quartiersbeirat Essener Straße mit auf den Weg gebracht und aus bezirklichen Mitteln des Quartiersfonds unterstützt wurde.





Die "Vielfalt-Ampel" wurde zum Christopher Street Day 2015 installiert

BARRIEREN ABBAUEN

FÜR GEFLÜCHTETE UND FÜR MENSCHEN MIT HANDICAP

Ein Thema, mit dem sich die Bezirkspolitik in jüngster Vergangenheit besonders intensiv befasste, war die Unterstützung für Geflüchtete: Die kurzfristige Schaffung von Wohnmöglichkeiten stand dabei an erster Stelle - oftmals mit heftigen Gegenreaktionen aus mehreren Richtungen. Darüber hinaus leisteten die GRÜNEN vielfältige Hilfen in vielen Bereichen des (Zusammen-) Lebens. Initiativen, die selbstständig und unbürokratisch aus privatem Engagement heraus entstanden sind, konnten gestärkt und gewürdigt werden.

Die GRÜNEN setzen sich von jeher dafür ein, dass sich alle Menschen, insbesondere auch jene mit körperlichen Einschränkungen, möglichst frei und selbstbestimmt im Be-

zirk bewegen können. Auf Initiative der GRÜNEN Bürgerchaftsfraktion stellte die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für die Haushaltsjahre 2017/18 je eine Millionen Euro für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zur Verfügung. Aus diesem Topf hat die rot-grüne Koalition in Hamburg-Nord bereits 150.000 Euro beantragt, um den barrierefreien Umbau im Bezirk weiter voranzubringen. Außerdem wurde auf Initiative der GRÜNEN ein Konzept für ein Orientierungssystem in den Gebäuden des Bezirksamts erstellt, das zum Beispiel Sehbehinderten die eigenständige Orientierung ermöglichen soll. Für die Umsetzung des Konzepts wurden in einem ersten Schritt 50.000 Euro zur Verfügung gestellt.





Oktober 2015: Der ehemalige Anzuchtgarten des Friedhofs Ohlsdorf wird für die Unterbringung von Geflüchteten vorbereitet

WELCOME TO HAMBURG-NORD!

Die Unterbringung von Geflüchteten war auch auf bezirklicher Ebene eine der größten Herausforderungen in den Jahren 2015 und 2016. Die GRÜNEN bezogen dabei klar Position: Es war und ist ihnen ein wichtiges Anliegen, den Kindern, Frauen und Männern menschenwürdige Lebensbedingungen zu bieten und sich für eine gute Integration einzusetzen.

In Hamburg-Nord gab es im September 2015 14 Unterkünfte mit knapp 3.300 Plätzen. Zu jener Zeit kamen täglich bis zu 500 Menschen neu nach Hamburg, mit steigender Tendenz, so dass klar war, dass kurzfristig weitere Unterbringungsmöglichkeiten aufgetan werden mussten. Geplant waren die Erweiterung und Neuschaffung von zehn weiteren Standorten mit zusätzlich 3.100 Plätzen. Dabei waren intensive Diskussionen mit Anwohner*innen der geplanten Standorte an der Tagesordnung.

Im November 2015 zum Beispiel beschloss die Bezirksversammlung einstimmig, für den Bereich des ehemaligen Anzuchtgartens am Ohlsdorfer Friedhof einen Bebauungsplan aufzustellen, der zum Ziel hat, dort dauerhafte Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen. Dies war notwendig geworden, weil Anrainer*innen die bereits laufenden Arbeiten zur Schaffung der Wohnungen durch eine erfolgreiche Klage gestoppt hatten. Der GRÜNE Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz kommentierte den Beschluss mit den Worten: „Es ist selbstverständlich, dass wir Menschen, die vor Verfolgung, Folter sowie politischer, religiöser oder rassistischer Diskriminierung fliehen, Schutz gewähren. Wenn wie derzeit täglich 500 Menschen neu in die Stadt kommen, muss Hamburg alles unternehmen, um geeignete Unterkünfte zu schaffen. Für uns steht an oberster Stelle, dass wir den geflüchteten Menschen schnell und unkompliziert helfen.“

Genau das hat der Senat in Klein Borstel versucht! Deshalb bedauern wir, dass dort nun nicht wie geplant noch in diesem Jahr für 250 Menschen Platz geschaffen werden konnte. Ausdrücklich gilt unser Dank den Schülerinnen und

Schülern aus Klein Borstel, die sich am 7. November vorbildlich für unsere Demokratie und unser Gemeinwesen eingesetzt haben. Wir haben der Durchführung des Bebauungsplanverfahrens Ohlsdorf 29 zugestimmt, damit auch Klein Borstel seinen Anteil zur Lösung der gemeinsamen Aufgabe, der Unterbringung von geflüchteten Menschen, beiträgt.“

Auch innerhalb der Bezirksversammlung galt es – ebenfalls im November 2015 – gegen Widerstände anzugehen.

Auf Antrag von SPD und GRÜNEN stellten im Rahmen einer Sitzung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude der Bezirk und ein Vertreter des Investors die Pläne für eine Bebauung in der Eppendorfer Osterfeldstraße vor. Dort sollten auf derzeit nicht intensiv genutzten Gewerbeflächen in zwei Bauabschnitten bis zu 490 Wohnungen entstehen, um sie zunächst für 15 Jahre an das städtische Unternehmen fördern&wohnen zu vermieten und sie mit bis zu 2.400 geflüchteten Menschen zu belegen.

Zu der öffentlichen Sitzung waren mehr als 150 Interessierte in den Sitzungssaal an der Robert-Koch-Straße gekommen. Neben kritischen Anmerkungen zu den Auswirkungen der Wohnbebauung auf das umliegende Gewerbe und Nachfragen zur Versorgung der neuen Bewohner*innen in Sachen Gesundheit, Kita und Schule wurde deutlich, dass Eppendorf die neuen Nachbar*innen grundsätzlich willkommen hieß. „Während andernorts Nachbarn gegen Unterkünfte klagen, ist mein Eindruck, dass sich Eppendorf seiner Verantwortung für die Unterbringung von geflüchteten Menschen gerne stellt. Die Eppendorferinnen und Eppendorfer sind ganz überwiegend bereit, ihren Teil zur Integration beizutragen“, stellte Sina Imhof, Vorsitzende des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude und Bezirksabgeordnete der GRÜNEN, fest.

Ganz anders der Eindruck, den die CDU-Fraktion vermittelte. Michael Werner-Boelz beschrieb dies folgendermaßen: „Mit großer Verwunderung müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Mitglieder der CDU-Bezirksfraktion offenbar

das Spiel der rechten Populisten betreiben und gegen eine humanitäre Unterbringung von Flüchtlingen arbeiten. So wird von Teilen der CDU-Fraktion suggeriert, es würden bewusst Informationen zur Unterkunft Eppendorf zurückgehalten. Dass dieser Vorwurf völlig absurd ist, zeigt sich schon daran, dass gestern zwei Stunden lang öffentlich über die Pläne geredet wurde.

Für viel gefährlicher halten wir aber, dass die CDU im Norden des Bezirks nun sogar Unterschriftensammlungen gegen Flüchtlingsunterkünfte startet. Konkrete Vorschläge, wo und wie die bereits hier lebenden Flüchtlinge unterzubringen sind, macht die CDU nicht. Sie geht jetzt aber über in eine Fundamentalopposition und bekämpft jede Flüchtlingseinrichtung im Bezirk.

Es ist absurd: Da macht eine christdemokratische Bundeskanzlerin endlich eine Politik auf humanitärer Grundlage, dann rebelliert die CDU-Basis und bekämpft eben diesen Humanismus. Es gibt gute Gründe, weshalb das Asylrecht im Grundgesetz verankert ist. Wir GRÜNEN stehen zu unserer Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen – und wundern uns, dass Mitglieder ‚christlicher‘ Parteien in diesen Zeiten daran erinnert werden müssen.“



Für ein Jahr waren in Räumen des Museums der Arbeit in Barmbek geflüchtete Frauen und Kinder untergebracht. Der Bauzaun, der rings um das Gebäude als Sichtschutz diente, wurde bunt verziert.

Letztlich kam es wegen überzogener Forderungen des Investors leider nicht zur Realisierung des Vorhabens. Die GRÜNEN bedauerten dies, denn Wohnraum für Geflüchtete (und später für jedermann) wäre in dieser zentralen, gut erschlossenen Lage sinnvoll gewesen. Eppendorf als wohlhabender Stadtteil hätte hier optimal seinen Beitrag zur Integration leisten können. 🌱

AKTUELLE STUNDE ZUM VOLKSENTSCHEID FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG: RECHT AUF WOHNEN NICHT ZUR ABSTIMMUNG STELLEN!

Die Bezirksversammlung debattierte im März 2016 in einer Aktuellen Stunde über die Volksinitiative zur Flüchtlingsunterbringung. Für die GRÜNEN erklärte der Vorsitzende Michael Werner-Boelz die Position seiner Fraktion: „Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Initiative das Recht hat, einen Volksentscheid auf den Weg zu bringen – ob dieser vor dem Hintergrund des grundgesetzlich garantierten Asylrechts rechtlich zulässig ist, müssen Juristen bewerten.“

Das Ziel der Initiative ‚Hamburg für gute Integration‘ ist, dass keine Unterkünfte mit mehr als 300 Flüchtlingen geschaffen werden und diese einen Mindestabstand von 1.000 Meter Luftlinie zueinander haben müssen. Wir glauben nicht, dass dies realistisch umsetzbar ist.

Flüchtlingsunterbringungen werden meist völlig unabhängig von der Größe bekämpft: In Klein Borstel geht es um eine Unterkunft mit nur 700 Plätzen, in Harvestehude wurde gegen eine Einrichtung mit 200 Plätzen geklagt und die CDU in Langenhorn macht sogar mobil gegen eine Unterkunft für nur 60 minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge. Egal, wo in der Stadt in welcher Größe auch immer Unterkünfte gebaut werden sollen – immer wird es vor Ort Leute geben, die das für unzumutbar halten.

Die Politik der Volksinitiative läuft aus unserer Sicht faktisch auf einen Volksentscheid über Obergrenzen in den Quartieren hinaus. Das wird die Stimmung in der Stadt weiter vergiften! Im Übrigen werden mit dieser Politik auch nicht die Fluchtbewegungen reduziert, geschweige denn, die Fluchtursachen bekämpft.

Solange die 62 reichsten Menschen der Welt über so viel Einkommen verfügen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – rund 4 Milliarden Menschen – wird die Hoffnung der Armen auf ein besseres Leben nicht versiegen. Solange Ungleichheit, Bürgerkrieg, Krieg, Folter und Vertreibung ebenso zur weltweiten Tagesordnung gehören wie Umweltkatastrophen, werden sich Menschen weltweit auf den Weg machen, einen besseren Ort für die Erfüllung des Traums vom glücklichen Leben zu finden! Abschließend sei aus der Erklärung des Vereins Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg zur Volksinitiative zitiert: ‚Menschenrechte und Menschenwürde sind nicht verhandelbar und sollten nicht zur Abstimmung gestellt werden. Dazu gehört das Recht auf Wohnen für alle Menschen in dieser Stadt.‘ Dem ist nichts hinzuzufügen.“



ANIL KAPUTANOĞLU: BEI IHM STEHEN DEUTSCH UND DIVERSITY AUF DEM STUNDENPLAN

„Die soziale Vielfalt hier ist unfassbar groß“, das kommt Dr. Anil Kaputanoğlu als erstes in den Sinn, wenn er seinen Stadtteil beschreiben soll. 1999 ist er von Süddeutschland nach Hamburg gekommen. „Barmbek war schon damals mein Wunschort“, sagt er. Vor sechs Jahren ist er endlich fündig geworden, hat eine Genossenschaftswohnung in der Nähe des Bürgerhauses bezogen. „Man merkt noch auf Schritt und Tritt, dass Barmbek eine Arbeitersiedlung war, auch wenn es heute vor allem ein grüner Stadtteil mit guter Infrastruktur ist – und es für mich immer noch viel zu entdecken gibt“, stellt der 50-Jährige fest.

Der Umzug nach Barmbek war gleichzeitig Startsignal für sein politisches Engagement. Kurz vorher war er Mitglied der GRÜNEN geworden, nachdem er schon „seit er denken könne“ grün gewählt habe. „Von da an ging es richtig los“, sagt er. In der GRÜNEN Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Migration und Flucht machte er erste Erfahrungen. Bis heute ist er dort aktiv. „Ich bin von Haus aus ein politisch interessierter Mensch und finde es wichtig, eigene Positionen zu entwickeln“, sagt der gebürtige Pforzheimer, der in Karlsruhe Germanistik studiert und sich schon im Rahmen seiner Promotion zu deutsch-türkischer Gegenwartsliteratur mit dem Thema „Migration“ auseinandergesetzt hat.

Multikulti, das sei in den 80ern sehr platt gewesen und schnell in die Kitsch-Schublade gewandert, erinnert er sich. Die GRÜNEN seien damals die einzigen in der Parteienlandschaft gewesen, die sich intensiv mit Migration in Zusammenhang mit Bürgerrechten beschäftigt hätten. Heute werde das Thema unter dem Oberbegriff „Diversity“, also Vielfalt, kompetent angegangen. In der LAG Migration und Flucht ebenso wie als Mitglied in den Ausschüssen für Soziales, Gesundheit und Integration sowie für Kultur, Bildung und Sport der Bezirksversammlung Hamburg-Nord will er seinen geisteswissenschaftlichen Blickwinkel und die „soziologische Denke“ in eine teilweise stark von Pragmatismus geprägte Diskussion einbringen. „Wichtig ist der differenzierte Blick, weg vom ethnischen Background“, meint der Barmbeker. Genauso wie Toleranz nicht bedeute, alles zuzulassen, sondern sich mit Andersartigkeit auseinanderzusetzen.

In der Debatte legt Kaputanoğlu, der 2016 Bezirksabgeordneter wurde, Wert auf einen sachlichen Umgangston. Der findet sich nicht überall. „Als in der Bezirksversammlung eine Minderheit „besorgter Bürger“ gegen Unterkünfte für Geflüchtete protestierte, kühlte sich die Atmosphäre schlagartig ab. Fakten fanden da keinen Zugang mehr“, berichtet er. Als positiv hat er hingegen Info-Veranstaltungen des Bezirks und den Dialog mit Bürgerinitiativen erlebt. Auch die Herangehensweise der Bezirksverwaltung kann er unterstützen: „Senioren, Jugend, Menschen mit Behinderung, Migranten... es gibt viele ‘Gruppen‘ im Bezirk, und die Verwaltung überlegt intensiv, wie man sie alle einbeziehen kann.“ Themen und Initiativen miteinander verknüpfen, Netzwerke im Quartier nutzen und ausbauen, eine „Woche der Vielfalt“ mitorganisieren, die das Bewusstsein für Vielfalt im Bezirk stärken soll, das sind die Dinge, die ihm wichtig sind. Dabei weiß er: „Wenn man etwas erreichen will, muss man den Weg der Kompromisse gehen.“

Anregungen für die Arbeit im Bezirk liefert ihm auch seine berufliche Tätigkeit: Seit über zehn Jahren leitet er Deutschkurse für Zuwanderer und Zuwanderinnen. Was sie bewegt, wo die Probleme liegen, erfährt er hier aus erster Hand. „Wir brauchen neue Integrations- und Diversitätskonzepte“, ist Kaputanoğlu überzeugt. Dazu müssten sich die Bezirkspolitiker*innen stärker auf Landesebene Gehör verschaffen – „denn wir sind die Fachleute vor Ort“. Sein Beispiel für gelungene Integration: Der von den GRÜNEN initiierte bezirkliche Sonderfonds für Sportvereine, der mit 100.000 Euro Angebote fördert, die Geflüchtete zum Mitmachen anregen. Anil Kaputanoğlu stellt fest: „Das schafft echte Kontakte und bezieht die Menschen beider Seiten aktiv ein.“

KULTURHAUS ELLA FÜR ALLE

Für den barrierefreien Umbau des ella Kulturhauses in Langenhorn hat sich die GRÜNE Fraktion 2015 stark gemacht: Neben einer Erweiterung des Hauses sollte eine Rampe im Eingangsbereich angebaut und ein behindertengerechtes WC geschaffen werden. Die GRÜNEN setzten sich dafür ein, dass die zum Umbau fehlenden 100.000 Euro aus bezirklichen Mitteln beigesteuert wurden. „Uns freut besonders, dass es künftig barrierefrei möglich sein wird, das Haus zu betreten. Insbesondere ehrenamtlich engagierte Seniorinnen und Senioren sind eine wichtige Stütze des ella-Betriebs. Ihnen wird der Zugang endlich erleichtert. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Ziels der Inklusion ist diese Maßnahme ein wichtiger Baustein, Stadtteilkultur für alle erlebbar zu machen“, betonte Jessica Kratt, die damalige sozialpolitische Sprecherin der Fraktion.



Das ella Kulturhaus in Langenhorn

SOFORTHILFE, BEGEGNUNG UND INTEGRATION: VORBILDICHE PROJEKTE FÖRDERN

Die GRÜNEN setzten sich insbesondere für die finanzielle Förderung von Initiativen ein, die sich um die ankommenden Menschen gekümmert haben und dies weiterhin tun.

Zur Stärkung ihres bürgerschaftlichen Engagements beantragte Rot-Grün in der Bezirksversammlung im Dezember 2015 erfolgreich für die Eppendorfer Mietergenossenschaft Falkenried-Terrassen eG 5.000 Euro. Seit September 2015 stellten die Bewohner*innen ihren Gemeinschaftsraum an etwa 20 Tagen im Monat als Notschlafplatz für Flüchtlinge zur Verfügung, die sich auf der Durchreise in Hamburg befanden. Mit dem Geld sollten in den kommenden Monaten Kosten im Zusammenhang mit der Notunterbringung gedeckt werden. „Diese großartige Hilfsbereitschaft kann nicht weiter in vollem Umfang durch ehrenamtliche Arbeit und private Spenden finanziert werden. Deshalb unterstützen wir gerne die Falkenried-Aktiven, damit das Programm noch mindestens weitere sechs Monate lang fortgeführt werden kann“, erklärte der GRÜNE Bezirksabgeordnete Ingo Hemesath.

Im Frühjahr 2016 wurde der Kirchengemeinde St. Gertrud auf der Uhlenhorst ein Zuschuss über 15.000 Euro aus bezirklichen Mitteln für die Küchensanierung bewilligt. Zusammen mit Eigenmitteln wollte die Gemeinde umfangreiche Umbauten in der Küche des Gemeindehauses am Immenhof durchführen. Ziel war unter anderem, die intensive Arbeit der aus der Gemeinde entstandenen Aktion „Gertrud hilft“ mit

Geflüchtete, die in der Unterkunft Freiligrathstraße in Hohenfelde untergebracht sind, auszuweiten. Die Küche im Gemeindehaus Immenhof sollte noch mehr zu einem attraktiven > Treffpunkt für Menschen verschiedener Generationen und Kulturen werden – mit gemeinsamem Essen als zentralem Element für einen Austausch und ein Kennenlernen.

Dazu sagte Jessica Kratt, damalige haushaltspolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion: „Die Quartiere in Hamburg haben die wichtige Aufgabe der Integration unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dafür bedarf es geeigneter Räume, in den Begegnungen von alteingesessenen und neuen Hamburgerinnen und Hamburgern stattfinden können. Die Gemeinschaftsräume in den Unterkünften sind aber sehr begrenzt und bieten selten ausreichende Möglichkeiten, gemeinsam zu kochen und zu essen. Die Kirchengemeinde St. Gertrud möchte deshalb einen Ort nicht nur der kulinarischen, sondern auch der sozialen Begegnung schaffen und ihrer Initiative ‚Gertrud hilft‘ so noch bessere Rahmenbedingungen für ihr tolles Engagement bieten. Ich bin überzeugt davon, dass der Zuschuss zur Küchenumgestaltung sehr gut investiertes Geld ist. Denn nur aus Begegnung miteinander entstehen Verständnis füreinander und eine gemeinsame Ebene – auch jenseits von Sprachbarrieren!“

Die Initiative „Welcome to Barmbek“ wurde im Jahr 2016 beim Aufbau eines selbstverwalteten Begegnungszen-



Demo für Flüchtlinge: Klein Borstel zeigt großes Herz

Fast 1000 Teilnehmer zogen durch die Straßen und setzten sich für die Flüchtlingsunterkunft und gegen den Baustopp ein



Von STEPHANIE LAMPRECHT
Von wegen „Terrie-Demo“: Fast 1000 Menschen, vom Kind bis zum Rentner, fanden sich gestern zu der größten Demo zusammen, die das gutbürgerliche Klein Borstel je gesehen hat. Klare Statement: „Wir sind für die Flüchtlingsunterkunft!“ Die jungen Organisatoren waren überwältigt.
Erst vor wenigen Tagen haben einige Klein Borsteler einen gerichtlichen Baustopp gegen die Flüchtlingsunterkunft nahe dem Friedhof Ohlsdorf erstritten. Nun wollen die vielen Beiz-

örter des Bauprojektes Flagge zeigen. „Auch wir sind Klein Borstel“, steht auf dem Sprechband, das Hannah Kölle, Stella Köhler (beide 17) und Jonathan Bierimpel (18) tragen. Die drei Schüler vom Albert-Schweitzer-Gymnasium haben die Demo organisiert.
„Wir hatten so mit 300 Leuten gerechnet“, sagt Jonathan, „die Unterstützung ist gigantisch.“ Hamburg spricht durch das Megafon zur Menge, sichtlich aufgegriffen. „Wir fordern die Aufhebung des Baustopps“, ruft sie unter Applaus.
Viele der Demonstranten wohnen in dem Neubaugebiet, an dessen Rand die Stadt 13 Modulhäuser für 700 Flüchtlinge bauen will. Im B-Plan ist für die Fläche aber eine „Friedhofbezogene Nutzung“ festgeschrieben, darauf berufen sich die Gegner vor Gericht.
Lena Bierimpel (24) spricht in einer sehr persönlichen Rede die Kläger direkt an: „Ich habe früher auf einige eurer Kinder aufgepasst. Ist euch klar, dass eu-

er Kinder keine Angst haben, sondern ihr ich kann nur an eure Menschlichkeit appellieren, an euren klaren Verstand. Hier auf mit diesem fanatischen Blödsinn. Zieht eure Klage zurück. Schaltet den Anwalt aus und das Licht im Kopf an!“ Großer Applaus.
Viele Kinder tragen selbst gemalte Schilder: „Wir haben keine Angst vor Flüchtlingen“ steht auf dem Schild von Amelie und Lilly (beide 8). Jonah (13) hat „Gebt den Menschen ein Zuhause“ auf seine geschriebene. Helene und Miriam (beide 8) tragen T-Shirts der Bürger-Initiative Klein Borstel hilft. „Es sind ja alle Menschen gleich viel wert“, stellt Helene klar. In-Sprecher Jan Billhardt erklärt: „Wir sind ein reicher Stadtteil, wir können unseren Beitrag leisten.“
Tatsächlich ist immer wieder zu hören, dass die 700 Flüchtlinge integriert werden können, dass dort, auf den 18 Hektar des einstigen Anzuchtgartens für den Friedhof, kein „Ghetto“ entstehen wird. Bei der Abschlusskundgebung am S-Bahnhof Korneweg greift Jonathan noch einmal zum Megafon: „Lasst uns Menschlichkeit über Eigennutz stellen!“ Die Stadt will den Baustopp nun durch eine Änderung des B-Plans umgehen.

in jedem Stadtteil Flüchtlinge aufnehmen, aber ihre Zahl muss verhältnismäßig sein“, sagt sie. Bei rund 3500 Klein Borsteler und 700 Flüchtlingen ergebe sich ein Verhältnis von 1,5 in Winterhude betrage es dagegen 150. „Wenn die Behörden nicht nur auf die kurzfristige, sondern auf die langfristige Hilfsbereitschaft der Anwohner zählen möchten, müssen sie die Grenzen der Machbarkeit erkennen und die Bürger stärker in die Planungen einbeziehen.“
Die Flüchtlingsinitiative „Klein Borstel hilft“ bereitet schon Maßnahmen vor
Die Flüchtlingsinitiative „Klein Borstel hilft“ fände weniger große Unterkünfte ebenfalls wünschenswert. In diesem Punkt schließen wir uns der Forderung von „Pro Asyl“ an, heißt es in einem Positionspapier. Gleichzeitig habe aber die Notwendigkeit, den Schutz suchenden Menschen möglichst schnell ein Dach über dem Kopf zu bieten, höchste Priorität. Daher akzeptiere man die Größe der aktuell im Stadtteil geplanten Einrichtung.
„Aber dennoch bleibt sie eine Herausforderung. Unso wichtiger, dass wir aktiv werden“, sagt Sprecherin Marianne Koch. Die Initiative habe schon großen Zuspruch, auch die Albert-Schweitzer-Schule, die Kirchengemeinde Maria Magdalenen und die Interessengemeinschaft der ansässigen Gewerbetreibenden hätten ihre Unterstützung zugesagt. Erste Maßnahmen würden bereits abgeschlossen.
„Wir wollen die Geflüchteten in unser Dorf integrieren und dabei unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu brauchen wir viele Ansätze, die sich engagieren, wenn möglich auch längerfristig“, sagt Marianne Koch. Sie ist zuversichtlich, dass das gelingt. „Wir leben hier alle in guter Nachbarschaft und pflegen einen respektvollen Umgang miteinander. Das sind beste Voraussetzungen.“

trums für Geflüchtete unterstützt. Auf Antrag von GRÜNEN und SPD stellte der Bezirk dafür 5.000 Euro zur Verfügung. Die BV beauftragte den Bezirksamtsleiter, bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die sogenannte Welcome-Lounge zu helfen und stellte eine Finanzierung von Miete und Nebenkosten für den Rest des Jahres zur Verfügung.

„Die „Welcome-Lounge“ hat das Potenzial, ein niedrigschwelliger Anlaufpunkt für die Geflüchteten in Barmbek und darüber hinaus zu werden. Wir unterstützen gerne diese Idee von Welcome to Barmbek und sind gespannt, ob das vorgesehene Konzept wie gewünscht greift: Ein Organisationsteam bestehend aus Mitgliedern von „Welcome to Barmbek“ und Geflüchteten soll gemeinsam die Welcome-Lounge leiten. Dass die Geflüchteten nicht „betreut“ werden, sondern sich selbst aktiv einbringen und ganz im Sinne bürgerschaftlichen Engagements mitgestalten können, halten wir für einen wirklich zukunftsfähigen Ansatz“, betonte Christoph Reiffert, GRÜNER Sprecher für Barmbek.

Flüchtlinge – Klein Borstel ist gespalten

Die Nachbarn reagieren je nach Betroffenheit gelassen oder besorgt auf die geplante Unterbringung von 700 Menschen. Offenbar gibt es erste Schwierigkeiten, Immobilien zu verkaufen

FRIEDERIKE ULRICH
OHLSDOFF :: Bislang haben die Anwohner des ehemaligen Anzuchtgartens auf Rasen, Gewächshäuser und die hohen Bäume des Ohlsdorfer Friedhofs geblickt. Jetzt kurven auf dem Grundstück Bagger herum, die laut knirschend Glas und Metallgestänge zerkrackern. Keine 30 Meter von den ersten Häusern der beschaulichen Klein Borsteler Neubausiedlung entfernt laufen die Vorbereitungen für den Bau der bislang größten Folgeunterkunft in einem Wohngebiet auf Hochstapeln. 700 Flüchtlinge sollen hier leben, die ersten 250 bereits Ende des Jahres einziehen.
Wir sind bereit, uns für die Integration zu engagieren, aber wir wollen mit ins Boot geholt werden.
Ein Anwohner

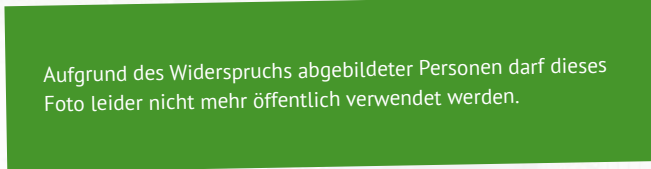
Die Nachricht hatte vor einigen Wochen eingeschlagen wie eine Bombe – und bei den Klein Borsteler unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Mittlerweile haben sich drei Bürgerinitiativen mit verschiedenen Ausrichtungen gebildet. Die Kritiker der Einrichtung, zumeist besorgte, unmittelbare betroffene Nachbarn, haben sich zu „Lebenswertes Klein Borstel“ zusammengeschlossen. Die Gruppe „Gemeinsam für Klein Borstel“ ist nicht gegen die Unterkunft an sich, hält die Zahl von 700 Flüchtlinge aber für viel zu groß. Und in „Klein Borstel hilft“ schließlich sind diejenigen vertreten, die die Größe der Einrichtung akzeptieren und sich ehrenamtlich für die Bewohner engagieren möchten.
Die Mitglieder von „Lebenswertes Klein Borstel“ haben in einem dreisei-

tigen Brief an Vertreter der Bezirkspolitik deutlich gemacht, dass sie die „Errichtung der Unterkunft für rechtswidrig und in jedem Fall in ihrer Größe für unverträglich“ hält. Sie befürchten soziale Spannungen innerhalb der Großsiedlung, die auch in die Nachbarschaft getragen werden könnten.
Es sind aber auch existenzielle Sorgen, die sie umtreiben. „Die Familien hier haben ihr Eigentum in der Regel über Kredite finanziert und sich über Jahrzehnte verschuldet“, so Sprecher Olaf Peter. „Bei Anschlussfinanzierungen, Scheidung oder berufsbedingten Umzügen droht eine finanzielle Schieflage bis hin zur Privatinsolvenz.“ Außerdem sei die Anschaffung von Eigentum eine Form der Altersvorsorge, die den Betroffenen jetzt genommen werde. Die Sorgen scheinen berechtigt zu sein. Für mehrere Häuser,

die – zum Teil wegen der geplanten Unterkunft – aktuell zum Verkauf stehen, hat sich nach Abendblatt-Informationen bislang kein Interessent gefunden. In einem Fall soll bereits ein Notartermin verabredet gewesen sein – den der potenzielle Käufer jedoch platzen ließ. Als die Pläne für die Flüchtlingsunterkunft bekannt wurden.
Besorgte Grundstücksbesitzer rechnen mit Wertverlusten bis zu 50 Prozent
Durch Erfahrungswerte aus vergleichbaren Situationen rechnet die Initiative mit einem Wertverlust der Grundstücke zwischen zehn und 30 Prozent. Bei 224 Grundstücken sei das ein Gesamtbetrag von annähernd zehn Millionen Euro und „unzumutbares Sonderopfer“, wir verstehen, dass die Stadt Hamburg schnell handeln muss“, so Peter. Am Ende müssten aber nicht

nur die Belange der Flüchtlinge, sondern auch die der Nachbarn zählen. Um diese artikulieren zu können, fordern viele Klein Borsteler einen runden Tisch. „Hier im Stadtteil gibt es viel Know-how und ein großes Bedürfnis nach Mitsprache“, sagt ein Anwohner. „Die Stadt wäre gut beraten, diese Ressourcen zu nutzen. Wir sind bereit, uns für die Integration zu engagieren, aber wir wollen mit ins Boot geholt werden.“
Einige Mitglieder von „Lebenswertes Klein Borstel“ haben jetzt den Rechtsanwalt Gero Tuttlewski eingeschaltet, der schon die Kläger gegen die Flüchtlingsunterkunft an der Sophienterrasse vertreten hat. Er soll jetzt prüfen, ob es rechtlich zulässig ist, die Klein Borsteler Unterkunft als Sofortmaßnahme (also ohne förmliches Baubestimmungsverfahren) zu errichten. „Wir möchten aber nicht mit den Klä-

gern aus der Sophienterrasse in einen Topf geworfen werden“, bittet ein Anwohner. „Uns treiben ganz andere Umstände um.“ Es fehlt etwa ein Konzept für die Integration der vielen Flüchtlinge, die mit zehn Jahren eine langfristige Herausforderung sei. Die Entscheidung über die Nutzung der Fläche sei offenbar ohne Begutachtung der Situation vor Ort erfolgt. „Die Infrastruktur ist schon jetzt überlastet“, so Olaf Peter. „Für die Kita gibt es Wartelisten, und in der Albert-Schweitzer-Schule wird ein Teil der Schüler bereits in Containern unterrichtet.“
Auch die Initiatoren von „Gemeinsam für Klein Borstel“ glauben nicht, dass eine Integration von 700 Flüchtlingen gelingen kann. Sie sammeln daher Unterschriften für eine deutliche Reduzierung. Anwohnerin Miriam Schall: „Wir müssen solidarisch sein



Die Nachricht hatte vor einigen Wochen eingeschlagen wie eine Bombe – und bei den Klein Borsteler unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Mittlerweile haben sich drei Bürgerinitiativen mit verschiedenen Ausrichtungen gebildet. Die Kritiker der Einrichtung, zumeist besorgte, unmittelbare betroffene Nachbarn, haben sich zu „Lebenswertes Klein Borstel“ zusammengeschlossen. Die Gruppe „Gemeinsam für Klein Borstel“ ist nicht gegen die Unterkunft an sich, hält die Zahl von 700 Flüchtlinge aber für viel zu groß. Und in „Klein Borstel hilft“ schließlich sind diejenigen vertreten, die die Größe der Einrichtung akzeptieren und sich ehrenamtlich für die Bewohner engagieren möchten.
Die Mitglieder von „Lebenswertes Klein Borstel“ haben in einem dreisei-

tigen Brief an Vertreter der Bezirkspolitik deutlich gemacht, dass sie die „Errichtung der Unterkunft für rechtswidrig und in jedem Fall in ihrer Größe für unverträglich“ hält. Sie befürchten soziale Spannungen innerhalb der Großsiedlung, die auch in die Nachbarschaft getragen werden könnten.
Es sind aber auch existenzielle Sorgen, die sie umtreiben. „Die Familien hier haben ihr Eigentum in der Regel über Kredite finanziert und sich über Jahrzehnte verschuldet“, so Sprecher Olaf Peter. „Bei Anschlussfinanzierungen, Scheidung oder berufsbedingten Umzügen droht eine finanzielle Schieflage bis hin zur Privatinsolvenz.“ Außerdem sei die Anschaffung von Eigentum eine Form der Altersvorsorge, die den Betroffenen jetzt genommen werde. Die Sorgen scheinen berechtigt zu sein. Für mehrere Häuser,

die – zum Teil wegen der geplanten Unterkunft – aktuell zum Verkauf stehen, hat sich nach Abendblatt-Informationen bislang kein Interessent gefunden. In einem Fall soll bereits ein Notartermin verabredet gewesen sein – den der potenzielle Käufer jedoch platzen ließ. Als die Pläne für die Flüchtlingsunterkunft bekannt wurden.
Besorgte Grundstücksbesitzer rechnen mit Wertverlusten bis zu 50 Prozent
Durch Erfahrungswerte aus vergleichbaren Situationen rechnet die Initiative mit einem Wertverlust der Grundstücke zwischen zehn und 30 Prozent. Bei 224 Grundstücken sei das ein Gesamtbetrag von annähernd zehn Millionen Euro und „unzumutbares Sonderopfer“, wir verstehen, dass die Stadt Hamburg schnell handeln muss“, so Peter. Am Ende müssten aber nicht

nur die Belange der Flüchtlinge, sondern auch die der Nachbarn zählen. Um diese artikulieren zu können, fordern viele Klein Borsteler einen runden Tisch. „Hier im Stadtteil gibt es viel Know-how und ein großes Bedürfnis nach Mitsprache“, sagt ein Anwohner. „Die Stadt wäre gut beraten, diese Ressourcen zu nutzen. Wir sind bereit, uns für die Integration zu engagieren, aber wir wollen mit ins Boot geholt werden.“
Einige Mitglieder von „Lebenswertes Klein Borstel“ haben jetzt den Rechtsanwalt Gero Tuttlewski eingeschaltet, der schon die Kläger gegen die Flüchtlingsunterkunft an der Sophienterrasse vertreten hat. Er soll jetzt prüfen, ob es rechtlich zulässig ist, die Klein Borsteler Unterkunft als Sofortmaßnahme (also ohne förmliches Baubestimmungsverfahren) zu errichten. „Wir möchten aber nicht mit den Klä-

gern aus der Sophienterrasse in einen Topf geworfen werden“, bittet ein Anwohner. „Uns treiben ganz andere Umstände um.“ Es fehlt etwa ein Konzept für die Integration der vielen Flüchtlinge, die mit zehn Jahren eine langfristige Herausforderung sei. Die Entscheidung über die Nutzung der Fläche sei offenbar ohne Begutachtung der Situation vor Ort erfolgt. „Die Infrastruktur ist schon jetzt überlastet“, so Olaf Peter. „Für die Kita gibt es Wartelisten, und in der Albert-Schweitzer-Schule wird ein Teil der Schüler bereits in Containern unterrichtet.“
Auch die Initiatoren von „Gemeinsam für Klein Borstel“ glauben nicht, dass eine Integration von 700 Flüchtlingen gelingen kann. Sie sammeln daher Unterschriften für eine deutliche Reduzierung. Anwohnerin Miriam Schall: „Wir müssen solidarisch sein

in jedem Stadtteil Flüchtlinge aufnehmen, aber ihre Zahl muss verhältnismäßig sein“, sagt sie. Bei rund 3500 Klein Borsteler und 700 Flüchtlingen ergebe sich ein Verhältnis von 1,5 in Winterhude betrage es dagegen 150. „Wenn die Behörden nicht nur auf die kurzfristige, sondern auf die langfristige Hilfsbereitschaft der Anwohner zählen möchten, müssen sie die Grenzen der Machbarkeit erkennen und die Bürger stärker in die Planungen einbeziehen.“
Die Flüchtlingsinitiative „Klein Borstel hilft“ bereitet schon Maßnahmen vor
Die Flüchtlingsinitiative „Klein Borstel hilft“ fände weniger große Unterkünfte ebenfalls wünschenswert. In diesem Punkt schließen wir uns der Forderung von „Pro Asyl“ an, heißt es in einem Positionspapier. Gleichzeitig habe aber die Notwendigkeit, den Schutz suchenden Menschen möglichst schnell ein Dach über dem Kopf zu bieten, höchste Priorität. Daher akzeptiere man die Größe der aktuell im Stadtteil geplanten Einrichtung.
„Aber dennoch bleibt sie eine Herausforderung. Unso wichtiger, dass wir aktiv werden“, sagt Sprecherin Marianne Koch. Die Initiative habe schon großen Zuspruch, auch die Albert-Schweitzer-Schule, die Kirchengemeinde Maria Magdalenen und die Interessengemeinschaft der ansässigen Gewerbetreibenden hätten ihre Unterstützung zugesagt. Erste Maßnahmen würden bereits abgeschlossen.
„Wir wollen die Geflüchteten in unser Dorf integrieren und dabei unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu brauchen wir viele Ansätze, die sich engagieren, wenn möglich auch längerfristig“, sagt Marianne Koch. Sie ist zuversichtlich, dass das gelingt. „Wir leben hier alle in guter Nachbarschaft und pflegen einen respektvollen Umgang miteinander. Das sind beste Voraussetzungen.“

MEHR SCHUTZ FÜR FRAUEN IN UNTERKÜNFTE

Mit Erfolg haben sich die GRÜNEN für den besonderen Schutz von Frauen in Flüchtlingsunterkünften eingesetzt: Die Bezirksversammlung hatte im Herbst 2015 einstimmig einen rot-grünen Antrag beschlossen, der vom Senat die zeitnahe Einrichtung von angemessenen Schutzräumen für weibliche Geflüchtete fordert, um Übergriffe auf Frauen und Kinder in Einrichtungen zu verhindern. Eine entsprechende Unterkunft wurde inzwischen im Bezirk eingerichtet.

Eine tagesaktuelle Übersicht über Erstaufnahmen (EA) und Folgeunterkünfte für Geflüchtete in Hamburg-Nord findet sich online unter gruenlink.de/10bv

Aufeinander zugehen

Die GAL vor Ort auf dem „Alsterberg“



Die GAL vor Ort: Michael Werner-Boelz und Katharina Fegebank informierten sich über das Angebot auf dem „Alsterberg“.

Foto: Effert

Es ist schön zu beobachten, dass die Kinder keinerlei Hemmungen haben, aufeinander zuzugehen - egal aus welchem Land oder Kultur sie kommen“, so Jeschonek. Am einfachsten fiel das aufeinander Zugehen an die-

sem Tag am internationalen Buffet, das einige Mitbewohner extra für die Besucher auf die Beine gestellt hatten. Hier konnte man in geselliger Atmosphäre mit den Bewohnern ins Gespräch kommen. Auch GAL-Bürgerschafts-abgeordnete Katharina Fegebank

und Michael Werner-Boelz, Fraktionsvorsitzender GAL Hamburg-Nord, statten der Unterkunft auf dem Alsterberg einen Besuch ab, um sich über die

Arbeit der Einrichtung zu informieren. „Wir freuen uns, dass mit dem Tag der offenen Tür nun eine gute Gelegenheit besteht, sich selbst ein Bild von der wichtigen Arbeit der Einrichtung zu machen“, so Werner-Boelz. „Es ist richtig, dass die Unterkunft den Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern sucht. So kann Missverständnissen und Vorurteilen vorgebeugt werden.“ Und das ist auch das auch das Anliegen von Caroline Smolny: „Ich wünsche mir, dass noch mehr Anwohner und Interessierte den Weg zu uns finden. Es sind alle herzlich willkommen.“ Für das kommende Frühjahr ist ein großes Kulturfest auf dem Alsterberg geplant - und das sehr gerne mit allen Anwohnern, so Smolny. (ne)

ENGAGEMENT ZUM THEMA „FLÜCHTLINGSPOLITIK“ IST GRÜNE TRADITION

Das Thema „Flüchtlinge“ spielt bei den GRÜNEN nicht erst seitdem mehr Menschen vor Krieg und Verfolgung bei uns Schutz suchen eine Rolle. So haben sich die GRÜNEN in Hamburg-Nord in der Vergangenheit beispielsweise stark für die Umnutzung des ehemaligen Pflegeheims Alsterberg in Fuhlsbüttel in eine Flüchtlingsunterkunft eingesetzt.

Im September 2011, rund acht Monate nach der Erstbelegung der ursprünglichen Kaserne mit Flüchtlingen, zitiert der „Markt“ anlässlich eines Tages der offenen Tür den GRÜNEN Fraktionsvorsitzenden Michael Werner-Boelz: „In der Vergangenheit gab es teils heftige Diskussionen über die Nutzung der Gebäude auf dem Alsterberg. Wir freuen uns, dass mit dem Tag der offenen Tür nun eine gute Gelegenheit besteht, sich selbst ein Bild von der wichtigen Arbeit der Einrichtung zu machen. Es ist richtig, dass die Unterkunft den Dialog mit den Anwohnern sucht. So kann Missverständnissen und Vorurteilen vorgebeugt werden.“

Im Juni 2013 brachten die GRÜNEN das Schicksal von Flüchtlingen aus Libyen auf die Agenda der BV. Die GRÜNEN forderten in einem Antrag, sowohl weiter nach Unterbringungsmöglichkeiten im Bezirk zu suchen, als auch die medizinische Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten. Außerdem sollte der Senat den Menschen eine Aufenthaltsperspektive ermöglichen. Die GRÜNEN riefen weiterhin dazu auf, eine Online-Petition zur Unterstützung der Flüchtlinge zu unterzeichnen, um ein Signal an den Senat zu senden, dass seine Politik der geplanten Abschiebung nicht gebilligt werde.

Zu mehr Toleranz und mehr Rechten für Flüchtlinge riefen die GRÜNEN im Jahr 2013 im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung im Jugendpark Langenhorn auf, der seinen Betrieb als Jugendherberge einstellen und stattdessen als Unterkunft für rund 200 Flüchtlinge und obdachlose Familien genutzt werden sollte. Carmen Wilckens, >

Sprecherin der GRÜNEN Fraktion im zuständigen Regionalausschuss, appellierte: „Ich wünsche mir von den Langenhornern, dass sie diesen in Not geratenen Menschen offen und tolerant gegenüber stehen.“

Katharina Fegebank, damals Langenhorner Wahlkreisabgeordnete und sozialpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion, ergänzte: „Weil die Zahl von Asylsuchenden ansteigt, brauchen wir auch in Hamburg dringend neue Plätze für Flüchtlinge. Es ist nachvollziehbar, dass Anwohnerinnen und Anwohner viele Fragen haben, wenn in ihrem Quartier eine neue Flüchtlings- oder Obdachlosen-Unterkunft entstehen soll. Diese Fragen müssen Politik und Verwaltung ernst nehmen. Das setzt voraus, dass sie die Menschen in der Nachbarschaft früh und umfassend über die Pläne in-

formieren. Ebenso aber muss klar sein, dass Beteiligung und Bedenken nicht für die Verhinderung einer Unterkunft genutzt werden dürfen.“

Schon im Jahr 2013 stellte Christiane Rehländer, damalige sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion Nord, in diesem Zusammenhang fest: „Es ist ein Versäumnis, kein Konzept vorzuhalten, wie man bei einem wieder ansteigenden Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten Abhilfe schaffen kann. Nun sind pragmatische Lösungen gefragt. Natürlich wünschen wir uns, dass weniger Sammelunterkünfte und mehr Wohnungen für die Öffentliche Unterbringung genutzt werden. Kurzfristig ist dies schwierig, langfristig aber fordern wir die Unterbringung in kleineren Einheiten.“

Grüne fordern: „Mehr Toleranz für Flüchtlinge“

Hamburgs Problem: Wohnraum für Flüchtlinge und Obdachlose fehlt

LANGENHORN (ers). Die dramatisch gestiegene Zahl von Flüchtlingen aus Krisengebieten in den vergangenen Monaten, die nach Deutschland kamen, hat die Bundesländer kalt erwischt.

Waren es 2007 gerade mal eben knapp 20 000 Asylbewerber, hatte sich ihre Zahl im vergangenen Jahr mehr als verdreifacht, für dieses Jahr könnten es sogar mehr als 100 000 Anträge sein – der drohende Krieg in Syrien könnte die Situation weiter verschärfen.

Schon jetzt haben Städte und Gemeinden Probleme, die Menschen, die aus Angst vor Krieg, Gewalt oder Armut ihre Heimat verlassen, unterzubringen. Hamburg prüft schon, ob es möglich ist, Flüchtlinge im Umland unterzubringen – doch auch da sind die Kapazitäten bereits erschöpft. Um dennoch eine menschenwürdige Unterbringung der Menschen gewährleisten zu können, sind Notmaßnahmen erforderlich geworden.

Die zuständige Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) und die Bezirke bemühen sich derzeit



Katharina Fegebank Foto: pi

dringend um die Ausweitung der Unterbringungsmöglichkeiten. Für eine begrenzte Zeit sollen sogar Notunterkünfte in Containerbauweise auf öffentlichen Flächen aufgestellt werden.

Zugleich nimmt in Hamburg die Zahl von Familien stetig zu, die in die Obdachlosigkeit geraten. Angesichts des fehlenden Wohnraums und aufgrund der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren nicht benötigte Plätze in der öffent-

lichen Unterbringung abgebaut wurden, muss die Stadt nun jede Unterbringungsmöglichkeit prüfen. Denn alle noch existierenden Einrichtungen sind voll belegt – in allen Hamburger Bezirken.

Auch der Jugendpark Langenhorn soll (wie berichtet) als Unterkunft für 220 Flüchtlinge und obdachlose Familien genutzt werden. Das weckt Ängste: „Idyllisch ist der Jugendpark oder Asylantenpark dann nicht mehr. Ich kann jetzt schon jede Frau davon abraten, dann alleine in den Park zu gehen. ... Wer übernimmt den Schaden, wenn eine Frau vergewaltigt wird, wenn eingebrochen wird, geklaut und überfallen, in den Garten geschissen wird. (...) Die Menschen kennen keine deutschen Gesetze, keine deutsche Sprache, wer weiß, was sie im Heimatland getan haben, Heimatländer, wo es nicht so zivilisiert, wie hier abgeht. Zu behaupten, alles wird wunderbar, ist realitätsfremd und eine bodenlose Frechheit“, wettete zum Beispiel ein Anlieger im Langenhorner Facebook-Forum.

Die Ängste sind nicht weg-



Carmen Wilckens Foto: pi

zuleugnen, auch wenn manche zunächst einmal an das eigene Portemonnaie denken und nur einen „Wertverlust“ ihrer Immobilie befürchten.

Grünen-Landeschefin Katharina Fegebank hat durchaus Verständnis für die Sorgen: „Es ist nachvollziehbar, dass Anwohnerinnen und Anwohner viele Fragen haben, wenn in ihrem Quartier eine neue Flüchtlings- oder Obdachlosen-Unterkunft entstehen soll. Diese Fragen müssen Politik

und Verwaltung ernst nehmen. Das setzt voraus, dass sie die Menschen in der Nachbarschaft früh und umfassend über die Pläne informieren. Ebenso aber muss klar sein, dass Beteiligung und Bedenken nicht für die Verhinderung einer Unterkunft genutzt werden dürfen.“

Ähnlich äußert sich die Langenhorner Grünen-Bezirksabgeordnete Carmen Wilckens: „Ich wünsche mir von den Langenhornern, dass sie diesen in Not geratenen Menschen offen und tolerant gegenüber stehen.“

DER KOMMENTAR

Wenn der Deutsche hinfällt, dann steht er nicht auf, sondern schaut, wer schadenersatzpflichtig ist.“ Tucholsky hatte schon Recht.

Offensichtlich ist in einem Land, in dem das St. Florians-Prinzip erfunden wurde, das eigene Wohlbefinden (oder der eigene Geldbeutel) bisweilen wichtiger als Menschlichkeit oder Toleranz.

Ist denn die Zeit schon vergessen, als Millionen von Menschen – darunter auch oft unsere Eltern und Großeltern – vor Krieg und Besatzung fliehen mussten? Ist es schon vergessen, wie sie auf die Hilfe von West-Verwandten oder Fremden angewiesen waren? Ist es schon vergessen, wie sie

jahrzehntelang abgelehnt wurden – als Flüchtlinge mit anderer Religion, mit seltsamen Dialekten und oft in bitterer Armut? Als Flüchtlinge, die auf Misstrauen stießen, die nicht willkommen waren und als „Fremde“ und „zusätzliche Esser“ keineswegs immer mit offenen Armen aufgenommen wurden?

Ein wenig mehr Mitmenschlichkeit, Gelassenheit und Toleranz gegenüber denen, die oft in höchster Not ihr Zuhause und ihre Heimat verlassen mussten, stände uns allen gut an. Es hat eben nicht jeder das Glück, in relativem Wohlstand in einem Land zu leben, in dem Jahrzehnte lang Frieden und Wohlstand herrschten.

Bernardo Peters

GEFLÜCHTET UND QUEER?

Mit den etwa 40.000 Personen, die Hamburg allein 2015 aufgenommen hat, sind geschätzt auch mindestens 2.000 queere (lesbische, schwule, transgender, ...) Geflüchtete in die Stadt gekommen. Diese Gruppe benötigt besonderen Schutz, da sie oftmals schon in der Heimat Repressionen und Gewalt ausgesetzt war.

Doch für eine gelingende Integration braucht es mehr als lediglich eine sichere Unterkunft: Auf Einladung der GRÜNEN-Bezirksfraktion Hamburg-Nord diskutierten im Oktober 2016 weit über einhundert Besucher*innen im übervollen Saal des Magnus-Hirschfeld-Centrums (mhc) leidenschaftlich mit den Podiumsgästen darüber, was sowohl Senat und Bürgerschaft als auch die Hamburger*innen ganz konkret tun könnten, um den neuen Mitgliedern der queeren Community das Ankommen zu erleichtern. Das Podium bildeten Katharina Fegebank, GRÜNE Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Gleichstellung, Stefan Mielchen, 1. Vorsitzender Hamburg Pride, Wiebke Fuchs, Vorstandsmitglied des mhc und zwei Vertreter der Unterstützungsgruppe Queer Refugees Support Hamburg.

Michael Schilf, GRÜNER Bezirksabgeordneter, fasste die Ergebnisse des Abends zusammen: „Konkrete Unterstützung für queere Geflüchtete ist elementar, da ihnen meistens das famili-



Das Podium der Diskussionsveranstaltung (v.l.n.r.): Michael Schilf (GRÜNE Bezirksfraktion), Stefan Mielchen (Hamburg Pride), Wiebke Fuchs (mhc), Katharina Fegebank (GRÜNE Senatorin), Katrin Jäger (Moderation), Detlef Gladys (Queer Refugee Support HH).

äre Netzwerk und die Kontakte zur Herkunftsgemeinschaft fehlen. Es war deshalb großartig zu sehen, wie viele Menschen engagiert gemeinsam daran arbeiten, dass sich queere Geflüchtete in Hamburg zu Hause fühlen können! (...)

Uns hat vor allem gefreut, dass unsere Veranstaltung Raum zur Vernetzung geben konnte: Vertreter von Queer Refugee Support Hamburg berichteten von einem Mangel an Wohnmöglichkeiten. Kurz drauf verwies ein Gast auf freie WG-Zimmer, die für queere Geflüchtete genutzt werden könnten. Alleine, dass der Abend dazu geführt hat, solche Kontakte zu knüpfen und den Austausch untereinander zu stärken, macht ihn für uns zu einem vollen Erfolg!"

Senatorin Katharina Fegebank verwies darauf, dass die Stadt seit den ersten intensiven Diskussionen über diese spezielle Gruppe geflohener Menschen vor einigen Monaten bereits einiges in Bewegung gesetzt habe. Die Hartnäckigkeit der Community habe dazu beigetragen, dass es mittlerweile ein Schutzkonzept, das auch queere Geflüchtete umfasst, Gelder für eine erste Aufstockung der Beratungskapazitäten und bezugsfertige Appartements für akut bedrohte Personen gebe.

Dem Bezirk Hamburg-Nord mit dem seit über 30 Jahren in Winterhude beheimateten Magnus-Hirschfeld-Centrum mit seinen vielfältigen Begegnungs-, Beratungs- und Jugendangeboten kommt eine besondere Rolle für ganz Hamburg zu: Im mhc konzentrieren sich die Aktivitäten verschiedenster Gruppen, hier finden queere Geflüchtete neben Beratung auch Möglichkeiten zur Begegnung und Kommunikation. Auf Antrag der rot-grünen Koalition wurden bereits mehrfach bezirkliche Gelder für das mhc bereitgestellt, unter anderem für neues Mobiliar im Beratungs- und Café-Bereich. 🌱



ANSCHLAG AUF DAS MHC: KEINEN RAUM FÜR HOMOPHOBIE LASSEN!

Als Unbekannte im Sommer 2013 einen Anschlag auf das Magnus-Hirschfeld-Centrum (mhc) verübten und die Frontscheiben mit Steinen einwarfen, bezogen die GRÜNEN umgehend Stellung. „Dieser Akt roher Gewalt gegen eine Einrichtung der lesbisch-schwulen Selbsthilfe macht uns wütend und sprachlos. Dass nun, ausgerechnet wenige Tage vor dem Stattfinden des Demonstrationszugs zum Christopher-Street-Day, im Bezirk Nord ein Angriff auf die queere gesellschaftliche Minderheit stattgefunden hat, zeigt, wie



notwendig es nach wie vor ist, dass jede Bürgerin und jeder Bürger aktiv und entschieden für eine offene Gesellschaft eintritt. Wir rufen dazu auf, am Samstag die CSD-Parade zu nutzen, um Flagge gegen Gewalt und Hass zu zeigen!“, so Michael Werner-Boelz, GRÜNER Fraktionschef. 🌱



MICHAEL SCHILF: MIT KLARER HALTUNG ZUM KOMPROMISS

In Winterhude ist Michael Schilf, Jahrgang 1962, schon sein Leben lang zu Hause. „Ich brauche kein Auto mitten in der Stadt“, sagt der Jarrestädter.

Durch die Anlage des Radfahrstreifens auf dem Wiesendamm wurde eine attraktive Radverkehrsverbindung geschaffen und die Qualität der Fußwege deutlich verbessert. Das Wegfallen einiger Pkw-Parkplätze, insbesondere „in zweiter Reihe“, war dabei nötig, um eine optimale Lösung unter Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmenden zu schaffen.

„Bei Verkehrsverbindungen sind nicht nur die Interessen der direkten Anwohner, sondern auch die Interessen derjenigen, die diese Verbindungen nutzen, von Bedeutung“, gibt Schilf zu Bedenken. Durchgehende, attraktive Radverkehrsverbindungen seien wichtig und schafften die Grundlage dafür, mehr mit dem Rad unterwegs zu sein. Ganz lärm- und abgasfrei und damit zum Wohle aller, auch der Anwohner. Gleichzeitig sei man mit der Sanierung der Fußwege am Wiesendamm einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. „Hinsichtlich der älter werdenden Bevölkerung, sowie für Familien mit Kindern, ist es wichtig den Fußverkehr als integralen Bestandteil von Verkehr stärker zu gewichten“, erläutert Schilf. Viele positive Reaktionen habe es letztendlich auf die Umgestaltung der Straße gegeben – nur waren diese eben nicht so laut wie die Kritik, die erst einsetzte, als der Umbau schon längst beschlossene Sache und im Gange war.

Um Betroffene früher ins Boot zu holen, plädiert Michael Schilf dafür, den Regionalausschuss bekann-

ter zu machen und transparenter darzustellen, welche Themen in den öffentlichen Sitzungen besprochen werden. Dann haben mehr Menschen schon während der Planungsphase die Möglichkeit, sich in die Diskussion einzubringen. So haben sie die Chance, mitzuerleben, dass Verkehrsplanung keine „Wünsch dir was“-Veranstaltung ist, sondern dass dabei vielfältige Belange und Interessen abgewogen werden müssen – was einen Blick über den Tellerrand hinaus notwendig macht.

Seit 2004 ist Michael Schilf Mitglied der GRÜNEN und seit 2010 auch Bezirksabgeordneter. Er vertritt zunächst die Interessen von Barmbek, Uhlenhorst, Hohenfelde und Dulsberg und später diejenigen von Winterhude im jeweiligen Regionalausschuss. Noch länger wirkt er im Jugendhilfeausschuss Hamburg-Nord mit, erst als Vertreter der freien Träger der Jugendarbeit, später dann als GRÜNER Kommunalpolitiker. „Seit Jahren gilt es in diesem Bereich, eine Deckungslücke von ca. 200.000 Euro zu überbrücken“, berichtet der Sozialpädagoge. „Die Umschichtung von Mitteln und der Einsatz von Sondermitteln ermöglichen, einiges an finanziellen Engpässen zu kompensieren und die Arbeit von Bau-spielplätzen, Spielhäusern und Häusern der Jugend zu unterstützen.“ Dass er dazu beitragen kann, Einschnitte insbesondere in der Jugendsozialarbeit abzuwenden, freut ihn sehr.

Ein weiteres Thema, das ihm sehr am Herzen liegt, ist die Arbeit mit lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgeschlechtlichen Menschen. Durch sein starkes Engagement im Magnus-Hirschfeld-Centrum (mhc) konnte das Angebot für Menschen im LGBT*(lesbian, gay, bisexual, trans*)-Bereich über die Jahre erweitert werden. Das 1983 am Borgweg gegründete Zentrum für Beratung, Kommunikation, Kultur und Jugend steht allen Menschen (nicht nur aus Hamburg) offen und wurde über die Jahre immer wieder – meist fraktionsübergreifend – auch auf bezirklicher Ebene unterstützt.

In der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation, freut es ihn besonders, dass seine Fraktion es mit vereinten Kräften geschafft hat, das Thema „Umgang und Unterbringung von LGBT-Geflüchteten“ hamburgweit auf die Tagesordnung zu bringen.

Genau das macht für ihn die Motivation aus, sich in der Bezirkspolitik zu engagieren: „Vor fünf Jahren habe ich mal gesagt, dass die Zusammenarbeit in der GRÜNEN Fraktion pragmatisch und am Menschen orientiert ist, Spaß macht und dort niveauvoll diskutiert wird. Das hat sich seither noch verstärkt. Es gibt noch mehr Raum für Pluralität und wir finden Wege, die unterschiedlichen Positionen abzubilden. Dass ich mich in der Fraktion und im Bezirk sawohl fühle, wie ich damals sagte, kann ich auch heute nur unterstreichen!“



Links ein noch nicht abgesenkter Bordstein, rechts eine Querung mit Leitstreifen für Sehbehinderte, die den aktuellen Anforderungen entspricht

BARRIEREFREIHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

BESSERE ORIENTIERUNG UND LEICHTERE WEGE: 10 CM WENIGER IST MEHR

Seit 2011 unterstützt die GRÜNE Fraktion zudem die Schaffung eines „Barrierefreien Musterquartiers“ in Eppendorf. In enger Zusammenarbeit mit der Initiative MARTINLERLEBEN wurden in der Schedestraße ein barrierefreier (Fußgänger-) Übergang geschaffen und Bänke zum Ausruhen in der Frickestraße aufgestellt. Ebenfalls in der Frickestraße soll zukünftig die Situation für die Fußgänger*innen auf den Gehwegen verbessert werden. Diese sind aufgrund parkender Pkw sehr schmal und stellen Senior*innen mit Rollatoren und Eltern mit Kinderwagen regelmäßig vor Probleme.

Hamburg-Nord führt seit einiger Zeit eine Liste mit Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Obwohl in den vergangenen Jahren schon viel getan wurde, warten inzwischen Maßnahmen im Umfang von etwa 287.000 Euro auf ihre Umsetzung. Im Februar 2017 haben die Fraktionen von GRÜNEN und SPD rund 150.000 Euro der insgesamt eine Millionen Euro beantragt, die die Stadt für den barrierefreien Umbau in den Bezirken zur Verfügung stellt. Damit sollen unter anderem Maßnahmen an der Borsteler Chaussee, der Einkaufsstraße in Groß Borstel, auf dem Dulsberg rund um Spielplatz und Stadtteilbüro sowie in der Jarrestraße in Winterhude umgesetzt werden.

Schon im Jahr 2016 wurden auf rot-grünen Antrag hin 150.000 Euro in einem bezirklichen Sonderfonds „Barrierefreiheit im öffentlichen Raum“ zur Verfügung gestellt. Michael Werner-Boelz erläuterte: „Obwohl in den vergangenen fünf Jahren schon viel für ein leichteres Durchkommen von mobilitätsein-

geschränkten Menschen im Straßenverkehr erreicht wurde, bleibt noch einiges zu tun! Deshalb haben wir wieder 150.000 Euro in die Hand genommen, um einen Beitrag zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu leisten.“

Bürger*innen mit Einschränkungen die Teilhabe zu ermöglichen ist ein Thema, das die GRÜNEN über die Jahre stetig verfolgt und weitergeführt haben. Der seit 2011 existierende Sonderfonds wurde in den folgenden Jahren aufgrund von Anträgen, die die GRÜNEN gestellt oder unterstützt haben, jeweils erneut mit 150.000 Euro aufgefüllt. So konnten zum Beispiel bereits an Dutzenden von Kreuzungen und Einmündungen die Bordsteine abgesenkt werden, um sie für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Rollatoren und auch Kinderwagen leichter passierbar zu machen.

Auf Antrag von GRÜNEN und SPD beschloss der Verkehrsausschuss im April 2016 über die Verwendung von 90.400 Euro aus diesem Fonds. Sie sollten in den kommenden Monaten in die weitere Absenkung von Bordsteinkanten an Einmündungen und in das Aufstellen von seniorengerechten Sitzbänken investiert werden.

Thorsten Schmidt, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN, sagte dazu: „Wer mit schmerzenden Gelenken mehrmals an Einmündungen vom Bordstein „heruntersteigen“ muss, weiß es zu schätzen, wenn es eine ebenerdige Querungsmöglichkeit gibt.“

Gleichzeitig wurde auch etwas für Menschen mit Sichteinschränkung getan, denn parallel zur Absenkung werden immer auch sogenannte taktile Leitelemente eingesetzt. Sie erleichtern Blinden und Sehbehinderten, sich an Einmündungen zu orientieren. Darüber hinaus beschloss der Ausschuss die Aufstellung von 15 seniorengerechten Bänken im Bezirk. Die genauen Standorte wurden in Ansprache mit dem Bezirks-Seniorenbeirat festgelegt.

„Nicht nur ältere Menschen brauchen unterwegs auch einmal eine Pause. Wenn die Sitzbank dann aber so niedrig ist, dass man Gefahr läuft, nicht wieder alleine aufstehen zu können, ist sie für manche nutzlos. Wir geben mit diesem Beschluss den Startschuss für die Aufstellung von Bänken, auf denen man extra hoch sitzt und die außerdem Lehnen haben, mit deren Hilfe man sich hochstemmen kann. Wir finden: Das ist eine gute Idee, um besonders Seniorinnen und Senioren den Alltag zu erleichtern“, befand Thorsten Schmidt.



Links eine herkömmliche Parkbank, rechts ein modernes Modell mit erhöhtem Sitz und Armlernen, auf die man sich beim Aufstehen stützen kann



BEZIRKSAMT GEHT MIT GUTEM BEISPIEL VORAN

Auf Antrag der rot-grünen Koalition beschloss die Bezirksversammlung (BV) im Juni 2016, dass das Bezirksamt Hamburg-Nord als erstes in ganz Hamburg künftig für alle Einwohner*innen besser zugänglich sein soll: Auch Menschen mit sprachlichen, geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen sollen sich leichter in den Einrichtungen des Bezirks zurechtfinden können.

Dafür stellte die BV zunächst 60.000 Euro zur Verfügung und etwa die gleiche Summe für das nächste Jahr in Aussicht. Vorausgegangen war eine Initiative von SPD und GRÜNEN, die den Bezirk aufforderte, ein entsprechendes Konzept zu erstellen.

„Bisher ist das Bezirksamt wie die meisten Behörden darauf eingerichtet, dass sich gesunde Menschen mit guter Kenntnis der deutschen Sprache darin zurechtfinden. Doch unser Bezirk ist vielfältiger: Hier leben auch Bürgerinnen und Bürger, die nicht gut Deutsch sprechen, die Sehbehinderungen haben oder die auf leichte Sprache und Piktogramme angewiesen sind, um Informationen erfassen zu können“, erläuterte Jessica Kratt, damalige sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN, den Hintergrund für die geplanten Maßnahmen.

Vorgesehen als Orientierungssystem im Haupthaus und im Technischen Rathaus in der Kümmellstraße, im Kundenzentrum in der Lenhartzstraße und im Gesundheitshaus in der Eppendorfer Landstraße sind folgende Maßnahmen:

- ertastbare Gebäudepläne in den Eingangsbereichen für Sehbehinderte
- Leitstreifen für Sehbehinderte auf dem Boden
- klarere, mehrsprachige und mit Piktogrammen versehene Schilder in Eingangsbereichen, Aufzügen und auf den einzelnen Etagen
- Türschilder in Brailleschrift

„Wir freuen uns, dass Hamburg-Nord Schrittmacher wird und erstmals ein umfassendes Konzept umsetzen möchte, das es möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, selbstständig genau die Dienststelle zu finden, die sie aufsuchen möchten. Damit bringen wir den Inklusionsgedanken wieder ein Stück voran“, betonte Dr. Anil Kaputanoğlu, GRÜNER Sprecher für Integration.



UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN SCHWERHÖRIGENVERBAND

Das Informations- und Beratungszentrum für schwerhörige Menschen in der Wagnerstraße erhielt im Jahr 2015 durch die rot-grüne Koalition Hilfe: Es wurden knapp 25.000 Euro für einen neuen Fahrstuhl erfolgreich beantragt. „Wer nicht gut hören

kann, hat es im Alltag nicht leicht. Eine qualifizierte Beratung ist daher Gold wert. Wir unterstützen gerne die Bemühungen des Bundes der Schwerhörigen, seine Räumlichkeiten auch weiterhin barrierefrei zugänglich zu halten“, so Michael Werner-Boelz.

Hamburg-Nord


Mehr Geld für Barrierefreiheit

Die Bezirksversammlung beschloss einstimmig, den schon seit 2011 existierenden Sonderfonds für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum erneut mit 150.000 Euro aufzufüllen. Seit der Einrichtung des Fonds konnten bereits an Dutzenden Kreuzungen und Einmündungen die Bordsteine so abgesenkt werden. Ulrike Sparr, stellvertretende Vorsitzende der grünen Bezirksfraktion Hamburg-Nord, bekräftigt: „Die Fortführung des Fonds ist so wichtig, weil immer mehr ältere und oft gehbehinderte Menschen in Hamburg leben.“ Martin Bill, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion Nord ergänzt: „Wir freuen uns, dass das Programm im Bezirk nun fortgesetzt werden kann – besonders, weil auch immer mehr Bus- und Schnellbahnhaltestellen barrierefrei werden.“ (hfr)

SPORT UND STADTTEILKULTUR

VIELEFÄLTIG KREATIV INTEGRATIV ZUM MITMACHEN!

Für die GRÜNEN hat der Breitensport einen hohen Stellenwert, nicht nur im Hinblick auf Fitness und Gesundheit, auch die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der integrative Aspekt spielen dabei eine bedeutende Rolle. „Wir GRÜNE freuen uns, dass die Sportvereine im Bezirk so aktiv sind – was sich auch in einem steigenden Platzbedarf und der Notwendigkeit für Sanierungen und Umbauten ausdrückt. Deshalb unterstützen wir gerne Maßnahmen, die mehr und insbesondere jungen Menschen eine sportliche Betätigung ermöglichen“, erklärt Michael Werner-Boelz, Vorsitzender und sportpolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion.

Auch die Stadtteilkultur ist ein unverzichtbarer Baustein in Hamburgs Freizeitleben und leistet wichtige Aufgaben im Sozialraum: Sie fördert die kulturelle Bildung, den Zusammenhalt in den Quartieren und hilft, neue Mitbürger*innen zu integrieren. Hier werden auch Trends gesetzt, neue Formate entwickelt und die Stars von morgen geboren. Die GRÜNEN setzen sich von jeher für die Sicherung der sechs Stadtteilkulturzentren im Bezirk ein – das Bürgerhaus Barmbek, das ella Kulturhaus in Langenhorn, das Goldbekhaus in Winterhude, das Kulturhaus Eppendorf, der Kulturpunkt im Barmbek°Basch, die Zinnschmelze in Barmbek – und für die fünf Geschichtswerkstätten. 



Tribüne und Logo am neuen Kunstrasenplatz des HSV Barmbek-Uhlenhorst



Der TSV 08 Eppendorf/Groß Borstel wird ein neues Vereinsheim bekommen

GRÜNE STÄRKEN DEN SPORT

Ob neuer (Kunst-)Rasen oder die Anschaffung eines Ruderbootes, Holzbockbekämpfung im Vereinsgebäude oder die Durchführung eines Fußballturniers – das vielfältige Sportleben in Hamburg-Nord hat sich die finanzielle Unterstützung durch die Bezirksversammlung verdient. Tausende Bürger*innen, die ihre Freizeit hier aktiv verbringen, profitieren davon.

So werden auf Initiative der GRÜNEN teilweise hohe Summen zur Verfügung gestellt. Zum Beispiel wurden im Februar 2015 über eine Viertel Million Euro für die Sportvereine bereitgestellt. Das Geld wurde für größere Bauvorhaben benötigt, darunter 111.000 Euro für ein neues Vereinsheim für den HSV Barmbek-Uhlenhorst, der seinen angestammten Platz an der Steilshooper Straße zugunsten von Wohnungsneubauten aufgeben und an einem anderen Ort bei Null beginnen musste. Weitere 71.000 Euro wurden dem Verein 2016 für die Ausstattung des neuen Standorts zur Verfügung gestellt. Das neue Stadion mit großer Tribüne, Vereinshaus und einem Kunstrasenplatz ist ein echtes Schmuckstück geworden.

Ebenfalls zugunsten von Wohnungsneubauten musste die TSV 08 Eppendorf-Groß Borstel ihr Clubhaus verlegen. Für ei-

nen Neubau wurden 2016 und 2017 insgesamt 120.000 Euro bewilligt. Den Rest der Gesamtbausumme von 400.000 Euro bringt der Verein auch mit Hilfe des Hamburger Sportbunds auf. „Da die TSV 08 ihr altes Vereinsheim aufgrund eines Neubauprojekts aufgeben muss, ist für uns eine finanzielle Unterstützung des Neubaus durch den Bezirk nur fair. Außerdem ist die Unterstützung eine Investition in eine gute Nachbarschaft – denn wir wissen: Sport integriert. Und so helfen moderne Sportflächen und -räume, wie sie die TSV 08 bekommen wird, die neuen Nachbarinnen und Nachbarn vom Tarpenbeker Ufer mit den alteingesessenen Groß Borstelern zusammenzubringen“, erläutert Werner-Boelz.

Der SC Victoria plant, das Stadion Hoheluft mit einem Kunstrasenplatz auszustatten. Die Gesamtkosten für die Maßnahme belaufen sich auf rund 750.000 Euro. SPD und GRÜNE im Bezirk Nord unterstützen das Vorhaben und beschlossen Anfang 2017, den Umbau des Hoheluft-Stadions mit 150.000 Euro zu bezuschussen.

„Der SC Victoria platzt aus allen Nähten: In den letzten beiden Jahren ist die Fußballabteilung um über 300 Personen

AMERICAN FOOTBALL

Auch weniger bekannte Sportarten haben die GRÜNEN im Blick: Auf Antrag von Rot-GRÜN wurden 2016/2017 für die von den American Footballers der Hamburg Pioneers genutzte Sportanlage Milchhalle im Stadtpark 150.000 Euro als Unterstützung für den Bau eines Kunstrasenplatzes mit neuer Flutlichtanlage bewilligt. Michael Werner-Boelz, GRÜNER Fraktionsvorsitzender und

Sprecher für Sportpolitik, sagt dazu: „Uns liegt die Förderung des gesamten Sports am Herzen. Neben dem populären Fußball gibt es in unserem Bezirk eine sehr vielfältige Sportlandschaft. Hierzu gehört auch der American Football der Hamburg Pioneers. Das Damenteam ist in der 1. Bundesliga erfolgreich und die Herren wollen dem nach-eifern. Mit der Erneuerung



Auf diesem Rasenplatz kann nicht mehr gut gespielt werden – deshalb wird nun Kunstrasen verlegt

des Platzes und der alten Flutlichtanlage können die Sportlerinnen und Sportler auch in der dunklen Jahreszeit optimal ihrem Sport

nachgehen. Den neuen Platz so auch in Randzeiten besser auszunutzen, ist absolut sinnvoll.“

angewachsen“, beschreibt Michael Werner-Boelz, sportpolitischer Sprecher und Vorsitzender der GRÜNEN Fraktion, die Lage. „Der Verein leistet seit dem vergangenen Jahr im Rahmen eines Projektes zur Integration von Geflüchteten wertvolle Arbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir GRÜNE möchten diese hervorragende Arbeit, die Jung und Alt sowie Neubewohnerinnen und Neubewohner mit Alteingesessenen verbindet, unterstützen.“

Schon 2013 hatte der SC 30.000 Euro für eine verbesserte Drainage erhalten – diese wird nun für den neuen Platz weiter verwendet.

Daneben wurden 2016 auch zahlreiche weitere größere und kleinere sportliche Projekte unterstützt. So bewilligte der Haushaltsausschuss zum Beispiel im April 2016 rund 61.000 Euro, im Juli 2016 19.000 Euro und im Dezember 2016 nochmals rund 30.000 Euro für verschiedene Vereine. Dass es sich dabei oft um das sportliche Geschehen auf Alster und Kanälen dreht, ist im wahrsten Sinne des Wortes naheliegend. „Als Stadt am Wasser hat Hamburg das Glück, viele engagierte Wassersportvereine zu beheimaten“, sagt Werner-Boelz. So erhielten 2016 die WSV Overfreunde in Eppendorf 8.000 Euro, der ARV Hanseat 50.000 Euro und der USC Paloma 10.000 Euro für die Sanierung ihrer Vereins- bzw. Bootshäuser und der Ruderverein Wandsbek mit Sitz an der Alsterkrugchaussee konnte mit 5.000 Euro einen in die Jahre gekommenen Ruder-Achter ersetzen.

Über 80.000 Euro konnte sich im Jahr 2016 auch der Hamburger Rugbyverband freuen. Auf Antrag von Rot-Grün kann damit ein eigenes Clubhaus an der Saarlandstraße (Stadtpark) realisiert werden. „Wir wollen durch die Unterstützung des Bezirks dazu beitragen, dass der Rugbysport in Hamburg seine vorbildliche Arbeit insbesondere im Bereich des Jugendsports gestärkt fortsetzen kann. Uns beeindruckt außerdem die Aktivitäten im Bereich der Integration von Flüchtlingen“, führte Michael Werner-Boelz aus.

Gefördert werden Sportvereine auch in ihrer Kooperation mit Schulen und Kindergärten und in der Ausrichtung von Kinder-Sommerfesten, die ein niedrigschwelliges Angebot an alle Bevölkerungsschichten darstellen. Stark gemacht haben sich die



Neubau des ARV Hanseat am Osterbekkanal – unterstützt von der Bezirksversammlung

GRÜNEN besonders in 2013 für die Förderung des Breitensports in Hinblick auf die so genannten „Hallenzeiten“: Stunden, in denen die Sportvereine Schulsporthallen außerhalb der Schulunterrichtszeit anmieten können. Unter anderem weil Schulen ihre Sporthallen im Zuge des Ganztagsangebots immer mehr selbst nutzen, sind für die Vereine große Kontingente weggefallen. Auf Initiative der GRÜNEN beantragte der Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur in der BV, eine verbesserte Kommunikation seitens der Schulbau Hamburg, um den Vereinen auch weiterhin ausreichend Hallennutzungszeiten zu ermöglichen. 🌱



DAS NATURBAD KIWITTSMOOR

214.000 Euro erhielt das traditionelle Naturbad in Langenhorn 2013 auf Antrag aller Fraktionen, um die Sanierung der elektrischen Anlagen und des Funktionsgebäudes zu unterstützen. Mit der Maßnahme konnte die erfolgreiche Sanierung des Naturfreibads, das vom Verein HTB 62 betrieben wird, 2014 abgeschlossen werden.

Michael Werner-Boelz, Vorsitzender der GRÜNEN Fraktion freute sich: „Was der HTB 62 hier geschaffen hat, ist beispiellos: Durch großen persönlichen und ehrenamtlichen Einsatz wurde das vor allem bei Familien und Kindern beliebte Freibad renoviert und die Freizeitanlagen ausgebaut. Mit den heute beschlossenen Geldern wird auch noch die marode Elektrik endlich erneuert und das alte, für den Betrieb unabdingbare Funktionsgebäude aus den 1930er-Jahren instand gesetzt werden können.“

Auch in den folgenden Jahren hielten die GRÜNEN dem Bad die Treue – so wurden 2016 weitere 7.500 Euro für kleinere Modernisierungen zur Verfügung gestellt.

INTEGRATION DURCH SPORT

Bereits im November 2015 – deutlich bevor auf Landesebene entsprechende Mittel bereitgestellt wurden – hatte die Bezirksversammlung auf Antrag von Rot-Grün einen Topf über 100.000 Euro beschlossen, aus dem von Sportvereinen organisierte Angebote für Geflüchtete unterstützt werden. Die Idee dahinter: Sport kann einen wesentlichen Beitrag zur Willkommenskultur leisten und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Durch die Integration von Geflüchteten in ihre Vereinsaktivitäten leisten die Vereine einen Beitrag für ein respektvolles Zusammenleben. Das zeigte auch ein von GRÜNEN und SPD initiiertes Treffen der Sportvereine im Bezirk, bei dem erörtert wurde, wie die Vereine Geflüchtete unterstützen könnten und wie der Bezirk dies fördern könne. Der Sonderfonds war ein Ergebnis dieses Treffens.

„Möglichkeiten für eine positive Freizeitgestaltung und Kontaktmöglichkeiten auch außerhalb von Unterkünften sind wichtig, um das Ankommen zu erleichtern. Unser Treffen mit den Vereinen hat gezeigt, dass eine finanzielle Unterstützung hier sinnvoll ist. Wir wollen schnell und unkompliziert Mittel für niedrigschwellige und offene Sportangebote bereitstellen. Der Bezirk soll außerdem bei Bedarf den Sportvereinen mit Rat und Tat zur Seite stehen“, erläuterte Michael Werner-Boelz.

Aus dem Fonds wurden umgehend Gelder abgerufen: Unterstützt werden Fußballangebote auf dem Dulsberg und am Grellkamp, weitere Bewegungsangebote in der Unterkunft Grellkamp und Breakdance für Geflüchtete im Barmbeker Jugendmusikzentrum Trockendock. 🌱



Sport im Stadtpark



MICHAEL WERNER- BOELZ: KULTURELLE SPIEL-WIESE ALS HIGHLIGHT

Michael Werner-Boelz, Jahrgang 1966, hat in seinem schwäbischen Heimatort Illertissen eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten durchlaufen, bevor er 1989 zum Studium der Soziologie und Sozialökonomie nach Hamburg kam. 1997 trat er den GRÜNEN bei. Seit neun Jahren gehört er der GRÜNEN Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord an.

Seit frühesten Kindheitstagen ist Michael Werner-Boelz leidenschaftlicher Fan von 1860 München. Trotz aller Irrungen und Wirrungen der letzten Jahre oder Jahrzehnte in diesem Verein hat sich daran nichts geändert. Ein bis zweimal pro Saison besucht er ein Heimspiel von „Münchens großer Liebe“.

Michael, Deinen Anfang in der Lokalpolitik hast Du als parteiloser, zugewählter Bürger im Kulturausschuss gemacht. Seit 2010 bist Du der Vorsitzende der GRÜNEN Fraktion und inzwischen sogar deren dienstältestes Mitglied. Was bringt das so mit sich?

Neulingen kann ich vor allem mitgeben, dass es nie langweilig wird! Ich glaube, ich bin durch meine Erfahrung nah dran am Machbaren, habe politisches Gespür und weiß, wie Entscheidungen gefällt werden: Zum Teil in einem langwierigen und nicht leicht zu durchschauenden Prozess. Themen

werden unter immer neuen Bedingungen und mit wechselnden Akteuren verhandelt. Was zählt: mit guten Argumenten durchzudringen. Die Strukturen sind zweitrangig. Wer gut ist, findet sich in jeder Struktur zurecht.

Einer Deiner Schwerpunkte ist von Beginn an die Kultur gewesen. Für die WIESE hast Du Dich seit 2009 stark eingesetzt. Anfang 2017 hat der Senat in einer Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage öffentlich kundgetan, dass auch das Junge Schauspielhaus und die Theaterakademie der Hochschule für Musik und Theater an den Wiesendamm ziehen werden.

Ja, dieser Erfolg, nachdem wir uns so lange Zeit dafür eingesetzt haben, freut mich natürlich sehr. Die Theatermeile am Wiesendamm wird nicht nur ein Highlight für Barmbek werden, sie wird für ganz Hamburg einmalig sein. Von Kampnagel, K3 Tanzplan Hamburg über die WIESE, Junges Schauspielhaus und Theaterakademie sowie Zinnschmelze/Theaterdeck bis zum Hamburger Puppentheater am Flachland entsteht auf kurzer Distanz ein kreativer Hotspot verschiedenster Tanz- und Theatereinrichtungen. Wenn das alles so kommt, wie wir es uns wünschen, dann ist das ein großer bezirklicher Erfolg, den wir zum Teil gegen den Widerstand der Kulturbehörde erzielt haben.

Wie ist der Bezirk denn allgemein in kultureller Hinsicht aufgestellt?

Wir haben seit 2012 viel gemacht in Sachen Projektförderung, wir haben viele zusätzliche bezirkliche Mittel für die Kultur bereitstellen können. Zusätzlich haben wir 2014 einen Topf mit über 50.000 Euro für interkulturelle Projekte auf Bezirksebene geschaffen, von dem reger Gebrauch gemacht wurde. Unter dem Aspekt der aktiven, gelebten Integration hat Rot-Grün weitere 100.000 Euro für Sportprojekte mit Geflüchteten bereitgestellt. Zum ersten Treffen waren über 20 Vertreterinnen und Vertreter von Sportvereinen da und es kamen ganz schnell Projektanträge, die ebenso schnell bewilligt wurden.

Dass Sportvereine finanzielle Unterstützung durch den Bezirk erhalten, ist allgemein ja gar nicht so bekannt...

Langsam spricht es sich herum, dass keiner so viel unterstützt wie wir – in Nord sind wir GRÜNE die „Partei des Sports“. Ob es zum Beispiel die über 180.000 Euro zur Verlagerung des Sportplatzes des HSV Barmbek-Uhlenhorst waren oder die 35.000 Euro für das neue Hallendach des SC Alstertal Langenhorn: Wir waren die treibende Kraft.

Du bist nicht nur GRÜNER Sprecher für Kultur und Sport, sondern auch für Stadtentwicklung. Was reizt Dich daran?

In diesem Bereich sind die Herausforderungen erheblich

größer. Hamburg ist eine wachsende Stadt, die Fläche ist begrenzt. Dadurch ist der Druck auf den Wohnungsmarkt enorm. Die Fragen, wie man unter diesen Bedingungen die Ansprüche an ein angenehmes Wohnumfeld erfüllen kann, nehmen deutlich zu. Ich sehe es als ganz wichtig an, Verständnis dafür zu schaffen, dass es dafür nötig ist, in die Höhe zu bauen.

Welche Wege siehst Du, um diese Akzeptanz zu erreichen?

Die Bürgerbeteiligung, wie sie bisher praktiziert wurde, steht vor einem Problem: Es sind zwar die unmittelbar Betroffenen da, und es ist wichtig, ihre Anregungen mitzunehmen, aber mit der oft erlebten „Nicht vor meiner Haustür“-Mentalität kommen wir nicht weiter. Es muss uns gelingen, bereits im Findungsprozess die zukünftigen Nutznießer*innen mit einzubeziehen. Wir müssen uns fragen, wie man solch einen Dialog hinbekommen kann. Erfolgreich wurde z.B. am Mesterkamp eine frühzeitige Beteiligung erprobt. In dieser Richtung muss weiter und intensiver gearbeitet werden.

Apropos „Beteiligung“: Als Fraktionschef hat man ja auch Aufgaben über das Politische hinaus...

Ja, mir macht es großen Spaß mit meinen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten. Wir haben intern ein super Klima und ich bin mit Freude dabei, es aufrechtzuerhalten. Wir legen Wert auf freundlichen Umgang untereinander und alle sind ins Team eingebunden. Wir machen ehrenamtlich Politik, investieren viel Zeit. Deshalb ist mir wichtig, dass wir auch eine gewisse Freude an dem verspüren, was wir machen. Wir machen mit Lust und Leidenschaft Politik! Wir wollen aber auch das Zwischenmenschliche nicht zu kurz kommen lassen. Besonders wichtig, nicht nur für die Politikentwicklung sondern vor allem auch für die Gruppendynamik, sind unsere Klausurwochenenden. Bei unseren Klausuren tauschen wir uns zum Beispiel auch mit Kolleginnen und Kollegen aus Berlin, Bremen oder Kiel aus, gucken, wie die ihre Themen umsetzen. Das alles ist sehr anregend und befruchtend.

Du erwähnest ja gerade, dass Ihr alle ehrenamtlich Politik macht. Wie bringst Du denn eigentlich Dein großes Engagement als Fraktionsvorsitzender mit Deiner beruflichen Tätigkeit unter einen Hut?

Zum Glück habe ich einen Arbeitgeber, der großes Verständnis für politisches Engagement hat: Ich bin Referent des GRÜNEN Bürgerschaftsabgeordneten Martin Bill, der ebenfalls lange Jahre GRÜNER Bezirksabgeordneter in Nord war. Sein Schwerpunkt ist der „Verkehr“, so dass es da sogar inhaltliche Überschneidungen zur Bezirksebene gibt.

STADTTEILKULTUR IST MEHR WERT

Schon kurz nach der letzten Bezirkswahl 2014 forderten die GRÜNEN gemeinsam mit der SPD den Senat zu einer besseren Finanzierung der Stadtteilkultur auf. Der Antrag von 2015 trägt jetzt Früchte: Zum Haushaltsjahr 2017/2018 erhalten die Kultureinrichtungen im Bezirk deutlich mehr Geld.

Bereits im Jahr 2009 war im Rahmen der Evaluierung der Stadtteilkultur eine Unterfinanzierung der Soziokulturzentren und Geschichtswerkstätten in Höhe von 600.000 Euro festgestellt worden. Diese Unterfinanzierung stieg in den darauf folgenden Jahren noch an, da es keinen Ausgleich bei den Zuwendungen für Tarifsteigerungen und Inflation gab. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord forderte den Senat auf, diesen Zustand endlich zu beenden. Im Sommer 2015 richtete sich die BV erneut an den Senat:

„Seit vielen Jahren ist die Unterfinanzierung der Stadtteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten bekannt. Leider wurde im Koalitionsvertrag auf Landesebene versäumt, hier eine klare Regelung für Abhilfe zu treffen. Wir fordern den Senat auf, dies umgehend zu ändern und den Stadtteilkultureinrichtungen vernünftige Rahmenbedingungen zu gewähren – auch, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden“, erläuterte Michael Werner-Boelz, Vorsitzender der GRÜNEN Fraktion und Verfasser des interfraktionellen Antrags.

Das Jahr 2017 startete mit einer guten Nachricht: Der Stadtteilkultur in Hamburg-Nord stehen für die Jahre 2017 und 2018 deutlich mehr Mittel zur Verfügung. Im Jahr 2017 beträgt die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr gut 60.000 Euro. Im Jahr 2018 gibt es sogar über 120.000 Euro mehr als 2016. Insgesamt erhöht sich der Etat für die beiden Jahre um zusammen 182.811 Euro. Die Verteilung der zusätzlichen Mittel beschloss der Kulturausschuss auf Antrag von Rot-Grün in seiner Sitzung im Januar.

Ermöglicht wurde die finanzielle Aufstockung durch die erhöhte Rahmenduweisung für die Stadtteilkultur, die von der rot-grünen Mehrheit in der Bürgerschaft mit dem Doppelhaushalt 2017/18 beschlossen wurde.

„Wir freuen uns, dass am Ende von gemeinsamen Verhandlungen nun eine Mittelaufstockung beschlossen wurde“, resümiert Werner-Boelz.

Den Soziokulturzentren kommen in den Jahren 2017 und 2018 zusammen insgesamt 133.000 Euro zusätzlich zugute. Einzelne Einrichtungen, die bereits zusätzliche Räume bewirtschaften oder unter beengten Räumlichkeiten leiden, erhalten zudem weitere Gelder. „Wir wollen, dass die Stadtteilkulturzentren auch weiterhin innovative Kulturangebote anbieten können. Dazu brauchen sie aber sowohl Personal als auch finanzielle Mittel“, steht für Werner-Boelz fest. 🌱



Eingang zum Bürgerhaus Barmbek





KREATIVE ENTFALTUNG

Drei Stadtteilkulturzentren haben in den vergangenen Jahren deutlich an Platz gewonnen. Die Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen wurden von den GRÜNEN in der Bezirksversammlung Nord unterstützt. So erhielt das Bürgerhaus Barmbek, nachdem die Finanzierung lange Jahre unsicher gewesen war, einen Anbau mit großem Saal, der 2014 eröffnet wurde. Zuletzt hatte die Bezirksversammlung 2011 auf Initiative der GRÜNEN Bezirksfraktion 100.000 Euro aus dem bezirklichen Gestaltungsfonds für Investitionen mit örtlichem Bezug bewilligt. Damit konnte eine Finanzierungslücke bei den insgesamt fast zwei Millionen Euro umfassenden Baukosten so verkleinert werden, dass die Anbauplanung entscheidend vorangebracht wurde. „Vor vier Monaten sah es noch so aus, als sei der Anbau für das Bürgerhaus Barmbek nicht mehr zu realisieren. Nun sind wir kurz vor dem Ziel. Das politische Engagement der Bezirksversammlung für das Bürgerhaus hat sich gelohnt“, erklärte damals Michael Werner-Boelz. >



Die Zinnschmelze: Links der sanierte Altbau, rechts der neu errichtete Anbau mit großem Saal im Keller



Während des Umbaus der Zinnschmelze fanden in der „Umbaubude“ kleine Veranstaltungen und Cafébetrieb statt



Das Barmbek-Basch ist ein Zentrum des sozialen Lebens in Barmbek-Süd

Auch das Stadtteilkulturzentrum Zinnschmelze am Bahnhof Barmbek konnte 2015 sein deutlich erweitertes und modernisiertes Haus eröffnen. Die Baukosten von über 3,5 Millionen Euro trugen neben Stadt und Bezirk auch der Bund und die EU. Für die vom Bezirk anteilig zu finanzierende Baukostenerhöhung bewilligte die Bezirksversammlung in 2014 weitere 100.000 Euro. Im selben Jahr unterstützte die Bezirksversammlung die Zinnschmelze darüber hinaus mit 20.000 Euro, da diese in der Übergangszeit erhebliche Einnahmeverluste und gleichzeitig zusätzliche Kosten zu tragen hatte. In 2015 beantragten die GRÜNEN in Zusammenhang mit dem Einzug ins neue Gebäude nochmals über 4.000 Euro an Sondermitteln.

Zum Umbau des ells Kulturhauses in Langenhorn schießt der Bezirk ebenfalls 100.000 Euro zu. Insgesamt kostet die Maßnahme 750.000 Euro, die zum größten Teil von der Stadtentwicklungsbehörde getragen werden. Das Gebäude wird erweitert und gleichzeitig barrierefrei gemacht. „Wir sehen ebenso wie die SPD-Fraktion in den Plänen eine große Chance für das ells Kulturhaus und das gesamte Quartier Essener Straße. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des Bezirks, die 100.000

Bezirk Nord will Geld für das Sozialzentrum „Barmbek Basch“ geben

BARMBEK :: Die Fraktion der Grünen in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord will die Finanzierungslücke des Barmbek Basch durch Mittel aus dem geplanten „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ schließen. Insgesamt sollen dem viel gelobten Communitycenter 2013 knapp 70.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Für 2014 käme ein Ausgleich für Tarifsteigerungen dazu. Die Vernetzung von sieben Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung unter einem Dach gilt als modellhaft und dient inzwischen anderen Stadtteilen als Vorbild für eigene Planungen. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz sagt: „Das Barmbek Basch braucht nach langer Zitterpartie endlich Sicherheit: Die gute, allseits geschätzte Arbeit muss weitergehen können.“

Seit mehr als einem Jahr versucht die Bezirksversammlung Hamburg-Nord die Finanzierung des Centermanagements in die Regelfinanzierung einer Fachbehörde zu bekommen, bisher vergeblich. Die Grünen möchten über den Quartiersfonds eine dauerhafte Förderung des Barmbek Basch erreichen. Darin sind sich alle Fraktionen einig. (fis)

Euro beizusteuern. Die bisherigen Räumlichkeiten sind schon lange für die Vielzahl von Nutzungswünschen zu klein geworden. Es ist gut, dass hier nun endlich Abhilfe geschaffen werden kann“, sagt Michael-Werner-Boelz. Die Wiedereröffnung soll im Herbst 2017 stattfinden.

Darüber hinaus engagieren sich die GRÜNEN für das Community Center Barmbek-Basch. Seit der Gründung im Jahr 2010 steht die Finanzierung des Centermanagements auf wackeligen Beinen. Die GRÜNEN setzen sich für eine dauerhafte Sicherung der Koordinationsstelle ein, indem sie öffentliche Gelder für den Betrieb einfordern. Die dort unter einem Dach stattfindende Vernetzung von sieben Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur gilt als modellhaft und dient anderen Stadtteilen als Vorbild für eigene Planungen. Auch der Kulturpunkt (das ehemalige Kulturhaus Dehnhaid) findet sich hier. Auf Initiative der GRÜNEN konnte das Barmbek-Basch in 2013 weiterarbeiten, gleichzeitig beschloss die Bezirksversammlung Hamburg-Nord auch einen Etat für 2014. Zwischenzeitlich wird das Centermanagement regelhaft aus dem Quartiersfonds finanziert und ist damit abgesichert. 🌱



Die Geschichtswerkstatt in Barmbek erforscht die Historie der beiden Barmbeker Stadtteile

GESCHICHTE LEBENDIG ERHALTEN

GUTE NEUIGKEITEN AUCH FÜR DIE GESCHICHTSWERKSTÄTTEN IM BEZIRK

Die Geschichtsgruppe Dulsberg und die Willi-Bredel-Gesellschaft, die beide neue Räumlichkeiten anmieten müssen, erhalten in den Jahren 2017/2018 eine höhere Zuwendung für die gestiegenen Mietkosten. Insgesamt erhalten alle fünf Geschichtswerkstätten, also auch das Stadtteilarchiv Eppendorf, das Jarrestadt-Archiv und die Geschichtswerkstatt Barmbek, ein Plus von zusammen 49.811 Euro.

Um das Team der Geschichtswerkstatt Barmbek verstärken zu können, hat der Kulturausschuss auf Antrag von Rot-Grün außerdem beschlossen, ihr in 2017 und 2018 jeweils 11.000 Euro zusätzlich aus Quartiersmitteln zur Verfügung zu stellen.

„Vielen Menschen ist es wichtig, die Geschichte ihres Wohnumfelds zu kennen. Das zeigt zum Beispiel das große öffentliche Interesse an der Benennung von Straßen oder die positiven Reaktionen auf Informationsangebote zur Stadtteilgeschichte“, so Werner-Boelz. „Die Geschichtswerkstatt Barmbek ist da ein richtiger Glücksfall: Mit ihren informativen Broschüren, den vielen Geschichtstafeln und den Ausstellungen macht das Team der Geschichtswerkstatt die Historie Barmbeks erlebbar. Diese gute Arbeit stärken wir nun finanziell. Ich freue mich auf viele weitere spannende Einblicke in das Leben im alten Barmbek.“

Schon in den Vorjahren waren die Geschichtswerkstätten unter anderem mit Geldern für Ausstellungen, Infotafeln im Stadtteil, ein digitales Stadtteil-Lexikon, für Rechercheprojekte und Renovierungsarbeiten in ihren Räumlichkeiten unterstützt worden. Die GRÜNEN waren dabei immer an der Seite der Geschichtswerkstätten und beförderten deren Arbeit. 🌱

Mehr Geld für die Geschichtswerkstatt

BARMBEK Gute Nachrichten für Barmbeks Historikerinnen und Historiker: Um das Team der Geschichtswerkstatt Barmbek verstärken zu können, hat der Kulturausschuss auf Antrag der Koalition aus SPD und Grünen beschlossen, für 2017 und 2018 werden jeweils 11.000 Euro zusätzlich aus Quartiersmitteln zur Verfügung gestellt.

Michael Werner-Boelz, Fraktionsvorsitzender und kulturpolitischer Sprecher der Grünen, freut sich: „Vielen Menschen ist es wichtig, die Geschichte ihres Wohnumfelds zu kennen. Das zeigt zum Beispiel das große öffentliche Interesse an der Benennung von Straßen oder bei positiven Reaktionen auf Informationsangebote zur Stadtteilgeschichte. Die Geschichtswerkstatt Barmbek ist da ein richtiger Glücksfall: Mit ihren informativen Broschüren, den vielen

Geschichtstafeln und den Ausstellungen macht das Team der Geschichtswerkstatt die Historie Barmbeks erlebbar. Diese gute Arbeit stärken wir nun finanziell. Ich freue mich auf viele weitere spannende Einblicke in das Leben im alten Barmbek.“

Die Aufarbeitung der Geschichte sei aufgrund der aktuell wachsenden nationalistischen Tendenzen wichtiger denn je. Einen essentiellen Beitrag zur Bewältigung der schrecklichen Ereignisse des 20. Jahrhunderts sowie der Entwicklung Barmbeks in der davor liegenden Zeit liefere die Geschichtswerkstatt.

Carsten Gerloff, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Wir freuen uns, dass wir die wichtige und herausragende Arbeit für die nächsten zwei Jahre stärken können. So kann die historische Aufarbeitung Barmbeks noch besser vorangehen.“ (wb)



Die ehemalige Theaterfabrik am Wiesendamm wird Heimat der Genossenschaft WIESE

Ein Theaterzentrum am Wiesendamm

Die Theaterakademie und das Junge Schauspielhaus ziehen nach Barmbek an den Wiesendamm. Das beschlossen der Aufsichtsrat des Schauspielhauses und die Hochschule für Musik und Theater. Die Kulturbehörde und die Wissenschaftsbehörde unterstützen die Umzugspläne. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen begrüßen den Umzug, dessen Kosten noch nicht feststehen. Im nächsten Schritt werden Zeitpläne für die nötigen Umbauten erarbeitet.

DIE WELT HAMBURG, 4.2.2017

WIESE: VORHANG AUF FÜR THEATERMEILE AM WIESENDAMM

„Nord fördert in besonderem Maße die Kultur. Realisierung des Projekts „WIESE“, des Zentrums der freien Theater- und Musikszene am Wiesendamm, ist uns eine Herzensangelegenheit.“ So zitierte die MOPO in der „heißen Phase des Bezirkswahlkampfes“ am 19. Mai 2014 den GRÜNEN Fraktionsvorsitzenden Michael Werner-Boelz.

Anfang 2017 konnte die GRÜNE Fraktion einen Erfolg verbuchen, auf den sie viele Jahre hingearbeitet hatte: „Theatermeile am Wiesendamm kommt!“, titelt kurz und prägnant die Pressemeldung. Der Umzug von Jungem Schauspielhaus und Theaterakademie Hamburg nach Barmbek ist beschlossene Sache. Zusammen mit der WIESE - Initiative für ein theatrales Produktions- und Bildungszentrum in der ehemaligen Theaterfabrik soll am Wiesendamm eine Theatermeile entstehen, „die in Hamburg ihresgleichen sucht“, so Werner-Boelz.

Vorausgegangen war seit dem Jahr 2009 ein Ringen um die Entwicklung des Standorts. Auf Initiative der GRÜNEN Fraktion hatte die Bezirksversammlung Hamburg-Nord im Sommer 2011 einstimmig beschlossen, dass die Räume der ehemaligen Theaterfabrik, einer privaten Spielstätte, die von 2006 an für rund ein Jahr existierte, auch zukünftig kulturell genutzt werden sollten. Die BV plante schon damals, dort das Projekt WIESE anzusiedeln. In dieser Initiative sind zehn verschiedene Einrichtungen der freien Tanz- und Theaterszene vereint. Die Liste der Träger reicht vom Dachverband freier Theaterschaffender über das Hamburger Sprechwerk, die

Hamburger Schauspielschule Frese bis hin zu HAJUSOM e.V., einem Verein, der transnationale Kunstprojekte von und mit Flüchtlingen und Migranten entwickelt.

Das Projekt WIESE sieht vor, am Wiesendamm ein Probe- und Ausbildungszentrum entstehen zu lassen, aber auch genügend Platz für Aufführungen zu bieten. Das Konzept ist so angelegt, dass der Betrieb ohne städtische Zuschüsse gesichert wäre. „Mit der WIESE, Kampnagel und K3-Tanzplan Hamburg kann der Bezirk Nord zum norddeutschen Zentrum der freien Tanz- und Theaterszene werden. Diese Chance muss genutzt werden“, betonte Werner-Boelz bereits damals.

Im Sommer 2013 bestätigten die Fraktionen in der BV einstimmig ihren Beschluss, das Projekt WIESE vorantreiben zu wollen. Außerdem forderten sie den Senat auf, die stockenden Verhandlungen der Projektgenossenschaft mit der städtischen Sprinkenhof AG als Besitzerin der Immobilie zügig zum Abschluss zu bringen. „Es bleibt zu hoffen, dass der Senat nun nach über zwei Jahren der Planung und Verhandlungen endlich zum Abschluss kommt“, so Werner-Boelz.

Erst drei Jahre später rückte das Kulturprojekt am Wiesendamm wieder ein Stück näher: „Wie durch Medienberichte bekannt wurde, hat der Bund 1,2 Mio. Euro für die Sanierung einer Halle am Wiesendamm in Barmbek bewilligt. Damit ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Realisierung der WIESE, des Probezentrums für die Freie Theaterszene, erreicht“, berichtete Blattgrün im März 2016. Außerdem stellte sich heraus, dass die

Neues Kulturzentrum

Projekt „Wiese“ am Wiesendamm könnte 2015 öffnen

Theaterakademie und das Junge Schauspielhaus ebenfalls an den Wiesendamm umziehen könnten, da am alten Standort in Altona keine Entwicklungsmöglichkeit bestünde. Die BV begrüßte den möglichen Umzug auf GRÜNEN Antrag hin einstimmig und sagte ihre volle Unterstützung zu.

Michael Werner-Boelz kommentierte: „2009 hat die GRÜNE Fraktion mit einem Bürgerschafts-Beschluss dafür gesorgt, dass die Räume am Wiesendamm weiter einer kulturellen Nutzung zugeführt werden sollen. Während andere bereits das Projekt abschreiben wollten, hat die Bezirksversammlung 2013 mit dem Erwerb von Genossenschaftsanteilen der WIESE interfraktionell ein deutliches politisches Bekenntnis zur Verwirklichung der WIESE dokumentiert. Sie hat auch mehrfach deutlich gemacht, welche wichtige kulturpolitische Bedeutung die freie Theaterszene für Hamburg hat. Wir wollen ihr im Bezirk Nord die Möglichkeit eröffnen, endlich vernünftige Probebedingungen für ihr kulturelles Wirken zu erhalten. Dass die Theaterakademie Hamburg und das Junge Schauspielhaus nun bald die Kulturszene im Norden der Stadt weiter beleben, finde ich großartig! Wir heißen die Studierenden und anderen Theatermacherinnen und -macher herzlich in Barmbek willkommen und freuen uns auf spannende Kulturangebote und Kooperationen.“

Die unmittelbare Nachbarschaft zu Einrichtungen wie Kampnagel, Zinnschmelze, Museum der Arbeit und Hamburger Puppentheater wird aus Sicht der GRÜNEN zu einer gegenseitigen kulturellen Befruchtung führen, von der alle Kultureinrichtungen profitieren. Ein genauer Termin für den Start am Wiesendamm steht noch nicht fest. 🌱



So könnte es in zwei Jahren aussehen: Das große „W“ für Wiese an der ehemaligen Theaterfabrik am Wiesendamm 24
Montage: wb

Von Daniela Barth

BARBEEK. Geht es nach der Kultur-Genossenschaft Wiese e. G., die von Sprechwerk-Intendant Andreas Lübbers und Steptänzer Sören Fenner gegründet wurde, dann wird das theatrale Produktions- und Bildungszentrum in der ehemaligen Theaterfabrik am Wiesendamm 24 Anfang 2015 eröffnet. Und die Vorzeichen stehen gut. Dramaturg und Regisseur Andreas Lübbers, der sich auch im Dachverband Freier Theaterschaffender Hamburg engagiert, ist seit anderthalb Jahren maßgeblich mit diesem Vorhaben beschäftigt.

Schon Ende März 2012 war er gemeinsam mit Architekten der Eigentümer Sprinkenhof AG (SpriAG) in dem Fabrikgebäude - das zurzeit vom St. Pauli Theater als Lager zwischengenutzt wird - auf Besichtigungstour. Jetzt geht es schon in Verhandlungen mit der SpriAG hinsichtlich eines Mietvertrages, wie deren Vorstandssprecher Henning Tants bestätigt.

„Wir haben mittlerweile eine Bank gefunden, die bereit wäre, uns einen Kredit zu gewähren.“
Andreas Lübbers

„Wir haben mittlerweile eine Bank gefunden, die bereit wäre, uns einen Kredit zu gewähren“, freut sich Andreas Lübbers. „Nur an Sicherheit fehlt es noch.“ Die Kosten für das Projekt sind inzwischen klar: 1,6 Millionen Euro muss die Genossenschaft aufbringen und eine Million Euro die SpriAG. Die 1.300 Quadratmeter große Fabrikhalle, die von 2006 bis 2007 un-

ter Leitung von Nina Petri, Christian Reichelt und Nils-Daniel Finckh als „Theaterfabrik“ genutzt wurde, ist derzeit in drei Säle eingeteilt. Damals wurde die Halle in einen 400 Zuschauer fassenden Theatersaal, Foyer, Künstlergarderoben, Werkstätten, Lagerräume, Zuschauerlounge und sanitäre Anlagen umgebaut. Die Theaterfabrik-Betreiber scheiterten damals - mangels tragfähigem wirtschaftlichen Konzept. Das will die Initiative Wiese besser machen. Daher die Gründung der Genossenschaft. Deren Aufgaben bestünden in der gesamten Miet-Organisation, so Lübbers. Bitte lesen Sie weiter auf SEITE 3.



Ein kleines Modell von den Arbeits- und Proberäumen haben sich die Wiese-Genossen schon gebastelt Foto: wb

Bezirk Nord will Theatermeile in Barmbek schaffen

BARBEEK :: Die derzeit noch in Altona untergebrachte Theaterakademie und das Junge Schauspielhaus sollen an den Barmbeker Wiesendamm ziehen. Einstimmig bat die Bezirksversammlung Nord ihre Verwaltung, die Ansiedlung Kulturinstitutionen zu fördern und die Gespräche mit dem Vermieter, der städtischen Sprinkenhof AG, entsprechend positiv zu begleiten.

„Die Theaterakademie und das Junge Schauspielhaus würden das kulturelle Leben im Bezirk nachhaltig beleben und wären ein stadtentwicklungspolitisch wichtiger Schritt, das Wohnen in Barmbek noch attraktiver zu machen“, sagt der Grünen-Fraktionschef Michael Werner-Boelz. Offenbar sei geplant, Lichthof-Theater und Opernloft ebenfalls am Wiesendamm anzusiedeln, sodass sich eine „wunderbare Ergänzung“ ergeben könne. Sollte sich in der benachbarten ehemaligen Theaterfabrik noch die Wiese eG, Zentrum der Freien Theater- und Musikszene, realisieren lassen, entstünde eine Theatermeile, die in Hamburg Ihresgleichen sucht. (ax6)

DIE GRÜNEN LASSEN DIE PUPPEN TANZEN

Im Puppentheater drohte Ende 2011 der letzte Vorhang zu fallen, als ihm seine Spielstätte im Haus Flachsland durch das Bezirksamt Hamburg-Nord gekündigt wurde. Ein Ausweichquartier hatte der Bezirk nicht anzubieten. Auf Antrag der GRÜNEN beschloss der Kulturausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, seine nächste Sitzung in den Räumen des Theaters stattfinden zu lassen und dort mit Vertreter*innen der Kulturbehörde, des Bezirks sowie des ehrenamtlich betriebenen Vereins Hamburger Puppentheater nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. „Es kann nicht sein, dass eine so wichtigen Kultureinrichtung einfach vor die Tür gesetzt wird, ohne geeignete Alternativstandorte anzubieten oder andere Lösungen am Standort aufzuzeigen“, kritisierte Michael Werner-Boelz, Vorsitzender der GAL-Fraktion.

Die Kündigung war erfolgt, weil das Haus der Jugend als bisheriger Hauptmieter umziehen sollte. Die Räume am Flachsland waren über den Bezirk finanziert worden, das Puppentheater hatte seit 1987 einen Teil davon mietfrei nutzen können. Nicht nur der Vorstellungssaum, auch die Puppenwerkstatt, in der Workshops für Kinder und Erwachsene stattfanden, waren dort untergebracht. Die GRÜNEN befürworteten den Verbleib des Puppentheaters in den

angestammten, frisch renovierten Räumen. Sie stellen zudem fest, dass der Bezirk offenbar im Alleingang die Kündigung vorgenommen hatte und weder Sozial- noch Kulturbehörde informiert waren.

Nach Protesten der Bevölkerung und der Bezirkspolitik erhielt die Puppenbühne, deren Träger die Arbeitsgemeinschaft für das Puppenspiel e.V. ist, eine Gnadenfrist bis April 2012, bis dahin wollten sich das Bezirksamt, die Kultur- und die Sozialbehörde, der das Gebäude untersteht, auf eine dauerhafte Lösung einigen. Nach monatelangem Bangen war ein neuer Mieter für das denkmalgeschützte Gebäude in Barmbek-Süd gefunden, das Hamburger Konservatorium, und das Puppentheater erhielten die Zusage, seine Spielstätte auch zukünftig kostenfrei nutzen zu können. Ein Happy End dank des Einsatzes der GRÜNEN, die alle Beteiligten zum gemeinsamen Gespräch an einen Tisch holten und die Öffentlichkeit mobilisierten. So erfreuen sich heute nach wie vor kleine und große Zuschauer an den zahlreichen Produktionen von Puppenspieler*innen, die aus ganz Deutschland anreisen, um in Barmbek die Puppen tanzen zu lassen.



Geschäftsführer und Puppenbauer Peter Räcker sucht für das Hamburger Puppentheater ein neues Zuhause. Foto: Barth

Rettungsaktion Puppentheater Kommunalpolitiker fordern Alternativstandort

BARMBEK. Immer noch herrscht Entsetzen in Barmbek über den bevorstehenden Auszug des Hamburger Puppentheaters aus dem ehemaligen Haus der Jugend Flachsland. Noch immer ist kein neuer Standort in Sicht. Wenn nicht bald eine Lösung gefunden wird, muss das beliebte Hamburger Puppentheater schließen (das WochenBlatt berichtete).

Der Kulturausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord hat auf Antrag der GAL in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass das Puppentheater entweder die derzeitigen Räumlichkeiten weiterhin nutzen soll oder so lange dort bleiben darf, bis ein neuer Standort gefunden ist. „Völlig unverständlich ist die übereinstimmende und unüberlegte Kündigung durch das Bezirksamt Hamburg-Nord. Einen im vergangenen Jahr noch mit dem Kulturpreis der Bezirksversammlung prämierten Kulturträger einfach vor die Tür zu setzen, ohne geeignete Alternativstandorte anzubieten, ist ein kulturpolitisches Desaster. Es ist zu hoffen, dass behördenübergreifend eine Lösung gefunden wird. Hamburg braucht das Puppentheater!“, sagte der GAL-Bezirksvorsitzende von Hamburg-Nord, Michael Werner-Boelz. Neben dem Bezirksamt Hamburg-Nord sucht auch die Kulturbehörde einen neuen Standort für das Hamburger Puppentheater, das von der Stadt Hamburg mit 30.000 Euro jährlich gefördert wird. Bislang sind die Behörden aber noch nicht fündig geworden. Mögliche neue Standorte für das Hamburger Puppentheater sind aber im Gespräch. Der Geschäftsführer des Puppentheaters, Peter Räcker, besichtigt in diesen Tagen das Theater in der Marschnerstraße und die Bugenhagenkirche in Barmbek sowie die Räume der Sängerkakademie Hamburg in Hamm.



Bei den Welcome Music Sessions, die monatlich in der Zinnschmelze stattfinden, musizieren Studierende gemeinsam mit Geflüchteten. Von syrischer Folklore über mazedonische Liebeslieder bis zu irakischen Improvisationen reicht die Bandbreite. Und früher oder später tanzen alle gemeinsam durch den Raum.



KULTURELLE VIELFALT SICHTBAR MACHEN – GRÜNE ALS WEGWEISER

Nicht nur in der Politik wollen die GRÜNEN eine größere Bandbreite an Sichtweisen vertreten sehen. Aus diesem Grund beantragten sie im März 2013 in der Bezirksversammlung einen Fonds über 50.000 Euro für interkulturelle Projekte. Die von der Bezirksversammlung zur Verfügung zu stellenden Mittel sollten die kulturelle Vielfalt in den Quartieren stärken und sichtbar machen.

Michael Werner-Boelz, kulturpolitischer Sprecher und Vorsitzender der GRÜNEN Fraktion, erläuterte: „Damit kulturelle Öffnung und Austausch stattfinden können, bedarf es auch der finanziellen Unterstützung. Mit einer Annahme unseres Antrags könnte der Bezirk sein Profil als weltoffener Kulturstandort weiter schärfen. Wir wünschen uns hier möglichst viele bunte interkulturelle Veranstaltungen und Festivals.“ Insbesondere Künstler*innen mit Migrationshintergrund sollten nach Einsetzung des Fonds ausdrücklich dazu aufgefordert sein, sich mit ihren quartiersbezogenen, interkulturellen Projekten um Mittel zu bewerben. Der Fonds sollte sich aber auch an Stadtteilkulturzentren, Geschichtswerkstätten, Kulturschaffende und -initiativen oder sonstige Kulturanbietende richten. Doch der Haushaltsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord lehnte die Einrichtung des Sonderfonds mit einer Mehrheit aus SPD, FDP und CDU ab.

Anfang 2015 brachten die GRÜNEN ihren Antrag erneut ein. Mit den Stimmen von Rot-Grün wurde dieses Mal mehr-

heitlich beschlossen, dass der Bezirk für die Jahre 2015 und 2016 einen Sonderfonds mit 50.000 Euro für die Durchführung stadtteilbezogener interkultureller Kulturprojekte ausstattet, um kulturelle Diversität und kulturellen Austausch zur Bereicherung und als wesentlichen Bestandteil für die Zukunftsfähigkeit zu fördern.

„Über ein Fünftel der Wohnbevölkerung im Bezirk Nord hat einen sogenannten Migrationshintergrund. Kulturelle Vielfalt ist daher längst Realität und Alltag. Die unterschiedlichen kulturellen und religiösen Werte, Lebenswelten und Lebensentwürfe bedeuten für uns enorme Potenziale und Chancen“, führte Michael Werner-Boelz dazu aus.

Mit den Geldern aus diesem Topf konnten unter anderem folgende Projekte unterstützt werden:

- interkulturelles Online-Magazin „mittenmang“ des Kulturpunkts
- interkulturelles Projekt „Wir im Quartier“ des Goldbekhauses
- Welcome Music Sessions in der Zinnschmelze
- Projekt mit Jugendlichen aus der Ukraine und Hamburg
- elementares Musizieren im Barmbek-Basch mit deutschen und Flüchtlingskindern





Zu einer Podiumsdiskussion luden die GRÜNEN im Dezember 2012 ins Goldbekhaus ein: Es wurde die Frage erörtert, welche Erinnerungspolitik in einer pluralistischen Gesellschaft verfolgt wird, ob Ehrungen für Hindenburg noch zeitgemäß sind und welche Vorbilder eine demokratische Gesellschaft würdigen sollte.

Auf dem Podium (v.l.n.r.): Dr. Hakim Raffat, Historiker, Stadtteilarchiv Eppendorf; Prof. Dr. Ursula Büttner, Historikerin; Manuel Sarrazin, MdB (GRÜNE), (Moderation); René Senenko, Sprecher des Bündnisses für ein Deserteursdenkmal, Michael Werner-Boelz (Vorsitzender GRÜNE Fraktion Nord)


STRASSEN BENENNUNGEN

NAMEN MIT VORBILDFUNKTION

„Brauchen wir einen Hindenburg im 21. Jahrhundert?“ – mit dieser Frage haben die GRÜNEN einen Nerv getroffen. Ihr Vorschlag, die Hindenburgstraße umzubenennen, führte nicht nur zu hitzigen Debatten innerhalb der Bezirksversammlung, sondern trat auch eine Diskussion in der ganzen Stadt los, die auch die Bürgerschaft und den Senat erreichte. Medien weit über Hamburg hinaus griffen das Thema auf und berichteten über die Vorgänge in der Hansestadt.

Auslöser war eine Anfrage an den Senat Ende 2012 zu den Hamburger Gepflogenheiten bei Straßenbenennungen. Die GRÜNEN vertraten die Ansicht, dass eine Namensgebung wie zum Beispiel nach Hindenburg, nicht mehr tragbar sei. „Straßenbenennungen haben auch immer eine

Vorbildfunktion. Hindenburg, ein Rechtskonservativer und Antidemokrat, passt nicht als Vorbild für eine freiheitliche, pluralistische und demokratische Gesellschaft“, erläuterte der Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz. Die GRÜNEN wollten die Straße stattdessen nach dem in Eppendorf aufgewachsenen Kunststudenten Kurt Elvers benennen, der von der NS-Militärjustiz wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt und 1945 hingerichtet wurde.

Übrigens nicht der erste Vorstoß der GRÜNEN in dieser Sache: Bereits 1988 war eine ähnliche Initiative, die ebenfalls in den Medien für großes Interesse gesorgt hatte, am Widerstand auf Landesebene gescheitert. 




Im März 2013 diskutierten (v.l.n.r.) Frank Bajohr (Historiker), Dr. Andreas Dreessel (SPD-Fraktionschef in der Bürgerschaft), Katharina Fegebank (GRÜNE Bürgerschaftsabgeordnete) und Michael Werner-Boelz (GRÜNER Fraktionschef Hamburg-Nord) darüber, ob eine Ehrenbürgerschaft Hindenburgs in Hamburg noch zeitgemäß ist.

EINMAL EHRENBÜRGER, IMMER EHRENBÜRGER?

Die Diskussion um die Bedeutung Hindenburgs hielt an, auch nachdem die Bezirksversammlung beschlossen hatte, lediglich den durch den Stadtpark verlaufenden Teil der Straße auf Vorschlag der SPD-Fraktion in Otto-Wels-Straße umzubenennen. Der Sozialdemokrat Wels hielt die letzte freie Rede im Reichstag 1933 und begründete darin die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zu Hitlers Ermächtigungsgesetz.

Denn im Rahmen ihrer Recherchen waren die GRÜNEN Anfang 2013 darauf gestoßen, dass Hindenburg auch als Ehrenbürger der Stadt Hamburg geführt wurde. „Beschämend!“, urteilte Werner-Boelz und forderte den Senat auf, Hindenburg endlich die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Katharina Fegebank, damalige Sprecherin der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion für Europa und Internationales, unterstützte die Position: „Ehrungen der Stadt – sei es durch Straßenbenennungen oder durch die Übertragung von Ehrenbürgerschaften – stehen auch für das politisch-moralische Wertefundament einer Gesellschaft. Im Laufe der Zeit kann sich diese Betrachtung wandeln.“

Werner-Boelz nahm als Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in Nord an einem Fachgespräch teil, das die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion im März 2013 im Rathaus veranstaltete. Zusammen mit Katharina Fegebank, Dr. Andreas Dressel, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, und Dr. Frank Bajohr von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg wurde eine sachliche Debatte um die Bedeutung Hindenburgs geführt.

Im Ergebnis erzielte die GRÜNE Fraktion Nord zwar eine Sensibilisierung für das Thema, konkret wurden aber aus Sicht der GRÜNEN halbherzige Beschlüsse gefasst. Im Herbst 2013 erhielt die Hindenburgstraße im Bereich des Stadtparks offiziell den Namen Otto-Wels-Straße. Im weiteren, ungleich längeren Verlauf bis zur Alsterkrugchaussee wurde der alte Name beibehalten. Zum Thema „Ehrenbürgerschaft“ verständigten sich GRÜNE, SPD und FDP in der Bürgerschaft im Jahr 2015 darauf, Hindenburg diese Würdigung nicht abzuerkennen, dafür aber seine historische Rolle und die heutige Einordnung seines Wirkens deutlich zu machen und darüber eine kritische Auseinandersetzung anzuregen. 

Hindenburgs letztes Gefecht
Mehrheit der Bezirksversammlung für Umbenennung der Hindenburgstraße

Streit um den früheren Reichspräsidenten
Darf eine Straße in Hamburg noch nach Paul von Hindenburg benannt sein?

Grüne fordern, Hindenburgstraße umzubenennen

Streit um Namen
Bürgerdiskussion: Ist „Hindenburg“ noch zeitgemäß?

Grüne gegen Hindenburgstraße

Eine unverdiente Ehre, bei der wir es belassen sollten

Zum Abschuss freigeben?

Hindenburg bei SPD recht beliebt

LEITARTIKEL
Zweifelhafte Ehre
Die Hindenburgstraße sollte weiter so heißen – trotz aller Kritik am Namensgeber

Halbe Straße für Otto Wels (SPD)
Umstrittene Hindenburgstraße teilweise umbenannt. Kritik von den Grünen

Von Hindenburg und Pferdefleisch

Vier Parteien gegen die Hindenburgstraße
SPD, Grüne, FDP und Linke im Bezirk Nord fordern die Umbenennung, die CDU ist dagegen. Entscheiden muss eine Senatskommission

Mehrheit der Politiker will Hindenburgstraße umbenennen

Neuer Straßenname?
Antrag der Grünen Nord: „Hindenburgstraße“ umbenennen

Zeitungen von Lübeck bis Münster berichteten über die von den GRÜNEN angestoßene Debatte um Hindenburg

WEIBLICH, ANTIFASCHISTISCH, REGIONAL

Nachdem die GRÜNEN die stadtweite Debatte um die Ehrung Paul von Hindenburgs initiiert hatten, folgten sie 2014 einem Hinweis aus der Bevölkerung zur Rolle Georg Ernst Konjetzny, Namensgeber für eine Straße in Langenhorn. Die zweifelhafte Rolle des ehemaligen Direktors der Chirurgischen Klinik des UKE während der NS-Zeit führte ebenso wie die Überprüfung von Max Nonne, einem Euthanasiebefürworter, dazu, dass eine Umbenennung der beiden nach ihnen benannten Straßen gefordert wurde.

Auf Antrag von SPD und GRÜNEN beschloss der Regionalausschuss Fuhsbüttel-Langenhorn im September 2015: Die Max-Nonne-Straße sollte künftig nach Ursula de Boor, einer am UKE tätigen Ärztin und Widerstandskämpferin (Hamburger Weiße Rose) benannt sein. Die Konjetznystraße soll den Namen der Langenhorner Gewerkschafterin und ehemaligen Bürger-schaftsabgeordneten Annie Kienast tragen.

Michael Werner-Boelz, Vorsitzender der GRÜNEN Fraktion, kommentierte: „Seit Jahren haben wir GRÜNEN die Ehrung des Euthanasiebefürworters Max Nonne sowie des aktiven Nazis Konjetzny durch Straßenbenennungen kritisiert. Wir freuen uns,

dass es einen gesellschaftlichen und parlamentarischen Konsens gibt, dass diese Ehrungen falsch waren und nun revidiert werden.“ Im Mai 2016 wurden die beiden Langenhorner Straßen offiziell umbenannt.

Ein weiterer Schritt zur Aufarbeitung von NS-belasteten Straßennamen war in Eppendorf vorgenommen worden. Hier wurde die Schottmüllerstraße von Hugo Schottmüller, einem in der Kritik stehenden Bakteriologen, umgewidmet zu Oda Schottmüller, einer Tänzerin und Bildhauerin, die sich im Dritten Reich lange der geforderten Mitgliedschaft in der Reichskulturkammer widersetzte. Ein Zusatzschild unter dem Straßenschild macht seit 2014 darauf aufmerksam.

Ebenso beschloss die Bezirksversammlung, die Uhlenhorster Julius-Fressel-Straße in Dorothea-Bernstein-Straße umzubenennen. Vorausgegangen war zum Jahresende 2013 eine von Bürger*innen angeregte Debatte um die Person Fressels, der als emeritierter Professor das „Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ unterschrieben hatte.

ZUKÜNFTIG FREI VON NAZIS

Gleichzeitig beschloss die BV auf Initiative von Rot-Grün, dass der Senat ein Konzept dafür entwickeln sollte, wie zukünftig mit der Benennung von Straßen und Plätzen nach Personen mit NS-Vergangenheit umgegangen werden sollte. Michael Werner-Boelz sagte dazu: „Für uns GRÜNE ist klar: Eine Straßenbenennung, die einen klaren Sympathisanten der Nazis ehrt, ist nicht hinnehmbar und stellt eine Verhöhnung der NS-Opfer dar. Doch kritische Benennungen gibt es sicher nicht nur im Bezirk Nord. Deshalb muss der Senat endlich für die gesamte Stadt einen angemessenen und einheitlichen Umgang mit diesem Thema finden.“

Die Zeitung „Die Welt“ brachte es auf den Punkt: Der Artikel „Bezirk stimmt für neuen Straßennamen“ vom 9. Mai 2014 schließt mit den Worten „Grünen-Politiker Michael Werner-Boelz ist gegen Straßennamen mit Nazis“.



Trug dazu bei, dass die NS-Euthanasie-Praxis salonfähig wurde: Max Nonne, hier um 1940 mit Ehefrau Henry. Foto: Bundesarchiv/Wikimedia Commons

Straßennamen aus der Nazi-Zeit

NS-GESCHICHTE Mehrere Langenhorner Straßen tragen die Namen von Nazi-Ärzten und Euthanasie-Befürwortern. Bezirk Nord fordert vom Senat ein Umbenennungskonzept

VON PETRA SCHELEN

Die Hindenburg-Debatte

Er gilt als Nestor der deutschen Neurologie, hat Wegweisendes über Syphilis geschrieben und war bis 1935 Professor am Eppendorfer Krankenhaus. Max Nonne war eine Koryphäe. Sein Wort hatte Gewicht – auch in der NS-Zeit, in der er maßgeblich an der Akzeptanz der Kinder-Euthanasie mitwirkte. In einer Denkschrift von 1942 etwa hat er das Leben geistig Behinderter „Lebensunwert“ genannt. Und 1946 verhinderte sein Entlastungsgutachten die Anklage der Ärzte Wilhelm Bayer und Friedrich Knigge, die in der „Heil- und Pflegenanstalt Langenhorn“ sowie im Kinderkrankenhaus Rothenburgort mindestens 67 Kinder töteten, teils töten ließen.

Nach diesem Max Nonne hat das NS-Regime 1942 eine Straße in Hamburg-Langenhorn benannt, und so heißt sie noch heute.

Nicht weit davon liegt die Konjetznystraße, benannt nach Georg Ernst Konjetzny, ab 1925 Chirurg am inzwischen umbenannten UKE. Konjetzny war Mitglied von NSDAP und SA, forderte die SS und agierte als Beratender Chirurg der Wehrmacht.

Lange ist das niemandem aufgefallen, aber die 2013 von den Grünen aus Hamburg-Nord entfachte Debatte über die Umbenennung der Hindenburg-Straße hat jetzt Kreise gezogen: Am 13. November fasste der Bezirk Nord einen Beschluss, demzufolge der Senat ein Konzept für den Umgang mit NS-belasteten Straßennamen entwickeln soll.

Die Vorarbeit soll laut Kulturbehörde die Landeszentrale für politische Bildung leisten, die am Freitag nicht erreichbar war. Sie arbeite heißt es, an einer Broschüre, die alle problematischen Namen enthalte. Halte man diese erst einmal in Händen, könne man in Ausnahmefällen umbenennen, sagt die Kulturbehörde. In den bereits bekannten Fällen gibt sich der Senat allerdings zögerlich: Sowohl zur Max-Nonne-Straße als auch zur Konjetzny-Straße haben die Grünen Umbenennungs-Anfragen gestellt. Fassiert ist nichts. „Die Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen“, schrieb das zuständige Staatsarchiv im Januar und Februar dieses Jahres. Zudem müsse man zunächst prüfen, wie viele Anwohner von einer Umbenennung betroffen wären.

Die aber seien, sagt Medizinhistorikerin Johanna Meyer-Lenz, die Max Nonnes Geschichte bereits mehrfach öffentlich referierte, recht wohlwollend. „Nach meinem Vortrag in der Langenhorner Gemeinde St. Jürgen waren Pastor und Gemeinde sehr bereit, sich für die Umbenennung der Max-Nonne-Straße einzusetzen“, erzählt sie.

Keine Würdigung mehr wegen der braunen Vergangenheit

Kulturbehörde stimmt zu: Konjetznystraße und Max-Nonne-Straße vor der Umbenennung

HAMBURG-NORD (erst). Noch im November hatte die Bezirksversammlung Hamburg-Nord vom Senat ein Konzept eingefordert, wie mit Straßenbenennungen nach NS-belasteten Personen umgegangen werden soll.

Anlass für den Vorstoß von SPD und Grünen waren die Konjetznystraße und die Max-Nonne-Straße in Langenhorn.

Georg Ernst Konjetzny war nicht nur von 1935 bis 1950 Direktor der Chirurgischen Klinik des UKE. Er war auch seit 1937 Mitglied der NSDAP, der SA, des NS-Dozentenbundes, der NS-Volkswohlfahrt, des NS-Ärztbundes sowie förderndes Mitglied der SS.

„Konjetzny war also ohne Zweifel überzeugter Nazi. Max Nonne war ein erklärter Befürworter der Euthanasie“, begründet Grünen-Fraktionschef Michael Werner-Boelz die Initiative.

Die Kulturbehörde hat jetzt ihre prinzipielle Zustimmung zu einer Umbenennung der beiden Straßen gegeben. „... werden Verkehrsflächen nur umbenannt, wenn die Benennungen in eklatanter Weise die heutigen Wertvorstellungen verletzen, wie dies insbesondere bei NS-belasteten Personen der Fall ist“, schrieb die Behörde dem Bezirksamt.

Während die Kulturbehörde noch im Februar dem Bezirk mitgeteilt hatte, dass hinsichtlich der Umbenennung der Konjetznystraße die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei, will sie im Juli dem Bezirksamt mitgeteilt haben, dass ein Umbenennungsverfahren – auch für die Max-Nonne-Straße – eingeleitet werden solle und der Bezirk aufgefordert sei, einen alternativen Namen vorzuschlagen.

Dieses Schreiben scheint aber bei den Fraktionen nicht angekommen zu sein, so dass die Bezirksversammlung im November noch einmal nachgefragt hatte.

Nun soll interfraktionell ein Verfahren zur möglichst einvernehmlichen Umbenennung der beiden Straßen eingeleitet werden.

Michael Werner-Boelz ist erfreut, dass die Kulturbehörde klargestellt hat, „dass sie in Sachen Konjetzny und Max Nonne unsere Ansicht teilt, dass beide als Namensgeber von Straßen nicht geeignet sind. Es kann nicht sein, dass fast sechzig Jahre nach der Befreiung Nazi-Deutschlands noch immer durch Straßennennungen Nazis im öffentlichen Raum gehen werden. Es wird höchste Zeit, das sich das ändert.“

LOKALANZEIGER, AUSGABE LANGENHORN, 17.12.2014

TAZ HAMBURG, 17.11.2014



Sumpf-Schwertlie (Iris)
im Stadtpark

IMPRESSUM

Herausgegeben von

GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Bussestraße 1

22299 Hamburg

040 5117919

fraktion@gruene-nord.de

www.gruene-nord.de

Texte: Christina Busse

Redaktion: Christoph Reiffert

Korrektorat: Christoph Reiffert, Britta Pläschke

Grafik und Layout: Christoph Jöns [www.grafik-joens.de]

V.i.S.d.P.: Michael Werner-Boelz, Anschriften wie oben

Fotos, wenn nicht anders gekennzeichnet:

GRÜNE Fraktion Nord/Christoph Reiffert

Fotos GRÜNE Bezirksabgeordnete: Daniela Möllenhoff

Wir danken den verschiedenen Zeitungsverlagen für die
Gewährung von Reproduktionsrechten

Erscheinungsdatum: Mai 2017

Auflage: 1.500 Expl.

Bezug über das Fraktionsbüro





